

INHALT

EDITORIAL	369
DISKUSSIONEN	370
Die Archive und die historische Forschung – Eine Podiumsdiskussion zwischen Archivaren und Historikern	370
Zur Lage der Archive in Nordrhein-Westfalen – Podiumsdiskussion auf der 32. Wissenschaftlichen Jahrestagung des Brauweiler Kreises für Landes- und Zeitgeschichte am 11. März 2011	386
Gespräch mit Hanns Jürgen Küsters zum Verhältnis von Archiven und historischer Forschung	391
ARCHIVTHEORIE UND PRAXIS	397
Entwicklung der Personalstrukturen im Archivwesen der Länder in der Bundesrepublik Deutschland – Strategiepapier der ARK 2011 • Der Schlüssel zu Macht – Karteien und andere Findmittel zu den Überlieferungen der Staatssicherheit • „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ ist Teil des Weltdokumentenerbes • Das Gedächtnis unseres Landes: Archive in Schleswig-Holstein – Eine Ausstellung über die vielfältigen Leistungen der Archive • Südafrikanische Archivdelegation on tour in Archiven und Studieneinrichtungen in Berlin und Potsdam • Autographen, Bücher, Nachlässe und die Personennamendatei (PND) – Herausforderungen und Lösungen auch für „klassische“ Archive? • Das modulare Nullenergiegedepot – Neue Wege für Depot- und Archivbauten • Dokumentationsprofil kultureller Überlieferungen • 45. Rheinischer Archivtag in Remscheid • Die erste ARCHIDIS Summer School an der Archivschule Marburg	
LITERATURBERICHTE	449
MITTEILUNGEN UND BEITRÄGE DES LANDESARCHIVS NRW	458
Die Tagebücher des preußischen Oberpräsidenten Ludwig Freiherr Vincke – Ein Editionsprojekt	458
Die überarbeitete Beständeübersicht des Personenstandsarchivs Rheinland – Ein Arbeitsbericht	463
12. ÖV-Symposium „E-Government in Nordrhein-Westfalen“	465
MITTEILUNGEN UND BEITRÄGE DES VdA	467
Aktuelles	
Aktuelles vom 81. Deutschen Archivtag 2011 in Bremen	467
6. Tag der Archive 2012	467
Archive und Wissenschaft. Bewertung in der Diskussion	468
Berichte	
Frühjahrstagung der Fachgruppe 8 im VdA vom 24. bis 25. März 2011 an der Universität Bremen	471
21. Landesarchivtag Mecklenburg-Vorpommern 2011 in Neubrandenburg	473
18. Sächsischer Archivtag vom 24. bis 26. Juni 2011 in Görlitz	475
25. Archivpädagogikerkonferenz	476
Der fünfte Workshop der „Archive von unten“	479
Archiv Aktiv e.V.	481
PERSONALNACHRICHTEN	482
KURZINFORMATIONEN UND VERSCHIEDENES	486
VORSCHAU/IMPRESSUM	488

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Verhältnis von Archiven und historischer Forschung steht im Zentrum dieser Ausgabe. Das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen und der VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare als Herausgeber des „Archivar“ haben hierzu am 27. Juni 2011 in Frankfurt am Main eine Podiumsdiskussion mit führenden Vertretern des deutschen Archivwesens und des Historikerverbandes veranstaltet; die Dokumentation dieser Podiumsdiskussion finden Sie auf den folgenden Seiten. Dass das Thema Aktualität besitzt, zeigt die Tatsache, dass ihm zeitgleich mit der Redaktion der Zeitschrift „Archivar“ auch andere Gremien Tagungsschwerpunkte gewidmet haben. Über eine Diskussionsrunde von Archivaren und Historikern auf der diesjährigen Tagung des Brauweiler Kreises für Landes- und Zeitgeschichte berichten wir ebenfalls in diesem Heft.

Warum die intensive Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Archiven? Die Geschichtswissenschaft erlebt seit den 1960er-Jahren und mittlerweile in immer kürzeren Abständen neue thematische und methodische Konjunkturen. Netzwerke, die vormals über lange Zeit stabil waren und denen auch Archivare angehörten, haben im Zuge dieser Entwicklung an Integrationskraft eingebüßt. Die früher engen Beziehungen zwischen Archiven und historischer Forschung haben sich deshalb gelockert, auch als Folge der Globalisierung wissenschaftlicher Fragestellungen und daraus erwachsender Nutzungsinteressen. Durchaus übereinstimmend mit dieser Entwicklung konstatieren sowohl die Archivare als auch die Historiker einen wachsenden Bedarf nach der ubiquitären Verfügbarkeit archivischer Erschließungsinformationen und Quellen im Netz. Nicht allein für die wissenschaftlichen Nutzer stehen Archive in Konkurrenz zu anderen Informationsangeboten. Diese Veränderungen gilt es zu konstatieren. Trotzdem sind Archive und Geschichtswissenschaft nach wie vor Bündnispartner, auch wenn es darum geht, ein authentisches Bild der Geschichte in die Öffentlichkeit zu vermitteln. Historiker brauchen die Archive, wenn auch vielleicht nicht mehr unbedingt immer die Archive vor Ort. Archive können aber nur sinnvoll genutzt werden, wenn die grundlegenden methodischen Kenntnisse im Umgang mit archivischen Quellen vorhanden sind. Weil die Universitäten diese Kenntnisse heute nicht mehr in allen Fällen adäquat vermitteln, werben die Historiker bei den Archiven für eine stärkere Unterstützung. Die Archive sind dazu grundsätzlich bereit. Sie wollen und können aber auf eigene Kosten fundamentale Lücken in der universitären Ausbildung nicht schließen, zumal sie selbst gegenwärtig insbesondere von den Bemühungen zur Sicherung elektronischer Unterlagen in erheblichem Maße absorbiert sind. Geschichtswissenschaft und Archive begegnen sich heute mit zum Teil unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Herausforderungen, beide aber mit begrenzten Ressourcen. Es ist daher wichtig und notwendig, dass für zukünftige Kooperationen die Aufgaben sinnvoll verteilt und die gegenseitigen Erwartungen realistisch dimensioniert werden.

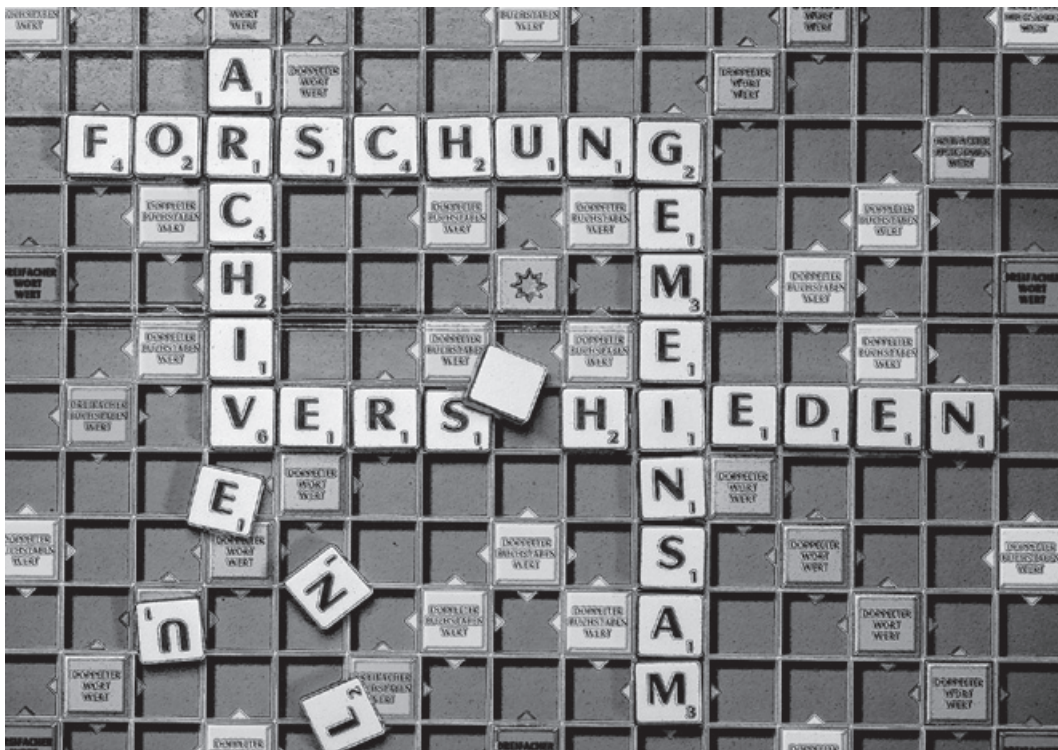
Die in diesem Heft dokumentierten Überlegungen und Vorschläge müssen – auch in organisierter Form auf Verbandsebene – weiter entwickelt werden. Wie sehr bei allen Veränderungen und inhaltlichen Neuakzentuierungen Archive und Forschung noch immer miteinander verwoben und aufeinander angewiesen sind, zeigt unter anderem das Interview mit Hanns Jürgen Küsters in diesem Heft, das an die Interviewreihe vom letzten Jahr anknüpft. Die von Küsters geleitete Hauptabteilung „Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ (ACDP) bei der Konrad-Adenauer-Stiftung vereint beide Arbeitsbereiche, Forschung und Archiv. Küsters erläutert, warum dies so ist, und plädiert für ein Rollenverständnis des Archivars, der aus eigener Forschungserfahrung weiß, wie Wissenschaftler denken und welche Unterstützung durch die Archive sie benötigen.

Wir wünschen Ihnen – auch jenseits des Themenschwerpunkts – eine anregende Lektüre. Ihnen und Ihren Familien wünschen wir schöne Advents- und Feiertage und schon jetzt einen guten Start ins neue Jahr.

*Herzlichst, Andreas Pilger, Michael Diefenbacher,
Clemens Rehm, Wilfried Reininghaus, Ulrich Soénius und Martina Wiech*

DIE ARCHIVE UND DIE HISTORISCHE FORSCHUNG

EINE PODIUMSDISKUSSION ZWISCHEN ARCHIVAREN UND HISTORIKERN



Am 27. Juni 2011 kamen im Institut für Stadtgeschichte in Frankfurt am Main Historiker und Archivare zusammen, um über die wechselseitigen Wahrnehmungen und Erwartungen zu diskutieren. Auf dieser Grundlage sollten Perspektiven für die zukünftige Kooperation beider Arbeitsbereiche entwickelt werden. Für die Zeitschrift „Archivar“ hatten zu der Veranstaltung das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen und der VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare eingeladen. An der Diskussion beteiligten sich Prof. Dr. Christoph Cornelißen (Historisches Seminar Universität Kiel), Prof. Dr. Dirk van Laak (Historisches Institut Universität Gießen), Dr. Clemens Rehm (Erster stellv. Vorsitzender des VdA, Landesarchiv Baden-Württemberg) und Prof. Dr. Wilfried Reininghaus (Landesarchiv Nordrhein-Westfalen); die Moderation übernahm Dr. Andreas Pilger (Landesarchiv Nordrhein-Westfalen). Etwa 35 Gäste folgten der Diskussion vor Ort und brachten teilweise ihre Fragen mit ein. Die Redaktion der Zeitschrift „Archivar“ dankt an dieser Stelle dem Institut

für Stadtgeschichte und seiner Leiterin Dr. Evelyn Brockhoff für die Bereitstellung der Räumlichkeiten und der Technik für die Veranstaltung.

Der Verlauf der Diskussion wird im Folgenden weitgehend ungekürzt wiedergegeben. Der Gestus des gesprochenen Wortes wurde bei der Transkription und Überarbeitung des Tonbandmitschnitts bewusst beibehalten.

Pilger: Liebe Frau Brockhoff, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie herzlich begrüßen zur Podiumsdiskussion „Die Archive und die historische Forschung“. Diese Podiumsdiskussion ist eine Gemeinschaftsveranstaltung vom Landesarchiv NRW und vom VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare für die Zeitschrift „Archivar“.

Das Verhältnis zwischen den Archiven und der historischen Forschung scheint zumindest auf den ersten Blick noch immer recht eng zu sein. Viele Historikerinnen und Historiker nutzen –

zumindest für ihre Qualifikationsarbeiten – die Archive; etwa ein Drittel der Archivbenutzer sind Historikerinnen und Historiker; es gibt meines Wissens auch keinen empirischen Nachweis dafür, dass dieser Trend rückläufig ist. Umgekehrt sind noch die meisten wissenschaftlichen Archivarinnen und Archivare von Haus aus Historikerinnen und Historiker; viele von ihnen publizieren auch während ihrer archivischen Berufstätigkeit weiterhin zu historischen Themen. Obwohl es also zweifellos enge wechselseitige Beziehungen und Schnittmengen gibt, diagnostizieren doch viele kritische Beobachter, vor allen Dingen auf Seiten der Archive, seit geraumer Zeit eine gewisse Spannung zwischen beiden Arbeitsbereichen. Bereits 2004 kam ein Positionspapier der Arbeitsgruppe „Informationsmanagement der Archive“, eingesetzt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, zu dem Ergebnis, dass in der Kommunikation zwischen Archiven und den historischen Wissenschaften Defizite bestehen. Der DFG-Workshop „Die Geschichtswissenschaften und die Archive“ vom Herbst 2004 griff diese Bestandsaufnahme auf und sondierte erstmals Möglichkeiten, um die „Kluft“ zwischen Archiven und akademischen Forschungseinrichtungen zu überwinden.

Die heutige Podiumsdiskussion knüpft in gewisser Weise an diesen DFG-Workshop und an die Fragestellung von 2004 an. Wir können heute fragen, was hat sich seit 2004 verändert? Welche Trends zeichnen sich für die Zukunft ab? Wir wollen dazu auf dem Podium diskutieren, aber anschließend gerne auch mit Ihnen im Plenum. Eingeladen haben wir vier Vertreter des Archivwesens und des Historikerverbandes, die ich Ihnen zunächst kurz vorstellen möchte.

Ich beginne mit Herrn Professor Christoph Cornelißen. Er promovierte 1991 mit einer Arbeit über die höhere Beamtenschaft und den Aufbau des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien 1893–1919. Er forschte und lehrte anschließend an den Universitäten Düsseldorf und Prag. Im Jahr 2000 habilitierte er sich mit einer Biografie des Historikers Gerhard Ritter. Seit 2003 ist Herr Cornelißen Lehrstuhlinhaber für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Kiel. Zurzeit ist er Gerda-Henkel-Gastprofessor an der London School of Economics sowie am DHI in London, im Oktober 2011 wechselte er auf eine Professur für Neuere Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf. Herr Cornelißen ist Mitglied des Ausschusses des Historikerverbandes. Als weiteren Historiker in unserer Runde begrüße ich Herrn Professor Dirk van Laak. Herr van Laak hat 1993 promoviert mit einer Arbeit über Carl Schmitt. Er war dann Assistent an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, wo er sich im Jahr 2001 im Bereich der Neueren und Neuesten Geschichte habilitiert hat, und zwar mit einer Untersuchung über Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880 bis 1960. Nach Vertretungsprofessuren in Tübingen und Freiburg ist Herr van Laak seit November 2007 Professor für Zeitgeschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Wie Herr Cornelißen gehört auch er dem Ausschuss des Historikerverbandes an. Herr van Laak, auch Ihnen vielen Dank, dass Sie heute mit uns hier diskutieren.

Ich begrüße auf der Seite der Archivare Herrn Dr. Clemens Rehm. Herr Rehm hat 1984 mit einer Arbeit über die Katholische Kirche und die Katholiken in Baden während der Revolution 1848/49 promoviert. Nach seinem Archivreferendariat war er zunächst am Generallandesarchiv in Karlsruhe tätig; seit 1999 war er in Karlsruhe auch Lehrbeauftragter für Archivwesen an der dortigen Universität. Seit 2006 ist Herr Rehm im Landesarchiv Baden-Württemberg Leiter der Stabsstelle beim Präsidenten und derzeit

kommissarischer Abteilungsleiter Fachprogramme und Bildungsarbeit. Bereits seit 2001 ist er Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Archivarinnen und Archivare und seit 2009 dessen Erster Stellvertretender Vorsitzender.

Als weiteren Vertreter der Archive in unserer Runde heiße ich Herrn Professor Wilfried Reininghaus willkommen. Herr Reininghaus promovierte 1980 mit einer Arbeit zur Entstehung der Gesellengilden im Spätmittelalter. Nach seinem Archivreferendariat war er von 1982 bis 1996 am Westfälischen Wirtschaftsarchiv in Dortmund tätig, seit 1992 als dessen Direktor. Von 1996 bis 2003 leitete Herr Reininghaus das Nordrhein-Westfälische Staatsarchiv Münster, seit 2004 ist er Präsident des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen. Herr Reininghaus hat sich 1992 neben seiner Archivtätigkeit mit einer Untersuchung über die Stadt Iserlohn und ihre Kaufleute im 18. Jahrhundert habilitiert, seit 1998 ist er außerplanmäßiger Professor für Landesgeschichte an der Universität Münster.

Zum Einstieg in das Thema ist es, glaube ich, nicht verkehrt, am Anfang dort anzusetzen, wo – vermeintlich – die Welt zwischen Archivaren und Historikern noch in Ordnung war, im 19. und sicherlich auch noch frühen 20. Jahrhundert. Ich habe zur Vorbereitung der heutigen Veranstaltung noch einmal in der Autobiographie von Friedrich Meinecke geblättert, Ordinarius für Geschichte in Straßburg, Freiburg und Berlin, zuvor aber eben auch vierzehn Jahre hauptberuflich Archivar im Geheimen Staatsarchiv in Berlin. Für Meinecke war die Zeit im Archiv ein ganz selbstverständlicher Teil seines wissenschaftlichen Karrierewegs. Und das war nicht nur für ihn so. Meinecke schrieb rückblickend in seiner Autobiographie, dass es unter den Archivbeamten des Geheimen Staatsarchivs „etwa ein halbes Dutzend“ gegeben habe, „die später [wie er selbst] auf akademische Lehrstühle berufen wurden“¹. Den Weg über das Archiv in die Forschung gibt es gelegentlich auch heute noch, aber er ist seltener geworden. Herr van Laak, Sie sind in unserer Runde der Historiker mit archivischer Vergangenheit. Sie haben – wie bereits erwähnt – parallel zu Ihrer Promotion über Carl Schmitt im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf gearbeitet, wo der Nachlass von Schmitt verwahrt wird. Mich würde interessieren, wie Sie aus der Rückschau diese Zeit bewerten, wie fügt sich die Archivarbeit in ihren wissenschaftlichen Werdegang ein. Ist das mehr eine Phase der Überbrückung gewesen oder schon integraler Bestandteil Ihres wissenschaftlichen Weges?

Van Laak: Natürlich war es ein integraler Bestandteil meines Weges, an den ich auch gerne zurückdenke und bei dem ich viel gelernt habe. Ich glaube, dass generell die Phase des „Take-Offs“ in die akademische Karriere bei jedem Historiker mit sehr intensiven Archiverfahrungen verknüpft ist. An diesem Punkt scheiden sich auch die Wege vieler Historiker, die im Archiv gewissermaßen überleben oder nicht überleben. Es gibt sehr viele, die im Archiv, in der Stillarbeit merken, dass das nichts für sie ist, die erkennen, dass sie lieber stärker unter Menschen sind, als das im Archiv der Fall ist, die nicht mit der Situation zurecht kommen, sich selbst zu disziplinieren, über Wochen und Monate, manchmal über Jahre. Ich glaube, diese Erfahrung hat jeder Historiker machen müssen und viele haben danach einsehen müssen: Das ist nicht das Richtige für mich. Für mich war es das Richtige,

¹ Friedrich Meinecke: Erlebtes 1862–1901 [1941]. In: Ders.: Autobiographische Schriften. Hg. v. Eberhard Kessel. Stuttgart 1969, S. 87.

muss ich sagen, ich bin durch eine Reihe sehr glücklicher Zufälle ins – damals noch – Hauptstaatsarchiv Düsseldorf gelangt. Damals war der Nachlass von Carl Schmitt, dem sogenannten Kronjuristen des Dritten Reiches, über Jahre hinweg aufgekauft worden. Er war gewissermaßen als erratischer Bestand in Düsseldorf vorhanden, aber nicht recht zugänglich. Die Nachlassverwalter zierten sich etwas und es bedurfte einer großen Anstrengung, um dort ranzukommen. Ich war einer der Ersten, der als Nutzer zunächst Korrespondenzen und andere Überlieferungen einsehen durfte. Durch einen biografischen Zufall wurde ich dann zum Bearbeiter des Nachlasses, weil ein DFG-Projekt zur Erschließung durchgeführt wurde und die Bearbeiterin aus persönlichen Gründen davon zurücktrat. Ich saß gerade im Benutzersaal und hatte natürlich Kontakt zu dieser Bearbeiterin und so kam es, dass sie mich fragte, ob ich sie nicht beerben wolle. So habe ich danach noch neunzehn Monate an meiner bisher schönsten Arbeitsstelle gewirkt, nämlich im Zweigarchiv Schloss Kalkum, mitten in einem wunderbaren alten Park im Norden von Düsseldorf, wo dieser Nachlass von mir dann zu Ende erschlossen und verzeichnet wurde. Das war für mich eine wunderbare Erfahrung, natürlich für einen Historiker ein Glücksfall, denn ich saß wie die Spinne im Netz der Forschung, konnte als Erster die Ordner oder Kisten öffnen, die Carl Schmitt teilweise persönlich noch beschickt hatte und konnte mir als Erster einen umfassenden Eindruck von dem Material verschaffen. Ich glaube, das sind Bildungserlebnisse, die man nicht vergisst, die man natürlich auch in kleinerem Maßstab machen kann. Wie überhaupt der Gang ins Archiv, glaube ich, für jeden Historiker oft mit der Erfahrung verbunden ist, dass man etwas Neues erschließt, dass man exklusiv wird in seinem Wissen, dass man einen Vorsprung erarbeitet gegenüber seinen Kolleginnen und Kollegen. Und das ist eigentlich durch nichts zu bezahlen. Natürlich macht jeder andere Erfahrungen. Jedes Archiv ist anders geführt, anders verwaltet, das eine ist zugänglicher, das andere ist weniger zugänglich. Ich blicke auf meine Zeit in Düsseldorf umfassend positiv zurück und mein Respekt vor Archivaren ist dadurch enorm gestiegen. Ich wusste vorher sporadisch etwas, hatte schon viele Archive, Kommunalarchive, Stadtarchive kennengelernt, aber noch kein so großes mit so vielen Mitarbeitern. Diese Erfahrung hat mir viel Respekt abgefordert, weil ich gesehen habe, was dort im Einzelnen geleistet wird und welche Ressourcen für diese Tätigkeiten eingesetzt werden müssen. Die Bearbeiter im Archiv blicken auf ein umfassendes, in Jahrzehnten gewachsenes Wissen zurück, sie schauen mit einem schützenden und bewahrenden Blick auf ihre Bestände. Das kann der Historiker, der mal schnell vorbeikommt, nicht immer sofort erfassen, er fühlt sich deshalb gelegentlich vielleicht ein bisschen abgewiesen. Wenn man sich aber einen Augenblick hineindenkt in die prekäre Lage, in die Erhaltungsfragen, die mit den Archivalien verbunden sind, dann kann man, glaube ich, sehr viel besser mit einer solchen Situation umgehen.

Pilger: Vielen Dank, Herr van Laak. Sie haben jetzt eine ganze Reihe von Aspekten schon erwähnt, auf die wir sicherlich im weiteren Verlauf der Diskussion noch zu sprechen kommen, darunter sicherlich auch der Aspekt der Zugänglichkeit von Quellen im Archiv. Ich möchte meine Eingangsfrage aber auch noch einmal an Herrn Reininghaus weitergeben. Nachdem ich also zunächst einen Historiker mit archivischer Vergangenheit befragt habe, frage ich jetzt einen Archivar, der gleichzeitig auch Historiker ist. Archivar und Wissenschaftler: Machen Sie da einen Unterschied?

Geht das für Sie zusammen? Oder sind das zwei Rollen, in die Sie dann wechselweise hineinschlüpfen, wenn Sie zwischen der Universität in Münster und dem Sitz des Landesarchivs in Düsseldorf hin- und herfahren?

Reininghaus: Es ist in der Tat so, dass ich Archivmanagement vor allem in Düsseldorf ausübe, Forschungstätigkeit überwiegend in Münster, wo ich in der Nähe wohne, wo ich an der Universität lehre und auch Vorsitzender in der Historischen Kommission für Westfalen bin. Vieles an Forschung betreibe ich am Wochenende oder am Abend. Ich glaube aber, dass die Wurzel dieser kombinierten Existenz ganz wesentlich in den Forschungsarbeiten als Doktorand liegt. Mir erschien damals das Arbeiten in Archiven und die Auswertung als Symbiose. Das durfte ich fortsetzen an Wirtschaftsarchiven, wo es von den Mitarbeitern nachgefragt wurde und heute immer noch wird, dass sie die Bestände, die sie übernehmen von den Unternehmen oder den Handelskammern, auch auswerten, weil die Wirtschaftsarchive hier so etwas sind wie das Historische Institut der jeweiligen Einrichtungen. Das sieht man bei Daimler Benz und bei allen anderen großen Unternehmensarchiven. Und das war für mich die Grundlage, auch über die eigenen Bestände in Dortmund hinaus forschend zu arbeiten und das in Verbindung zu bringen mit der normalen archivischen Arbeit, das war manchmal nicht einfach. Daraus ist dann, wenn Sie so wollen, ein Archivar-Historiker geworden, der das auch an die Hochschule getragen hat. Und ich verstehe mich heute als eine Art Bindeglied zwischen Hochschule und Archiv und gebe das Wissen, das ich als Archivar habe, bei paläographischen Übungen beispielsweise und bei allen anderen hilfswissenschaftlichen Lehrangeboten an die Studierenden weiter, auch weil ich sehe, dass ein Bedarf an den Universitäten besteht. Man ist – gerade in Münster – in diesem Punkt angewiesen auf Archivare, die ihre hilfswissenschaftlichen Fähigkeiten, quellenkundliche Aspekte in die Universität mit einbringen.

Pilger: Wenn ich Ihnen zuhöre, Herr Reininghaus und Herr van Laak, dann zeugt das, was sie gesagt haben, für mich in erster Linie von einer nach wie vor sehr engen Beziehungen zwischen Archiven und historischer Forschung. Gibt es vielleicht das Auseinanderdriften gar nicht, von dem 2004 die Rede war? Immerhin hat die von der DFG eingesetzte Arbeitsgruppe seinerzeit von einer wachsenden Kluft gesprochen und auch der Workshop ist von diesem Befund ausgegangen. Wie sehen Sie die Entwicklung, Herr Rehm.

Rehm: Ich habe jetzt ein bisschen den Eindruck, mir kommt die Rolle desjenigen zu, der in das versöhnliche, romantische Archiv-erlebnis den Alltag hineinspielen muss. Das Eingangsstatement kann sich natürlich auf verschiedene Aspekte beziehen. In der Tat gibt es, biografisch begründet, in Einzelfällen sehr enge Beziehungen zwischen Archiven und Universitäten. Das ist auch gerade bei Ihnen herausgekommen, Herr Reininghaus; diese engen Beziehungen beruhen zum Teil auch auf Freizeitaktivitäten von Archivaren oder auf dem hohen Engagement von Wissenschaftlern, die ihre Qualifikationsarbeiten schreiben. Was aber wäre bei Herrn van Laak passiert, wenn er keine Dissertation hätte schreiben müssen oder wollen und zum Beispiel er als Lehrer Geschichte unterrichtet hätte und plötzlich Schülern begegnet wäre, die im Rahmen des Geschichtswettbewerbs des deutschen Bundespräsidenten Forschungsarbeit im Archiv machen sollen und möchten. Die Standarderfahrung ist, dass diese Lehrer mehr Angst vor dem



Dirk van Laak (links) und Christoph Cornelißen (rechts) (Foto: Meinolf Woste/Landesarchiv NRW)

Archiv haben als die Schüler, weil sie das im Laufe ihres Studiums nicht kennengelernt, nicht erlebt haben. Es gibt sicher romantische Vorstellungen vom Archiv, aber die Erfahrungen, die wir in den Lesesälen machen, sprechen in vielen Fällen eine andere Sprache. Ob das früher viel besser war, weiß ich nicht. Aber ich sehe immer wieder diesen großen Spalt zwischen dem, was ich eigentlich von einem Historiker an Grundwissen vor einem Archivbesuch voraussetzen müsste, und dem, was er wirklich mitbringt. Wie muss man mit den Quellen umgehen, was ist Quellenkritik, was bedeutet ein Authentikum? Genau diese Fragen müssen durch die Hilfswissenschaften an die Universität gebracht werden – nicht als ein „Nice-to-have“, vielleicht noch in Form von kostenfreien Lehraufträgen von Archivarinnen und Archivaren, sondern als etwas, das zum Grundkodex, zum Standard der Universitätsausbildung von Historikern gehört. Diese Problematik verschärft sich derzeit: In immer stärkerem Maße versuchen die Archive ihre Quellen ins Internet zu bringen und dadurch auch die Kenntnis vom und den Zugang zum Archiv zu fördern. Aber die archivalischen Quellen stehen heute nicht mehr alleine da, sie stehen in einer enormen Konkurrenz mit dem Internet. Es gibt, ich nenne das gerne die „Hehlerware“ im Internet, wo irgendwer irgendwo irgendetwas gefunden hat und im Netz publiziert; das wirkt dann sehr lebendig und präsent, aber kein Mensch weiß, wo die Quelle herkommt und was sie eigentlich belegen kann. Und gerade in dieser Situation, denke ich, wären Studierende umso mehr darauf angewiesen, zu wissen, wie sie mit Quellen umgehen, was Quellen wirklich bedeuten, wie sie zu nutzen sind; ich glaube, das ist eine, wenn nicht die zentrale Problematik, vor der wir heute stehen. Dass wir persönlich alle gute Erfahrungen mit der Zusammenarbeit von Archiv und Forschung gemacht haben, ist wahrscheinlich die Voraussetzung dafür, dass wir hier auf dem Podium sitzen. Denn sonst hätten wir in dieser Situation

gar keine Gesprächsnotwendigkeit empfunden. Meine Frage an Sie beide wäre die, ob nur wir, die Archive, das Problem so sehen oder ob auch Sie von der Historikerseite im Umgang mit den Quellen Desiderate wahrnehmen. Überlegen Sie, ob hier vielleicht Standards neu zu setzen wären? Müssten nicht die Historischen Hilfswissenschaften und der Umgang mit den Quellen bewusster in die Studienpläne der Universitäten eingebracht werden?

Cornelißen: Wir reden jetzt über verschiedene Dinge, glaube ich. Wenn ich der Reihe nach vorgehen darf, würde ich zunächst einmal die Aussage von Dirk van Laak noch einmal verstärken wollen, nämlich dass wir hier im Grunde in einem gemeinsamen Boot sitzen. Und auch nach meiner persönlichen Erfahrung in mehreren Ländern – ich habe ja angefangen in England in den Archiven zu arbeiten und später auch in Frankreich und auch mal in Italien, dann aber sehr viel in Deutschland – sind die Kolleginnen und Kollegen in den Archiven ausgesprochen nützlich und hilfreich gewesen sind. Ohne die Unterstützung der Archivarinnen und Archivare kann man die Fragen, mit denen man ins Archiv kommt, gar nicht sinnvoll und auch nicht in der zur Verfügung stehenden Zeit beantworten. Ich würde schon deswegen die Ausgangshypothese, mit der wir begonnen haben, etwas modifizieren wollen. „Spannungsreiches Verhältnis“, „Auseinanderdriften“ der Arbeitsbereiche – das sind große Thesen, die empirisch ganz schwer zu dokumentieren sind und über die Länge der Zeit wahrscheinlich gar nicht so eindeutige Tendenzen zu erkennen geben würden. Das wäre meine erste grundsätzliche Feststellung. Was wir aber – und das war jetzt die direkte Frage von Herrn Rehm – natürlich konstatieren können, ist eine Veränderung des Studienverhaltens, des Forschungsverhaltens. Ich darf das sozusagen etwas zuspitzen aufgrund meiner derzeitigen Erfahrung an der London School of Economics and Political Science (LSE).

Das sind Studenten, die kommen aus der ganzen Welt, die haben manchmal gar kein Fachstudium „Geschichte“ im engeren Sinne in ihrem Rucksack mitgebracht, sondern die studieren in einem Masterseminar, das ich jetzt unterrichte, die kommen dahin, wir diskutieren, wir lesen Quellen, wir lesen Texte und zum Abschluss müssen diese Studenten eine Masterdissertation schreiben. Das ist etwas mehr als eine Hauptseminararbeit des klassischen Typs, etwas weniger als eine Magisterarbeit. Und dann kommen diese Studenten in die Sprechstunde und sagen: ich möchte jetzt über die „Afghan Border Question“ arbeiten, wo gibt es die Quellen? Ich hab mal im Internet geschaut – und das ist immer die erste Aussage –, da gibt es die und die Hinweise, ich fahre jetzt nach Kew Gardens, wo eben das Nationalarchiv ist, und können Sie mir noch ein paar Ratschläge geben? Das ist die Standardausgangssituation. Und mit der müssen wir uns nicht nur in London konfrontieren oder werden wir konfrontiert, sondern das ist die Standardsituation eines deutschen Seminars. Im Rahmen des Bachelor- und Masterstudiums hat man nicht die Situation, dass jemand einen Archivbestand oder eine bestimmte Quellengruppe vor Augen hat, sondern die Studenten haben eine bestimmte Frage. Und das ist sozusagen das, was uns ein bisschen, fast schon klassischer Weise unterscheidet. Wir, die Historiker, kommen mit einer Frage ins Archiv, vielleicht einer naiven Frage und Sie, die Archivarinnen und Archivare, kommen mit Ihrer Kompetenz und geben uns Hinweise, wie wir vernünftig auf der Grundlage von Zeit und Forschungskapazität zu vernünftigen Antworten auf diese Frage gelangen können. Das scheint mir eine strukturell unterschiedliche Zugangsweise zu sein, die, wenn man die beiden Ausgangspunkte positiv miteinander verbindet, in der Regel immer wieder zu erfolgreichen Antworten geführt hat. Das gilt für unsere eigenen Arbeiten, so habe ich das in Erinnerung, und es gilt auch für eine Unzahl von Arbeiten von Studierenden und Qualifikationskandidatinnen und -kandidaten. Aber es gibt eben so eine – vorsichtig angedeutet – Tendenz, dass die Fragen naiver werden und damit die archivische Kompetenz noch mehr gefragt wird. Denn die Archivare sind diejenigen, die über die Bestände die Aufsicht führen; sie können die „Naivität“ der Forschenden so runterbrechen, dass daraus sinnvolle, machbare Projekte werden.

Van Laak: Ich würde das gerne noch ergänzen. Natürlich spielt da die große Frage des Aufbaus unseres Studiums mit hinein. Herr Rehm hatte das anklingen lassen. Ich glaube aber, dass solche Kämpfe seit Generationen geführt worden sind und immer wieder geführt werden. Jetzt natürlich auch geführt werden, weil das Studium heutzutage mit allen möglichen Erwartungen beladen und überfrachtet wird. Zugleich soll es kürzer werden, da bleibt natürlich immer weniger Zeit im subjektiven Empfinden der Studierenden, aber auch der Lehrenden, um gewissermaßen an die klassischen „Essentials“ der historischen Forschung heranzuführen. Es wird ja an das Studium heute schon die Erwartung herangetragen, auf das Berufsleben vorzubereiten, aber zugleich hat man keinen erwartbaren Karriereweg mehr. Also muss man auf alles Mögliche vorbereiten mit einem unklaren Set an Kompetenzen, da wird vielleicht die Quellenanalyse nicht mehr von allen Kollegen als zwingend notwendig erachtet. Stattdessen sind Faktoren wie „Medienkompetenz“ in der Bedeutung stark gestiegen und ziehen einfach auch Kräfte und Zeit ab. Die sind auch wichtig, weil sich das mediale Verhalten und die Welt, in die wir hineingeboren werden, ganz anders strukturieren, als das frü-

her der Fall war und dem muss man Rechnung tragen. Und das Archiv ist eine Überlieferungsart und ein Wissensspeicher unter anderen. Aber wir müssen, das ist unsere Aufgabe als Universitätshistoriker, natürlich darauf dringen, dass das Archiv eine ganz wichtige zentrale und unhintergehbare Überlieferung darstellt, die nicht ersetzt werden kann durch das, was im Internet an Quellenmaterial aufbereitet wird, was häppchenweise dargeboten wird und was immer die Suggestion mit sich führt, es könne auch alles ganz einfach sein und man könne vielleicht doch vom heimischen Schreibtisch aus eine quellengesättigte Arbeit schreiben, die wissenschaftlichen Anforderungen genügt. Aber das ist eben doch in den allerseltensten Fällen der Fall. Ganz ausgeschlossen ist es nicht, weil die Archive ja inzwischen auch sehr viel dazu beitragen, wichtige Quellenbestände und Findmittel ins Netz zu stellen. Das sehe ich mit großem Erstaunen, wenn ich mir vergegenwärtige, wie man vor zwanzig Jahren über Monate hinweg, mit Briefen, einen Archivbesuch hat vorbereiten müssen, und irgendwann fand dann einmal ein Bearbeiter die Zeit, die entsprechenden Bestände durchzuschauen. Das hat man heute in einer halben Stunde teilweise am Computer selbst gemacht. Sicher nicht in aller Tiefe und ohne die besondere Kompetenz der Archivmitarbeiter, aber man ist doch ein gehöriges Stück weiter. Da muss man mit rechnen, dass heute immer alles ganz schnell gehen muss und die Archivbesuche auch als ein bisschen lästig und kompliziert empfunden werden von vielen Studierenden. Sie suchen sich deshalb vielleicht doch lieber ein Thema mit einer schicken globalen Fragestellung, die man dann anhand des Spiegel-Archivs bearbeiten kann. Ich glaube aber, dass es solche „Ausweichbewegungen“ auch früher immer schon gegeben hat. Ganz wichtig ist, dass wir tatsächlich in unserem Studium die Studierenden heranzuführen sollten an die Archive, beispielsweise im nächstgelegenen Stadtarchiv. Ich habe immer gute Erfahrungen damit gemacht. Es sind manchmal Erweckungserlebnisse, ich greif jetzt mal ganz hoch, aber selten habe ich erlebt, dass nicht ein Großteil der beteiligten Studierenden hinterher beeindruckt war von dem Authentischen, von der Aura des Originals und von dem, was es dort alles zu erforschen gibt. Jedes Archiv ist eine Schatzkammer für die historische Forschung. Und deshalb mein vielleicht etwas romantischer Hinweis darauf, dass man diese Verbindung zum Archiv im Studium leisten muss und man wird immer noch die gleichen Effekte erzielen wie vor fünfzig oder hundert Jahren.

Reininghaus: Was Herr van Laak geschildert hat, ist im Grunde die Perspektive vom Ende des Prozesses her. Wie bereiten Archive die von ihnen übernommenen Bestände auf, damit sie gut benutzbar sind für die Studierenden? Wir haben reagiert seit Mitte der 90er Jahre, indem wir auch Internetangebote gemacht haben. Das Portal „Archive in NRW“ (www.archive.nrw.de) ist 1995/96 konzipiert worden, um auf diese Herausforderung des Internets seitens der Archive zu reagieren. Aber unsere professionelle Umstrukturierung definieren wir nicht vom Ende, sondern vom Anfang her. Dort finden jetzt Prozesse statt, die vielleicht für die Kollegen aus den Universitäten weniger wahrnehmbar sind. Im Rahmen eines umfassenden Archivierungsmodells müssen wir uns inzwischen verstärkt um die elektronischen Unterlagen kümmern, und zwar von deren Entstehung an, weil sonst die Langzeitarchivierung nicht mehr möglich ist. Das hat zusammen mit den großen Mengen der Nachkriegsüberlieferung, die wir bewerten müssen, zu einer Kehrtwendung geführt, die uns aus Sicht

der Archive von der historischen Forschung insofern entfernt hat, weil wir jetzt viel stärker in die Behörden gehen müssen, also Behördenberatung beim Aufbau elektronischer Registraturen leisten müssen und von da aus gewinnen wir einen anderen Ausgangspunkt für unser berufliches Selbstverständnis. Die Menschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg das deutsche Archivwesen aufgebaut und gestaltet haben, waren noch sehr nah an Friedrich Meinecke und auch sehr nah an den konventionellen Dokumenten, und sie waren eng verbunden mit den Hilfswissenschaften.

Rehm: Ich möchte gerne noch ergänzen. Herr Cornelißen hat die unterschiedlichen Ausgangspunkte von Historikern und Archivaren benannt, hier die inhaltliche Fragestellung, dort die Bestände. Das sind in der Tat zwei unterschiedliche Blickwinkel, mit denen man sich auseinandersetzen muss und wo die Archivare auch das Rüstzeug des Übersetzers mitbekommen haben. Sie haben, Herr Cornelißen, ja auch die positiven Beispiele gebracht, wie eine Fragestellung von archivischer Seite mit Hinweisen ergänzt werden kann, wo in den Beständen die Suche erfolgreich verlaufen kann. Und die Aussage, Herr van Laak, unterstreiche ich, wenn Sie betonen, dass in einer Zeit, wo Archivgut nur noch *eine* Form von Speicherung von Informationen ist, diese aber dennoch unverzichtbar ist und bleibt. Wenn das sozusagen als „Basic“ im Geschichtsstudium festgehalten wird und auch die Wege dahin geöffnet werden, dann hätten wir schon eine ganze Menge erreicht. Ich bin entschieden dagegen, mit Hinweisen auf andere zu vermittelnde bzw. zu erlernende Kompetenzen das Archiv in diese Konkurrenz zu stellen und bei Bedarf einfach wegzudrücken. „Archive“ sind in unserer Alltagswelt eigentlich permanent vorhanden. Gehen Sie auf eine Internetseite eines Sportvereins, da sind dann die Ergebnisse aus dem Jahr vorher unter der Rubrik „Archiv“ abgelegt und schauen Sie, eines meiner Lieblingsbeispiele, den sonntäglichen „Tatort“ an: Bei mindestens jedem zweiten Fall erfolgt ein Teil der Aufklärung auch darüber, dass eine bestimmte alte Akte gezogen wird; und gestern Abend, Herr Reininghaus, war es zum ersten Mal im „Tatort“ der Fall, dass eine elektronische Akte angefordert wurde, aus der dann ein Teil der Lösung für den Fall herausdestilliert werden konnte [Polizeiruf 110: Die verlorene Tochter, 26. Juni 2011]. Insgesamt gilt: In dieser zunehmend digitalen Welt behält dennoch das klassische Material seinen Wert; das gibt dem Aspekt „Medienkompetenz“ einen neuen Akzent. Quellenkritik bleibt unverzichtbar. Medienkompetenz hat seinen Urgrund auch in dem ganzen hilfswissenschaftlichen Instrumentarium. Und insofern, denke ich, sind wir nicht so weit auseinander, wenn wir die modernen Kompetenzen fördern und dieses anbinden und verankern an unsere klassischen Fähigkeiten.

Pilger: Ich würde jetzt gerne noch einmal zwei Äußerungen von Ihnen, Herr van Laak, aufgreifen und etwas vertiefen wollen, weil Sie uns der Thematik, über die wir gerade gesprochen haben, noch einmal von einer etwas anderen Seite annähern. Und zwar sagten Sie zum einen, Archive stehen heute in Konkurrenz zu anderen Wissensspeichern und Sie haben dann vor allen Dingen digitale Wissensspeicher, insbesondere das Internet, im Blick gehabt. Das ist das eine und dann sagten Sie, na ja, der Student kann ja auch ausweichen auf das schicke Thema mit der globalen Fragestellung und dann braucht er vielleicht die Archive gar nicht. Was ich an diese Äußerung noch anknüpfen würde, wäre die Frage, ob sich im Methodendiskurs der Geschichtswissen-

schaften nicht auch etwas geändert, was einfach die Archive als Wissensspeicher ein Stück weit marginalisiert hat? Ich sage einmal ganz konkret: Wir haben in den Geschichtswissenschaften viele „Turns“ in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlebt. Als Archivar verfolgt man das mit Interesse und vielleicht doch ein Stück weit aus der Distanz. Eines, denke ich, haben wir alle mitgekriegt, das ist die kulturgeschichtliche Wende. Man kann das schlecht in einem Satz zusammenfassen, aber wenn man es versuchen wollte, dann könnte man von einer Verschiebung der Perspektive sprechen, bei der inzwischen nicht mehr so sehr die Ereignisse und Strukturen selbst im Mittelpunkt stehen, sondern deren Wahrnehmungen und Deutungen. Solche Wahrnehmungen und Deutungen lassen sich vielleicht gar nicht nur oder wenigstens nicht so gut anhand von archivischen Quellen nachvollziehen, sondern viel besser möglicherweise anhand von publizierten Unterlagen. Ist das mit ein Grund dafür, warum heute die Archive weniger aufgesucht werden. Die globale Fragestellung wäre noch ein anderer Aspekt, den man mit hineinnehmen und fragen könnte, ob das nicht auch letztlich die Wissenschaft ein Stück weit von den Archiven entfernt hat?

Cornelißen: Also zunächst würde ich dann doch festhalten wollen, dass die Globalgeschichtsschreibung auch etwas mit Quellen zu tun hat. Die Globalhistoriker würden sich dagegen verwehren, dass man sie hier gewissermaßen zu Diskurshistorikern oder nur zu reinen Textexegeten abstempeln würde. Da gibt es ausgewiesene Kolleginnen und Kollegen weltweit, die auf tiefster Ebene auch in den Archiven ihre Informationen besorgen. Von daher gesehen, sehe ich da eigentlich keine Kluft, ob nun Globalgeschichte oder Lokalgeschichte, die arbeiten zunächst einmal alle mit Quellen. Das andere Problem, das Sie angesprochen haben, ist natürlich, dass wir nicht nur in der Geschichtswissenschaft, sondern allgemein in der akademischen Welt auch gewissen Modeerscheinungen, gewissen Trends und Konjunkturen unterliegen. Das war eigentlich schon immer so, wobei sich in den letzten rund drei/vier Jahrzehnten die Intensität dieser Konjunkturen, auch die Volatilität und damit Dauer der Konjunkturen verändert, verkürzt hat und wir dann eben diese vielen „Turns“ über uns haben ergehen lassen müssen oder auch wollen; wir haben sie ja auch mit gestaltet. Da gibt es unterschiedliche Präferenzen. Der entscheidende Punkt, der aber, glaube ich, jetzt hier von Bedeutung ist, ist der, dass die klassische Zugangsweise, die ja bis in die 50er Jahre des 20. Jahrhunderts gängig war, also Herrschaftsgeschichte im Kleinen wie im Großen zu schreiben sich eben überlebt hat. Zwar gibt es so etwas immer noch, aber es ist natürlich nicht mehr der alleinige und schon gar nicht mehr der Kernbestand der modernen Geschichtswissenschaft. Wir haben uns ausdifferenziert, wir sind mittlerweile eine akademische Gemeinde seit der Expansion der deutschen Universitäten in den 60er und 70er Jahren von rund 3.000 arbeitenden Historikerinnen und Historikern, da ergibt sich natürlich ein sehr breites Panorama mit unterschiedlichsten Interessenlagen und auch Präferenzen für einzelne Themenbereiche und methodische Zugänge. In diesem Zusammenhang hat sich eine Verlagerung der Quellendefinition ergeben, bzw. dessen, was wir als Quellengruppen im einzelnen definieren, die von uns angeschaut werden oder die von Interesse sind, und es sind eben nicht mehr nur die öffentlichen Archive. Wir haben eben eine Vielzahl von anderen Verbands- oder auch Vereinsarchiven; jeder Sportverein hat sein Archiv. Wir konstatieren, modern gesprochen, eine Ausdifferenzierung im Rahmen der Zivilgesell-

schaft mit unterschiedlichsten Teilarchiven, professionell und nicht professionell geführt, die für Forscher und Forscherinnen interessant sind, wenn sie eben spezifischen Fragen nachgehen, wo diese einzelnen Quellengruppen von Bedeutung sein können. Ich sehe da allerdings keine Höher- oder Untergewichtung. Es ist eigentlich egal, ob das nun ein öffentliches oder nicht öffentliches Archiv ist. Hauptsache ist ja, dass wir auf irgendwelche Quellen uns systematisch berufen können und dass diese Quellen auch nachvollziehbar, also einsehbar auch für andere sind, so dass wir dem klassischen Quellenbegriff genügen können. Und das hat ja jetzt gewissermaßen im Rahmen der Globalisierungsgeschichte, die jetzt ohne Zweifel stark im Trend liegt, eine Erweiterung erfahren und wir erleben auch eine Internationalisierung der Fragestellungen, die ich aus meiner wissenschaftlichen Tätigkeit her nur begrüßen kann. Das hat wiederum zur Folge, dass viele Studenten nicht nur ins Lokal- oder Stadtarchiv oder Regionalarchiv gehen, sondern möglicherweise tatsächlich woanders ansetzen. Aber das ist sozusagen der Markt, in dem wir uns bewegen und in dem dann auch vielleicht in Deutschland eine höhere Sensibilität für diese Fragestellungen auf der Ebene der Archive mitgedacht oder auch mit vorbereitet werden könnte. Das wäre vielleicht so eine der, ich will nicht sagen Reformvorschläge, das klingt dann immer so großflächig, aber sozusagen eine der Anregungen, die wir aufgreifen können, dass man auch mit den hier verfügbaren Archiven ja durchaus ganz andere Dimensionen von historischen Zugängen mitbetreuen und mit untersuchen kann.

Reininghaus: Ich finde, es gibt ganz praktische Konsequenzen aus dieser methodischen und thematischen Vielfalt der historischen Wissenschaften. Wir sind als Archive der Historischen Forschung insofern hinterhergelaufen, als wir sachthematische Inventare zu den großen Fragestellungen gemacht haben. Vielleicht erinnern Sie sich noch daran, dass die Historische Kommission in Berlin sachthematische Inventare zur Arbeiterbewegungsgeschichte gemacht hat. Das Thema war längst schon erledigt, als die letzten Archive noch an diesen sachthematischen Inventaren saßen. Für mich ergibt sich daraus die Konsequenz, dass wir, gerade weil die Vielfalt so groß ist, gut daran tun, bei der Erschließung nicht mehr so in die Tiefe zu gehen. Klaus Tenfelde fragte mich einmal: Wenn Sie im Archiv alles bis auf die Blattebene erschließen, wie sollen wir als Historiker dann überhaupt noch Entdeckungen machen? Die Quintessenz könnte sein: Wir erschließen flach, aber dann möglichst vollständig.

Pilger: Die flache Erschließung ist ja bereits Realität in vielen Archiven und bei vielen Beständen. Das ist vor allem auch eine Folge knapper Ressourcen. Könnten Sie als Historiker eine Weichenstellung hin zu einer flachen, gleichzeitig aber möglichst flächendeckenden Erschließung mitragen oder gibt es im Archiv aus Ihrer Sicht auch Bereiche, wo die Archivare in die Tiefe gehen müssen, möglicherweise dann auf Kosten der Vollständigkeit?

Van Laak: Das ist ein bisschen eine abstrakte Frage. Das kommt natürlich sehr darauf an. Ich würde es grundsätzlich durchaus begrüßen, dass man eher einen Überblick darüber bekommt, was alles zur Verfügung steht. Wenn man in die Tiefe geht, kostet das viel Arbeitszeit und lässt gewissermaßen das Ganze auch zäh werden. Die Entscheidung hängt natürlich sehr vom Einzelbestand ab.

Pilger: Wie war das bei dem Nachlass von Carl Schmitt, als Sie ihn benutzt haben? Der Bestand war damals doch vermutlich nur sehr grob erschlossen?

Van Laak: Ja, der besaß damals nur eine grobe Verzeichnung und ich habe ihn dann nach DFG-Kriterien, die allerdings für Bibliotheksbestände ausgerichtet waren, feiner erschlossen. Aber auch das war nicht die letzte Erschließungsstufe. Da ist nach mir noch sehr viel mehr passiert, was man vielleicht auch integraler hätte von vornherein machen können. Aber das hängt natürlich auch von der Verfügbarkeit von Geld und Menschen und von Zeitressourcen ab. Ich würde noch mal unterstreichen wollen, was Christoph Cornelißen gesagt hat: Wir leben heute in einer Zeit, wo es in der Geschichtswissenschaft eine große Pluralität an verschiedenen methodischen Zugriffen und von Fragestellungen gibt. Es sind meiner Wahrnehmung nach gar nicht mal so sehr die „Turns“, die sich abwechseln, sondern es besteht schlicht eine Gleichzeitigkeit von verschiedenen Ansätzen. Man kann heute sehr viel machen, es gibt keine Kohärenz mehr, es gibt keinen „Mainstream“ mehr, den man in einer Historiografiegeschichte dann auch beschreiben könnte, so wie man das noch für die 1960er und 70er Jahre als Phase der beginnenden Sozialgeschichtsschreibung oder für die 80er Jahre als das Jahrzehnt der Alltagsgeschichte tun kann. Heute existiert alles parallel, es gibt Wiederentdeckungen, es gibt Rückgriffe; es ist schwer für Einzelne, überhaupt den Überblick zu behalten. Die Internationalisierung ist auch ganz wichtig und vor allem würde ich noch einmal darauf dringen, dass unsere Studierenden heute in ganz anderen Horizonten aufwachsen. Insofern muss sich wahrscheinlich auch ein Archiv von dem Gedanken verabschieden, dass es so etwas gibt wie eine örtliche Zuständigkeit. Und dass es gewissermaßen von den Landesuniversitäten eine natürliche Verbindung zu den örtlichen Archiven gibt und die Landeskinder sich dann für ihre Landesgeschichte interessieren oder ihre Stadtgeschichte oder meinetwegen für ihre Nationalgeschichte, das ist heute einfach nicht mehr der Fall. Die biografischen Hintergründe sind so ausdifferenziert, die Horizonte sind so vielfältig und internationalisiert, zumindest aber europäisiert. Die Mobilität der Studierenden, allen Unkenrufen zum Trotz, ist weiterhin hoch. Auslandsaufenthalte sind heute schon für Schüler, spätestens für Studenten, eine Selbstverständlichkeit, und das bringt ganz neue Aufgeschlossenheiten für Fragen mit sich, die einzelne Archive gar nicht mehr komplett beantworten können. Natürlich gibt es diese Arbeiten auch noch, die sich an einem Bestand orientieren, ihn erschließen, ihn gewissermaßen zur exklusiven Grundlage nehmen. Es gibt allerdings auch die Vorstellung, dass gerade hierfür spezialisierte Einrichtungen zuständig sind, zum Beispiel die Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien oder einzelne Landeskommisionen, die es ja auch hier in Hessen in mehr als ausreichender Zahl gibt. Man geht davon aus, dass diese Einrichtungen die „Brot- und Butterarbeit“ der Erschließung und vielleicht auch Veröffentlichung machen und dann wartet man darauf und kann so am Ende das Archiv im einen oder anderen Fall doch umgehen.

Rehm: Ich würde gerne an zwei Stellen anknüpfen. Das eine ist die Verbindung des lokalen Archivs mit der lokalen Universität. Auch der globale Historiker arbeitet, wie Herr Cornelißen betont hat, mit Quellen, wenn er nicht eine reine Literaturarbeit schreibt. Die grundsätzliche Methodik, den Umgang mit



Clemens Rehm (Foto: Meinolf Woste/Landesarchiv NRW)

den Quellen, kann man sehr wohl am Archiv vor Ort erlernen. Wenn es darum geht, wie ein Authentikum zu bewerten, wie es entstanden ist usw.; es macht für die Methodik keinen Unterschied, ob ich mich mit sächsischen Quellen oder mit welchen aus der Steyrmarch beschäftige. Das zweite ist die Bedeutung der archivischen Quellen als ein Informationsangebot unter vielen. Das hat sich aufgrund der Wissenschaftsgeschichte geändert, gar keine Frage. Die Archivare sind in diesem Punkt in den letzten zehn Jahren sehr aufmerksam gewesen. Wir haben 2002 den Deutschen Archivtag in Trier unter das Thema gestellt „Archive und Forschung“. Und da war die große Leitfrage eigentlich auch: Was erwartet eigentlich die Forschung? Wir haben, Herr Pilger war maßgeblich mit beteiligt, auf dem Historikertag 2006 in Konstanz eingeladen zu einer Diskussion über die gleiche Frage: Welche Quellen brauchen Historiker eigentlich? Und ich überzeichne vielleicht, wenn ich sage, bei dieser nicht gut besuchten Sektion waren mehr Archivare als Forscher anwesend. Inzwischen hat sich das etwas geändert. Die Sektionen, die der VdA sowohl auf dem Historikertag in Dresden (2008) als auch in Berlin (2010) angeboten hat, waren übertoll. Die Frage: Wie gehen wir mit Quellen in der Internetzeit um, ist offenbar angekommen. Aber der Dialog dürfte eigentlich keine Einbahnstraße sein; nicht nur Ihre Antworten auf unsere Fragen: Wo sind Ihre Fragestellungen auch an uns Archivarinnen und Archivare? Welche Bestände sollen eigentlich prioritär erschlossen werden? Sollen wir tatsächlich oberflächlich erschließen und alles andere sozusagen den Studenten überlassen? Und bei der Bewertung – der Schaffung des Quellenkorpus –, auf welche Quellen sollen wir uns eigentlich konzentrieren? Es ist schon längst nicht mehr so, dass wir nur Herrschaftsgeschichte überliefern, sondern wir haben natürlich systematisch auch Akten, die jedefrau und jedermann betreffen,

archiviert. Der VdA kümmert sich als Verband auch um diese nicht-institutionalisierten und nicht abgesicherten Archive; Sie werden in der Zeitschrift „Archivar“ immer wieder Berichte über solche „freien Archive“ finden, die genau diese Lücken, die die Überlieferung in den öffentlichen Archiven gelassen hat, geschlossen haben. Nur aufs Ganze gesehen werden diese Fragen der Zusammenarbeit immer wieder von archivarischer Seite gestellt und ich denke, es ist kein Zufall, dass auch die Einladung hier und heute wieder von den Archivaren ausging. Wir sind uns dieser Problematik bewusst, aber wir warten auch ein bisschen auf die Antworten, wie wir kundengerecht unsere Arbeit erledigen sollen, was wir als Quellenmaterial übernehmen und wie wir es zugänglich machen und präsentieren sollen. Denn: Selbst wenn wir Archiv-Bestände ins Internet stellen, was ja zum Teil bis auf die Blattebene inzwischen passiert, ist das eine Vorauswahl. Wir entscheiden, was als historisches Rohmaterial genutzt werden kann. Und der Studierende oder auch der Promovierende nutzt diese Quellen, ohne eventuell zu schauen oder zu erwarten, dass da rechts und links noch etwas gewesen sein könnte, was vielleicht zentraler gewesen wäre für seine Fragestellung. Die Präsentation von Quellen im Internet ersetzt nicht die methodisch saubere Arbeit des Studierenden und genau dieses Problem können wir nur schwer vermitteln.

Reininghaus: Ich würde die Frage von Herrn Rehm an die Historiker gerne noch einmal etwas anders zuspitzen: Sind Sie mit der Art und Weise, wie wir übernehmen und bewerten, so einverstanden? Haben Sie selbst da überhaupt keine Karten mehr im Spiel? Mich hat ein Historiker gefragt: Wie kann ich denn voraussehen, was in 30 Jahren die Forschung haben will? Damit ist offenbar der Ball zurückgespielt an die Archive; die Historiker sind damit zufrieden und leben mit dem, was sie bei uns finden – und natürlich auch in anderen Informationsspeichern.

Cornelißen: Eine Teilantwort auf Ihre Frage haben Sie ja schon selbst gegeben. Wir als Historiker sind eigentlich berufsnaiv in dieser Hinsicht. Wir gehen immer davon aus – so jedenfalls meine Wahrnehmung –, dass, wenn wir ins Archiv kommen und bestimmte Bestände dort im Bestandsverzeichnis und in den Findbüchern aufgezeigt werden, das eben nur die wichtigsten Quellen sind. Wir rekonstruieren jetzt nicht mehr die Entstehungsgeschichte des Bestandes; das würde uns überfordern, schon rein zeitlich. Gut, ich selbst habe mir im Rahmen meiner Biografie über Gerhard Ritter wirklich einmal alles angeschaut, was irgendwie von diesem einen Menschen übrig geblieben war. Da würde ich mir ungern den Vorwurf machen lassen wollen im Nachhinein, irgendetwas übersehen zu haben. Ohne Zweifel gibt es da was, aber der Punkt ist, glaube ich, nicht so entscheidend, sondern der Kernpunkt ist ja, dass Sie, die Archivare, die berufsmäßige Aufgabe haben, auszusondern. Das wissen wir, und wir gehen davon aus, dass Sie das verantwortungsvoll tun. Wo wir allerdings Sorge haben das ist der große Bereich der digitalen Quellen. Da gibt es Unmengen von Fragezeichen, die aber nicht nur mit den Archivaren zu tun haben, sondern wahrscheinlich vor allem mit den Behörden, die bisher vermutlich noch ein relativ wenig entwickeltes Sensorium für diese Fragen haben, um es einmal vorsichtig zu formulieren. Die Sicherung und langfristige Zugänglichmachung dieser digitalen Quellen, das sind Probleme, die Sie in irgendeiner Weise vielleicht lösen können, aber ich glaube, da sind wir in einem großen technischen Umbruch

begriffen, den wir erst lernen müssen, zu verstehen. Auf die Frage aber, welche Prognosen wir im Hinblick auf erhaltungswürdige Bestände in Zukunft zu geben vermögen, können wir eigentlich nur mit einem Offenbarungseid antworten, weil wir das nun einfach wirklich nicht wissen. Das ist ja, positiv gewendet, gerade das schöne an der Geschichtswissenschaft, dass Sie immer wieder neue Fragen aufwirft, die wir vorher eben nicht gestellt haben. Wenn wir die heute alle schon kennen würden, dann würden wir die natürlich sofort bearbeiten. Also insofern gibt es da eine in die Zukunft gewendete historische Offenheit. Mit dem Problem werden wir leben müssen. Wir haben alle immer eine gewisse Hoffnung, dass Sie mit Ihrer Kompetenz gewissermaßen die Sonden besitzen, die wir brauchen in Zukunft, dass Sie die entsprechenden Bestände identifizieren und in irgendeiner Weise sichern und lesbar machen werden. Aber das ist sozusagen ein ganz offenes Geschäft. Das war eigentlich auch immer schon so. Braucht man zum Beispiel Kanalisationsakten des 19. Jahrhunderts? Natürlich braucht man sie, aber man hat sie alle weggeworfen, oder fast alle weggeworfen. Die richtige Bewertung im Hinblick auf zukünftige Interessen der historischen Forschung ist insofern ein Dauerproblem, was sich jetzt einfach fortsetzt. Ich sehe das strukturell nicht als neue, sondern als laufende Aufgabe. Ich würde aber im Nachhinein noch den einen Satz hinzufügen wollen: Gerade weil das Problem so dauerhaft ist, drängt sich die flache Erschließung eigentlich auf. Sie haben nur bestimmte Ressourcen, wir haben bestimmte Ressourcen. Vor diesem Hintergrund scheint mir, muss man flächig denken, um die Wahrscheinlichkeit einer Trefferquote in der Zukunft zu erhöhen.

Van Laak: Wenn ich das ergänzen darf: Aus meiner Zeit damals in Düsseldorf erinnere ich mich an einen einzigen Konflikt, den ich damals hatte, als es um die Frage der Auswahl bzw. der Kassation von bestimmten Dingen ging. Da standen mir damals als Historiker die Haare zu Berge, weil ich sah, dass es einen richtigen materialen Konflikt zwischen der Sichtweisen der Archivare und der Historiker gibt, wobei bei den Archiven natürlich immer die Frage des verfügbaren Platzes eine große Rolle spielt. Das kennen, glaube ich, alle Archivare. Gut, aber davon abgesehen: Ja zur flachen Erschließung! Was ich dabei aber begrüßen würde und was zum Teil auch bereits geschieht, ist, dass zwischen den Archivbeständen, den Provenienzen, Querverbindungen hergestellt werden. Hier ist natürlich die Aufstellung vieler Archive, die institutionell sammeln, gegenüber bestimmten geschichtswissenschaftlichen Fragestellungen veraltet oder ein bisschen hinterher, weil die klassische Institutionengeschichte zwar sicher noch geschrieben wird und auch notwendig ist, aber die Fragestellungen sich inzwischen doch sehr häufig über viele verschiedene Quellenbestände erstrecken und es hier manchmal sehr hilfreich wäre, wenn aus der intimen Kenntnis der Bestände heraus, die eben tiefer reicht als die oberflächliche Erschließung, Hinweise erfolgen würden auf interessante Querverbindungen. Auf diese Weise könnten sogar Fragestellungen angeboten werden. Ich glaube, damit wäre sehr vielen Historikern, gerade auch unerfahrenen, sehr geholfen. Eine zweite Möglichkeit, die ja auch verfolgt wird, sind Ausstellungen, also gewissermaßen Angebote von Archiven, die ihre interessantesten Stücke präsentieren und das unter irgendeinen Oberbegriff stellen. Manchmal ist ein Jubiläum der Anlass, muss es aber nicht sein. Ich glaube, dass hier die Archivpädagogik sehr viel leistet und auch eine ganz wichtige Funktion hat, in Bezug auf Lehrer, die Sie angesprochen haben, aber auch

in Bezug auf die Universitäten. Ich habe immer gute Erfahrungen damit gemacht und glaube, das ist ein Weg, der unbedingt weiter beschritten werden müsste. Die Archive sollten interessante Einzelstücke als Appetizer anbieten, ohne dass man im Einzelnen sagen kann, für welche Art der historischen Forschung diese Stücke dann verwandt werden können. Man darf von den Archivaren nicht erwarten, dass sie in die Zukunft denken und antizipieren, was die Forschung sich ausdenkt. Aber ich sehe so recht keinen anderen Weg, diese Brücke immer wieder über diese Einzelstücke, über interessante Überlieferungen, aber auch interessante Querverbindungen, Verweise und Verbindungen herzustellen.

Pilger: Meine Kollegin, Frau Wiech, hatte sich im Plenum mit einer Frage zu Wort gemeldet.

Martina Wiech, Landesarchiv NRW: Meinerseits ein Statement und eine Frage: Zunächst einmal das Statement: Sie sprachen von einem Grundoptimismus: Die Archivare würden schon richtig bewerten. Ich glaube, so eine Art Grundoptimismus haben wir auch auf unserer Seite, vielleicht liegt das auch an meiner Biografie als ursprünglich mal Frühmittelalterhistorikerin. Ich habe den Grundoptimismus und die Naivität, dass die Forschung mit dem, was wir nach bestem Gewissen bewerten, schon zurecht kommen wird. Ich gehe davon aus, dass Sie eine gewisse Kreativität an Fragestellungen besitzen, dass Sie mit dem, was wir für Sie bewerten, auch wirklich etwas werden anzufangen wissen. Das nur als Statement vorweg, nun aber meine Frage, die mehr in Richtung der Erschließung geht. Wir hatten vor einigen Wochen im Landesarchiv NRW einen Workshop mit Archivarinnen und Archivaren zum Thema „Digitalisierung von Archivgut“. Sie haben ja alle schon positiv bewertet, dass wir, die Archive, unsere Findmittel ins Netz stellen und damit auch den Zugang deutlich erleichtern. Die nächste Stufe wäre jetzt die massenhafte Digitalisierung von Archivgut und Zurverfügungstellung von Archivalien selbst bis auf die Einzelblattebene, wie Herr Rehm eben schon sagte. Dabei sind einige Fragestellungen aufgekommen, zu denen ich gerne wüsste, wie Sie dazu stehen und ob Sie darin eine Perspektive für stärkeres Zusammenarbeiten von Geschichtswissenschaften und Archiven sehen. Eine Idee, die bei diesem Workshop aufkam, ging in Richtung „Crowdsourcing“, das heißt Archive stellen Bestände bereit und erschließen sie flach und Nutzer können hingehen und im Sinne von Web 2.0-Technologien diese Bestände auch tiefergehend erschließen. Würden Sie darin eine Perspektive für zukünftige Zusammenarbeitsformen sehen? Und sollte dies eine Perspektive für die Zukunft sein, dann noch eine zweite Frage im Anschluss daran und auch aus der Kenntnis des Wissens und der Fragestellungen, mit denen Historiker bei uns ankommen: Was müssten wir leisten, um eine Zusammenarbeit auf dieser Ebene zu unterstützen? Wie weit müssten wir zum Beispiel Quellenkunden und ähnliches noch zur Verfügung stellen? Also welche Voraussetzungen müssen wir dann als Archive bringen, damit so etwas funktionieren kann?

Cornelißen: Vielen Dank für die Frage und auch für den Hinweis, den ich aus meiner Sicht für ausgesprochen reizvoll halte. Wir haben, glaube ich, alle – nicht nur Dirk van Laak mit bei seinen Recherchen zu Carl Schmitt – die Erfahrung gemacht, dass wir irgendwann vor Beständen gesessen haben, die noch nicht erschlossen waren und dann haben wir einfach diese Akten bekommen und mit ihnen gearbeitet. Ich weiß noch, im Bundes-

archiv in Koblenz hat mir jemand einmal in einem solchen Fall gesagt: Dann machen Sie doch halt irgendwie ein System. Das System, das ich dann gewählt habe, ist natürlich nicht wegweisend gewesen. Das war damals der Nachlass von Egmont Zechlin (Historiker und Hochschullehrer, 1896-1992). Ich will damit nur sagen: Wenn Sie jetzt diese Web 2.0-Variante anstreben, wäre es natürlich sinnvoll, dass entsprechend digitalisierte oder auch nicht digitalisierte Einführungen gleichzeitig mit vorbereitet werden, damit das sinnvoll in Gang gesetzt wird. Weil sonst gibt es natürlich ein riesiges Durcheinander an unterschiedlichsten Zugangsweisen, Beschreibungen und auch Klassifikationen usw. Also die Zusammenarbeit bei der Erschließung müsste sozusagen systematisch vorangetrieben werden. Ansonsten würde ich das für einen guten Gedanken halten, auch weil es die Ressourcenknappheit, die ja nicht nur für die Archive selbst, sondern auch auf Seiten der Benutzer ein Problem ist, zumindest bis zu einem bestimmten Punkt zu lösen helfen kann. Und gerade auch als Zeithistoriker würde ich das ungemein befürworten, weil uns das erlaubt, an Bestände heranzugehen, die ja meistens eben noch nicht verzeichnet sind. Wir haben jetzt u. a. das Problem, dass wir vom Verband der Historiker aus eine eigene Verbandsgeschichte schreiben wollen. Wir haben gerade gestern hier noch daran gearbeitet und die Vorbereitung mit den entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorangetrieben. Wir stehen jetzt vor dem Problem, dass wir eine Unzahl von Nachlässen, Vorlässen usw. von beteiligten Vorstandsmitgliedern und Ausschussmitgliedern des Verbandes gerne einsehen möchten, die aber alle irgendwo in Koblenz oder Gott weiß wo lagern und eigentlich jetzt aus unserer Sicht dringend verzeichnet werden müssten. Wir sind ja bis zu einem bestimmten Grad dazu bereit, das dann eben mit voranzutreiben, aber da brauchen wir jetzt technische Hilfen, wir brauchen Masken, technische Begleitung und wir brauchen eine Projektion oder in der Diskussion mit den Archivaren eine vernünftige Konzeption, wie man das langfristig sichert, damit das nicht heute einmal gemacht wird und dann wieder im Orkus verschwindet, sondern damit die Resultate auch für weitere Nutzer sinnvoll aufbereitet werden können.

Rehm: Hier möchte ich gerne kurz ergänzen. Das, was Sie sagen, Frau Wiech, funktioniert zum Teil bereits. Im Landesarchiv Baden-Württemberg sind wir dabei, Indexierung von Personeneinträgen durch Freiwillige erarbeiten zu lassen. Stadtarchive haben schon lange in ähnlicher Weise ebenfalls mit Freiwilligen gearbeitet. Ich halte das auch und gerade in der Internetzeit für einen gangbaren Weg, wobei man natürlich ähnlich wie bei einem „Wiki“ klar differenzieren muss – und das muss erkennbar sein –, was Information aus dem Archiv ist und was der Kommentar von Frau X, Herrn Y oder Institution Z. Eventuell gibt es Kommentare, die dann dazu führen, dass sich ein Dialog zu einer Quelle im Netz weiter entwickelt. Das halte ich für einen interessanten Weg und auch zukunftsweisenden Weg. Ob das unbedingt dann die wissenschaftliche Forschung ist, die hier ansetzt oder ob es nicht die Lokalhistoriker sind, die sich aus ihrem großen Interesse für ihren eigenen Ort intensiv einbringen, das steht dann noch mal auf einem anderen Blatt. Wenn wir schon beim Digitalen sind: Ich denke, den Archivarinnen und Archivaren ist seit vielen Jahren bewusst, dass wir uns mit den digitalen Quellen auseinandersetzen müssen, dass wir für Speichermöglichkeiten sorgen müssen. Viele Archive haben inzwischen existierende digitale Archive, wo z. B. Volkszählungsunterlagen, Eisenbahnabbildun-

gen, Pläne usw. schon gespeichert sind und auch in absehbarer Zeit zugänglich sein werden; in Einzelfällen sind die Unterlagen jetzt schon zugänglich. Da haben wir unsere Aufgaben begriffen und sind dennoch auch in diesem Punkt auf die Diskussion mit Ihnen angewiesen. Wenn Sie an Angela Merkel denken, die häufig per SMS regiert, wie wollen Sie so etwas speichern? Wenn Sie Handlungen dokumentieren wollen, die zu bestimmten Ergebnissen geführt haben und da ist eine solche Quelle dabei, wie kann das überliefert werden? Da spielt sich etwas ab in Bereichen, die wir im Augenblick noch nicht fassen können. Was ist denn, quellenkundlich gedacht, eine E-Mail, wie ist sie methodisch zu fassen, wie ist sie letztlich auszuwerten? Diese Fragen reichen über die einzelnen Archivparten hinaus; sie gehen wirklich an den Grundlagen von Erkenntnis und Information. Auch wenn Archivarinnen und Archivare sich damit schon beschäftigen, da sind wir natürlich auf den Dialog mit Ihnen angewiesen.

Van Laak: Das Thema hat natürlich jetzt viele Facetten. Einmal die Facette der Überlieferung von elektronischen Unterlagen, da bin ich selbst ratlos und weiß nicht, wie das technisch gelöst werden kann. Aber ich glaube, da sind die Archivare viel weiter als wir. Und das zweite ist das alte Problem: Öffentliches und Geheimen. Was ist Überlieferungsnotwendig? Bei welchen Informationen können und müssen wir erwarten, dass wichtige politische Entscheidungsinstanzen sie niederlegen und dokumentieren? Darüber müsste man vielleicht öffentlich reden. Das dritte ist die Frage der rechtlichen Bedingungen. Wir brauchen klare Archivgesetze, vor allem aber auch eine Diskussion darüber, welche Geschichte eigentlich in der Gesellschaft Platz hat und welche Rolle sie spielen muss. Ich glaube, in diesem Punkt können Historiker und Archivare sehr gut miteinander übereinkommen. Wir sollten gemeinsam immer wieder – gegenüber der Öffentlichkeit, den Studierenden und dem archivischen Nachwuchs – darauf hinweisen, wofür Geschichte wichtig ist. Das wäre eine ganz wichtige Operation, die den Stellenwert von beiden Arbeitsbereichen und gewissermaßen auch deren Verschränkung sehr deutlich machen müsste. Zum Thema Outsourcing nur eine kurze Bemerkung. Da fiel mir ein, dass ich gehört habe, dass jetzt Unternehmen zunehmend dazu übergehen, amerikanischen Gesellschaften die Einrichtung eines Unternehmensarchivs zu überantworten; und die machen das gewissermaßen nach ganz abstrakten Kriterien als eine outgesourcte Aufgabe und sind in sechs Monaten fertig und niemand weiß ganz genau, nach welchen Kriterien die arbeiten. Jedenfalls wurde mir solch ein Beispiel neulich im Hessischen Wirtschaftsarchiv mitgeteilt. Das ist auch eine Praxis, die man vielleicht kritisch im Auge behalten sollte.

Uwe Zuber, Landesarchiv NRW: Ich halte die Diskussion, die schon etliche Male auf Institutionenebene angesprochen wurde, also als Thema für den Historikerverband, den Archivtag, für Workshops hier und da, für eminent bedeutsam. Trotzdem glaube ich, dass die Basisarbeit vordringlich ist. Das hat die Diskussion anfangs auch schon einmal deutlich gemacht. Es ist so, dass die Archive natürlich über Archivpädagogik und Initiativen, die aus der Universität kommen, die Kompetenzen zu vermitteln versuchen, die für eine erfolgreiche wissenschaftliche Arbeit auf Quellengrundlage notwendig sind. Trotzdem sind diese Initiativen – im Übrigen auch letztendlich die archivpädagogische Arbeit – mehr oder weniger punktuell. Das ganze hat also keine systematische Grundlage. Das ist etwas, was letztendlich die

Archive durchaus noch vor Ressourcenprobleme stellen könnte. Was ich auf jeden Fall feststelle, ist die Tatsache, dass das gar nicht so schlechte Angebot an den Universitäten zur Schaffung methodischer Grundlagen im Umgang mit den Quellen ganz einfach von dem „Gott Zufall“ bestimmt ist. Also meine Frage wäre ganz einfach: Könnte man das nicht systematisieren? Versuche von unserer Seite aus, das zu bewerkstelligen, sind fehlgeschlagen. Das Problem ist u. a. die für uns nicht ganz leicht zu handhabenden Strukturen an den Universitäten, die haben ja gelegentlich so etwas Monadisches, woran die Wissenschaftler an den Universitäten selbst auch mitunter leiden, wie ich hörte. Also, was könnte man da tun, um das Ganze irgendwie in den Griff zu bekommen?

Cornelißen: Die Lage an den Universitäten in der Bundesrepublik ist in der Tat unübersichtlich, das haben wir gerade auch am Freitag im Ausschuss des Historikerverbandes festgestellt. Wir werden in dem Zusammenhang prospektiv zunächst mal eine Bestandsaufnahme anstreben, um die Studienabschlüsse, die Studiengänge im Fach Geschichte, systematisch abzubilden und zu schauen, was sich da in den letzten Jahren im Zuge der Umstellung der Bachelor- und Masterabschlüsse verändert hat. Dass im Zuge dieser Entwicklungen die Archivkunde, die allerdings auch vorher nicht immer systematisch betrieben wurde, weiter in den Hintergrund getreten ist, das mag sein. Es gibt allerdings auch Gegenbeispiele: An meiner eigenen Universität in Kiel hat der Direktor des Landesarchivs Schleswig-Holstein, Professor Rainer Hering, einen Lehrauftrag und bietet regelmäßig Einführungen in die Neue und Neueste Archivkunde, auch unter Einbeziehung der Veränderungen im digitalen Zeitalter, an. Es gibt also durchaus Wege, Archivkunde auch weiterhin systematisch zu vermitteln. Man wird da wahrscheinlich einerseits zwischen dem idealen Zustand, eben einer systematischen, eng ins Studium eingebundenen Vorbereitung auf die Archivtätigkeit und einer eher sporadischen Berührung mit diesen Themen andererseits unterscheiden müssen. Ich sehe im Moment noch nicht ganz, wie man versuchen könnte, den Idealzustand durchzusetzen, denn es gibt die Autonomie der Hochschulen und der einzelnen Fachgruppen. Sinnvoll wäre aber ein Angebot aus Ihrem informierten Kreis heraus, das, ähnlich wie Herr Hering oder auch andere das tun, die Studierenden eben auch mit den Kernfragen der modernen Archivtätigkeit in Verbindung bringen, sei es in Form von Lehrveranstaltung, Vorlesungen, Ausstellungen, wie Herr van Laak es vorgeschlagen hat, oder auch in Form von anderen denkbaren Modellen. Meine Erfahrung ist, dass in der Regel die praktische Arbeit von Studierenden in den Archiven die weiterhin sinnvollste Begegnungsstätte ist. Wir haben das im Zusammenhang von Projektseminaren in Kiel auch in die Studienordnung hineingeschrieben, dass die Studierenden also zumindest das Angebot bekommen, in die Stadtarchive oder Landesarchive zu gehen, und wir mit ihnen dann vor Ort auch arbeiten, so wie man das ja eigentlich immer gemacht hat. Ich glaube, das ist der einzige für mich denkbare praktische Weg, der einen denkbar größten Erfolg erzielen kann. Wir brauchen dazu, das sei noch einmal betont, Einführungen, klassische, aber neu geschriebene Einführungen in die Archivkunde; die alten Einführungswerke reichen nicht mehr. Die Studenten wollen knappere, anschaulichere Literatur und auf dem Markt sehe ich gewissermaßen noch Bedarf. Dieser Bedarf ist nicht erfüllt. Wenn Sie diese Lücke mit Ihrem Sachverstand füllen könnten, dann wäre das eine große Hilfe.



Wilfried Reininghaus (Foto: Meinolf Woste/Landesarchiv NRW)

Reininghaus: Ich will gerne noch einmal anknüpfen an die vorletzte Bemerkung von Herrn van Laak. Aufgrund unserer Provenienzenntnisse werden wir sicherlich stärker in Richtung Quellenkunde arbeiten müssen, um die Bestände, die wir haben, in ihren Entstehungszusammenhängen, in ihren Kontexten zu erklären. Und mehrere Archive in Deutschland haben auch gute Erfahrungen damit gemacht, dass sie zu bestimmten Quellenbeständen quellenkundliche Publikationen herausgegeben haben. Baden-Württemberg hat den Anfang gemacht mit den seriellen Massenquellen der Vormoderne, in Nordrhein-Westfalen arbeiten wir das 19. und 20. Jahrhundert auf. Mit solchen Arbeiten können wir großen Nutzen stiften, sowohl an Hochschulen wie auch im außeruniversitären Bereich, um dort jeweils unsere Kompetenz besser zu verankern. Ein zweiter Punkt, den Sie, Herr van Laak angesprochen haben, sind die Ausstellungen. Ich halte im Moment Ausstellungen nicht im großen Format, sondern eher im kleinen Format für ein geeignetes Mittel, um Interessierten das Archiv näher zu bringen und sie ins Archiv zu holen. Es gibt in dieser Hinsicht viele Möglichkeiten, gerade auch im Internet. Die holländischen Kollegen haben schon vor mehr als fünfzehn Jahren Ausstellungen im Internet veranstaltet, um in einer modernen Form zu vermitteln, um Appetit auf archivische Quellen zu machen.

Rehm: Ich würde gerne zunächst noch einmal Herrn Cornelißen antworten, der jetzt den Ball sozusagen wieder in das Feld der Archive zurückgespielt hat. Wir stellen fest, dass viele Kolleginnen und Kollegen – und das betone ich hier ganz ausdrücklich und dafür gebührt Ihnen großer Dank – außerhalb und zusätzlich zu ihren Dienstgeschäften Lehraufträge an den Universitäten

erfüllen. Und damit gebe ich Herrn Zuber völlig Recht, da wirkt der Gott Zufall, ob der Kollege jetzt gerade kleine Kinder hat und deshalb abends doch nicht so zum Arbeiten kommt, oder ob er gerade Zeit hat und dann einen Lehrauftrag übernimmt und mehrere Jahre ausfüllt. Zum einen wird diese Brückenbaufunktion zwischen Archiv und Forschung – egal jetzt, ob die Kollegen eher einen landeskundlichen oder einen archivwissenschaftlichen Schwerpunkt wählen – durchaus erfüllt, aber das ist eben eine Freiwilligkeitsleistung von einzelnen Individuen, das ist nicht von den Archiven als solchen gefördert, das kann weder der Verband noch ein Landesarchiv oder ein Stadtarchiv anordnen. Insofern erfüllen diese Veranstaltungen auch nicht das Kriterium, das Herr van Laak am Anfang postuliert hat. Die Themen, um die es hier geht, sind – ich wiederhole das gerne – Basics, das sind die Essentials, die eine Universität bei der Historikerausbildung erfüllen muss. Ich hatte heute im Vorfeld dieser Diskussion eigentlich drei große Themen vor Augen, von denen ich dachte, dass sie angesprochen werden müssen. Eins ist das Thema „Historische Hilfswissenschaften“. Und diesen Ball kann ich nicht an die Archive zurücknehmen, sondern das ist ein Thema, das alle Studierenden irgendwann erlebt haben sollten, und zwar an der Universität und durch die Universität. Das zweite ist zumindest schon mal kurz angespielt worden und da sind wir, denke ich, ganz schnell auf einer Linie: Wir haben auch schon positive Erlebnisse gehabt, wo wir erfahren haben, dass wir nicht nur im gleichen Boot sitzen, sondern auch gemeinsam kräftig in die gleiche Richtung rundern. Ich erinnere an die Aufgabe, Geschichte und die Bedeutung von Geschichte in dieser Gesellschaft zu verstärken. Ich verweise nur an das sehr positive gemeinsame Wirken von Historikerverband, Verband der Geschichts- und Altertumsvereine und Archivarsverband, als es darum ging, zu verhindern, dass ein im Augenblick arbeitsloser Politiker neuer Chef des Bundesarchivs werden sollte. Es ist jetzt ein Archivar geworden und damit ist auch diese Fachaufgabe unter den Kollegen geblieben. Da haben wir uns zusammen hingestellt, etwas, das wir an verschiedenen anderen Stellen auch machen sollten, ich verweise nur auf das Thema Zugänglichkeit von Verschlusssachen. Auf diesem Terrain sind wir beide aktiv und die Archive werden voraussichtlich auch ein Angebot zu diesem Thema für den nächsten Historikertag erarbeiten. Hier ziehen wir sozusagen auf gesellschaftspolitischer Ebene an einem Strang. Und das dritte Thema, auch vorhin schon einmal angesprochen, ist die Frage, wo Sie uns bei den archivfachlichen Aufgaben mit Hinweisen unterstützen können. In diesem Punkt sollten wir – unabhängig davon, ob es um die analoge oder elektronische Überlieferung geht – auf jeden Fall im Gespräch bleiben, auch wenn sie, wie wir gehört haben, in manchen Bereichen wie bei der Verantwortung für die Auswahl des zu Überliefernden das offenbar durchaus guten Gewissens in die Hände der Archive legen. Dann sind es natürlich diese Archivarinnen und Archive, die als Agenten der Geschichte steuern, was für die Forschung übrig bleibt. Alles was vernichtet wird, kann eben nicht mehr in irgendwelchen Schulbüchern landen oder auch Grundlage von Dissertationen werden.

Joachim Oepen, Historisches Archiv des Erzbistums Köln:

Die Frage, die ich stellen wollte, haben Sie, Herr Rehm, ansatzweise schon beantwortet, trotzdem vielleicht noch einige ergänzende Beobachtungen: Herr Reininghaus, wir haben von Ihnen ziemlich am Anfang gehört, dass sich der Alltag in den Archiven auch gewandelt hat. Archive haben neue Aufgaben: Bewertung, Behör-

denberatung usw. Diese Aufgaben führen dazu, dass Forschung, die im Archiv selbst betrieben wird, insgesamt weniger stattfindet; Sie haben die Stichworte „Wochenende“, „Feierabend“, „Freizeitbeschäftigung“ genannt; so sieht die Realität bei vielen Kollegen aus, die noch in der Forschung tätig sind. Das ist die eine Beobachtung. Die zweite ist die, dass sich die Situation in den Universitäten gewandelt hat. Ich selbst habe einen Lehrauftrag an der Universität Köln mit dem Titel: Geschichte des Mittelalters unter besonderer Berücksichtigung der Historischen Hilfswissenschaften. Ich sehe aber, dass, wenn man Proseminare zur Einführung in die Geschichte des Mittelalters anbietet, die Themen der Hilfswissenschaften im Laufe der Semester mehr und mehr zusammenschmelzen, weil der einführende Teil einfach immer mehr Raum einnimmt. Es gibt aber noch einen dritten Aspekt, wo ich die Situation ähnlich problematisch sehe, nämlich auf dem Gebiet der außeruniversitären Forschung, etwa von Geschichtsvereinen oder anderen lokalen landesgeschichtlichen Initiativen. Auch da gibt es, wenn man etwa auf die Mitgliederzahlen von Geschichtsvereinen, deren Altersstrukturen oder auch auf die Auflagenhöhe von landes- und ortsgeschichtlichen Zeitschriften schaut, offenbar ein paar krisenhafte Szenarien; unterm Strich stellt sich dann die Frage: Haben wir es hier nicht, auf allen diesen Ebenen, letztlich mit einem zunehmenden Bedeutungsverlust der Geschichte in unserer Gesellschaft zutun. Man muss sich nur mal ansehen, welchen Stellenwert Geschichte im Schulunterricht hat: Stundenzahlen, Lehrpläne usw. Und von daher die Frage: Wie ließe sich eine Zusammenarbeit von Archiven und Forschung nicht nur systematisieren, sondern in gewisser Weise auch institutionalisieren. Gibt es da von Seiten des Podiums konkrete Anregungen?

Van Laak: Ich glaube, man muss in Bezug auf die universitäre Ausbildung auch selbstkritisch sagen, dass sie sich in den letzten Jahren unter dem Stichwort des Anwendungsbezugs sehr stark von der Frage hat leiten lassen, was man denn später mit dieser Ausbildung machen kann. Wozu nutzt das, was man im Geschichtsunterricht oder im Geschichtsstudium lernt später im Beruf? Und darüber hat man ein bisschen die eigentliche Kernkompetenz des Geschichtsstudenten vergessen, die nämlich darin besteht, mehr darüber zu wissen, wo etwas herkommt und nach welchen Kriterien es so geworden ist, wie es geworden ist. Und diese Kernkompetenz beinhaltet natürlich fundierte Kenntnisse zu Fragen der Überlieferungsgeschichte, der Auswahl, auch der Kriterien der Auswahl. Ich frage mich, ob man das nicht sehr viel stärker in unser Studienprogramm aufnehmen müsste, eine Analyse der Grundlagen historischen Wissens in ihrer Gewordenheit. Das könnte natürlich hilfswissenschaftliche Fähigkeiten mit umfassen. Bei Hilfswissenschaften, das muss man allerdings auch sagen, da zucken viele Historiker, insbesondere Neuzeithistoriker etwas zusammen; das muss man auch ansprechen. Es gibt innerhalb des Faches Geschichte einen Kulturbruch, und Hilfswissenschaften sind ein bisschen als, wie soll ich sagen, mediävistische oder altertumswissenschaftliche Spezialkompetenzen verschrien. Sie sind auch lange so gehandhabt worden, das kann man auch wieder historisch erklären, aber bei Licht betrachtet, gehören sie da natürlich nicht hin, sondern sie sind integraler Teil eines umfassenden Wissens über den kritischen Umgang mit Quellen. Ich glaube, das müsste man in das Studium einbringen, weil das meines Erachtens eben die Kernkompetenzen des Historikers sind, die er, wo immer er eingesetzt ist, beweisen muss. Historike-

rinnen und Historiker müssen souverän mit Überlieferungen und ihrer Auswahl umgehen können, sie müssen die Überlieferung präsentieren können, und zwar auf der Basis eines routinierten Umgangs und einer Kenntnis der Basis des Wissens von Quellen und ihrer Überlieferung.

Pilger: Herr van Laak, Sie haben jetzt noch einmal über Kernkompetenzen gesprochen. Ich glaube, das berührt doch sehr vieles von dem, was wir unter dem Begriff der Hilfswissenschaften ansprechen, auch wenn der Begriff jetzt tatsächlich vielleicht in Ihrer Zunft etwas anders besetzt ist. Ich habe ein wenig den Eindruck, auch bei dem, was Herr Zuber gerade sagte, wir versuchen, die Historiker genau in diesen Punkten anzusprechen – unsere traditionellen Netzwerke bestanden ja auf dem Feld der Hilfswissenschaften und der Landesgeschichte – und dabei müssen wir dann feststellen, dass hilfswissenschaftliche Lehrstühle oftmals abgebaut wurden, so dass uns jetzt die Ansprechpartner vielerorts fehlen. Wir haben aber umgekehrt natürlich das Interesse, gerade diese Fragen hilfswissenschaftlicher Art weiter zu denken, gerade wie Herr Rehm sagte, uns auch zum Beispiel mit der Frage zu beschäftigen, was ist eine E-Mail? Damit treiben wir durchaus den hilfswissenschaftlichen Ansatz weit in die Neuzeit voran. Für mich stellt sich da die Frage, wie können wir da wieder zusammenkommen in Netzwerken, wie können sich da Kontakte intensivieren, da, wo sie vielleicht jetzt wirklich nicht mehr so bestehen?

Cornelißen: Zum einen reden wir hier ja über eine wissenschaftspolitische Fragestellung. Der Abbau der Professuren für die Hilfswissenschaften ist ja in ein breiteres Tableau eines generellen Abbaus einzusortieren, da sind viele Opfergruppen im Einzelnen zu nennen, das können wir uns, glaube ich, an dieser Stelle ersparen; wir wissen ja meistens, um wen es geht. Aber die Hilfswissenschaften, und da würde ich Dirk van Laak ganz recht geben, haben aus meiner Sicht auch ein Gutteil mit dazu beigetragen, dass in den historischen Seminaren der Wille nicht besonders ausgebildet gewesen ist, sich für diese Teilgruppe einzusetzen, als es um das „Schlachten“ ging. Da ist halt viel nach dem Prinzip verfahren worden: Was können wir uns als erstes ersparen oder wo können wir sparen. Das ist ja eine klassische Frage, der wir alle permanent ausgesetzt sind, und da haben die historischen Seminare eben nach dem Verhältnis von Bedarf, Interesse und allgemeinen Befindlichkeiten beurteilt und entschieden – in Verbindung mit der Wissenschaftspolitik. Wenn man das revidieren will, sehe ich da im Moment eigentlich keine großen Chancen. Wir haben größte Schwierigkeiten, die Bestände zu halten. Einen bereits abgebauten Bereich wieder aufzubauen, dafür andere Professuren zu opfern, halte ich für ausgeschlossen. Das heißt umgekehrt, wir müssen in der Tat an andere Foren denken und diese vorbereiten. Und in dieser Hinsicht würde ich Ihre Frage dahingehend als ein Angebot begreifen, nicht nur dort nach institutionalisierten Formen zu suchen, wo wir uns im Rahmen einer Podiumsdiskussion treffen, sondern Kooperationen in den Studiengang zu integrieren und dadurch Diskussionsforen in Permanenz und einen regelmäßigen Austausch zu begründen, um die Fachkompetenzen der verschiedenen Beteiligten in einer gewissen Regelmäßigkeit zu einem Erfolg zu führen und damit eben neue Wege auszuloten. Das wird man sicher nicht mit einer Kommission tun können, das wäre sozusagen der Tod oder das Ende dieser neuen Idee. Stattdessen wird man verschiedene, wahrscheinlich in

der Regel lokal angebundene Teilkommissionen oder Teilarbeitsgruppen schaffen müssen, in denen dann die Landesuniversitäten wahrscheinlich eine besondere Aufgabe haben.

Reininghaus: Ich halte es für müßig, darüber nachzudenken, ob man Hilfswissenschaften wieder einsetzen kann, der Zug ist bei Ihnen, glaube ich, abgefahren. Wir müssen allerdings als Archivare dringend darauf achten, dass das Methodenbewusstsein, die Quellenkritik, bei den Historikern nicht verlorengeht. Gewiss ist durch die Mittelalterlastigkeit der alten Hilfswissenschaften in der Frühen Neuzeit und in der Zeitgeschichte noch viel zu tun. Wir haben das bei der Zwangsarbeiterdebatte erlebt, wo wir anhand der Aktenanalyse zur NS-Zeit ermitteln mussten, wo etwas zu finden ist? Wir standen ziemlich hilflos da und haben uns selbst helfen müssen. Aber es kann grundsätzlich nicht Aufgabe der Archive sein, die Lücken in der Methodik bei den Historikern zu schließen. Was sich anbietet, sind Netzwerke in der regionalen und überregionalen Zusammenarbeit zu schaffen, in dem klaren Bewusstsein, dass wir eine solche Zusammenarbeit wirklich partnerschaftlich anlegen müssen. Ich stimme Herrn Rehm zu, der sagt, es kann ja nicht sein, dass auf der Grundlage freiwilliger Leistungen der Archive die Quellenarbeit an den Hochschulen betrieben wird. Auf diesem Feld müssen wir neue Wege finden, meiner Ansicht nach ist auch der Historikerverband gefragt, um diesen Ball aufzunehmen und dann mit uns über Formen der Zusammenarbeit nachzudenken.

Rehm: Ergänzend zu der Frage von Herrn Oepen nach den Möglichkeiten einer institutionalisierten Zusammenarbeit: Ich bin immer ein Freund von Institutionalisierungen gewesen, ob es um die Archivpädagogik ging oder jetzt in diesem Fall um die Kooperation mit der Forschung. Aber da sind die Universitäten selbstverständlich unabhängig. Eine Alternative wäre, sachliche Überlegungen ins Zentrum zu stellen, z. B. Standards zu formulieren für diese „Neuen Hilfswissenschaften“; man könnte zum Beispiel definieren, was ein Studierender am Ende eines Geschichtsstudiums auf diesem Feld können sollte. Die neuen Formen des Studiums mit Bachelor und Master bedeuten auf der einen Seite eine Verdichtung des Studiums. Wo will man diese „Neuen Hilfswissenschaften“ noch unterbringen? Auf der anderen Seite sehe ich aber auch eine Chance, weil gleichzeitig in dieser Studienform Zukunftsorientierung und eine Arbeitsfeldorientierung gefordert wird, das bedeutet ja auch eine berufspraktische Orientierung. Einige Universitäten haben unter unterschiedlichen Namen berufsorientierte Zusatzqualifikationen im Archiv bewusst in ihr Curriculum eingebaut. Daher sehe ich durch diese neuen Studiengänge, was immer man davon hält, auch eine Chance, das Archivische integral zu etablieren. Ein solcher Prozess könnte in einer Debatte über Standards in Kommissionen – wie auch immer die dann gestaltet sein sollten – initiiert und begleitet werden. Dann könnten sich, anstelle eines Kampfes an jeder Universität einzeln, vielleicht die großen Verbände – Historiker, Geschichtslehrer, Geschichts- und Altertumsvereine und Archivare – fachlich verständigen. Forschung, auch wenn wir heute überwiegend von der universitären Forschung reden, geht ja über die Universität hinaus. Geschichts- und Altertumsvereine gehören genauso in diese Lobby wie die Geschichtslehrer. Das wäre ein gewichtiger Kreis, der diesem Anliegen auch Nachdruck verleihen könnte.

Pilger: Mit Blick auf die Uhr würde ich vorschlagen, dass wir jetzt noch einmal dem Plenum die Möglichkeit geben, Fragen zu stellen zu der Vielfalt der Aspekte, die wir hier angesprochen haben in unserer Diskussion. Ich würde dann vorschlagen, dass jeder von Ihnen noch mal ein Schlusssstatement abgibt, ausgehend von der Frage, was Sie von dieser Veranstaltung heute vielleicht jeweils von der anderen Seite an Anregungen mitgenommen haben und wie ihrer Meinung die Impulse von heute weitergetragen werden können.

Karin Schwarz, Fachhochschule Potsdam: Die Diskussion, die hier heute geführt wird, läuft ja doch auf Einvernehmlichkeiten hinaus, das finde ich auch sehr schön. Vor einigen Monaten sind allerdings Diskussionen geführt worden zwischen Historikern und Archivaren, die wesentlich kontroverser waren. Diese Diskussionen fanden im Auswärtigen Amt in Berlin statt und betrafen die unabhängige Historikerkommission im Zusammenhang mit ihrer Publikation „Das Amt“. Die Historikerkommission hat ja, wie Sie sicherlich alle wissen, das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes im Visier gehabt, und zwei Hauptkritikpunkte waren mangelnde Transparenz und mangelnde Gleichbehandlung der Benutzer. Mich würde gerade noch einmal die Stellungnahme der Historiker hier interessieren, wie Sie das empfunden haben bei Archivbesuchen bzw. auch wie Ihre Studenten das empfunden haben. Wie transparent empfinden Sie Archive und werden sie auch gleich behandelt? Ich frage mich auch, inwiefern die Unwissenheit im Bereich Historischer Hilfswissenschaften einen Archivbesuch möglicherweise schwierig gestalten lassen oder ob es nicht noch ganz andere wesentliche Aspekte sind, weswegen Ihre Studenten Archivbesuche als lästig und kompliziert empfinden.

Cornelißen: Die Diskussion über die unabhängige Historikerkommission ist ja jetzt schon einige Wochen und Monate durchs Land gegangen und, ehrlich gesagt, kann man da gar nichts mehr zu sagen, was nicht sowieso jetzt hier alle im Raum wissen. Wir haben natürlich als Gruppe gewissermaßen einen „Finanzvorteil“, würde ich jetzt mal vorsichtig formulieren, gehabt bei der Erforschung ihrer Quellenbestände, die der einzelne Forscher oder eine Forschergruppe in dem Ausmaß natürlich nicht hat und dementsprechend möglicherweise auch nicht den Ertrag in so kurzer Zeit erbringen kann. Ich würde das aber für wenig ersprießlich halten, dieses sozusagen als Beispiel für unsere Diskussion oder für die Zukunft dieser Diskussion zu nehmen. Wir werden zwar das immer wieder erleben, dass es diese Auftragsarbeiten, durchaus problematischen Auftragsarbeiten, mit starker Finanzunterstützung geben wird. Es gibt ja viele bekannte Beispiele in dem Zusammenhang, aber das ist ja nicht die Realität des Archivalltags und auch nicht des Forscheralltags. Ich persönlich und ich glaube auch meine Studierenden haben bisher nie das Gefühl gehabt, wir würden schlechter behandelt als andere Kollegen. Ich glaube, das Kernproblem, was wir hier diskutieren und was den Alltag doch sehr viel stärker bestimmt, ist das Problem der Schwellenangst bei den Jüngeren, dass die das Gefühl haben, sie kommen zu einer öffentlichen Institution, wo man sich in Deutschland irgendwie erst einmal anmelden muss und dann kommt man irgendwie in so ein Arkanum hinein, was erstmal unbeschreibbar ist und auch nicht richtig verständlich ist. Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt, wo man noch Schwellen flachlegen muss, nicht nur durch Ausstellungen oder durch entsprechende Vorbereitung oder was auch immer. Sie müssen diese

Eingangshürden vermindern, weil das ein Problem abgibt, das die Studierenden und ich glaube teilweise sogar Kolleginnen und Kollegen immer noch so ein bisschen instinktiv verspüren, wenn sie ins Archiv gehen. Das Archiv ist so eine Einrichtung, bei der man nicht richtig einschätzen kann, was einen da erwartet und da kann man doch relativ einfach, denk ich mir, Wege und Mittel finden, um diese Schwellenängste zu vermindern und die Leute da reinzulocken oder in irgendeiner Weise attraktive Angebote zu schaffen, um sie dort hinzubringen. Was dann vor Ort sich jeweils abspielt, ist ja sozusagen, interaktives Gespräch zwischen ganz konkreten Personen und meine Erfahrungen waren immer gute. Ich denke, das ist eher der Standard, von daher gesehen, muss man die Leute in die Häuser reinbringen, ganz kurz und ganz knapp.

Christian Groh, Stadtarchiv Pforzheim: Ich bin selbst Historiker und im Archiv dann hängen geblieben, soviel zur Biografie; ich habe mich deshalb auch sehr über diese Podiumsdiskussion gefreut. Ich fand es sehr wichtig, vor allem die Fragen, wie kann uns die Fachwissenschaft bei der Bewertung, bei der Erschließung usw. helfen. Aber, bei allem Respekt vor der universitären historischen Forschung, die Hauptnutzergruppen, die wir gerade in Archiven, die fernab einer Universitätsstadt sind, haben, sind unsere Träger selbst, also die Ämter; dazu kommt die außeruniversitäre Forschung, das ist angesprochen worden, Geschichtsvereine usw. Wir haben auch eine universitäre Forschung, die mit dem Fach „Geschichte“ gar nichts zu tun hat, wir haben relativ viel Architekturforscher, auch Studierende bei uns im Haus. Es wäre vielleicht mal eine Anregung an die Fachkolleginnen und Kollegen in den Archiven oder an den Verband, auch da mal weiter zu denken, wie da eine Zusammenarbeit möglich sein könnte, wobei mir schon klar ist, dass die engste Beziehung zwischen Historikern und Archivaren besteht. Aber wie gesagt, ich würde mal bei uns schätzen, dass es vielleicht 10 % sind, die aus der Universität und aus der Historischen Forschung ins Archiv kommen. Wir haben 90 % andere Nutzer, die ja für die Bewertung mindestens genauso wichtig sind.

Rehm: Vielen Dank Herr Groh für die Anregung. Heute haben wir die Diskussion auch aufgrund des Podiums in eine andere Richtung fokussiert, aber was Sie sagen, ist für den Alltag im Archiv wichtig, wobei die Institutionalisierung mit den historischen Vereinen, weil die ja regional ausgerichtet sind, vor Ort in der Regel schon geschieht. Viele Geschichtsvereine sind beim örtlichen Stadtarchiv angesiedelt. Da ist diese geforderte institutionelle Nähe schon über viele Jahrzehnte gewachsen und inwieweit diese und weitere Nutzergruppen einbezogen werden in archivfachliche Fragen wie die Bewertung, das ist ein weites Feld. Es gibt da Ansätze, vielleicht werden wir demnächst etwas publizieren zu den Erfahrungen bei der Einbeziehung von Nutzergruppen in die Bewertung von Nachlassunterlagen. Danke für den Hinweis; das ist dann eine weitere, eher archivinterne Diskussion, die wir aber im Blick haben.

Van Laak: Ich glaube schon, dass Sie einen generellen Trend ansprechen. Das sieht man, wenn man an die USA denkt, wo die Archive überfüllt sind, vor allem mit individuellen Nutzern, die ihre Familiengeschichte aufarbeiten und wo sich auch die Archive als Serviceleister drauf eingestellt haben. Ich glaube, das wird hier auch kommen. Das Verständnis von einem Archiv als lokal zu-

ständiger Speicher wird sich zunehmend auflösen, und man sollte das Archiv vielleicht mehr verstehen als Serviceleistung; vielleicht ist auch der Begriff des Archivs schon irreführend als etwas, was man abgelegt hat und was nicht weiter relevant ist, jedenfalls nicht für die Zukunft. Offenbar hat hier, Frau Brockhoff, Ihr Haus seine Konsequenzen daraus gezogen und sich umbenannt in Institut für Stadtgeschichte. Ich weiß nicht, was Sie für Erfahrungen damit gemacht haben.

Brockhoff: Die Umbenennung in „Institut für Stadtgeschichte“ im Jahr 1992 hatte mehrere Gründe, aber der eine Grund war eben der, dass wir eine größere Vermittlungsarbeit leisten wollten. Das war etwas, was bei uns auf der Agenda stand. Das Problem, was wir hier in der Stadt Frankfurt mit den Universitäten erleben, ist ein schwieriges. Wir haben hier im Institut natürlich eine unheimlich interessante facettenreiche Überlieferung zur Frankfurter Stadtgeschichte. Wir würden uns natürlich wünschen, die Universitäten würden das vielleicht auch mal mit in ihr Lehrprogramm aufnehmen – und nicht immer nur die Schulen, die regelmäßig hierher kommen. Wir haben schon ein Interesse daran, dass hier gute wissenschaftliche Arbeiten im Hause entstehen. Und die guten wissenschaftlichen Arbeiten entstehen eben nur im Zusammenhang mit universitären Projekten, das heißt zum Beispiel in Magisterarbeiten bzw. Masterarbeiten und in Promotionsarbeiten. Wir haben einfach das Problem, dass die Universitäten oder das Historische Seminar Frankfurter Themen nicht anbieten. Das ist ganz schwierig, deshalb versuchen wir das ja über diese Aktionen, dass wir Studenten hier ins Haus holen, aber das gelingt uns eben auch nicht mehr so, weil der Bachelor-Studiengang ja so ein verschulter Studiengang geworden ist, dass die Studenten schlichtweg auch nicht mehr die Zeit haben, paläographische Übungen bei uns durchzuführen. Wir hatten bis vor drei Jahren ungefähr zwanzig Studenten, die zu paläographischen Übungen gekommen sind, heute sind das fünf oder sechs, es ist wesentlich weniger geworden. Wir versuchen da schon ein Angebot zu machen. Früher haben wir das auch noch mehr über wissenschaftliche Lehrer getan. Professor Dieter Rebentisch, mein Vorgänger, war gleichzeitig Professor an der Universität; Professor Wolfgang Klötzer hat das auch gemacht. Ich selbst bin jetzt nicht so ambitioniert, dass ich historische Vorträge halten will, aber Kollegen von uns im Haus versuchen eben doch, den Weg zur Universität zu gehen und das ist sehr schwierig, weil die Themen einfach andere sind.

Pilger: Vielen Dank Frau Brockhoff für diesen Einblick in die Praxis, in die Frankfurter Praxis. Wie gesagt, mit Blick auf die Uhr, schlage ich vor, dass wir an dieser Stelle zu den Schlussstatements kommen. Vielleicht wollen Sie, Herr Reininghaus, beginnen?

Reininghaus: Wir brauchen seitens der Archive und seitens der Historiker dieses persönliche Engagement, das schon an vielen Orten aufgebracht wird. Wir müssen seitens der Archive den Kontakt mit den Hochschulen suchen, ohne dass wir dort Ersatzfunktionen ausüben können. Wir müssen aber auch mit den anderen Benutzergruppen, die wir haben, den Kontakt suchen und wir müssen das in eine Relation bringen zu unseren Aufgaben, die nicht unmittelbar mit Benutzerbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit zusammenhängen. Das ist ein ziemlicher Spagat, wir können aber nicht Behördenberatung gegen Öffentlichkeitsarbeit

oder Benutzerbetreuung ausspielen, es gehört beides zusammen. Diesen Spagat müssen wir aushalten. Ich will ein Beispiel für eine gelungene Kooperation geben. In diesem Semester biete ich in Münster eine gemeinsame Lehrveranstaltung mit einem Rechtshistoriker an. Wir lesen gemeinsam mit 15 Studenten Reichskammergerichtsakten. Die Studenten führen in die allgemeine Thematik ein, soweit das aus der Literatur möglich ist. Der Archivar/Landeshistoriker und der Rechtshistoriker analysieren und kommentieren die Quellen zusammen mit den Studenten vor Ort im Archiv. Das ist eine seltene Form von Zusammenarbeit, aber ich wünsche mir mehr Veranstaltungen von diesem Format.

Rehm: So eine Diskussion zusammenzufassen und seine eigenen Wünsche zu formulieren, heißt nach zwei Stunden Bilanz zu ziehen zu den Vorstellungen, mit denen ich in dieses Gespräch gegangen bin. Zum einen fand ich es erst einmal gut, dass dieses Gespräch stattgefunden hat, es war eine dieser neuen Formen des Austausches. Ob und in welchen Abständen das wiederholt werden sollte, wäre noch zu überlegen. Wichtig ist mir, in welcher Klarheit eigentlich auch von Ihnen beiden, Herr Cornelißen und Herr van Laak, bestätigt worden ist, dass die Angebote von Archivarbeit für Studierende nicht irgendein wünschenswertes Ergänzungsprogramm sind, sondern zu den „Essentials“ zählen, und dies von der Geschichtswissenschaft auch so begriffen wird oder zumindest werden sollte. Und daraus ableitend, würde ich schon gerne versuchen, für diese Zusammenarbeit eine Institutionalisierung, vielleicht auch neue Formen zu finden, wie man – das mag jetzt hochtrabend klingen – die „Neuen Hilfswissenschaften“ auf den Weg bringen kann. Vielleicht fängt man mit einer inhaltlichen Bestimmung dieses Begriff an, um diese Brücke praktisch zu schlagen, die auf persönlicher Ebene sehr wohl existiert, das haben nicht zuletzt Ihre Biografien gezeigt. Wir sollten versuchen, diese Verbindung in eine Form zu verlebendigen, die tragfähig ist; die Auswirkungen werden wir nicht nur in der Forschung spüren, sondern die werden wir auch im archivischen Alltag erleben, wo die an den Universitäten Ausgebildeten als Lehrerinnen und Lehrer oder auch in ganz anderen Zusammenhängen arbeiten werden. Und was ich heute mitnehme ist, dass die archivische Seite über ihr Tun, noch aktiver berichten muss. Natürlich sind Archive so unterschiedlich wie Universitäten unterschiedlich sind. Aber das Thema Schwellenangst sollte mit dem „Tag der Archive“, den wir alle zwei Jahre durchführen, eigentlich erledigt sein. Die Glasfassade im neuen Erweiterungsbau des Generallandesarchivs in Karlsruhe ist sozusagen das baulich gewordene Zeichen der Transparenz von Archiven; aber ich denke – Ihre Äußerungen zeigen das –, das müssen wir noch stärker kommunizieren.

Van Laak: Drei Punkte vielleicht. Einmal muss man noch mal betonen, gerade auch, weil Sie das angesprochen haben, dass natürlich ein unhintergehbare Faktor der individuellen Persönlichkeit immer mit dabei ist. Der eine Archivar ist gewissermaßen öffentlichkeitsaffiner als der andere. Das muss man immer mit in Rechnung stellen. In Gießen haben wir Glück. Wir haben einen sehr ansprechbaren Stadtarchivar und wir haben beispielsweise einen Lehrer, der, glaube ich, unter allen Lehrern der letzten dreißig Jahre, die den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten bestritten haben, der erfolgreichste gewesen ist. Er hat erst jetzt wieder in der neuen Runde etwa siebzehn Arbeiten eingereicht, elf davon haben einen Preis mit nach Hause gebracht. Und neu-

lich gab es eine Ausstellung dieser Beiträge in der Stadtparkasse in Gießen. Also da passiert sehr viel und das ist natürlich unschätzbar für den Abbau von Schwellenängsten und die Zugänglichkeit und das Vorstellungsvermögen darüber, was Archive in sich tragen und was man damit machen kann. Das zweite, das ich selbstkritisch mitnehme, ist, dass man wirklich noch mal in den Universitäten nachdenken sollte, wie man diese Quellen- und Methodenkompetenz so fasst, dass sie nicht als etwas Lästiges empfunden wird. In diesem Zusammenhang würde ich noch mal ein Reizthema erwähnen, nämlich die Latein- und Fremdsprachenkenntnisse. Das ist in jedem Historischen Institut in Deutschland ein kritischer, wunder Punkt. Darf man den Studenten abverlangen, dass sie Latein können oder nicht oder sollen es nicht lieber moderne Fremdsprachen sein, das hängt mit den hilfswissenschaftlichen Debatten durchaus zusammen. Also ich glaube, da muss man noch mal frisch und neu drüber nachdenken, wie man die Quellenkompetenz einbaut in das Studienprogramm, so dass es als ein selbstverständlicher Baustein verstanden wird. Der dritte Punkt ist: Es würde tatsächlich sinnvoll sein, das Gespräch fortzusetzen, vielleicht auch im Hinblick auf den kommenden Historikertag. Man könnte ja drüber nachdenken, ein Gespräch mit in das Programm zu nehmen, das gewissermaßen eine Selbstvergewisserung der deutschen Geschichtswissenschaften und ihrer institutionellen Weiterungen und Vorbauten mit einbezieht. Vielleicht sollten wir das tatsächlich mit den Archivaren oder anderen Institutionen gemeinsam weiterdenken. Noch ist Zeit, so etwas auf den Weg zu bringen, vielleicht im Zusammenhang und gemeinsam im Ausschuss des Historikerverbandes.

Cornelißen: Ich kann das zunächst nur unterstützen, was Dirk van Laak auch an praktischen Arbeitsvorschlägen nochmals aufgegriffen hat. Ich halte das auch für überzeugend und das würde ich auch als einen der Punkte, der positiven Punkte nennen, die ich dann wiederum mit nach Hause nehme, dass wir an dem Aufbau einer auch institutionalisierten Form jetzt arbeiten müssen, weil alle anderen Varianten einer sozusagen idealisierten permanenten Diskussion meistens zu nichts führen. Also wir werden das schon in irgendwelche Kanäle hineinführen müssen, damit es praktische Erfolge erzielen kann. Das ist das eine und da würde ich alle Schritte unterstützen und würde mich auch gerne daran persönlich beteiligen. Das andere ist, dass man sich auf der anderen Seite natürlich immer wieder klar machen muss, und das ist ja auch vielleicht ein Teil unserer Diskussion gewesen, dass wir uns in einer doch ziemlich wichtigen und auch heftigen Transformation unseres Faches befinden, die sowohl die Archivare betrifft, also auch die Geschichtswissenschaft an den Universitäten. Und diese Transformation hat was zu tun mit dem Ende eines nicht

zuletzt auch von Bürgern mitgetragenen Geschichtsverständnisses seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und die Probleme, über die Sie hier in Frankfurt berichtet haben, die sind ja ubiquitär. Wir haben sie in Schleswig-Holstein, wir haben sie in anderen Bundesländern. Wir haben sozusagen das Auslaufmodell eines heute nur noch von älteren Bürgern getragenen Geschichtsvereins. Insofern bewegen wir uns in diesem breiteren Rahmen, in dem wir als Fachleute einerseits und natürlich auch als interessierte Bürger an dieser Diskussion teilnehmen, um unsere Passion für Geschichte in irgendeiner Weise einen Stellenwert in dieser Gesellschaft zu bewahren. Ich fürchte nur, dass wir sozusagen mehr Diskutierende als Agierende sind, mehr beobachten. Aber wir sollten das alles sehr aufmerksam beobachten und können das im Hinblick auf Lehrpläne, Studienpläne und auch politische Forderungen von Seiten unserer Verbände hin versuchen, mit zu begleiten. Insgesamt aber handelt es sich um eine übergeordnete Entwicklung, darüber muss man sich im Klaren sein, die aber dann auf der praktischen Ebene einen Niederschlag findet, und das würde mich zu meinem allerletzten Punkt bringen: In jeder Krise, in der man sich befindet, kann man natürlich auch Chancen entdecken. Und ich sehe eigentlich auch sehr große Chancen. Ich denke einmal an den erweiterten Quellenbegriff, an die Dinge, die wir lange, jedenfalls in der Neuzeitgeschichte, missachtet haben oder nicht intensiv bearbeitet haben, Bildquellen zum Beispiel. Durch die Digitalisierung sind hier jetzt Dinge möglich, die vorher gar nicht denkbar waren. Und noch ein allerletzter Punkt: Wenn ich in einer Vorlesung heute aus dem Bundesarchiv direkt Quellen einblenden kann in Sütterlin, dann lesen so viele Leute zum ersten Mal Sütterlin, die sonst nie zuvor in einer Vorlesung Sütterlin gesehen haben. Man kann das als Vorteil definieren, auch ganz praktisch, insofern steckt in jeder Krise eine Chance.

Pilger: Wir sind am Ende dieser Diskussion angelangt. Ich möchte mich zunächst bei allen Beteiligten bedanken, bei allen, die hier auf dem Podium gesessen haben und hier diskutiert haben, aber ich möchte mich natürlich auch bei Ihnen bedanken im Plenum, dass Sie gekommen sind, dass Sie hier mit uns diskutiert haben. Ich denke, wir haben eine ganze Reihe von Aspekten beleuchtet, nicht alle, die ich auf meinem Leitfragenkatalog hatte, aber das ist nicht schlimm, die Diskussion hat eine gewisse Eigendynamik entwickelt, was ich aber sehr positiv finde. Wir haben zum Ende auch schon wenigstens ansatzweise überlegt, wie man praktisch in die Zukunft denken kann, was zu tun ist. Ich meine, das ist besonders wichtig. Die Diskussion ist mit dem heutigen Tag natürlich nicht zu Ende. Der Impuls von hier aus wird weitergetragen, auch durch die Publikation unserer Diskussion. ■

ZUR LAGE DER ARCHIVE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

PODIUMSDISKUSSION AUF DER 32. WISSENSCHAFTLICHEN JAHRESTAGUNG DES BRAUWEILER KREISES FÜR LANDES- UND ZEITGESCHICHTE AM 11. MÄRZ 2011

VORBEMERKUNG

Der hier dokumentierten Podiumsdiskussion über die Lage der Archive in Nordrhein-Westfalen ging ein intensiver Meinungsaustausch im Vorstand des Brauweiler Kreises voraus. Den Impuls für diese Auseinandersetzung lieferten massive Sparpläne und -zwänge im Archivwesen des Landes und der Kommunen. Die Diskussionsbeiträge aus der Sicht der Kommunalarchive und Universitäten zeigten jedoch eine weit über Finanzfragen hinausreichende Komplexität des Themas. Diese ist zu beachten, um die Folgen der technologischen Entwicklung, veränderter gesellschaftlicher Erwartungen und fachlicher Anforderungen für die Kooperation von Archiven, Wissenschaft und Öffentlichkeit analysieren zu können. Es war daher auch wichtig, verschiedene Archive mit ihren spezifischen Zuständigkeiten und Voraussetzungen zu Wort kommen zu lassen. Die Herausforderungen der digitalen Revolution mit ihren neuen Anforderungen an Bewertungs-, Erschließungs- und Sicherungsverfahren für die digitale Überlieferung treffen alle Archive, ebenso der scheinbar nicht aufzuhaltende Trend zur massenhaften, jedoch kostenintensiven Digitalisierung der in analoger Form vorliegenden Findmittel und Aktenbestände und die Rückwirkungen der Online-Angebote auf das Benutzerverhalten. Die gesellschaftliche Funktion der Archive als Agentur für Erinnerungskultur und Identitätsstiftung, als Träger historischer Bildungsarbeit und als außerschulische Lernorte wird ein Kommunalarchiv anders wahrnehmen als das Landesarchiv. Das gilt in der gleichen Weise für die Vernetzung von Archiv und Wissenschaft. Was können die Archivare selbst noch in der Forschung leisten? Welche Rahmenbedingungen müssen sie schaffen, um Forschung zu gewährleisten und zu fördern? Was kann die Wissenschaft dazu beitragen, diese Rahmenbedingungen nach den Erfordernissen innovativer Forschung zu gestalten? Wilfried Reininghaus, Präsident des Landesarchivs NRW, Erika

Münster-Schröer, Leiterin des Stadtarchivs Ratingen, und Christoph Nonn, Inhaber des Lehrstuhls für Neueste Geschichte an der Universität Düsseldorf, nahmen in der Podiumsdiskussion zu diesen Herausforderungen und Fragen Stellung.

WILFRIED REININGHAUS (LANDES-ARCHIV NRW): DIE LAGE DER ÖFFENTLICHEN ARCHIVE IN DEUTSCHLAND

Alle Archive in Deutschland befinden sich im Umbruch. Angesichts der digitalen Revolution und ihrer Auswirkungen auf alle Lebensbereiche ist dies eine beinahe triviale Bemerkung. Die praktischen Konsequenzen für die Archive und ihre Benutzerinnen und Benutzer werden aber selten in der Öffentlichkeit bedacht. Deshalb begrüße ich es, wenn der Brauweiler Kreis nach längerer Zeit wieder einmal sein Podium für ein Gespräch zwischen Archiven und der Landeszeitgeschichte zur Verfügung stellt, um sich über die wechselseitigen Beziehungen auszutauschen.

Ich wähle das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen (LAV) als Beispiel für die staatlichen Archive in Deutschland. Die kommunalen Archive haben sicher eine eigene Schwerpunktsetzung, doch dürften die benannten grundlegenden technischen und organisatorischen Herausforderungen für die meisten Archive gelten. Ich konzentriere mich auf fünf zentrale Punkte, die ich thesenhaft zusammenfasse:

Die Bestandserhaltung

Spätestens seit dem Kölner Archiveinsturz am 3. März 2009 hat die Bestandserhaltung eine neue Qualität in den Archiven gewonnen. Schon vorher hatten die Fluten von Elbe und Oder die Vergänglichkeit von Archivgut als Kulturgut deutlich gemacht.

Präventive Maßnahmen, beginnend mit der Einrichtung der Archivgebäude und -magazine, sind erforderlich. Mit dem säurehaltigen Papier aus der Zeit zwischen 1850 und 1950 kommt ein besonderes Problem auf die Archive zu, für dessen Behebung in Nordrhein-Westfalen mit dem Programm zum Substanzerhalt Sondermittel zur Verfügung stehen.

Unter Archivarinnen und Archivaren hat unter dem Eindruck der jüngeren Entwicklungen ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Bestandserhaltung wird heute als Führungsaufgabe verstanden, die ernst genommen wird. Die Auswirkungen sind bis in die Lesesäle hinein zu bemerken, wo nur noch Bleistifte statt Kugelschreiber zugelassen sind und für einzelne Archivalien Handschuhe ausgegeben werden. Benutzer erhalten zunehmend Schutzdigitalisate und bekommen bei deren Verfügbarkeit keine Originale mehr vorgelegt.

Übernahme, Bewertung und Erschließung

Aus dem Zeitalter analoger Aktenführung stehen noch etliche Kilometer an Aktenüberlieferung zur Übernahme ins Archiv an. Zum Beispiel sind viele NS-Folgeakten noch nicht übernommen und erschlossen. Obwohl viele archivische Fachaufgaben aus der analogen Welt noch zu erledigen sind, fordern gleichzeitig und drängend die digitalen Unterlagen, die in Behörden entstehen, die Archive heraus. Die „born digitals“ können nicht wie analoge Akten 30 Jahre zuwarten, sondern müssen bereits bei ihrer Entstehung durch Archive betreut werden, damit die Langzeitverfügbarkeit gewährleistet ist.

Zugleich wachsen analog wie digital die Massen der Überlieferung in der Gesellschaft exponentiell an. Damit stellt sich in einem besonderen Maße die Frage nach der Bewertung, d. h. die Entscheidung darüber, was dauerhaft aus staatlicher und/oder nichtstaatlicher Überlieferung für die Nachwelt erhalten bleiben soll. Alle Archive übernehmen deutlich unter 10 % der gesamten Überlieferung. In dieser Situation wäre es höchst wünschenswert, wenn zwischen Archiven und historischer Forschung ein Austausch darüber stattfinden könnte, was dauernd aufbewahrungswürdig sein soll. Seit einem DFG-Workshop in Münster 2004 hat darüber keine Verständigung mehr stattgefunden. Es scheint so, als ob sich Archive und Geschichtswissenschaften immer weiter auseinander entwickelten.

Derzeit haben viele Archive, nicht zuletzt das LAV, einen Strategiewechsel vollzogen. Sie bereiten die Übernahme digitaler Unterlagen und deren Langzeitarchivierung vor, bewerten im Rahmen von Archivierungsmodellen effizienter als in früheren Zeiten und erschließen in der Regel flach und nicht mehr in der Tiefe. Dieser Wandel entspringt einer Notwendigkeit in Zeiten knapper Mittel, weil die für neue Aufgaben im digitalen Zeitalter zusätzlich benötigten Ressourcen immer wieder dem Sparzwang zum Opfer zu fallen drohen.

Benutzung

Vor einiger Zeit habe ich in einem Vortrag von einer Vision 2100 gesprochen. In jenem Jahr werde, so behauptete ich, alles freigegebene Archivgut online verfügbar sein. Aus dem eigenen Haus erfuhr ich Widerspruch, weil die Digitalisierung von Archivgut Zeit und auch Geld koste und nicht im Handumdrehen ohne weitere Qualitätssicherung umgesetzt werden könne. Die Menge des potentiell zur Digitalisierung anstehenden Archivguts sei gigantisch. Das ist zweifellos richtig, doch viele Vorkehrungen für die Volldigitalisierung 2100 sind schon jetzt getroffen. Im LAV

liegen viele, wenn nicht die Mehrzahl der Findbücher online vor. Die DFG-Aktion zur Digitalisierung der Findmittel hat einen kräftigen An Schub gebracht. Ausgewählte Archivalien werden im Zuge von „Europeana“ und „Digitaler Deutscher Bibliothek“ bald im Netz stehen. Und schon heute verändert sich das Benutzerverhalten grundlegend. Ich vermute, es wird in Fluss bleiben und die Archive zu weiterer Digitalisierung anhalten.

Die gesellschaftliche Verantwortung der Archive

Die Aufregungen um Wikileaks haben deutlich gemacht, dass es keinen gesellschaftlichen Konsens über die Sicherheit im Netz gibt. Den Archiven kommt in dieser Situation eine besondere Verantwortung zu, weil sie als Institutionen, die mit Schutz- und Sperrfristen umzugehen gelernt haben, besonders gefordert sind. Auch als Experten für die Langzeitverfügbarkeit von Schriftgut gleich welcher Art verstehen sich Archive als Partner und Dienstleister ihrer Träger, haben gleichzeitig aber auch Funktionen im Rahmen einer demokratisch verfassten Zivilgesellschaft. In dieser Funktion sind sie jüngst von der Verfassungsrechtslehre als eine quasi-grundgesetzliche Instanz bestätigt worden.

Vermittlung des kulturellen Erbes in der Gesellschaft

Die Archive haben gerade deshalb die Aufgabe übernommen, das in ihnen verwahrte und betreute Archivgut für die Gesellschaft zu erhalten und zugänglich zu machen. Die Archivare forschen in der Regel nicht mehr selbst, sondern vermitteln das Archivgut in vielen Formen an unterschiedliche Zielgruppen. Im Zeitalter wegbrechender Hilfswissenschaften muss es weiterhin möglich sein, auch die Inhalte des Archivguts als historisches Erbe lesbar und zugänglich zu erhalten. Dazu hat das LAV neue und vom Publikum angenommene Formen der Vermittlung, z. B. durch Quellenkunden, eingeführt. Daneben darf der Dialog mit den Geschichtswissenschaften nicht zu kurz kommen. Zwischen den Archivaren und dem Historikerverband fand deshalb, veranstaltet vom „Archivar“, im Sommer dieses Jahres in Frankfurt ein weiteres Podiumsgespräch über gemeinsame Herausforderungen statt (Dokumentation in diesem Heft auf S. 370-385).

ERIKA MÜNSTER-SCHRÖER (STADT-ARCHIV RATINGEN): ZUR LAGE DER KOMMUNALARCHIVE

Wahrnehmung der archivischen Kern-Aufgaben

Bewertung, Übernahme, dauernde Aufbewahrung und Erhaltung, Erschließung, Bereitstellung und Auswertung der Informationen – so werden bekanntermaßen die archivischen „Kernaufgaben“ beschrieben. Wenn ich mich in der kommunalen Archivlandschaft umschaue, ist in meinen Augen augenblicklich ein zufriedenstellender Standard erreicht, zumindest was die Aufbewahrung, Erhaltung und die Erschließung angeht. Initiativen zur Bestandserhaltung, gefördert durch Landesmittel, haben hier positive Auswirkungen. Zudem profitieren die Kommunalarchive *noch* vom personellen Archivausbau der 1990er Jahre. Allerdings gilt dies nicht für die elektronische Archivierung und die Digitalisierung. Die EDV-Abteilungen in den Kommunen oder auch Rechenzentren größerer Verbünde hinken vielfach in der technischen Entwicklung hinterher; Archivare werden in diesem Zusammenhang überhaupt nur bedingt ernst genommen.

Dies ist jedenfalls beim Arbeitskreis der Stadt- und Gemeindearchive beim Städte- und Gemeindebund (ASKA) unisono der Tenor. Bei den großen Stadtarchiven, wie sie z. B. beim Deutschen Städtetag organisiert sind, ist es vielleicht etwas besser – aber der Personalabbau bei gleichzeitiger Übernahme weiterer Aufgaben (z. B. Übernahme der Standesamtsunterlagen) bindet sehr viel Arbeitskraft. Generell ist die dezentrale Struktur der Kommunalarchive in diesem Zusammenhang ein Hindernis. Ein großes personelles wie technisches Problem stellt auch die Bearbeitung visueller Medien dar (Digitalisierung von Fotobeständen; Filmbeständen) – dies sei hier nur am Rande bemerkt.

Verändertes Nutzerverhalten

Insgesamt, so die Beobachtung in der Kommunalarchiv-Landschaft, sind Benutzerrückgänge zu verzeichnen, da vielfach Vorrecherchen über das Internet durchgeführt und per E-Mail-Korrespondenz abgewickelt werden. Die Einsichtnahme in Original-Aktenmaterial für Forschungszwecke wird deutlich seltener. Für Forschungsarbeiten kann inzwischen auch vielfach auf publiziertes Quellenmaterial der Kommunalarchive zurückgegriffen werden, das bei recht guter Personalausstattung in den 1990er Jahren erarbeitet wurde, als dies von den Kommunen politisch gewollt war (auch: die Herausgabe von Stadtgeschichten). Ältere historische Literatur kann inzwischen problemlos über Fernleihen bezogen werden, man braucht keine Archivbibliothek mit Altbestand mehr aufzusuchen. Eine Ausnahme sind die Familienforscher, die nun wegen der zur Verfügung stehenden Standesamtsunterlagen weitaus zahlreicher die Kommunalarchive aufsuchen als früher.

Studenten und Doktoranden als Benutzergruppen machen sich sehr rar – BA- und MA-Studiengänge ermöglichen zur Zeit nur noch eine eingeschränkte Themenwahl. Alltagsgeschichte, die Aufarbeitung der lokalen NS-Geschichte als Untersuchungsgegenstand u. ä. spielen im Augenblick kaum noch eine Rolle bzw. werden auch sehr stark von den inzwischen etablierten Gedenkstätten oder anderen Kultureinrichtungen übernommen. Dagegen müssen sich die Archive in der Vermittlungsarbeit gegen große Fernsehproduktionen oder Sach-DVDs zu historischen Themen behaupten (was nicht gelingen kann).

Schüler, die Facharbeiten schreiben, suchen das Archiv häufiger auf, brauchen aber sehr viel Betreuung. Die Intention ihrer Lehrer ist, zu eigenständigem Recherchieren anzuleiten und keine Plagiate o. ä. zu „googlen“.

Jugend und Archiv – Vermittlungsarbeit

Jugend und Archiv – so hieß ein Wettbewerb des Landes NRW, der bisher viermal ausgeschrieben war. Das Stadtarchiv Ratingen hat sich, wie viele andere, dreimal mit großem Erfolg daran beteiligt. Die hervorragende finanzielle Förderung machte es möglich, Honorarkräfte anzustellen. Allerdings können die Projekte ohne die zusätzliche Förderung nicht weiter fortgeführt werden und somit keine Nachhaltigkeit beanspruchen.

Seit kurzem werden Medienpartnerschaften von Archiv und Schule propagiert: Solche Partnerschaften gibt es schon lange im Bibliotheksbereich, auch im Museum und an Volkshochschulen. Dieses Angebot zeigt, dass Archive inzwischen gleichwertig neben allen anderen kommunalen Kultureinrichtungen stehen. In den Augen von Politik und Verwaltung können sie damit kein Alleinstellungsmerkmal mehr beanspruchen. Enge Kooperation mit

anderen Kultureinrichtungen wird gerade in kleineren Kommunen vielfach eingefordert und kommt durch zunehmende Aufgabenverklammerung des Personals zum Tragen: Die Leitung von Bibliothek und Archiv, von Museum und Archiv, von Kulturamt und Archiv etc. ist keine Seltenheit mehr. Selbst von in Marburg oder Potsdam ausgebildeten Diplomarchivaren erwartet man oftmals, „Allrounder“ zu sein, die überall im Kulturbetrieb oder in der kulturpädagogischen Arbeit, die weit über die archivnahe historische Bildungsarbeit hinausgeht, eingesetzt werden können (Stichworte: Synergien, Verschlinkung der Verwaltung).

Viele Universitätsabsolventen mit Geschichtsstudium sehen Archive noch immer als einen Wunscharbeitsplatz an. Sie sind dann häufig erstaunt, dass sie häufig kulturpädagogisch arbeiten müssen, statt archivspezifisch tätig zu sein oder historische Forschungen zu betreiben.

Fazit

Alles in allem: Die Lage der Kommunalarchive ist zurzeit schwierig. Allerdings hatten gerade in den 1990er Jahren die Kommunalarchive „Konjunktur“; sie haben damals vom öffentlichen, lokalen und regionalen Geschichtsinteresse sowohl in der Ausstattung als auch personell profitiert.

Es bleibt auf jeden Fall zu wünschen, dass in Kommunalarchiven auch in Zukunft wissenschaftliche Nutzer forschen werden, da es die Bedeutung der Kommunalarchive stärkt, wenn lokalgeschichtliche und vergleichende Studien qualitativ hochwertig durchgeführt werden. Die Archive sollten den Dialog mit den Universitäten suchen, denn sie haben auch Studierenden etwas anzubieten.

CHRISTOPH NONN (UNIVERSITÄT DÜSSELDORF): ZU AKTUELLEN TENDENZEN IM VERHÄLTNIS VON UNIVERSITÄTSHISTORIKERN UND ARCHIVEN

Das Interesse der Historiker an nordrhein-westfälischen Universitäten für die Archive scheint momentan eher abzunehmen. Es dürfte sich dabei um einen recht langfristigen Trend handeln. Denn eine ganze Reihe von Faktoren wirkt darauf hin, dass aus den Universitäten die Dienste der Archive weniger nachgefragt werden. Dazu zählen zum einen Entwicklungen in der Ausrichtung der historischen Forschung. Zum anderen zählen dazu aber auch Entwicklungen in der Organisation der universitären Lehre.

Tendenzen der universitären Forschung

Seit etwa zwei Jahrzehnten boomt Kulturgeschichte. Grundsätzlich gibt es natürlich auch für Kulturhistoriker in Archiven eine ganze Menge zu entdecken. Das gilt vor allem dann, wenn mit der Forderung nach einer „neuen“ Kulturgeschichte ernst gemacht wird – wenn also der kulturhistorische Zugang nicht, wie traditionell üblich, sich auf die schriftlichen Ergüsse der oberen Zehntausend beschränkt. Es gibt vielversprechende Beispiele für innovative Zugänge, die ohne archivalische Forschung nicht auskommen und archivalisches Material ganz neu interpretieren. Recht häufig ist allerdings die vermeintlich „neue“ Kulturgeschichte im Grunde nur die alte. Und diese arbeitet in der Regel mit gedrucktem Material und edierten Texten, aber nicht in den Archiven.

Neben den kulturgeschichtlichen Zugang ist als weiterer Trend im letzten Jahrzehnt die Globalgeschichte getreten. Zu graben, wo man steht, ist aus der Mode gekommen. Wenn man und frau heute nicht über Kambodscha forscht, zumindest aber über Kansas, sind Karriereaussichten für Historiker sehr eingeschränkt. Sich auf Regionalgeschichte zu konzentrieren, ist fast schon ein sicherer Karrierekiller. Natürlich können Vergleiche zwischen Westfalen und Wisconsin auch Archivaufenthalte in Münster erfordern. Sicher kann die Tätigkeit rheinischer Missionare in Namibia zumindest teilweise in Archiven vor Ort erforscht werden. Und das geschieht ja durchaus. Allerdings sinkt mit der globalgeschichtlichen Erweiterung der Perspektive die Intensität der Forschungen in der Region. Die Bereitschaft von Doktoranden und Habilitanden zu rein landeshistorischen Arbeiten nimmt deutlich ab. Da das Land Nordrhein-Westfalen sich seit den späten 1990er Jahren weitgehend aus der Finanzierung landeshistorischer Forschung zurückgezogen hat, kann man ihnen das auch kaum verdenken. Noch etwas kommt zumindest für die Zeitgeschichte hinzu, in der die meisten Qualifikationsarbeiten geschrieben werden. Die Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften und ihre zunehmende Selbstorganisation lässt trotz wachsender Bürokratien die Bedeutung von deren Überlieferung als Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen tendenziell abnehmen. Bürokratien überwachen und kontrollieren die Gesellschaft in der Bundesrepublik heute beileibe nicht mehr in dem Ausmaß, wie das in Kaiserreich oder „Drittem Reich“ und selbst in der Weimarer Republik üblich war. Die archivalische Überlieferung der öffentlichen Hand verliert daher zunehmend an Bedeutung für die Rekonstruktion gesellschaftlicher Entwicklungen. Die öffentlichen Archive haben dem mit einer ausgedehnten Sammlungstätigkeit bereits Rechnung getragen. In welchem Umfang sie das angesichts einer immer klammernden Finanzlage und der politischen Forderung einer Konzentration auf ihre Kernaufgaben in Zukunft noch tun können, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist es ohnehin eine Frage, wie weit in einer „offenen Gesellschaft“ Medien verschiedenster Art nicht bereits die Rolle der Archive als soziales Gedächtnis abgelöst haben und ablösen. Das macht sich in der historischen Forschung in einem rasanten Wachstum der Subdisziplin Mediengeschichte bemerkbar.

Es kann sein, dass es sich wenigstens bei einem Teil dieser Tendenzen in der Forschung um vergängliche Modeerscheinungen handelt. Ob das für Globalgeschichte und Mediengeschichte gilt, die ja offensichtlicher Ausdruck langfristiger gesellschaftlicher Trends sind, bleibt abzuwarten. Es sind aber jedenfalls nicht nur Entwicklungen in der historischen Forschung, die an den Universitäten ein Abnehmen des Interesses für die Archive bewirken. Auch fundamentale Wandlungsprozesse in der Lehre und Universitätsorganisation kommen hinzu.

Tendenzen in universitärer Lehre und Organisation

Der Bolognaprozess führt über kurz oder lang zu einem starken Rückgang der Zahl der Absolventen auf der Ebene der Magister- bzw. Masterabschlüsse. Dieser Rückgang ist an den vielen Universitäten, die eine Umstellung auf die neuen gestuften Studiengänge bis zum letztmöglichen Zeitpunkt verzögert haben, zwar noch nicht fühlbar. Wo Bachelor und Master dagegen schon länger eingeführt sind, ist er nicht mehr zu übersehen. In den 1990er Jahren schlossen in Düsseldorf etwa gut die Hälfte aller Studienanfänger mit einem Magister oder Staatsexamen ab. Mitt-

lerweile nehmen nur noch etwa ein Achtel der Studienanfänger überhaupt ein Masterstudium auf. Die meisten begnügen sich mit dem Bachelorabschluss. Anders als bei Magister und Master öfter üblich, gehen sie für ihre kurze Abschlussarbeit nur sehr selten ins Archiv. Bei den Lehramtskandidaten sind die didaktischen und schulpraktischen Anteile im Studium auf Kosten der eigentlichen Fachanteile ausgedehnt worden. Das mag man für sinnvoll halten oder auch nicht: Für die Bereitwilligkeit und Fähigkeit von Studierenden, für ihre Abschlussarbeit auch archivalische Studien anzustellen, ist es jedenfalls nicht förderlich. Generell nimmt die Zahl der auf Archivarbeit basierenden studentischen Qualifikationsarbeiten daher ab.

Doch auch bei Geschichtsdozenten geht das Interesse an Forschungsarbeit im Archiv notgedrungen zurück. Die gestuften Studiengänge haben bisher zu einer massiven Zunahme an Verwaltungstätigkeiten geführt. Dazu kommt eine gestiegene Belastung in der Lehre. Das Lehrdeputat von universitärem Personal in Dauerstellen an nordrhein-westfälischen Hochschulen liegt mittlerweile bei neun Semesterwochenstunden. Vor wenigen Jahren waren es noch acht, bis in die 1970er Jahre nur sechs Wochenstunden. Und der Druck, „Lehrprofessuren“ mit 14 oder 20 Semesterwochenstunden einzurichten, wächst. Insgesamt nimmt so die Zeit, die für Verwaltungstätigkeiten und Lehre aufgewendet werden muss, an den Universitäten beständig zu. Für die Forschung bleibt damit weniger und weniger Raum. In den Archiven ist es ähnlich: Der Freiraum für eigene wissenschaftliche Forschungen nimmt immer weiter ab, wenn er überhaupt noch vorhanden ist. So kommt es zu nichts weniger als einer sich immer weiter verschärfenden Entfremdung von Archivaren und Universitätshistorikern. Denn die früher geteilte gemeinsame Basis des Forschens in Archiven erodiert zusehends. Das klassische, an individueller Forschung orientierte Band zwischen Universitätshistorikern und Archivaren wird so auf vielfache Weise schwächer. Allerdings gibt es auch Entwicklungen, die das Band zwischen beiden auf andere Weise wieder verstärken könnten. Die zunehmende Praxisorientierung des universitären Studiums wird auch im Fach Geschichte zunehmend umgesetzt. Der Elfenbeinturm öffnet sich den gesellschaftlichen Realitäten. Praxis- und Projektseminare können sich mit der medialen Aufarbeitung von „Geschichte“ in Fernsehen, Radio, Museum und dergleichen beschäftigen. Sie können aber auch „ad fontes“ gehen, das heißt: in die Archive. Hier öffnet sich ein weites Feld für Kooperation, das vielfach schon genutzt wird. Wo die Aufgabenbereiche der Archive, vor allem bei Kommunal- und Verbandsarchiven, immer mehr auch mit denen von Museen, Gedenkstätten, Kulturämtern und anderen sich verbinden oder gar verschmelzen, ist das unter diesem Blickwinkel kein Problem, sondern eher ein Bonus.

Diskussion

In der Diskussion wurden insbesondere Aspekte der Entwicklung der Besucherzahlen in den Archiven, des veränderten Benutzerverhaltens sowie des Umgangs mit den gesellschaftlichen Erwartungen und den Anforderungen der Wissenschaft vertieft und um weitere Praxiserfahrungen ergänzt.

Der festgestellte Trend abnehmender Besucherzahlen in den Archiven wurde nicht für alle Einrichtungen bestätigt. Archive von Universitäten, Verbänden und Firmen werden nach wie vor stark frequentiert, insbesondere wenn die Geschichte der Institutionen selbst das Interesse der Forschung gefunden hat. Einige Diskus-

sionsteilnehmer sahen in dieser unterschiedlichen Entwicklung auch ein Indiz für einen „konjunkturabhängigen“ Verlauf der Besucherzahlen in Archiven, der seine Ursache in „Moden“ der Forschung, historischen Jubiläen oder politisch forcierten Themen und Projekten (z. B. Zwangsarbeit, Heimkinder, Psychiatergeschichte, Straßennamen) habe. Der Trend sei vielschichtig. Die Analyse müsse daher auch die starke Ausweitung der Nutzerzahlen im Online-Bereich berücksichtigen und dürfe bei der Sichtung der potentiellen Nutzergruppen den Blick nicht auf die regional- und landesgeschichtliche Perspektive verengen. „Auch Globalgeschichte braucht Archive.“

Auch bei der Betrachtung des veränderten Benutzerverhaltens spielten die Online-Angebote der Archive eine zentrale Rolle. Die Nachfrage nach Online-Editionen von Quellen und seltenen Publikationen steige; viele potentielle Archivbenutzer bereiteten sich über die Angebote der Archivportale auf einen Archivbesuch vor und reduzierten durch diesen Service die Aufenthaltszeiten in den Archiven selbst. Die niederschweligen Internetangebote hätten allerdings eine veränderte Zusammensetzung der Benutzer in den Lesesälen nach sich gezogen, die einen erhöhten Betreuungsaufwand, insbesondere auf dem Feld der Hilfswissenschaften, erfordere.

Das Auftreten neuer Nutzergruppen sahen einige Diskussionsteilnehmer auch als Konsequenz der gesellschaftlichen Erwartungen, in denen das Archiv ein wichtiger Faktor bei der Profilierung einer Kommune als Bildungsstandort geworden sei. Der Übergang von der klassischen wissenschaftlichen zur allgemeinen Nutzung erfordere neue Formen der Vermittlung von Geschichte im Archiv und durch das Archivpersonal und neue Formate der Zusammenarbeit zwischen den Archiven und anderen Bildungsträgern. Neue Formate der Zusammenarbeit wurden in Anbetracht der diagnostizierten zunehmenden „Entfremdung“ auch zwischen Archivwesen und Wissenschaft gefordert. So könne ein Forum „Archiv – Wissenschaft“ angesichts der fluktuierenden Forschungsfragen und der noch lange nicht bewältigten strukturellen Brüche in der archivalischen Überlieferung z. B. folgende Fragen diskutieren: ein Dokumentationsprofil für nicht-staatliches Archivgut, Kriterien für Bewertungsentscheidungen, die Struktur angemessener Sicherungssysteme, die einen hinreichenden Datenschutz gewährleisten, ohne Forschungszugänge zu verbauen, oder die Priorisierung von Erschließungsmaßnahmen. Dem Brauweiler Kreis für Landes- und Zeitgeschichte wurde als Vereinigung von Historikerinnen und Historikern an Archiven, Universitäten und Forschungsinstituten in NRW eine wichtige Funktion in diesem Austauschprozess zugesprochen. ■

GESPRÄCH MIT HANNS JÜRGEN KÜSTERS ZUM VERHÄLTNIS VON ARCHIVEN UND HISTORISCHER FORSCHUNG

Herr Küsters, seit einiger Zeit gibt es kritische Stimmen, die von einer wachsenden Kluft zwischen den Archiven und der historischen Forschung sprechen. Diese Einschätzung wurde auch schon einmal aufgegriffen, und zwar in einem DFG-Workshop im Jahr 2004 zum Thema „Die Geschichtswissenschaft und die Archive“. Eine von der DFG eingesetzte Arbeitsgruppe konstatierte damals Defizite in der Kommunikation zwischen beiden Arbeitsbereichen und der Workshop versuchte, diesen Defiziten entgegenzuwirken. Als ich mich im Vorfeld über Ihr Haus hier informiert habe, hatte ich den Eindruck, dass bei Ihnen die Dinge noch sehr nah beieinander liegen. Was mich jetzt natürlich interessieren würde, wäre die Frage, was aus Ihrer Sicht für eine solche enge Verbindung von Archiv und Forschung, Dokumentation und Auswertung spricht und ob diese Verbindung auch bei Ihnen vielleicht zu irgendeinem Zeitpunkt schon einmal in Frage gestellt wurde?

In der Satzung der Konrad-Adenauer-Stiftung ist an prominenter Stelle die Aufgabe des Archivs für Christlich-Demokratische Politik festgehalten, die geschichtliche Entwicklung der christlich-demokratischen Bewegung zu erforschen und zu dokumentieren. Beide Komponenten führten zu der Bezeichnung der Hauptabteilung „Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik“. Dieser Doppelauftrag impliziert die archivarisches Tätigkeit, Bewahrung und Nutzbarmachung des Archivguts, vor allem der CDU, und die Erforschung der Parteigeschichte. In Frage gestellt wurde diese Verbindung bisher nicht. Dazu besteht auch kein Grund.

Gibt es denn innerhalb Ihres Hauses eine Binnengliederung in Bereiche, die stärker archivisch arbeiten und solche, die stärker im Bereich der Forschung tätig sind? Oder ist es so, dass die Archivare, insbesondere im höheren Dienst, bei Ihnen immer auch in der Forschung tätig sind?

Archivare, die mit der Aufarbeitung von Beständen betraut sind, arbeiten sowohl im klassisch-archivarisches Bereich als auch in der wissenschaftlichen Forschung. Durch die neue Kommunikationsentwicklung hat sich ein weiterer Schwerpunkt im Hinblick auf die Präsentation dieser Dokumente im Internet herauskristallisiert. Mit den Internetportalen zu Konrad Adenauer, Helmut Kohl und jüngst auch zur Geschichte der CDU haben wir die Möglichkeit, multimedial Archivgut wie Schriftstücke, Bilder, Film-, Ton- und Videoaufzeichnungen zu präsentieren.



Hanns Jürgen Küsters (Foto: Konrad-Adenauer-Stiftung)

Hanns Jürgen Küsters ist Politikwissenschaftler, Zeithistoriker und Archivar. Er promovierte 1982 mit einer Dissertation zum Thema „Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“. Anschließend war er Mitarbeiter im Rahmen der Rhöndorfer Adenauer Ausgabe, 1994 übernahm er die Leitung der Editionsgruppe „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ im Bundesarchiv. Küsters habilitierte sich im Jahr 1999 in Bonn mit einer Arbeit über „Die Verhandlungen der vier alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges über einen Friedensvertrag mit Deutschland zwischen 1945 und 1990“ (2000 als Buch erschienen). Seit 2006 ist er außerplanmäßiger Professor an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, seit 2008 arbeitet er bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, wo er im März 2009 die Leitung der Hauptabteilung „Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ (ACDP) übernahm. Das Gespräch mit Hanns Jürgen Küster über das Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Archiv führte Andreas Pilger am 26. Juli 2011 in Sankt Augustin.



Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Foto: Andreas Pilger/Landesarchiv NRW)

Auf diese Portale würde ich gleich sowieso noch einmal zu sprechen kommen, aber vielleicht auch noch mal am Beispiel Ihrer eigenen Person, Sie kommen aus dem Bereich der Wissenschaft und jetzt stehen Sie hier auch dem Archiv vor, wie geht das in Ihrer eigenen Biografie zusammen. Ist das für Sie ein und dasselbe Berufsbild oder schlüpfen Sie in unterschiedliche Rollen? Sie haben ja auch noch einen Lehrauftrag an der Uni Bonn.

Ich bin gelernter Politikwissenschaftler, habe vor 30 Jahren über ein aktuelles Thema zur Zeitgeschichte der 1950er-Jahre promoviert und mich mit einer Studie über die Verhandlungen eines deutschen Friedensvertrages, die bekanntlich bis 1990 reichten, habilitiert. Als Wissenschaftler und Nutzer von Archiven im In- und Ausland sowie durch meine langjährige Editionstätigkeit konnte ich vielfältige Erfahrungen sammeln, beginnend in Rhöndorf bei der Aufarbeitung des Nachlasses Konrad Adenauers, der zu einem großen Teil damals noch unverzeichnet war. Es ist natürlich neben der editorischen Arbeit auch ein Teil archivarischer Arbeit mit eingeflossen. In meiner 16-jährigen Tätigkeit als Leiter der Edition Dokumente zur Deutschlandpolitik im Bundesarchiv standen sowohl Fragen der wissenschaftlichen Grundlagenforschung wie auch intensive Recherchen in Beständen, die größtenteils nicht zugänglich, ja noch nicht einmal erschlossen waren, im Vordergrund. Dabei ist ein gewisses Maß an Kenntnis und Problembewusstsein für die archivarische Arbeit erforderlich gewesen. Meine jetzige Position bedeutet eine Verschmelzung beider Tätigkeiten.

Wenn Sie jetzt gezwungen wären, einen Schwerpunkt zu setzen, ist das eher Wissenschaft oder eher Archiv? Würden Sie für sich einen Schwerpunkt setzen können?

Einerseits bin ich von der Wissenschaft geprägt, andererseits ist die Sachkenntnis für archivische Aufgaben vorhanden, sonst

könnte ich das Archiv nicht leiten. Wichtig ist, archivarische, archivwissenschaftliche und historische Belange zu verstehen. Die eigenen Erfahrungen versetzen mich im Kontakt mit Benutzerinnen und Benutzern in die vorteilhafte Situation zu wissen, wie ein Wissenschaftler denkt und welchen archivarischen Erfordernissen Rechnung zu tragen ist.

Wenn ich mir ansehe, was Sie – auch in Ihrer jetzigen Position – an Projekten gemacht haben, dann ist mir aufgefallen, dass nicht wenige Editionen dabei sind. Editionen besitzen ja eine gewisse Archivafinität. Man könnte sogar sagen, Editionen liegen sehr nah an dem Bereich der archivischen Erschließung im weiteren Sinne; sie werden deshalb ja auch oft in Archiven erstellt. Sie gehen natürlich über die normale Erschließung hinaus, knüpfen aber daran an. Wie sind bei Ihnen im Haus die großen Editionsprojekte, also die Edition der Protokolle des CDU-Bundesvorstands und der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, organisiert? Machen das feste Mitarbeiter, die einen direkten Kontakt zu den Archivalien haben, oder sind daran auch externe Kräfte beteiligt?

Bisher sind die Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter der Ägide der Kommission für die Erforschung des Parlamentarismus und der politischen Parteien ediert worden. Die CDU-Bundesvorstandsprotokolle werden hier im Hause bearbeitet. Hinzu kommen weitere Editionen, zum Beispiel die Materialien über die große Koalition zwischen 1966 und 1969, die sich derzeit in Bearbeitung befinden, oder das kürzlich erschienene Tagebuch von Ernst Majonica. Mit diesen Projekten sind Mitarbeiter beschäftigt, die sowohl Akquise betreiben, Bestände erschließen und Findbücher erstellen, als auch die Editionsarbeit vorantreiben.

Aber diese Projekte knüpfen oftmals an die Akquise und Erschließung der Bestände an?

Genau, darin besteht die Verbindung. Mitarbeiter, die den Bestand besonders gut kennen, nehmen gleichzeitig die archivische Bearbeitung vor und betreiben die wissenschaftliche Verwertung.

Und wenn sich an das Editionsprojekt noch der eine oder andere wissenschaftliche Aufsatz anschließen würde, entspräche das auch noch dem Rahmen, dem Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung?

Das klassische Berufsbild des Archivars wird hier durch wissenschaftliche Publikationen und Berichte aus der archivischen Arbeit abgerundet, die in unserer Fachzeitschrift Historisch-Politische Mitteilungen erscheinen. Sie enthalten neue Beiträge über Forschungen zur christlichen Demokratie wie auch Hinweise auf neue Aktenzugänge und besondere Quellenfunde.

Jetzt komme ich noch einmal auf die Portale, die Sie schon angesprochen haben. Es sind ja vor allem zwei große biografische Portale, die in den letzten Jahren entstanden sind, das eine zu Helmut Kohl, das andere zu Konrad Adenauer. Beide Portale sind, denke ich, ein Stück historische Bildungsarbeit des Archivs. Die Frage, die sich dabei natürlich stellt, ist die nach der wissenschaftlichen Unterfütterung. Wie viel wissenschaftliche Arbeit muss man investieren, um so ein Portal zu machen, um die Kontextualisierung der ganzen Dokumente zu leisten? Wie viel davon ist bei Ihnen hier im Haus gemacht worden und was haben externe Kräfte dazu beigetragen?

Was das Internetportal Konrad Adenauer angeht, so habe ich aufgrund meiner fast 30-jährigen eigenen Forschungsarbeiten aus dem Vollen schöpfen können. Aber vielleicht ist der Grundgedanke interessanter, der bei der Konzeption dieses Portals eine Rolle spielte. Ausgangspunkt war die Überlegung, für einen breiten Nutzerkreis – vom Schüler bis zum wissenschaftlichen Kollegen, von demjenigen, der interessante Dokumente sucht und auswerten will, bis hin zur archivfachlich aufbereiteten Fachinformation – eine möglichst breite Plattform zu bieten. Dieses Konzept versucht, alle Informationen zu vereinen. Das setzte einen systematischen Aufbau der eingestellten Beiträge nach einem didaktischen Muster voraus. So sind Überblickartikel mit Stichworten zu Sachinformationen oder Angaben zu Personen verlinkt. Nach einleitenden Kurzinformationen folgen ausführlichere Erläuterungen und Erklärungen bestimmter Sachverhalte. Unter der Rubrik Personen erscheinen zunächst zusammenfassende tabellarische Lebensläufe, gefolgt von ausführlicheren biographischen Darstellungen bis hin zu Verknüpfungen zu dem jeweiligen Nachlass. Damit hat auch der an einer Archivinformation Interessierte, der alle anderen Angaben bereits kennt, auf dieser Seite die Möglichkeit, mit einem Klick direkt das entsprechende Findmittel aufzurufen. Ebenso wird der Nutzer über die Sachinformation direkt an korrespondierende Archivbestände herangeführt. Zur Untermauerung der Sachinformation ist die Einbettung von Dokumenten unerlässlich. Das wiederum bedingt die Nutzung des Archivs und zugleich die enge Zusammenarbeit von Archivaren und wissenschaftlich Tätigen. Unter dieser Grundvoraussetzung wurde auch das Internetportal zur Geschichte der CDU aufgebaut. Dieses Portal ist bisher das einzige zur Geschichte einer Partei in Deutschland, das umfassend Informationen, Dokumente, Bestandshinweise und Recherchemöglichkeiten für Nutzer bietet. Im Portal lassen sich Bestände direkt einzelnen Parteiebenen zuweisen, sei es der Bundespartei, den Landesverbänden, den Kreisverbänden oder den europäischen Parteizusammenschlüssen. Das impliziert eine immense Arbeit mit großem Zeitaufwand und erfordert permanente Bearbeitung.

Der Ansatz ist interessant. Ich kenne z. B. bei uns im Landesarchiv NRW die Überlegungen, wie wir vielleicht die Beständeübersicht klassischer Struktur, die natürlich an der festen Tektonik, am Provenienzprinzip ausgerichtet ist, verknüpfen können mit einem thematischen Zugriff, der für den Großteil der Nutzer im Vordergrund steht. Natürlich spielen bei solchen Überlegungen auch die unterschiedlichen Zielgruppen eine Rolle. Sie haben ihre Zielgruppe relativ weit gefasst, also im Grunde angefangen vom interessierten Laien bis hin zum Wissenschaftler. Würden Sie innerhalb dieser Zielgruppe noch besondere Akzente setzen? Ich frage mich natürlich bei so einem Angebot, wie Sie es machen, ob das beim Wissenschaftler so in dieser Form überhaupt ankommt oder ob der Wissenschaftler nicht sagt: Das kenne ich doch schon und ich muss letztlich tiefer vordringen und mich mit den Archivalien direkt auseinandersetzen.

Wissenschaftler sind immer dankbar, wenn sie Hinweise auf Archivalien erhalten und an diese herangeführt werden. Sie erwarten präzise Information. Aber ich glaube, der Ansatz ist ein anderer: Wir leben heute in einer Informationsgesellschaft, in der jeder – das gilt für den interessierten Laien wie für Schüler und Journalisten – unkompliziert und schnell allgemein gehaltene oder ganz spezifische Informationen bekommen möchte. Nutzer suchen Antworten auf Fragen. Weil sie entweder keine oder nur geringe Vorkenntnisse besitzen, weil sie Wissen bestätigt haben, vertiefen oder Hinweise erhalten wollen, woher sie weitergehende Information bekommen können. Der eine möchte nur wissen, wann ein Politiker in welcher Funktion zu welcher Zeit in einer Partei tätig war. Die andere interessiert beispielsweise nur, ob von einem Politiker ein Nachlass existiert, wo sich dieser befindet und ob sich damit meine Frage beantworten lässt. Entscheidend ist somit die gezielte Informationssuche und weniger die besondere Zielgruppe. Die Breite des Informations- und Nutzungsangebotes und das Ausmaß der Verlinkung macht heute das attraktive Internetportal aus. Ein Schüler, der eine Hausarbeit über eine Thema zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland schreibt, muss genauso gründlich mit Grundsatzinformationen versorgt werden, wie jene, die gezielt ganz speziellen Informationen im Kontext einer Forschungsfrage nachgehen. Auf dieses veränderte Bedürfnis müssen sich die Archive stärker einstellen. Archivare sollten vor Beginn zeitintensiver Erschließungsarbeiten eine Analyse der Nutzung bestimmter Bestandsgruppen anstellen, um zu ermitteln, welche Bestände besonders wichtig und mit Vorrang und Kontinuität aufzuarbeiten sind und welche nachrangige Bedeutung haben und zu einem späteren Zeitpunkt aufbereitet werden können. Erschließung und Überlieferungssicherung sind unabdingbar. Dennoch bedingt die Arbeit der Archivare mehr denn je unter Berücksichtigung von Nutzerinteressen Prioritäten zu setzen.

Das bedeutet natürlich eine stärker inhaltliche Ausrichtung der archivischen Aufgaben, die dann sicherlich auch von wissenschaftlichen Fragestellungen gespeist sein muss.

Sie fragten zu Anfang nach der Verbindung von Archiv und Wissenschaft. Gerade in dieser Hinsicht ist ein enger Austausch erforderlich. Nur wenn der Archivar weiß, in welche Richtung sich die Forschung bewegt, wo sich besondere Interessenschwerpunkte entwickeln, kann er mit einer gewissen Prioritätensetzung darauf reagieren. Gleichwohl gilt auch umgekehrt: Weil nur der Archivar den Überblick über wichtige Bestände hat, kann er der Forschung wertvolle Hinweise geben. Das erfordert vom Archivar zusätzliche historische Fachkompetenz. Angesichts des Problems

der personellen Ressourcenknappheit, vor dem alle Archive stehen, ist es deshalb besonders wichtig, dass Archivare und Wissenschaftler im permanenten Dialog stehen. Wenn der Archivar nicht im Auge behält, welche Bestände nachgefragt sind und diese nicht in absehbarer Zeit zugänglich machen kann, werden sie uninteressant, weil die Quellen nicht auszuwerten sind und der Nutzer nach anderen Informationsmöglichkeiten Ausschau hält. Umgekehrt muss dem Wissenschaftler klar sein, dass er eine effektive Beratung durch den Archivar nur erwarten kann, wenn dieser die Bestände verzeichnet hat und damit vertraut ist. Hier ist eine Symbiose möglich und erforderlich.

Viele Archive gehen inzwischen dazu über, gerade das, was von der Wissenschaft häufig nachgefragt wird, bevorzugt zu digitalisieren. Die Retrokonversion der ursprünglich analogen Findmittel ist ja schon sehr weit fortgeschritten in Deutschland, aber die Digitalisierung geht jetzt in einem zweiten Schritt weiter, indem immer mehr Archive auch ganze Bestände digitalisieren. Es würde mich interessieren, ob Sie diesen Weg auch bereits gehen oder gehen werden? Und daran anschließend die Frage: Welchen Mehrwert bieten die genannten Portale mit ihrem thematischen Zugriff gegenüber einer reinen bestandsbezogenen Digitalisierung? Wie kann vielleicht beides miteinander verzahnt werden?

Wir arbeiten kontinuierlich daran, unsere Findmittel auch online zur Verfügung zu stellen, um den Nutzern einen einfachen Zugang zu unseren Beständen zu ermöglichen. Dabei ist heutzutage der Zugriff auf Findmittel – auch unter rechtlichen Gesichtspunkten – nicht unproblematisch. Da gilt es, datenschutzrechtliche Bestimmungen zu berücksichtigen. Die Digitalisierung von gesamten Beständen spielt bei uns noch keine so große Rolle. Es gibt einige Bestände, die digitalisiert worden sind. Aufgrund begrenzter finanzieller Ressourcen wird es uns auch in Zukunft kaum möglich sein, ganze Archivbestände digitalisieren zu lassen. Eine andere Herausforderung stellt der Aufbau des Digital- bzw. Web-Archivs dar. Zum einen, um elektronische Datenträger, die sich in Beständen befinden, digital übernehmen und nutzbar machen zu können; zum anderen, um Internetseiten als historische Quelle für spätere Forschungen zu sichern. Der Mehrwert der Portale besteht in erster Linie darin, Nutzern den Zugang und die Transparenz über das Angebot des Archivs zu erleichtern.

Sie haben natürlich mit Kohl und Adenauer zwei Portale, bei denen diese Problematik sicherlich sehr unterschiedlich gelagert ist.

Nicht nur bei den Portalen zu Konrad Adenauer und Helmut Kohl; im Vordergrund steht ebenso das Portal zur Geschichte der CDU.

Bei diesem Portal haben Sie dann im Grunde eine lange Phase der Parteigeschichte, wo Sie wahrscheinlich mit dem älteren Material schon ziemlich frei umgehen können, während die Zugangsmöglichkeiten, je näher Sie an die Gegenwart herankommen, vermutlich aufgrund von Sperrfristen eingeschränkter sein werden.

Ja, die Sperrfristen müssen natürlich beachtet werden, sofern es sich um Archivalien handelt. Es gibt aber auch den Graubereich. Einige Dokumente oder auch entlegene Publikationen zur Parteigeschichte der CDU sind manchmal relativ schwer erhältlich; diese Literatur versuchen wir, über entsprechende Hinweise zugänglich zu machen. Es wandert auch eine Reihe anderer Dokumente ins Archiv, die zwar veröffentlicht wurden und nur in Akten abgelegt worden sind. Diese Dokumente kann man heute



Magazin im Archiv für Christlich-Demokratische Politik
(Foto: Andreas Pilger/Landesarchiv NRW)

vergleichsweise leicht zugänglich machen. Wir werden im Laufe dieses Jahres noch den Informationsdienst Union in Deutschland, das Mitteilungsorgan für Mitglieder, Funktions- und Mandatsträger der CDU, komplett mit über 40.000 Seiten im Internet zugänglich machen. Das ist eine wichtige und umfangreiche Quellengrundlage. Die Online-Stellung dieses Informationsdienstes wird die Bearbeitung von Anfragen an unser Archiv erleichtern, wenn die Nutzer demnächst direkt auf das Material zugreifen können, das sie bisher zum Teil nur im Archiv oder in ganz speziellen Bibliotheken ausfindig machen konnten.

Ist das Portal zur CDU-Geschichte aus Ihrer Sicht gewissermaßen das Rückgrat für die verschiedenen Angebote im Internet, mit denen das Archiv für Christlich-Demokratische Politik seine Bestände zu erschließen versucht? Ich kenne das Adenauer-Portal sehr gut, auch ein wenig das Kohl-Portal. Diese Angebote müssen doch irgendwie miteinander vernetzt werden. Wie kriegen Sie das hin oder wie arbeiten Sie an diesen Portalen weiter?

Das Portal zur Geschichte der CDU stellt für das Archiv für Christlich-Demokratische Politik mit dem Fokus auf CDU-Parteimaterialien ein Alleinstellungsmerkmal dar. Es ist unser genuines Angebot, das die Grundlage unseres Archivs verkörpert. Wir verlinken die Portale auch untereinander und wollen den Konnex herstellen zwischen den Archivalien und dem Nutzern, indem wir Hinweise geben, welche Materialien hier verfügbar sind. Wir wollen beide zusammenführen.

Können Sie in der praktischen Nutzung des Archivs feststellen, dass Wissenschaftler hierher kommen und sagen, ich habe das und das in dem Portal gefunden und möchte das jetzt hier in einer Recherche vertiefen? Führen die Portale tatsächlich an die Quellen heran oder ist es eher so, dass die Leute sich mit den Informationen im Internet schon begnügen und gar nicht mehr weiter im Archiv recherchieren?

Viele Nutzer finden im CDU-Geschichtsportal bereits das, was sie suchen. Dort finden sie aber längst nicht alles, was unser Archiv an Schätzen bewahrt. Beim Adenauer-Portal muss man die Nutzung differenziert betrachten. Wir haben hier den Versuch gestartet, in dem Kalendarium mit über 33.000 Seiten Tag für Tag, den Adenauer gelebt hat, ein Itinerar aufzubauen, das es erlaubt, ganz unterschiedliche Quellen zu verbinden. Zu einigen Daten werden alle Materialien, die wir hier im Archiv zur Verfügung haben – Schriftstücke per Pdf-Datei, Filmausschnitte, Tondokumente und Plakate – multimedial zusammengeführt. Es ist natürlich ein großer Aufwand, der uns vielleicht tendenziell weniger Archivbesucher beschert, aber auch Forschungsfragen initiiert. Durch vertiefte Recherchen können bei einigen Dokumenten neue Zusammenhänge entdeckt und hergestellt werden, wodurch Nutzer ins Archiv geführt werden, weil sie hier interessierte, weiterführende Archivalien finden. Wir können nicht alle Informationsbedürfnisse befriedigen. Allerdings lassen sich eigene Recherchen und Nachforschungen durch das Aufzeigen von Verbindungen mit Hilfe von Links erreichen.

Das wäre ja durchaus im Sinne der Archive, wenn das so funktionieren würde. Ich erinnere mich an die Podiumsdiskussion, die wir in Frankfurt geführt haben zu dem Thema, wo die Historiker, die dort waren, berichteten, dass natürlich nicht mehr bei allen Studierenden die Bereitschaft noch vorhanden ist, in die Archive zu gehen. Umgekehrt wird also erwartet, dass quasi alles online verfügbar ist. Es wird auch wenig darüber reflektiert, was ist jetzt eigentlich hier online und was ist eben auch nicht online. Wenn Sie auf Ihre eigenen Studierenden an der Universität Bonn schauen, kommen die überhaupt noch ins Archiv? Werden sie tatsächlich durch die Angebote im Internet angeregt, ins Archiv zu gehen oder müssen sich die Archive einfach darauf einstellen, dass sie zukünftig immer mehr online bringen müssen, weil diese Generation möglicherweise die Recherche im Lesesaal gar nicht mehr betreibt?

Das Problem besteht zweifelsohne. Die Frage lässt sich nicht mit Entweder-Oder, sondern nur mit Sowohl-Als-Auch beantworten. Es gibt Studierende, die nur noch zur Kenntnis nehmen, was im Internet steht, sich auch nicht einmal mehr die Fachliteratur anschauen. Diese Gruppe ist nur schwer für Archive zu begeistern. Sicherlich gibt es auch Unterschiede zwischen einem historischen Seminar zur mittelalterlichen oder Neueren Geschichte und einem politikwissenschaftlichen oder zeitgeschichtlichen Seminar, das mit Quellen arbeitet, die leichter online zugänglich sind. Im Grunde hängt es vom Interesse der Studierenden ab. Sie müssen an die Quellen herangeführt werden. Wenn sie auf Internetseiten gelangen, die Quellenmaterial präsentieren, werden diese zumeist auch für Hausarbeiten ausgewertet. Das ist der eine wichtige Punkt. Der zweite Punkt betrifft das vertiefte Interesse an Themen. Über Quellenstudien im Internet entstehen Fragen, die sie möglicherweise nur anhand von weiteren archivischen Quellen für eine Magister-, Bachelor- oder Masterarbeit beantworten können. Dann kommen sie auch ins Archiv. Es ist wirklich primär eine Frage des Interesses und der Initiative der Studierenden. Dazu müssen die Betreuer Anregungen geben.

Wenn Sie jetzt generell, nicht nur mit Blick auf die Studierenden, sondern auch mit Blick auf die Wissenschaft generell – die historische, aber auch die politik- und zeitgeschichtliche Forschung – für Ihr Archiv werben und erklären müssten, worin der Mehrwert der Archivrecherche gegenüber anderen Informationsangeboten liegt, wie würden Sie argumentieren?

Abgesehen von methodischen Fragen, habe ich die strikte Trennung zwischen Politikwissenschaftler, Zeithistoriker und Historiker nie nachvollziehen können und erst recht nicht die Abgrenzung zu Archivaren. Alle müssen zusammenarbeiten. Es geht letztlich darum, historisches Erbe zu bewahren und Erkenntnisse zu gewinnen. Jede politische Theorie der Gegenwart reicht in die Vergangenheit zurück, und was heute passiert, ist bekannterweise morgen Geschichte. Meine Studierenden frage ich stets: Wie genau wollt Ihr politische Vorgänge verstehen? Wer wissen und verstehen will, wie Politik wirklich funktioniert, kann Erkenntnisse nur auf der Basis eines Quellenstudiums, durch Befragen von Zeitzeugen und durch das Studium der Literatur erlangen. Allein die Nutzung und Auswertung aller Informationsquellen führt zu vertieften Erkenntnissen. Bekanntlich steht nicht alles in den Akten, und nicht jeder Zeitzeuge sagt alles, was er weiß. Nur das Studium aller verfügbaren Quellen ergibt ein fundiertes Bild. Wer meint, auf Archivalien verzichten zu können, der begeht einen schweren Fehler.

Nun gibt es natürlich auch rein pragmatische Barrieren bei der Archivnutzung. Dem ein oder anderen ist es einfach zu mühselig rauszukommen zu den Archiven, das kann man natürlich ein Stück weit technisch überbrücken, beispielsweise durch Digitalisierung, man kann heranzuführen. Dann gibt es aber natürlich auch noch andere Barrieren in rechtlicher Hinsicht. Wir hatten gerade schon ein bisschen darüber gesprochen. Sperrfristen spielen dabei eine Rolle. Wie stellen Sie das hier im Archiv für Christlich-Demokratische Politik fest: Kommen die Benutzer damit zurecht, akzeptieren sie die Sperrfristenregelung oder werden diese Regelungen auch hinterfragt? Und vor allem: Wie versuchen Sie die Sperrfristen transparent zu machen, um Akzeptanz für solche Regelungen zu finden?

Das ist in der Tat ein Problem. Offen gesagt, findet da mittlerweile ein sportlicher Wettbewerb statt. Viele Studierende, Doktoranden, Habilitanden meinen: Nur wenn sie Materialien innerhalb der 30-Jahre-Sperrfrist benutzen, gelangen sie zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Das ist einerseits nicht ganz falsch, weil es sich um nicht ausgewertetes Quellenmaterial handelt. Andererseits ist es ebenso wichtig, im Lichte neuer Erkenntnisse schon bekannte Quellen immer wieder zu überprüfen, denn auch sie können zu neuen Einsichten führen. Das wird oftmals übersehen. Was die VS-Materialien anbelangt, so treten wir an die Akten verursachenden Institutionen, zum Beispiel Bundesministerien, heran und lassen die VS-eingestuften Schriftstücke deklassifizieren. Damit haben wir in letzter Zeit sehr gute Erfahrungen gemacht.

Und innerhalb der 30-Jahre-Sperrfrist, gibt es da Ausnahmegenehmigungen?

Ja, es gibt bei einzelnen Beständen Ausnahmen. Es hängt natürlich auch von dem jeweiligen Forschungsinteresse ab. Archive sind Serviceeinrichtungen. Wir versuchen im Rahmen unserer Möglichkeiten dem wissenschaftlichen Interesse nachzukommen. Aber zunächst hat für uns die 30-Jahre-Sperrfrist Gültigkeit, sofern nicht andere Regelungen mit den Bestands- oder Nachlassgebern vereinbart werden.

Wir haben über das Heranführen der Studierenden an die archivischen Quellen gesprochen. In der Frankfurter Podiumsdiskussion haben die Historiker gefordert, dass die Archivare den Studierenden mehr Grundkompetenzen im Umgang mit archivischen Quellen vermitteln sollen. Auf archivischer Seite hat uns diese Forderung etwas erstaunt, weil die Grundkompetenzen aus Sicht der Historiker auch quellenkritische Kenntnisse umfasste, von denen wir eigentlich ja erwarten würden, dass die Historiker sie selbst in ihren Seminaren vermitteln. Inwieweit können und müssen die Archive hier aus Ihrer Sicht einspringen?

Das ist meiner Ansicht nach nicht Aufgabe der Archivare. Diese Aufgabe sollten sie der Wissenschaft überlassen. Methodische, quellenkritische Fragen zu stellen, das ist eine wissenschaftliche Aufgabe. Gleichwohl bedauere ich, dass an den Universitäten viel zu wenig methodisch-quellenkritische Analyse im Sinne der klassischen Archivkunde betrieben wird. Ausnahmen bilden sicherlich mittelalterliche und frühe neuzeitliche historische Seminare. In der zeithistorischen oder politikwissenschaftlichen Forschung findet in aller Regel kaum eine archivkundliche Analyse statt. Quellen werden oftmals ziemlich undifferenziert benutzt. Somit wird der Stellenwert, den ein Schriftstück im Gesamtkontext eines Entscheidungsprozesses besitzt, oftmals nicht richtig bemessen. Doch ist es nicht die Aufgabe der Archive, diese Defizite zu kompensieren. Deren Aufgabe besteht vielmehr darin, durch Kooperation mit der Wissenschaft auf Bestände aufmerksam und nutzbar zu machen, die sich dem Wissenschaftler nicht auf Anhieb erschließen. Dazu bedarf es einer eigenen Kompetenz und eines Wissensvorsprungs, über den der Archivar gegenüber dem Forscher verfügt. Es nutzt nichts, wenn sich jede Klientel separiert. Beide sind in einem gewissen Umfang aufeinander angewiesen. Archive sind nicht um ihrer selbst Willen da. Ohne sie gibt es keine vertieften Erkenntnisfortschritte. Archive sind dazu da, benutzt zu werden. Und sie müssen mit denen kooperieren, die das Nutzungsinteresse haben. Umgekehrt muss der Wissenschaftler die Kompetenz für die Akquise, für die Erschließung, für die Tektonik, für die Bewertung jenen überlassen, die darüber verfügen – und das sind nun einmal die Archivare.

Wenn Sie einmal auf die Methodenentwicklung innerhalb der Geschichtswissenschaften schauen: Haben die „Turns“ der letzten Jahre mit dazu beigetragen, dass sich die Rolle der Archive verändert hat? Beispielsweise ist durch den „cultural turn“ die Quellenbasis für historische Untersuchungen breiter geworden, viel mehr kann heute als Text, als Quelle genutzt werden und damit steht natürlich die archivische Quelle in einem ganz anderen Konkurrenzverhältnis zu andern Quellen.

Das ist eine Schwierigkeit für alle Archive, weil sie heutzutage mit anderen Fragestellungen konfrontiert werden. Früher wurde zu „cultural trends“ überhaupt nicht geforscht. Erst in jüngerer Zeit wird deutlich, dass ein über 30 Jahre geführtes Haushaltsbuch wichtige Informationen über Sozial- und Wirtschaftsgeschichte enthält, ja Zeitgeist zum Ausdruck bringen kann. Hier ist die Bedeutung der Archive, die über solche Materialien verfügen, in den letzten Jahren eher gestiegen, als dass sie sich vermindert hat. Archive haben nicht nur der Politikgeschichte zu dienen, sie vermitteln auch Einsichten in die Sozialgeschichte. In vielen unserer Bestände lassen sich sozio-biografische und familiengeschichtliche Zusammenhänge erforschen. Daher erreichen uns

des Öfteren auch Anfragen, die sich nur indirekt mit der Parteigeschichte auseinandersetzen. Was Politik und Wirtschaft bewirken, gesellschaftliche Veränderungen, der Wandel von Lebensverhältnissen, der wiederum politisches Denken verändert, lässt sich nur im Kontext politischer, wirtschaftlicher und biografischer Quellen erkennen. Das wirft wiederum quellenkritische und methodische Fragen auf. Archive sind heute längst nicht alle in der Lage, die vielfältigen Bedürfnisse und Anforderungen, die an sie gestellt werden, wirklich zu erfüllen.

Wir haben bislang viel über das Binnenverhältnis von Archiven und historischer Forschung gesprochen: Wo gibt es wechselseitige Beziehungen, wo gibt es Anforderungen der einen an die andere Seite usw. Zum Schluss würde ich – kurz wenigstens – gerne auch einmal über das Verhältnis von Archiven und Geschichtswissenschaft zu ihrer gemeinsamen Umwelt oder zur Öffentlichkeit sprechen. Wo gibt es vielleicht gemeinsame Probleme und Interessen, wo zeichnen sich vielleicht auch Perspektiven einer strategischen Partnerschaft ab?

Diese Frage kann ich nur differenziert beantworten. Wir haben seit Mitte der 1980er Jahre einen wachsenden Stellenwert von Geschichte im öffentlichen Bewusstsein zu verzeichnen. Das hängt zum einen mit der verstärkten und kontinuierlichen Aufarbeitung der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland zusammen. Das hängt zum anderen mit den Vorgängen der Wiedervereinigung zusammen. Viele haben die damaligen Ereignisse bewusst als historische Vorgänge erlebt. Hinzu kommt die Fülle, ja fast Überfrachtung historischer Informationen in den Medien: Nachrichtenkanäle wie Phoenix, NTV oder N24 strahlen jeden Tag mehrere Stunden lang zeithistorische Dokumentationen aus, die es früher in dieser Intensität und Vielfalt nicht gab. Natürlich sehe ich diese Entwicklung auch mit einer gewissen Besorgnis, weil neben dem historisch-politischen Bildungseffekt – oftmals nur sehr oberflächlich und mitunter als Sensation aufgemacht – historisches Wissen verbreitet wird. Gleichzeitig werden damit historische Legenden oder falsche Geschichtsbilder projiziert, die von der Wissenschaft nur schwerlich korrigiert werden können. Das Problem ist: Komplizierte politische und historische Vorgänge lassen sich kaum mediengerecht kommunizieren. Im Grunde ist das Muster in den Medien immer wieder gleich: Es wird ein historischer Filmausschnitt, eine Wochenschauszene gezeigt, eine Story um eine Person oder mehrere Personen bzw. ein spektakuläres Ereignis spannend ausgebreitet. Beteiligte oder Opfer kommen zu Wort, berichten als Zeitzeugen über ihre Erlebnisse. Was in Archiven alles schlummert, können Medien plastisch visuell dem Konsumenten kaum vermitteln. Denn alles soll auch der Unterhaltung dienen. Unterschätzen wir heute auch in Zeitschriften und Magazinen nicht den Entertainment-Effekt, der mit Geschichte betrieben wird. Wissenschaftler und Archivare hingegen sind gewohnt, sich in Bestände hineinzuknien, sie zu ordnen, sie zugänglich zu machen. Das geschieht allerdings auf einer Ebene, die der breiten Öffentlichkeit wegen der Komplexität und Kompliziertheit der Vorgänge nicht mehr zu vermitteln ist. Sie haben heute eher im Internet die Möglichkeit, Menschen an diese Vorgänge heranzuführen. Im Fernsehen und im Hörfunk besteht diese Chance nur eingeschränkt. Oft bleibt die Betrachtung oberflächlich, weil es allgemein verständlich sein soll.

Herr Professor Küsters, ich bedanke mich für das Gespräch. ■

ENTWICKLUNG DER PERSONAL- STRUKTUREN IM ARCHIVWESEN DER LÄNDER IN DER BUNDES- REPUBLIK DEUTSCHLAND

STRATEGIEPAPIER DER ARK 2011

1. AUSGANGSSITUATION UND METHODIK

Die Archivreferentenkonferenz des Bundes und der Länder (künftig: ARK) registrierte seit 2008/09 interne Diskussionen in mehreren Bundesländern über die angemessene Personalausstattung der jeweiligen Landesarchive. Anlass waren die Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand als Reaktion auf die mittelfristige Bevölkerungsentwicklung und im Gefolge der Weltfinanzkrise, die auch die Archive betrafen und sich hier insbesondere auf Einsparungen im Personalbereich fokussierten. Gefragt wurde dabei seitens der Träger auch nach länderübergreifendem Zahlenmaterial. Vor diesem Hintergrund hielt es die ARK für notwendig, belastbare Zahlen über das Verhältnis zwischen den von den Landesarchiven in der Bundesrepublik zu erledigenden gesetzlichen Aufgaben einerseits und der tatsächlichen Personalausstattung andererseits bereitzustellen. Dabei stellte sich heraus, dass in vielen Landesarchiven die Herausforderungen des e-Government und deren Konsequenzen für die Archive noch nicht im aktuellen Personalbedarf berücksichtigt worden sind. Zusätzliches Gewicht gewinnt diese Frage dadurch, dass der Zugang zu öffentlichen Informationen als ein neues Grundrecht angesehen wird. Darüber hinaus wird die umfassende Präsentation kultureller Daten seitens des Wissenschaftsrates als wesentliche Voraussetzung für den Wissenschaftsstandort Deutschland verstanden¹. Eine angemessene Ausstattung der Archive zur Erfüllung ihrer verfassungsrechtlichen Aufgaben ist daher geboten.

Bewusst knüpften die Vorüberlegungen in der ARK an die teils öffentlichen, teils internen Diskussionen über den Sächsischen Rechnungshofbericht aus dem Jahr 2003 an. Dieser hatte Fundamentalkritik an den Konzeptionen der sächsischen Archivverwaltung geübt. Als Reaktion auf den Rechnungshofbericht legte die ARK ein Strategiepapier vor. Es behandelte insbesondere Archivgut als kulturelles Erbe und Archive als Dienstleister für Verwaltung und Forschung und benannte erstmals konkret Zeit- bzw. Kostenaufwand für die Erledigung von archivischen Fachaufgaben, blieb allerdings als Argumentationshilfe gegenüber den Archivträgern interner Nutzung vorbehalten. Damit fehlte es 2008/09 noch an jener Transparenz, die 2004 der Unternehmensberater Gerd Schneider bei den deutschen Archiven angemahnt hatte. Er forderte sie auf, „ihre Probleme fachlich und betriebs-

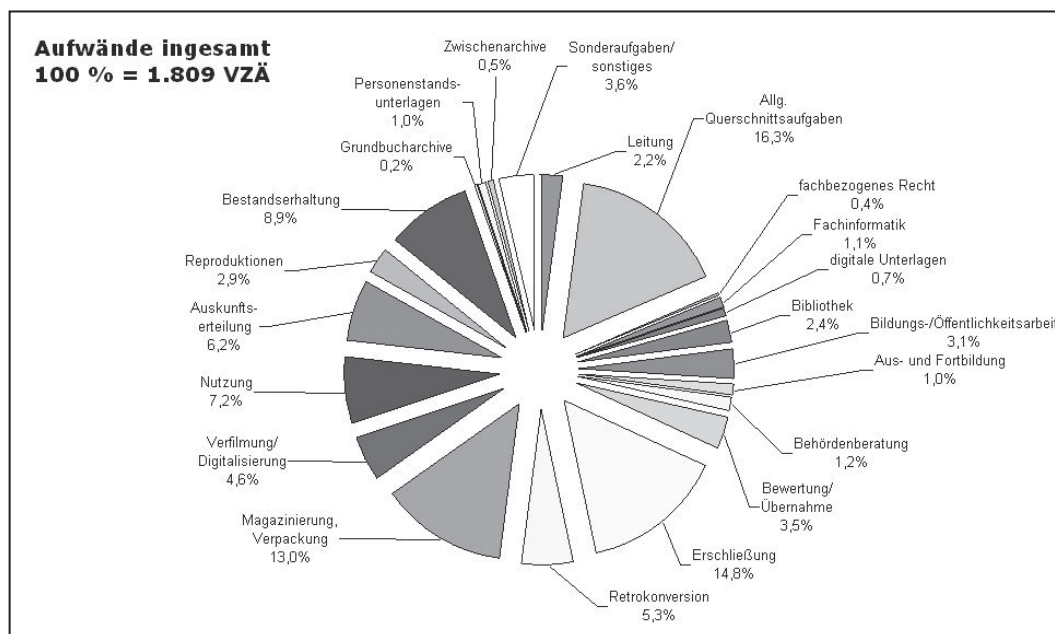
wirtschaftlich aufzuarbeiten“, „sie in die Sprache der Politik und der Finanzressorts zu übersetzen“ und „selbst in betriebswirtschaftlichen Kategorien zu denken“².

Vor diesem Hintergrund setzte die ARK während ihrer 109. Sitzung in Regensburg am 22.9.2009 erstmals eine Arbeitsgruppe zur Personalentwicklung in den Archiven der Bundesländer ein.³ Ziel der Arbeit der Arbeitsgruppe war es, einen Bericht zur personellen Situation der Archive der Länder und zur Verteilung der personellen Ressourcen auf die einzelnen Aufgabenbereiche vorzulegen und zu prüfen, inwieweit sich daraus Zahlen für die objektive Bemessung der notwendigen Personalausstattung für die Archive ableiten lassen. Dazu wurde auf einer Sondersitzung der ARK am 1.2.2010 in München ein detaillierter Fragebogen verabschiedet, auf dessen Grundlage für jedes Landesarchiv die einschlägigen Daten standortbezogen erfasst wurden. Das Bundesarchiv wurde bei der Erhebung nicht berücksichtigt. In dem genannten Fragebogen wurden erstens knappe statistische Kennzahlen (Bestandsmengen, Benutzungstage, beantwortete Anfragen, jährliche Übernahmen, archivierte elektronische Unterlagen) für das Jahr 2009 erhoben (Tab. 1). Zweitens wurde das vorhandene (reguläre) Personal im Haushaltsjahr 2010 erfasst, ergänzt durch Daten über die nicht durch eigenes Planpersonal und durch Zusatzpersonal bzw. Outsourcing wahrgenommenen Aufgaben. Bemessungsgrundlagen waren jeweils Vollzeitäquivalente (VZÄ) im ersten Halbjahr 2010 (Tab. 2 am Ende des Papiers). Drittens wurde gefragt, mit welchem Aufwand, in VZÄ gemessen, einzelne administrative und archivfachliche Aufgaben erfüllt wurden, und wie sich die Stellenanteile auf zentrale oder dezentrale Einheiten verteilen. Die in München vorgelegte und verabschiedete Matrix gliedert die archivischen Aufgaben so, dass deren vorhandene große Bandbreite von der Behördenberatung

¹ Übergreifende Empfehlungen zu Informationsinfrastrukturen. Drs. 10466 vom 28. 1. 2011 (<http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10466-11.pdf>).

² Gerd Schneider, „Archivare aufgewacht!“ Anmerkungen eines Externen zur gegenwärtigen Situation im deutschen Archivwesen, in: *Der Archivar* 57 (2004), S. 37-44, 41.

³ Der Arbeitsgruppe gehörten an Prof. Dr. Ulrike Höroldt, Dr. Detlev Heiden (Sachsen-Anhalt), Dr. Andreas Hedwig (Hessen), Dr. Bernd Kappelhoff (Niedersachsen), Prof. Dr. Robert Kretzschmar (Baden-Württemberg) und Prof. Dr. Wilfried Reininghaus (Nordrhein-Westfalen).



Personaleinsatz in den Landesarchiven in der Bundesrepublik 2010 nach Aufgaben (absolute Werte in VZÄ s.u. Tab. 2)

bis zur Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit oder Aus- und Fortbildung dargestellt werden konnte. Eine solche einheitliche Matrix war umso notwendiger, als die Organisation der Archive in den Bundesländern sehr heterogen ausgestaltet ist und das Aufgabenspektrum, das die Träger den Landesarchiven zuweisen, Unterschiede aufweist (vgl. unten Kap. 2.). Die Datenerhebung wurde so angelegt, dass auch Fragen nach dem Verhältnis von zentraler und dezentraler Aufgabenerledigung, nach dem Verhältnis der Laufbahngruppen zueinander sowie nach dem Einsatz von Dienstleistern, Zusatzpersonal und Dritten beantwortet werden konnten⁴.

Aus den so erhobenen und aggregierten Daten lässt sich im Einzelnen ableiten, mit welchem Aufwand derzeit die anfallenden archivgesetzlichen Aufgaben in den Landesarchiven in Deutschland erledigt werden. Sämtliche Zahlen beziehen sich auf einen Durchschnitt aller Bundesländer. Jedem Landesarchiv ist damit Gelegenheit gegeben, sich mit dem Durchschnitt aller Länder zu vergleichen und so selbst nach Stärken und Schwächen zu positionieren.

Die weitere Auswertung der Daten und die daraus zu ziehenden Aussagen über die zukünftige Personalentwicklung der Landesarchive erfolgte zunächst in der Arbeitsgruppe. Der von ihr verfasste Bericht wurde der 112. Sitzung der ARK am 21. März 2011 in Hamburg diskutiert und auf der 113. Sitzung der ARK in Bremen am 21. Sept. 2011 verabschiedet.

Fazit

Das vorliegende Papier beschreibt die vorhandenen Aufgaben der Archive und den Personalaufwand, mit welchem die Aufgaben bewältigt werden. Es weist auf Defizite in der Personalausstattung hin, die insbesondere in Bereichen auftreten, in denen sich derzeit eine dynamische Entwicklung vollzieht. Es stellt selbst noch kein Sollkonzept für eine angemessene Personalausstattung im Archivwesen der Länder dar, bietet jedoch erstmals eine belastbare länderübergreifende Grundlage für fundierte Personalbedarfs-ermittlungen.

Anzahl der Standorte	55
Umfang der Bestände in lfd. Metern	1.274.788
Benutzungstage	147.276
Beantwortete Anfragen 2009	126.229
Übernahmen 2009 in lfd. Metern	19.876
Archivierte elektronische Unterlagen in Datensätzen	59695.725

Tab. 1: Ausgewählte Kennzahlen sämtlicher Landesarchive in der Bundesrepublik (Stichtag 31.12.2009)

2. TYPOLOGIE DER STAATLICHEN ARCHIVE IN DEN LÄNDERN DER BUNDESREPUBLIK

Die klärenden Vorarbeiten zur Datenerhebung waren erforderlich wegen der Heterogenität der staatlichen Archive in Deutschland. In der föderal organisierten Bundesrepublik fällt die Ausgestaltung der staatlichen Archivverwaltungen in die Zuständigkeit der einzelnen Länder. Welche konkreten Organisationsformen die Archive seit 1945 bzw. 1990 in den Ländern annahmen, hing von verschiedenen Faktoren ab. Sie wirkten sich jeweils auf die Personalausstattung und die Aufgabenerledigung aus.

Die staatliche Entwicklung im 1806 untergegangenen Alten Reich und deren Veränderungen im 19./20. Jahrhundert hat sich in den Beständen der Landesarchive niedergeschlagen und zu einer variablen Zahl von Standorten je nach Bundesland geführt. Diese Situation ist ein getreuer Spiegel der jeweiligen Landesgeschichte.

Nach der Zahl der Standorte zeichnen sich drei Gruppen von Landesarchiven ab. Neben den drei Stadtstaaten haben Brandenburg, das Saarland und Schleswig-Holstein ihr Archivgut an einem Ort konzentriert. Zwei bis fünf Archivstandorte sind zu finden in Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Mehr als

sechs Standorte staatlicher Archive weisen Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Thüringen auf.

Die Zahl der insgesamt 55 Standorte wird vor allem beeinflusst von der Einwohnerzahl, der Fläche und der Territorial- und Archivgeschichte der einzelnen Bundesländer, wobei Sonderentwicklungen zu berücksichtigen sind. Eine allgemeine Regel, nach der mit der Größe eines Bundeslandes die Zahl der Standorte wächst, lässt sich nicht ableiten. Dort, wo Staaten früh zusammengewachsen sind, gibt es meist wenige Standorte. In Nordrhein-Westfalen z. B. wurden die Bestände der alten Territorien schon im 19. Jahrhundert in nur zwei preußischen Provinzialarchiven zusammengeführt, die 1947 um das lippische Landesarchiv erweitert wurden. In Thüringen resultierte die heutige Struktur aus dem vergleichsweise späten Zusammenschluss der thüringischen Einzelstaaten im Jahr 1920 und dem Wiederaufgreifen dieser Strukturen bei der Umwandlung der Staatsarchive der DDR in Landesarchive 1990. Die bevorstehende Verlagerung bzw. Zusammenführung von Standorten (Düsseldorf und Brühl) wie in Nordrhein-Westfalen in Duisburg bildet eine Ausnahme. Neue Archivbauten entstehen in der Regel am alten Standort, oder es werden aus Gründen des Raumbedarfs Außenstellen (z. B. Pattensen in Niedersachsen; Hubertusburg in Sachsen) in Reichweite vorhandener Standorte errichtet. Damit wird in vielen Ländern dem Ziel Rechnung getragen, dass die Archive unter Berücksichtigung ihrer regionalen Verankerung in der Fläche präsent sind und dort eine Identität stiftende Funktion erfüllen.

Auch das Bestandespektrum der Landesarchive ist nicht durchgängig gleich. So verwahren die Landesarchive der 1990 entstandenen „neuen Bundesländer“ aufgrund der Entwicklungen in der DDR auch das Archivgut der staatlichen Wirtschaft bis 1990 einschließlich der privatwirtschaftlichen Vorgängerüberlieferung, ferner das Archivgut der SED und der Massenorganisationen der DDR sowie infolge der Bodenreform umfangreiches Archivgut des Adels, das heute einem besonderen Rechtsstatus unterliegt. Diese Bestände sind in der Regel in die vorhandenen Archivstrukturen integriert. Fachliche Notwendigkeiten oder politische Gewichtigungen führten dagegen zu geschlossener Aufstellung einzelner Bestandsgruppen an gesonderten Standorten oder integriert in vorhandene Archivstandorte. In Nordrhein-Westfalen wurden in den 1950er Jahren Personenstandsarchive in Brühl und Detmold gebildet, um Unterlagen der Standesämter aufzunehmen. Nach der Novellierung des Personenstandsrechts zum 1.1.2009 blieben sie als Dezernate erhalten. Hessen und Rheinland-Pfalz gründeten 2009/10 für die Zweitüberlieferung der Standesämter solche Spezialarchive neu. Archivgut der Bergbehörden ist in Niedersachsen (Clausthal-Zellerfeld als Außenstelle des Hauptstaatsarchivs Hannover) und in Sachsen (Freiberg) konzentriert. Aus regionalen Besonderheiten und mit dem Ziel von Synergien entstanden Verbundarchive in Wertheim (Baden-Württemberg) und Bautzen (Sachsen), in denen staatliches, kommunales und sonstiges Archivgut gemeinsam verwaltet wird. Anderorts wird Archivgut nichtstaatlicher Provenienzen geschlossen in Landesarchive integriert, z. B. beim Sportarchiv im Saarland oder den Film- und Fotoarchiven in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz oder Berlin. In Niedersachsen fungieren die staatlichen Archive als Zwischenarchiv für die zentralen Altregistraturen der aufgelösten Bezirksregierungen, um deren weitere amtliche Nutzung sicherzustellen. Beratende Archivpflege für kommunale Archive wird in Brandenburg, Hessen und Thüringen von staatlichen Archiven ausgeübt; in unterschiedlichem Maße betreuen einzelne Landesarchive

kommunales Archivgut oder Archivgut von Universitäten.

Jedes Bundesland regelt die interne Struktur seiner Archivverwaltung aufgrund eigener Entscheidung. Daraus folgt, dass in jedem Bundesland zentrale und dezentrale Elemente unterschiedlich aufeinander bezogen sind.

In Ländern mit mehr als einem Standort muss entschieden werden, wie mit zentralen, übergreifenden Fragen aller staatlichen Archive umgegangen wird. Die traditionelle Ausgestaltung staatlicher Strukturen wirkt darauf ebenso ein wie die jüngeren Verwaltungsreformen und die damit verbundenen Überlegungen, wie das archivische Handeln möglichst effizient und standardisiert geschehen kann. In einer mehrstufigen Lösung ist die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns den dortigen Staatsarchiven vorgesetzt. Mehrere Länder fassen dezentrale und zentrale Einheiten in einer landesweiten Gesamtbehörde unter einem Präsidenten bzw. Direktor zusammen (Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt) und haben Querschnittsaufgaben weitgehend zentralisiert. Hessen und Thüringen organisieren zentrale Aspekte ihres Archivwesens in den Konferenzen der Leitungen der staatlichen Archive. Die Bestandserhaltung ist in mehreren Bundesländern (Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) räumlich konzentriert und z. T. organisatorisch ausgegliedert. Alle jeweils gewählten Lösungen haben personelle Auswirkungen auf die einzelnen Funktionsbereiche.

Die Einbindung der Landesarchive in die allgemeine staatliche Verwaltung variiert von Land zu Land.

Jedes Bundesland hat für sich entschieden, wie die Dienst- und Fachaufsicht durch Schnittstellen mit den zuständigen Ministerien verbunden ist. Verbreitet ist die Anbindung an das Wissenschafts- oder Kulturressort, vereinzelt findet sich auch die Anbindung an Staatskanzlei oder Innenressort. In Hamburg ist das Staatsarchiv selbst als Amt in der Behörde für Kultur und Medien Teil der obersten Landesverwaltung. Aus dieser unterschiedlichen Anbindung erwächst bei länderübergreifenden Fragen Abstimmungsbedarf für konzertierte Aktionen der Landesarchive. In Mecklenburg-Vorpommern sind die staatlichen Archive seit 2006 Teil des Landesamts für Kultur- und Denkmalpflege, das in einer gemeinsamen Verwaltung Dienstleistungsfunktionen für die staatlichen Archive wahrnimmt. Eine ähnliche Lösung, aber ohne Eingliederung in eine Gesamtbehörde, praktiziert Thüringen. In allen Bundesländern ist die Gebäudeverwaltung landeseigenen Liegenschaftsbetrieben übertragen, ohne dass dadurch die Landesarchive von entsprechenden Anforderungen des Tagesgeschäftes entbunden wären.

Fazit

Die heutigen Landesarchive stehen mit ihren unterschiedlichen Standort- und Bestandsstrukturen in spezifischen landesgeschichtlichen Traditionen. Zugleich sind die Landesarchive Ergebnis einer von den Archivverwaltungen konsequent umgesetzten

⁴ Bei der Bewertung der Zahlen ist zu berücksichtigen, dass es sich um eine Ersterhebung handelt und die Erhebung der Zahlen in Eigenregie der einzelnen Länder und teilweise auf der Grundlage von im Rahmen der KLR gewonnenem Zahlenmaterial, teilweise aber auch auf der Grundlage von Expertenschätzungen erfolgte. Daher ließen sich gewisse Uneinheitlichkeiten nicht vollständig vermeiden. Dennoch ergibt sich aus der Summe der Angaben ein konsistentes Bild über den jeweiligen tatsächlichen Personaleinsatz und dessen Gewichtung.

Verwaltungsmodernisierung, mit der in den letzten zehn Jahren eine systematische Binnenoptimierung mit dem Ziel effizienterer, besserer Aufgabenerledigungen vollzogen und auf den Aufgabenzuwachs reagiert wurde.

3. PERSONALEINSATZ NACH AUFGABENBEREICHEN

3.1 Leitung

40,2 VZÄ [= 2,2 %]⁵

Archive sind entgegen verbreiteter Einschätzung keine geschichtswissenschaftlichen Institutionen anderer Art, sondern Verwaltungsbehörden von „größtmöglicher Querschnittlichkeit“, in denen die archivwürdige Überlieferung aus sämtlichen Zweigen der jeweiligen Landesverwaltung zusammenfließt. Und sie sind nicht nur Dienstleister für Bürger, Wissenschaft und Wirtschaft, sondern zentraler Wissens- und Informationsspeicher der gesamten Verwaltung. Sie müssen in der Lage sein, diesen Wissensspeicher kurzfristig nutzbar zu machen. Auf dieser Grundlage erfüllen sie zugleich kulturelle Aufgaben als Forschungs- und Erinnerungsorte ihrer jeweiligen Region und ermöglichen der Gesellschaft in der Zukunft die Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit und Gegenwart.

Die vielfältige Verzahnung mit der öffentlichen Verwaltung sowie die gesellschafts- und kulturpolitischen Aufgaben verlangen eine Organisation, die in Führung und Leitung den Standards der modernen Verwaltung entspricht. Das bedeutet: Von Führungskräften im Archiv werden über die fachlichen Kompetenzen hinaus übergreifende Kompetenzen und allgemeine Schlüsselqualifikationen gefordert. Gefragt sind langfristiges strategisches Denken, Kompetenzen in der Personalführung, Organisationstalent, wirtschaftliches Handeln, Kommunikationsbefähigung und die Vertretung des Archivs nach außen wie nach innen.

Die Umfrage zu diesem Punkt erfasste (1.) Behördenleiter und (2.) die nicht-fachgebundenen Leitungsaufgaben von Abteilungs- bzw. Standortleitungen. Auf 55 Standorte gerechnet stehen durchschnittlich 0,7 VZÄ für die Leitung zur Verfügung, also weniger als eine Stelle pro Standort. Daher und aufgrund des vielfach fehlenden Unterbaus vermischen sich bei vielen Führungskräften in den Archiven Fach- und Führungsaufgaben, was die Wahrnehmung konzeptioneller Aufgaben erschwert. Dies gilt verstärkt für die hier nicht berücksichtigten mittleren Leitungsebenen.

Fazit

Die Landesarchive müssen in der Gesamtheit den bereits begonnenen Weg einer stärkeren Strukturierung der Führung und den Ausbau geeigneter Führungsebenen weiter vorantreiben.

3.2 QUERSCHNITTAUFGABEN

3.2.1 Allgemeine Querschnittsaufgaben

294,0 VZÄ [= 16,3 %], davon 36,7 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal, 5,6 durch Zusatzpersonal wahrgenommen

Neben archivfachlichen Aufgaben fallen in den Landesarchiven ebenso wie in anderen Behörden umfangreiche Aufgaben in den Bereichen Verwaltung, Organisation, Liegenschaften, Personal, Haushalt, IT-Administration etc. an, deren Umfang und Verhältnis zueinander jedoch aufgrund der archivspezifischen Anforderungen Besonderheiten aufweist.

16,3 % des Gesamtpersonals sind für Verwaltung und allgemeine, d. h. nicht archivfachliche Querschnittsaufgaben tätig, während 81,5 % sich den Fachaufgaben widmen. Für Verwaltung, Organisation und Gebäudebetrieb wird also ein beträchtlicher, dennoch auf das unumgänglich Notwendige beschränkter Aufwand betrieben. Mit Blick auf die Aufwände für die einzelnen Archivstandorte differenziert sich das Bild: Für 55 Standorte stehen einschließlich der Leitung 334,2 VZÄ zur Verfügung; das ergibt pro Standort einen durchschnittlichen Personalaufwand von 6,1 VZÄ. Lässt man die Leitungsaufgaben im engeren Sinne und die Ressourcen der zentralen Einheiten außer Acht, betrachtet mithin nur die „dezentral“, „vor Ort“ wirkenden Kräfte, so entfallen auf 55 Standorte noch 213,9 VZÄ. Dies entspricht pro Standort durchschnittlich lediglich 3,9 VZÄ, die den Betrieb eines Archivstandorts – abgesehen von der Erledigung der fachlichen Aufgaben – sicherstellen. In der Realität schwanken diese Zahl je nach Größe, Aufgaben und Organisation des Standorts beträchtlich.

3.2.1.1 Personal, Haushalt, Organisation, Recht, innerer Dienstbetrieb

Personal: 29,5 VZÄ [= 1,6 %], davon 4 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal wahrgenommen

Haushalt: 49,9 VZÄ [= 2,8 %], davon 3,3 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal wahrgenommen

Organisation, Recht, innerer Dienstbetrieb: 111,2 VZÄ [= 6,1 %], davon 4,1 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal, 3 durch Zusatzpersonal wahrgenommen

Auffällig ist, dass die Haushaltsführung deutlich mehr Aufwand erfordert als die Personalverwaltung; dies dürfte unmittelbares Ergebnis der Einführung der sog. neuen Steuerungselemente sein (KLR, NSI, NVS usw.). Ein weiterer Grund könnte in dem starken Reglementierungen unterliegenden Beschaffungsbereich sowie der Tatsache liegen, dass zentrale Beschaffungsmöglichkeiten nur in wenigen Fällen vorhanden sind. Erstaunlich ist weiter, dass über die Hälfte der Aufwände Organisation, inneren Dienstbetrieb und Recht betreffen. Die Ursachen hierfür liegen in den spezifischen Anforderungen der Archive. In Archiven sind standardisierte büromäßige Abläufe nicht die Regel, darüber hinaus decken sie im Vergleich zu anderen Behörden ein ausgesprochen breites Spektrum von Arbeitsfeldern ab. Dies erfordert einen im Vergleich zu anderen Verwaltungen erhöhten Einsatz der Führungskräfte sowie der Verwaltung.

Fazit

Die breit gefächerten Aufgabengebiete und Funktionen der auf 55 Standorte verteilten Landesarchive einschließlich des starken Einsatzes von Aushilfskräften und Dienstleistern erfordern auch nach den im Zuge der Verwaltungsmodernisierung erfolgten Binnenoptimierungen einen hinreichenden – im Vergleich zu anderen Verwaltungen erhöhten – Einsatz an Führungskräften und Personal für Verwaltung und allgemeine Querschnittsaufgaben sowohl zentral als auch dezentral.

3.2.1.2 Liegenschaften

58,3 VZÄ [= 3,2 %], davon 20,7 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal wahrgenommen

Die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude spielen in Bezug auf die Personalaufwände im Rahmen der Querschnittsaufgaben eine zunächst nicht zu vermutende nachgeordnete Rolle (insgesamt 58,3 VZÄ für 55 Standorte). Die hohe Quote

des Einsatzes nicht archiveigenen Personals (20,7 VZÄ) resultiert daraus, dass Archivgebäude inzwischen fast durchgängig von zentralen (Landes-)Immobilienbetrieben unterhalten und verwaltet werden, die vorzugsweise eigenes Personal oder Dienstleister zum Einsatz bringen. Im Durchschnitt kommen einschließlich dieses nicht archiveigenen Personals nur 1,1 VZÄ für die Betreuung der einzelnen Standorte zum Einsatz, wobei die Anforderungen aufgrund der baulichen und technischen Voraussetzungen sehr unterschiedlich sein können.

Angesichts der großen Flächen (Magazine, Verkehrsflächen) und der speziellen Haustechniken (Klimatisierung, Brand- und Einbruchssicherheit, Spezialtechniken in den Werkstätten usw.) ist es erstaunlich, wie gering der Personaleinsatz für die Unterhaltung und den Betrieb der Liegenschaften insgesamt ausfällt. Der niedrige Aufwand von lediglich 1,1 VZÄ provoziert vielmehr die Frage, ob dies in Bezug auf die archivfachlichen Anforderungen ausreichend ist. Es ist kaum vorstellbar, dass ein Archivstandort für die Liegenschaftsverwaltung, -bewirtschaftung, Bauunterhaltung, Hausmeister-/Haustechnikertätigkeiten und Reinigung insgesamt weniger als 1 VZÄ beansprucht. Hier ist zu vermuten, dass die nicht durch eigenes Personal wahrgenommenen Aufgaben nicht vollständig erfasst werden konnten und v. a. bei kleineren Standorten auch Archivfachpersonal solche Aufgaben wahrnimmt, ohne dass sich dies in der Statistik niederschlägt.

Fazit

Angesichts des geringen Personaleinsatzes für Bewirtschaftung und Unterhaltung der Archivgebäude müssen die Archive und ihre Träger den baulichen Rahmenbedingungen mehr Aufmerksamkeit schenken. Die Aspekte der passiven Bestandserhaltung sind dabei stärker als bisher zu berücksichtigen. Die dazu erforderlichen personellen Ressourcen müssen bedarfsgerecht eingesetzt werden.

3.2.1.3 IT (nur Systemadministration)

32,5 VZÄ [= 1,8 %], davon 4,6 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal wahrgenommen

Die Zahlen weisen zunächst auf eine IT-Struktur hin, die sich an der Ausstattung der allgemeinen Verwaltung mit Systemadministratoren orientiert. 32,5 VZÄ sind insgesamt im Einsatz, davon sind 12,8 in „zentralen Instanzen“ landesweit zuständig, 4,6 werden durch nicht eigenes Personal wahrgenommen. Dies ergibt eine Quote von 0,4 dezentral tätigen IT-Betreuern pro Standort, die auch bei weiterer Zentralisierung von IT-Aufgaben nicht abgesenkt werden kann. In den Zuständigkeitsbereich der IT-Administration in den Landesarchiven gehören erstens der Betrieb und die Ausstattung der Büroarbeitsplätze sowie zweitens als archivspezifische Anforderung die Betreuung der Benutzersäle mit entsprechender Hard- und Software-Infrastruktur. Durch die zunehmende Ausstattung der Lesesäle mit PC-Arbeitsplätzen, an denen Datenbankrecherchen und der Zugriff auf Nutzungsdigitalisate sowie künftig die Nutzung der nicht über das Internet freischaltbaren Anteile des digitalen Archivs ermöglicht werden, entsteht ein zusätzlicher Bedarf an IT-Systemadministratoren in den Landesarchiven. Der fast ausschließliche Einsatz von eigenem Stammpersonal (86 %) ist Ausdruck für die besonderen Anforderungen an die behördliche und damit archivische Datensicherheit und Reaktionsgeschwindigkeit. Bei der grundsätzlich möglichen ergänzenden Einbindung von Dienstleistern ist es erforderlich, dass in Vereinbarungen die Erfüllung der facharchivischen Anforderungen festgelegt wird.

Fazit

Die derzeitige Personalquote in der IT-Systemadministration berücksichtigt nicht den über die Ausstattung der Büroarbeitsplätze hinausgehenden Bedarf im dynamisch wachsenden Bereich der Lesesaalausstattung. Hierzu sind insgesamt ca. 20 zusätzliche VZÄ im Bereich der Systemadministration erforderlich, um den Bedarf der Landesarchive an 55 Standorten zu decken.

3.2.1.4 Zusammenfassung: Allgemeine Querschnittsaufgaben

Aufgrund der spezifischen Anforderungen der Archive mit ihrem vielfältigen Aufgabenspektrum liegt der Schwerpunkt des Personaleinsatzes für die Erledigung der allgemeinen Querschnittsaufgaben mit 6,1 % des Gesamtpersonaleinsatzes der Archive bei den Bereichen Organisation, Recht und innerer Dienstbetrieb, während der bauliche und technische Betrieb der Liegenschaften nur 3,2 %, Haushaltsangelegenheiten (einschl. Neuer Steuerung und Beschaffung) 2,8 % und Personalsachen 1,6 % ausmachen. Die Zahlen für den Bereich der Verwaltung belegen die Heterogenität der Archivverwaltungen in den Ländern, insbesondere in Bezug auf die Frage nach der zentralen oder dezentralen Aufgabenerledigung. Die Daten geben allerdings nur bedingt Auskunft darüber, wie viel Zentralisierung derzeit in den Bundesländern tatsächlich praktiziert wird. Beim Planpersonal sind unter Berücksichtigung einer hier noch zu präzisierenden Erfassung im Bereich der Leitung knapp ein Drittel aller Planstellen zentralisierter Aufgabenwahrnehmung zuzuordnen, im Bereich der allgemeinen Querschnittsaufgaben gut ein Viertel und bei den fachlichen Querschnittsaufgaben sowie archivfachlichen Aufgaben nur wenig mehr als ein Fünftel.

Die Länder setzen bei der Zentralisierung offenkundig zunächst auf die allgemeinen Querschnittsaufgaben, die in zentralen Einheiten zu 59 % von Verwaltungspersonal und zu 18 % von Technikern/IT-Personal, aber lediglich zu 15,1 % von Facharchivaren wahrgenommen werden.

In den dezentralen Einheiten/Archivstandorten werden die allgemeinen Querschnittsaufgaben dagegen zu 20,5 % von Facharchivaren übernommen (41,9 % Verwaltungspersonal und 5,5 % Techniker/IT-Personal). Die dezentralen Archivstandorte erfordern somit für die allgemeinen Querschnittsaufgaben einen höheren Einsatz von Facharchivaren. Die konsequente Zentralisierung der Querschnittsaufgaben im Zuge der Binnenoptimierung ermöglicht eine signifikante Entlastung der Fachkräfte bei den Querschnittsaufgaben bzw. eine stärkere Konzentration der Fachkräfte auf die Fachaufgaben.

Fazit

Eine hinreichende Personalausstattung im Bereich der allgemeinen Querschnittsaufgaben ist notwendig für den Betrieb der Landesarchive und ihrer Standorte. Dabei erzeugt die Zentralisierung dieses Aufgabenbereichs Effizienzpotenziale und entlastet gleichzeitig die Fachkräfte in den dezentralen Standorten bzw. ermöglicht deren Konzentration auf die Fachaufgaben.

⁵ Die Zahl „VZÄ“ bezieht sich auf das Personal, das in allen Landesarchiven zusammen für diese Aufgabe eingesetzt wird; die Prozentzahl auf den Anteil dieser Aufgabe am Gesamtpersonalaufwand aller Landesarchive.

3.2.2 Fachliche Querschnittsaufgaben

159,5 VZÄ [= 8,8 %], davon 6,1 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal, 10,7 durch Zusatzpersonal wahrgenommen

Neben allgemeinen Querschnittsaufgaben im Verwaltungs- und IT-Bereich fallen fachliche Aufgaben insbesondere im Bereich des fachbezogenen Rechts, zunehmend bei der Fachinformatik und der Archivierung digitaler Unterlagen, aber auch im Servicebereich und bei der Außendarstellung an, die als fachliche Querschnittsaufgaben anzusprechen sind.

3.2.2.1 Fachbezogenes Recht

6,6 VZÄ [= 0,4 %]

Für Fragen des fachbezogenen Rechts stehen lediglich 6,6 VZÄ zur Verfügung, die sich als kleinere Aufgabenanteile in der Regel auf Facharchivare verteilen. Erfasst werden hier Tätigkeiten im Zusammenhang mit Schutzfristenverkürzungen (Grundsatzfragen und schwierige Einzelfälle), der Novellierung, Anpassung und Auslegung der Archivgesetze, Benutzungsordnungen, Gebührenordnungen usw. und der Beteiligung an sonstigen Gesetzesvorhaben mit Auswirkungen auf die Aufgabenwahrnehmung der Archive. Gegenüber den Personalaufwänden für die allgemeinen Querschnittsaufgaben ist diese Größenordnung ausgesprochen gering; nur 0,1 VZÄ entfallen auf den einzelnen Standort. Die Quote der VZÄ in den zentralen Instanzen der Landesarchive von 3,2 VZÄ (fast 50 %) zeigt, dass die Fragen des fachbezogenen Rechts schwerpunktmäßig sinnvoller Weise in den zentralen Einheiten behandelt werden. Positiv macht sich die länderübergreifende Zusammenarbeit in der ARK-Arbeitsgruppe „Archive und Recht“ bemerkbar; sie wirkt wirtschaftlich gesehen Ressourcen sparend.

Fazit

Fragen des fachbezogenen Rechts sind Grundsatzfragen, die wegen ihres hohen Spezialisierungsgrades Aufgaben der zentralen Verwaltungseinheiten der Archive sind. Inwiefern der Einsatz von juristischem Fachpersonal erforderlich oder vertretbar ist, hängt vor allem von der Größe der Archivverwaltung ab. Angesichts der zunehmenden Verrechtlichung der Archivarbeit sollte ihr Anteil steigen.

3.2.2.2 Fachinformatik und Archivierung digitaler Unterlagen

Fachinformatik: 20,8 VZÄ [= 1,2 %], davon 3,3 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal, 0,8 durch Zusatzpersonal wahrgenommen
Digitale Unterlagen: 13,4 VZÄ [= 0,7 %]

Die Fachinformatik umfasst insbesondere den Betrieb und die Weiterentwicklung der Fachdatenbanken als zentrales Arbeitsinstrument der Archive sowie die Erarbeitung von Schnittstellen für diese. Hinzu kommen Fragen der Digitalisierung und der Einbindung der eigenen Daten in Portallösungen (Fachportale, regionale Portale, DDB, Europeana). Ihre zentralisierte Bearbeitung ist nachvollziehbar, da in den Ländern jeweils nur eine Fachdatenbank eingeführt ist. Im Vergleich zur Systemadministration mit 32,5 VZÄ wirkt die Größenordnung von 20,8 VZÄ für Fachinformatik bescheiden. Selbst wenn man die Aufwände für die Archivierung der digitalen Unterlagen hinzurechnet, kommt man nur auf 34,2 VZÄ. Mit diesem Personalbestand müssen nicht nur laufend weiterentwickelte und in ihrem Anwendungsbereich ausgedehnte Fachanwendungen betreut, sondern gleichzeitig

die Bildung einer digitalen Überlieferung, d. h. die Schaffung eines digitalen Archivs, vorbereitet bzw. begleitet werden. Die Landesarchive sind hier insgesamt unzureichend aufgestellt und können so den politisch gesetzten und öffentlich erwarteten e-Government-Perspektiven sowie dem daraus folgenden eigenen Handlungsbedarf nicht gerecht werden.

Die Fachinformatik, insbesondere die neue und dauerhafte archivarische Kernaufgabe der Archivierung elektronischer Unterlagen bedarf angesichts der enormen Herausforderungen einer deutlich höheren Aufmerksamkeit, d. h. eines erhöhten Personaleinsatzes. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit von Fachinformatikern und Facharchivaren geboten und die Beschäftigung von Fachinformatikern in den Landesarchiven selbst zwingend erforderlich. Um dies vor dem Hintergrund der landesinternen Konkurrenz um IT-Personal sicherzustellen, muss bei den Trägern ein verstärktes Bewusstsein für die Bedeutung der Archive in der digitalen Welt geweckt werden.

In Flächenländern ist die Fachinformatik ebenso wie die digitale Archivierung vor allem eine zentrale Aufgabe. Auf Ebene der Zentrale werden das Spezialwissen, z. B. für die Konzeption von Aussonderungsschnittstellen oder Migrationen, gebündelt sowie operative Aufgaben, z. B. bei der Koordination von Übernahmeverfahren, der Qualitätssicherung und Beratung der dezentralen Standorte, erledigt. Für beide hier angesprochenen Bereiche ist dennoch die Einbeziehung der dezentralen Einheiten erforderlich, denn hier finden die Datenbanken ihre praktische Anwendung, an der sich alle Fortentwicklungen beweisen müssen. Auch in Bezug auf die digitale Archivierung findet hier die Beratung gegenüber den Behörden statt, werden die inhaltlichen Kriterien der Bewertung praktisch angewendet und wird der Bedarf der Nutzerinnen und Nutzer deutlich. Diese Aufgabenanteile sind jedoch nicht hier, sondern unter den archivfachlichen Aufgaben erfasst, zu denen sie gehören.

Fazit

Die Fachinformatik und insbesondere die Archivierung elektronischer Unterlagen erfordern einen deutlich höheren Personaleinsatz. Um die Anforderungen in diesem besonders dynamischen Bereich der Aufgabenentwicklung abzusichern, sind für die Fachinformatik mindestens 2 VZÄ (Informatiker und Archivar) pro Landesarchiv sowie 0,2 VZÄ pro Standort sowie für die digitale Archivierung in der Aufbauphase mindestens 2 VZÄ im zentralen Bereich der Landesarchive und 1 VZÄ für jeden dezentralen Standort mit Behördenbetreuung erforderlich.

3.2.2.3 Dienst- und Fachbibliotheken

43,6 VZÄ [= 2,4 %]

Die Dienst- und Fachbibliotheken der Archive erfüllen eine wichtige Fachaufgabe. Über die Servicefunktion für das Archiv und ihre öffentliche Zugänglichkeit für Benutzer hinaus betreuen sie Handschriften- und Inkunabel- sowie wertvolle Altbestände und dokumentieren „graue Literatur“ und Amtsdrucksachen. Sie werden fast durchgehend dezentral betreut. Angesichts knapper Personalressourcen wird gerade in diesem Bereich vermehrt über die angemessene Eingruppierung der Bibliothekare, einen verstärkten Einsatz von Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste (FAMI) sowie eine effizientere Betreuung durch vermehrten Technikeinsatz und stärkere Zentralisierung nachgedacht. Auch sind Kooperationen mit anderen Kulturinstitutionen (z. B. örtlich ansässige Museen) grundsätzlich denkbar – sofern

dies das Leistungsspektrum, das auf diesem Gebiet für den Betrieb eines Archivs erforderlich ist, nicht beeinträchtigt. In jedem Fall sollten die Archive konsequent alle Möglichkeiten nutzen, die Bibliotheksverbünde bieten. Auch die zunehmende Bereitstellung elektronischer Unterlagen und Informationen in Bibliotheken (analog zu den Archiven) muss in die Überlegungen einbezogen werden.

Fazit

Die Dienst- und Fachbibliotheken der Archive erfordern eine fachliche Betreuung. Je nach Umfang und Qualität der Bibliotheken ist zu fragen, ob eine fachliche und/oder organisatorische Kooperation mit anderen Institutionen in Frage kommt. Konsequent sollten die Möglichkeiten genutzt werden, die Bibliotheksverbünde bieten.

3.2.2.4 Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

56,2 VZÄ [= 3,1 %], davon 41,5 VZÄ dezentral, 9,9 zentral; 4,8 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal bzw. durch Zusatzpersonal wahrgenommen

Die Aufwände für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit belegen insgesamt einen beachtlichen Stellenwert, den die staatlichen Archive und ihre Träger der Vermittlung ihres Kulturguts einräumen. Dieser Bereich zählt, nicht zuletzt aufgrund der an die Archive herangetragenen Erwartungen, zum festen Arsenal der Fachaufgaben. Denn die Archive halten historisches und aktuelles Wissen für kommende Generationen und eine Vielzahl von Nutzergruppen bereit. Im Gegensatz zu Bibliotheksgut spricht Archivgut jedoch nicht durch sich selbst, sondern es muss in Kontexte gestellt und „übersetzt“ werden. Archive vermitteln deshalb das von ihnen verwahrte Archivgut und erstellen über die Erschließung in analogen und digitalen Findmitteln hinaus begleitende Informationen für Benutzer. Hierzu steht eine ganze Bandbreite von Möglichkeiten zur Verfügung (z. B. Vorträge, Führungen, Ausstellungen, praktische Übungen, digitale und Print-Veröffentlichungen). Archive verstehen sich als Partner der historischen Wissenschaften, insbesondere der Orts- und Landesgeschichte, die mit ihren Findmitteln und quellenkundlichen Publikationen wesentliche Grundlagen der Forschung – analog und digital – zur Verfügung stellen.

Das Personal kommt mit 0,76 VZÄ (die sich in der Regel auf mehrere Mitarbeiter verteilen) pro Standort überwiegend dezentral zum Einsatz; dies ist unumgänglich, da die Formen der Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit in der Regel Bezug nehmen auf das konkret in den Standorten verfügbare Archivgut sowie das regionale kulturelle Umfeld. Der in den Flächenländern bezifferte zentrale Aufwand konzentriert sich auf Aufgaben allgemeiner Öffentlichkeitsarbeit oder die organisatorische Unterstützung der Vermittlungsarbeit in den Archivstandorten vor Ort sowie die Erstellung grundlegender Informationsangebote und des gestalterischen Rahmens (corporate design etc.) sowie eine Qualitätskontrolle.

Die deutlichen Unterschiede im Verhältnis von zentral und dezentral eingesetzten Personalkapazitäten unterstreichen die Bedeutung der Archivstandorte für die Präsenz der Archive insgesamt in der Öffentlichkeit; sie darf somit strategisch nicht unterschätzt werden. Die Archivstandorte haben deshalb auch weiterhin eine herausragende Rolle in den regionalen Netzwerken der historischen Vereine, Kommissionen und Bildungseinrichtungen in ihrem jeweiligen kulturellen Kontext.

Für öffentlichkeitswirksame Aktivitäten können prinzipiell Dritt- und Fördermittel eingeworben werden. Die finanzielle Förderung von dritter Seite und der Einsatz von Dienstleistern bieten Möglichkeiten einer professionelleren Außenwirkung, doch ist dazu eine ausreichend tragfähige Basis an entsprechend qualifiziertem Stammpersonal zwingende Voraussetzung.

Fazit

Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit ist eine Fachaufgabe der Archive, deren zentrales Anliegen die Vermittlung historischer Inhalte aus Archivgut ist und Nutzern/innen und Besuchern/innen den hohen gesellschaftlichen Wert von Archiven vor Augen führt. Sie ist primär eine Aufgabe der vor Ort wirkenden Archive, in mehrgliedrigen Landesarchiven mithin eine Aufgabe der dezentralen Archivstandorte. Die Zentralisierung technischer Abläufe (Unterstützung bei Druckprojekten und Grafik, einheitliches Design usw.) und eine ressourcenorientierte Koordinierung der Vorhaben („Priorisierung“) kann die Aktivitäten der dezentralen Archivstandorte wirkungsvoll unterstützen und zu einer professionelleren Außenwirkung verhelfen.

Das Arbeitsfeld bietet Möglichkeiten, Dienstleister und/oder Zusatzpersonal zum Einsatz zu bringen, die in stärkerem Maße als bisher genutzt werden sollten.

3.2.2.5 Aus-, Fort- und Weiterbildung

18,9 VZÄ [= 1,0 %]

Die Archive bilden ihren eigenen Nachwuchs im Rahmen des dualen deutschen Bildungssystems selbst aus. Hierzu besteht in den meisten Bundesländern ein archivgesetzlicher Auftrag. Die Landesarchive als zentrale Ausbildungsarchive vermitteln während der praktischen Ausbildung archivarische Fundamentalechniken, die theoretische Ausbildung bündeln sie in Archiv- bzw. Berufsschulen.

Es bestehen Ausbildungsgänge für den höheren Dienst (nach der Dienstrechtsreform: 2. Einstiegsamt der 2. Laufbahngruppe), den gehobenen Dienst (1. Einstiegsamt der 2. Laufbahngruppe) und den mittleren Dienst (2. Einstiegsamt der 1. Laufbahngruppe) sowie Bachelor- und Masterstudiengänge. Ferner werden Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv (FAMI) ausgebildet. Hinzu kommen vorbereitende Praktika und handwerkliche Basisausbildungen im Bereich der Bestandserhaltung.

Der Stellenbedarf zur Betreuung der Auszubildenden richtet sich nach der tatsächlichen Ausbildung in den Ländern und schwankt nach Ausbildungsphasen. Die dazu notwendigen, infolge der Professionalisierung des Berufsstandes wie der Ausbildung in den letzten Jahren angestiegenen personellen Aufwendungen müssen bei der Personalplanung verstärkt berücksichtigt werden. Insbesondere im Bereich der Fachangestellten ist in den nächsten Jahren aufgrund des steigenden Bedarfs an Absolventen mit einem erhöhten Bedarf an Ausbildungs- bzw. Praktikumsplätzen zu rechnen.

Fort- und Weiterbildungsaktivitäten der Bediensteten selbst sind bisher offenbar nicht oder nur unzureichend quantitativ erfasst worden. Zu unterscheiden sind (a) zentrale Koordinierungsstellen in den Zentralabteilungen der Landesarchive, die sich unter der allgemeinen Personalverwaltung verbergen, und (b) die Aufwendungen einzelner Bediensteter für die Fort- oder Weiterbildung.

Fazit

Die Ausbildung muss sich stetig auf die sich weiter entwickelnden Anforderungen der Archive ausrichten. In den Ausbildungsarchiven sind ausreichende Personalkapazitäten für die Ausbildung vorzusehen.

Die zunehmende Bedeutung der Fort- und Weiterbildung der Bediensteten selbst als „lebenslanges Lernen“ schlägt sich in den Aufwendungen vieler Landesarchive bisher zu wenig nieder. Hier besteht Erweiterungsbedarf, dem auch mit länderübergreifenden Planungen und Angeboten entsprochen werden sollte.

3.2.2.6 Zusammenfassung: Fachliche Querschnittsaufgaben

Fachliche Querschnittsaufgaben werden in den Landesarchiven mit nur 142,6 VZÄ des Planpersonals erledigt, obwohl das umfangreiche Aufgabenspektrum insbesondere in den Bereichen des fachbezogenen Rechts, der Fachinformatik und der digitalen Archivierung sowie mit der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wesentliche Grundlagen der archivischen Arbeit, der Überlieferungsbildung auch im digitalen Zeitalter und der Außenwahrnehmung schafft.

Fazit

Eine hinreichende Personalausstattung im Bereich der fachlichen Querschnittsaufgaben ist unabdingbar. Die Zentralisierung dieses Aufgabenbereichs kann spürbare Effizienzpotenziale erzeugen und die Qualität der Facharbeit stärken.

3.3 Archivfachliche Aufgaben

1315,2 VZÄ [= 73 %], davon 64,5 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal, 346,6 durch Zusatzpersonal wahrgenommen

Die spezifischen archivfachlichen Aufgaben umfassen bei systematischer Betrachtung drei in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit zu betrachtende Hauptaufgabenfelder, die in allen Archivgesetzen der Bundesländer als Pflichtaufgaben festgeschrieben sind: 1.) Überlieferungsbildung und Erschließung, 2.) Verwahrung, Bereitstellung und Nutzung, 3.) Bestandserhaltung.

3.3.1 Überlieferungsbildung und Erschließung

448 VZÄ [= 24,8 %], davon 18,8 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal, 142 durch Zusatzpersonal wahrgenommen

Überlieferungsbildung, d. h. Erfassung, Bewertung und Übernahme der bei den Behörden, Gerichten und sonstigen öffentlichen Stellen des jeweiligen Landes sowie bei seinen Funktions- und Rechtsvorgängern entstandenen archivwürdigen Unterlagen, und die eng damit zusammenhängende Erschließung stehen im Mittelpunkt des Aufgabenspektrums der Archive und verlangen folglich auch einen signifikanten Anteil am Personaleinsatz. 31,8 % der VZÄ des Planpersonals, die den archivfachlichen Aufgaben zuzuordnen sind, werden in diesen Bereichen eingesetzt und in erheblicher Größenordnung durch Zusatzpersonal unterstützt. Neben nach wie vor zu übernehmende analoge Unterlagen treten zunehmend digitale Daten, in der Übergangsphase darüber hinaus auch Hybridüberlieferungen. Dabei stellt die Bewertung und Übernahme digitaler Unterlagen aufgrund der technischen Erfordernisse und der Veränderung in der Struktur der Überlieferung und der zeitlichen Abläufe im Lebenszyklus der Unterlagen eine neue Herausforderung dar, die gesonderten Personaleinsatz und andere technische Infrastrukturen erfordert (s. o. 3.2.2.2.). Da-

neben bleiben die bekannten archivischen Aufgaben insbesondere im Bereich der Bewertung und Erschließung bestehen. Auch und gerade die digitale Überlieferung muss der Bewertung unterliegen, zugleich steigen die Ansprüche an eine rasche Verfügbarkeit des übernommenen Archivguts. Bei der Erschließung ist rasche Bereitstellung in Datenbanken und Onlinemedien inzwischen selbstverständliche Erwartungshaltung der Nutzer. Übernahme und Erschließung bilden daher einen Workflow.

3.3.1.1 Behördenberatung, archivische Bewertung und Übernahme

Behördenberatung: 21,5 VZÄ [= 1,2 %]

Bewertung und Übernahme: 64,2 VZÄ [= 3,6 %]

Perspektivisch sind die Aufwände für Behördenberatung, archivische Bewertung und Übernahme gemeinsam zu betrachten und in Relation zueinander zu entwickeln. Welcher Anteil der Behördenberatung und Bewertung jeweils beizumessen ist, dürfte sich in Abhängigkeit vom jeweiligen Sachstand in den einzelnen Archivverwaltungen unterschiedlich darstellen. Ausschlaggebend dürfte dafür vor allem sein, in welchem Umfang 1.) Anforderungen der Archivverwaltung in Aussonderungs- und Archivierungsverfahren bei der Implementierung der IT-Systeme in den Behörden berücksichtigt werden und 2.) inwieweit bereits Archivierungsmodelle vorliegen, deren konsequentem Einsatz eine besondere Schlüsselrolle bei der Bewältigung dieser Arbeitsfelder zukommt. In einigen Landesarchiven wurden bereits Modelle für verschiedene Geschäftsbereiche erarbeitet, die erfolgreich eingesetzt werden. Sie müssen aber ausgebaut und regelmäßig überprüft werden, weil sie alle Folgeaufwendungen der archivischen Arbeit beeinflussen. Archivierungsmodelle tragen nicht nur zu einem sinnvollen Ressourceneinsatz in den Archiven, sondern auch in den abgebenden Behörden bei. Sie unterstreichen so die Bedeutung der Archive für das Funktionieren der Verwaltungen. Nicht unerheblich sind in diesem Zusammenhang auch die Grundsätze und Konzepte, die der Überlieferungsbildung zugrunde liegen. Nach wie vor ist davon auszugehen, dass in der Praxis sehr unterschiedlich verfahren wird. Eine Vergleichbarkeit der Aufwände und Ergebnisse setzt indes eine Vergleichbarkeit der Ziele und Methoden voraus. Abzuleiten aus all dem ist für die betroffenen Arbeitsfelder die Notwendigkeit einer stärkeren länderübergreifenden Verständigung auf gemeinsame Ziele, Grundsätze, Methoden und Verfahrensweisen.

Bei der Behördenberatung überrascht der geringe Anteil zentraler Aufgabenwahrnehmung (weniger als ein Drittel), bei dem zudem noch zu berücksichtigen ist, dass hier die einstufigen Organisationsformen mit gezählt sind. Gemessen an der Bedeutung des proaktiven Handelns auf dem Feld der Überlieferungsbildung im digitalen Zeitalter ist für die Zukunft ein verstärkter Aufwand zu erwarten, der insbesondere für die Definition und Implementierung archivischer Anforderungen einzusetzen ist. Die unmittelbare Beratung der abliefernden Stellen ist tendenziell dezentral vorzusehen, kann und sollte sie doch im Rahmen der regelmäßigen Behördenkontakte und Aussonderungen erfolgen.

Auch die Bewertung und Übernahme analogen Archivguts finden z. Zt. zu mehr als zwei Dritteln dezentral statt. Der Zahl des tatsächlich übernommenen Archivguts (jährlich 310 lfm pro hier eingesetzter VZÄ) steht eine um das mehrfache höhere Menge bewerteten Registraturguts gegenüber. Unabhängig von den unterschiedlichen Organisationsformen der Archivverwaltungen ver-

langt das Arbeitsfeld der Überlieferungsbildung eine zentralisierte Steuerung 1.) bei der Entwicklung prospektiver Archivierungsmodelle, auch in Abstimmung mit anderen Überlieferungsbildnern im Rahmen übergreifender Modelle 2.) bei der kontinuierlichen Evaluation der Praxis sowie 3.) bei der fortgesetzten Reflexion über Ziele und Methoden auf dieser Grundlage. Hierfür ist je nach Ausgangslage ein entsprechend hoher Wert anzusetzen. Welche Organisationsmodelle für die Überlieferungsbildung aus digitalen Unterlagen gewählt werden, ist in Relation zur jeweiligen Grundstruktur der Archivverwaltung zu sehen. Einerseits ist eine zentrale Steuerung erforderlich und bieten sich bestimmte Arbeitsgänge der Übernahme (Ingest) und Speicherung für eine zentralisierte Aufgabenwahrnehmung an, andererseits muss die Bewertung im Rahmen einer integrativen Überlieferungsbildung erfolgen, bei der die komplexen Entstehungszusammenhänge und Dokumentationswerte zwischen analogen und digitalen Unterlagen berücksichtigt werden. Deshalb sollte auch die Behördenberatung für analoge und digitale Unterlagen gebündelt sein. Das Arbeitsfeld der Überlieferungsbildung ist insgesamt nicht geeignet für den Einsatz von Aushilfskräften und Dienstleistern, was sich schon bei den aktuellen Zahlen zeigt. Allerdings können die abliefernden Behörden durch entsprechend gestaltete Ablieferungslisten die Arbeit der Archive nachhaltig unterstützen. Bei der Übernahme können Hilfskräfte für die Kontrolle der Ablieferungslisten und Erfassung von Daten im Sinne einer Grundererschließung in Verbindung mit ersten konservatorischen Maßnahmen (Verpackung) eingesetzt werden. Hier ist eine fließende Grenze zur Erschließung gegeben, die sich vermutlich schon jetzt statistisch niedergeschlagen hat.

Grundsätzlich eröffnet sich weiteres Rationalisierungspotential für die gesamte Verwaltung eines Landes und die Überlieferungsbildung der Archive durch die Einrichtung von Zwischenarchiven nach dem Muster des Bundesarchives, sofern diese personell und sachlich ausreichend ausgestattet sind. Zwischenarchive bieten für bestimmte Bereiche Möglichkeiten, die Effizienz und Qualität der Überlieferungsbildung zu steigern. Im Einzelfall müssen hierzu präzise Wirtschaftlichkeitsanalysen angestellt werden.

Fazit

Der Anteil der Aufwände für Behördenberatung, archivische Bewertung und Übernahme ist deutlich zu steigern, da die zunehmende Einführung digitaler Fachverfahren in der Verwaltung die Anforderungen an die Reaktionsfähigkeit der Archive erheblich erhöht und die Gefahr von Überlieferungsverlusten sich gegenüber den analogen Unterlagen potenziert.

Erforderlich ist ferner eine verstärkte länderübergreifende Verständigung auf Ziele, Grundsätze, Methoden und Verfahrensweisen der Überlieferungsbildung. Sie wird nicht nur fachlich positive Auswirkungen haben (Vergleichbarkeit und Transparenz), sondern auch alle archivischen Folgeprozesse maßgeblich beeinflussen und somit die Ressourcen schonen.

3.3.1.2 Erschließung und Retrokonversion analoger Erschließungsdaten

Erschließung: 267,3 VZÄ [= 14,8 %], davon 9,5 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal, 82,7 durch Zusatzpersonal wahrgenommen
Retrokonversion: 95 VZÄ [= 5,3 %], davon 9,3 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal, 55,5 durch Zusatzpersonal wahrgenommen

Auf die Erschließung entfallen die meisten Ressourcen, die unmittelbar für die Fachaufgaben aufgewendet werden. Un-

ter Hinzuziehung der mit der Erschließung eng verbundenen Retrokonversion analoger Erschließungsdaten addiert sich der Aufwand auf einen Anteil von 20,1 % des Gesamtpersonaleinsatzes bzw. 15,4 % der Planstellen für archivfachliche Aufgaben. Angesichts der seit jeher hohen Bedeutung der Erschließung als Grundlage der Nutzung, insbesondere aber auch im Blick auf nach wie vor abzubauenen Rückstände nicht unerheblichen Ausmaßes und gestiegene Nutzererwartungen überrascht dies nicht. Ebenso wenig überrascht der hohe Anteil dezentralisierter Aufgabenwahrnehmung bei der Erschließung wie auch der hohe Einsatz von Zusatzpersonal bis hin zu Drittmittelkräften.

In welchem Umfang Ressourcen für das Arbeitsfeld der Erschließung einzusetzen sind, wird wiederum von der jeweiligen Ausgangslage in den einzelnen Archivverwaltungen abhängen. Hier wird vor allem zu Buche schlagen, in welchem Umfang Rückstände bei der Erschließung und Retrokonversion zu bewältigen sind, wie die Archive von ihren Trägern zur Bewältigung dieser Aufgaben ausgestattet werden und in welcher Dimension Drittmittel für befristete Projekte bereit gestellt werden können. Eine klare Trennung zwischen der Bearbeitung von Rückständen und der laufenden Benutzbarmachung aller Archivgutübernahmen ist aber in jedem Fall für die weitere Planung der Archive sinnvoll. Archive müssen von ihren Trägern so ausgestattet werden, dass sie die Übernahmen jeweils zeitnah bewältigen und das Archivgut für die Verwaltung wie auch die Bürger verfügbar halten können, damit keine neuen Rückstände entstehen. Der Abbau der Rückstände kann und muss dann projektbezogen und unter Einsatz von befristetem Personal erfolgen.

Grundsätzlich bietet der Einsatz von Zusatzkräften gute Möglichkeiten, den Einsatz des Stammpersonals zu reduzieren, ohne den Output zu verringern. Auch bei der Retrokonversion von älteren analogen Findmitteln werden vielfach Zusatz- und Hilfskräfte eingesetzt, zunehmend bieten sich hier auch Dienstleister an. Diese wurden verstärkt seit 2010 in der Umsetzung eines von der DFG geförderten entsprechenden Projektes tätig, für das bisher rund 700.000 € überwiegend an staatliche Archive bewilligt worden sind.

Der verstärkte Einsatz von Zusatzpersonal und von Dienstleistern bindet jedoch auch Stammpersonal. Insofern ist der Anteil zentralisierter Aufgabenwahrnehmung entsprechend zu erhöhen. Generell deutet der geringe Anteil zentralisierter Aufgabenwahrnehmung bei der Erschließung darauf hin, dass die Steuerung optimiert werden kann. Das berufliche Profil der Archivfachkräfte muss sich stärker einer solchen Managementaufgabe zuwenden. In fachlicher Hinsicht bieten eine zunehmende Standardisierung durch ISAD(-G) und die Funktionalitäten der Fachanwendungen (Flacherschließung auf geeigneten Ebenen) und deren Schnittstellen zu den Verwaltungssystemen (automatisch einlesbare elektronische Abgabelisten) Ansätze zur Rationalisierung, die vielfach auch bereits genutzt werden.

Nicht zuletzt erfordert auch die politisch gewollte Entwicklung und Umsetzung von Digitalisierungsstrategien (bezogen auf Findmittel und digitalisierte (Teil-)Bestände in Verbindung mit Erschließungsleistungen) schon jetzt und zukünftig einen höheren Steuerungsbedarf.

Fazit

Als eine wesentliche Kernaufgabe wird die Erschließung einschließlich Retrokonversion und Onlinestellung von Erschließungsinformationen auch weiterhin einen erheblichen Personal-

einsatz verlangen. Für den Abbau von Rückständen bietet sich der Einsatz von befristetem Zusatzpersonal an, der jedoch den Steuerungsaufwand durch das Stammpersonal erhöht.

3.3.1.3 Zusammenfassung

Bei der Betrachtung des Personaleinsatzes im Bereich Überlieferungsbildung und Erschließung fällt auf, dass nach wie vor die Erschließung (59,7 % von 448 VZÄ) und Retrokonversion (21,2 %) einen deutlichen Schwerpunkt ausmachen. Andererseits aber liegen die Werte bei den mit der archivischen Überlieferungsbildung verbundenen Arbeitsfeldern der Behördenberatung, Schriftgutbewertung und Übernahme unter den Erwartungen (19,1 %). Grund für diese Uneinheitlichkeit ist insbesondere die Tatsache, dass im Bereich der Erschließung in nahezu allen Landesarchiven teilweise beträchtliche Rückstände bestehen, die sukzessive abgearbeitet werden müssen. Die sich im Zeitalter des Internets aufbauende Notwendigkeit, die Erschließungsdaten bereits erschlossener Altbestände flächendeckend zu retrokonvertieren, um sie onlinefähig zu machen, erhöht aufgrund der damit verbundenen fachlichen Betreuungsarbeiten diesen Druck und führt zu einem signifikant hohen Personaleinsatz. Dennoch werden sich, gemessen an der Bedeutung dieser Aufgabenbereiche und den Herausforderungen, die sich gerade hier im digitalen Zeitalter ergeben, die Relationen verschieben müssen. Erreicht werden kann dies insbesondere durch eine systematische Trennung des Workflows bei der Bearbeitung von Neuübernahmen von der eher projektorientierten Herangehensweise an die Abarbeitung von Rückständen. Ein höherer Personaleinsatz ist insbesondere für den Arbeitsbereich der digitalen Unterlagen notwendig (0,7 % der VZÄ insgesamt; s. o., 3.2.2.2), für den bei den staatlichen Archiven ein massiver Handlungsbedarf besteht. Dies ist umso gravierender, als daraus zu schließen ist, dass auch bei der Sicherung digitaler Überlieferung bereits ein erheblicher Rückstau entstanden ist und weiter anwachsen wird, wenn die Aufwände auf diesem Feld nicht erhöht werden.

Fazit

Überlieferungsbildung und Erschließung binden als archivische Kernaufgaben in hohem Maße Personalressourcen. Dabei werden sich, nicht zuletzt aufgrund der Übernahme digitaler Unterlagen, die Gewichte innerhalb dieses Bereichs in den nächsten Jahren zugunsten der Bewertung und Übernahme verschieben müssen.

3.3.2 Verwahrung, Bereitstellung und Nutzung

611,6 VZÄ [= 34 %], davon 195 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal, 143,3 durch Zusatzpersonal wahrgenommen

Ziel jeder Archivierung und jedes Betriebs von Archiven ist nicht das Wegschließen des Archivguts im Magazin, sondern dessen Bereitstellung und Nutzung. Bereitstellung und Nutzung sind dabei untrennbar miteinander verbunden. Bereitstellung ist definiert als Vorlage von Archivgut zur Nutzung, die rechtlich durch die Archivgesetze geregelt ist. Zur persönlichen Nutzung wie zur Auskunftserteilung muss Archivgut aus dem Magazin in den Lesesaal bzw. in Arbeitsräume gebracht werden. Die Arbeitsbereiche Magazinierung, Verfilmung / Digitalisierung, Nutzung, Auskunftserteilung und Erstellung von Reproduktionen hängen daher eng zusammen und bilden neben dem Workflow von der Behördenberatung bis zur Erschließung einen weiteren zusammenhängenden Ablauf. Deshalb zwingt ein möglichst wirtschaftlicher Archivbetrieb zu logistischen Überlegungen schon beim

Archivbau. Lange Wege, um Archivgut im Magazin auszuheben oder zu reponieren, sollten bereits durch eine entsprechende Planung vermieden werden.

3.3.2.1 Magazinierung (inklusive Archivgutverpackung)

234,8 VZÄ [= 13 %], davon 6,5 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal, 95,6 durch Zusatzpersonal wahrgenommen

Die fachgerechte Verpackung und Einlagerung von Archivgut stellt neben der baulichen Sicherstellung eines anforderungsgerechten Magazinklimas die wichtigste und wirtschaftlichste Maßnahme präventiven Kulturgutschutzes dar. Das regelmäßige fachgerechte Ausheben und Reponieren von Archivgut im Rahmen der Bereitstellung und Nutzung ist Grundvoraussetzung für die Wahrnehmung archivischer Basisdienstleistungen. Falsch abgelegte Archivalien sind in der Regel für lange Zeit verloren oder nur mit extrem hohem Aufwand wiederzufinden. Unzumutbare Wartezeiten bei der Benutzung stellen das archivische Selbstverständnis als bürgerorientierter Informationsdienstleister in Frage. Die Arbeiten in den Magazinen werden bereits zu 43,5 % nicht mit eigenem Personal erledigt. In diesem Bereich schlägt sich der Trend der vergangenen Jahrzehnte nieder, beim Stellenabbau zur Sicherung des Budgets vor allem Stellen des einfachen und mittleren Dienstes anzubieten. Hiervon waren die Magazinmitarbeiter überproportional betroffen. Solange der alternative Einsatz von Zusatzpersonal auf die Verpackung von Archivgut beschränkt bleibt, bietet sich dies als Option an. Allerdings ist zu bezweifeln, ob deren Einsatz ausreicht. Rückstände bei Verpackungsarbeiten gefährden langfristig das Archivgut. 2009 wurden in den Landesarchiven ca. 38 lfm regalfertig eingelagert und 7 lfm vorläufig magaziniert.⁶ Damit standen nur dank des erheblichen Einsatzes von Zusatzpersonal hinreichende Ressourcen zur Verpackung aller regelmäßigen Aktenübernahmen sowie zur Rückstandsbearbeitung im Umfang von 2 % der Gesamtüberlieferung zur Verfügung. Mittelfristig wird die Rückstandsbearbeitung, die auch aufwändigere Archivgutformen (Karten, Urkunden, Fotos) umfasst, nur mit stetigem Einsatz von Zusatzpersonal fortzuführen sein.

Das jetzige Planpersonal würde nicht einmal für eine Aufrechterhaltung der Bereitstellung von Archivgut für die Benutzung (1 VZÄ des Planpersonals deckt 1.110 Benutzungstage ab; pro Standort durchschnittlich 2,4 Planstellen) und die Verpackung aller Übernahmen ausreichen, zumal in diesem Bereich Mehraufwände durch die diversifizierte Standortstruktur zu berücksichtigen sind.

Fazit

Magazinierungs- und Verpackungsarbeiten müssen als Teil der Bestandserhaltung und des Schutzes der Archivalien als Kulturgut stärkere Beachtung finden als bisher. Für Verpackungsarbeiten eignet sich insbesondere bei der Rückstandsbearbeitung der Einsatz von zusätzlichem Personal. Die Kernaufgaben der technischen Bearbeitung von Übernahmen und der Bereitstellung des Archivguts für die Benutzung sind mit dem vorhandenen Planpersonal nur eingeschränkt zu bewältigen. Ein Wegfall des per definitionem unstetigen Zusatzpersonals würde daher auf diesen Feldern dazu führen, dass die Archive ihren gesetzlichen Aufgaben nur noch mit Einschränkungen nachkommen könnten.

3.3.2.2 Verfilmung, Digitalisierung

82,6 VZÄ [= 4,6 %], davon 8,5 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal, 35,8 durch Zusatzpersonal wahrgenommen

Im Bereich der Verfilmung und Digitalisierung fließen Aspekte der Bestandserhaltung und der Nutzerorientierung zunehmend zusammen.

Im Rahmen des umfangreichen, ursprünglich aus dem Bereich des Katastrophenschutzes kommenden Bundessicherungsverfilmungsprogramms wurden in Deutschland 2009 knapp 2.000 lfm Archivgut sicherungsverfilmt (0,16 % der Gesamtüberlieferung) und die Masterfilme in Bergwerkstollen eingelagert. Das entsprechende Personal wird aus Bundesmitteln finanziert und in Verfilmungsstellen in räumlicher Anbindung an die Landesarchive eingesetzt. Die im Rahmen des Bundesprogramms entstandenen Filme werden von den Archiven dupliziert und zunehmend auch digitalisiert, um so Nutzungsformen zu gewinnen, die eine Vorlage der Originalarchivalien überflüssig zu machen. Demselben Zweck dient die innerhalb der Archive vorangetriebene Schutzverfilmung bzw. Digitalisierung.

Die Benutzer und die Gesellschaft erwarten von Archiven erweiterte Dienstleistungen durch Bereitstellung von digitalisierten Findbüchern oder Archivalien entweder online oder im Lesesaal (Stichwort: DDB, Apenet und Europeana), die eine rasche Verfügbarkeit vielfältiger Informationen in Sekundenschnelle ermöglichen. Auch wenn mit solchen Vorhaben langfristig möglicherweise auch für die Archive Rationalisierungspotentiale erschlossen werden könnten, erfordern die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur sowie die Herstellung und das Hosting dieser Daten angesichts gigantischer Archivbestände, die zu digitalisieren sind, einen erheblichen personellen und finanziellen Aufwand, für den die Archive derzeit nicht gerüstet sind. Die Landesarchive sind dennoch gehalten, aufgrund der Benutzerprioritäten die Digitalisierung voranzutreiben. Für den Einstieg kommt dabei den im Rahmen der Sicherungsverfilmung des Bundes entstandenen Filmen bzw. den daraus hergestellten oder herzustellenden Digitalisate eine Schlüsselrolle zu. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit die Archive dabei aus Mitteln der Forschungsförderung effektiv unterstützt werden können. Es ist hierzu erforderlich, im Rahmen strategischer Überlegungen Prioritäten festzulegen, um die Bereitstellung von Archivgut im Netz zu beschleunigen. Allerdings ist von vornherein zu berücksichtigen, dass zur Wahrung der Entstehungszusammenhänge die Verknüpfung solcher Digitalisate mit den jeweils zugehörigen Findmitteln zwingend erforderlich ist; andernfalls wäre eine strukturierte Suche und ein gezielter Zugriff auf dieses Archivgut nicht möglich. Größere Digitalisierungsmaßnahmen sind daher nur dann sinnvoll und nachhaltig, wenn auch für die Verknüpfung ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen. Neben finanziellen Ressourcen betrifft dies insbesondere auch personelle Ressourcen, die derzeit im Planpersonal nicht zur Verfügung stehen.

Fazit

Verfilmung und Digitalisierung von Archivgut stehen am Schnittpunkt von Bestandsschutz und Nutzerinteressen. Insbesondere die Digitalisierung wird aufgrund der gesteigerten Nutzererwartungen in den nächsten Jahren an Gewicht gewinnen. Inwieweit dadurch auf Dauer Aufwände in der Bereitstellung von originalem Archivgut reduziert werden können, wenn die Digitalisierung eine signifikante Größenordnung erreicht hat, muss sich noch erweisen. Notwendig sind jetzt Aktionsprogramme, die die

Archive in den Stand versetzen, Erwartungen der Benutzer schon bald zu erfüllen.

3.3.2.3 Nutzung (Grundsatzfragen, Lesesaalaufsicht, Benutzerberatung inkl. Persönliche Auskunft im Lesesaal)

1296 VZÄ [= 7,2 %], davon 74 VZÄ durch Zusatzpersonal wahrgenommen

Die Landesarchive halten an ihren Standorten Benutzersäle für die archivgesetzlich gebotene und geregelte Nutzung für amtliche, private, wissenschaftliche und gewerblich-wirtschaftliche Zwecke vor. Den Benutzungsmodalitäten vor Ort kommt für die Außenwahrnehmung und das Selbstverständnis der Archive zentrale Bedeutung zu. Eine konsequentere „Kundenorientierung“ mit entsprechenden Öffnungszeiten der Lesesäle ist dringend erforderlich, setzt jedoch eine ausreichende personelle Absicherung voraus. Die Aufgabenerledigung erfolgt vor allem dezentral, denn nur so können die Archive in der Fläche ihre Funktion als Identität stiftende Einrichtung der Erinnerungskultur erfüllen. Lediglich Grundsatzfragen sowie die Steuerung sind sinnvoller Weise zentral zu bearbeiten.

Die eigentliche technische Lesesaalaufsicht wird dabei zunehmend durch Archivare des mittleren Dienstes oder durch technisches Personal wahrgenommen. Zusätzlich ist für die gezielte Benutzerberatung der Einsatz von Facharchivaren des gehobenen oder höheren Dienstes erforderlich. Durch die Präsentation möglichst umfassender Informationen im Netz und in den Lesesälen sowie den Abbau von Erschließungsrückständen selbst lässt sich dieser Aufwand begrenzen. Zugleich muss auf besser vorinformierte und verdichteter in den Lesesälen arbeitende Benutzer reagiert werden, die benutzungsbegleitende kompetente Auskunftangebote erwarten. Nicht zu unterschätzen ist der Personalaufwand, der bei der Vorlage datengeschützten Archivguts durch die vorher notwendigen Prüfungen entsteht. Dieser Aufwand kann nur durch Fachkräfte abgedeckt werden.

Archivisches Planpersonal deckt 1.215 Benutzungstage pro VZÄ ab. Pro Standort werden durchschnittlich 2,2 VZÄ eingesetzt, wobei auch in diesem Bereich Mehraufwände durch die diversifizierte Standortstruktur anfallen. Die Zahl der Benutzungstage lag 2009 3,2 % unter dem Wert von 2002; der Personalabbau in diesem Zeitraum betrug 11,7 %.

Fazit

Die von den Landesarchiven als Informationsdienstleister erwarteten kundenorientierten Öffnungszeiten und flexiblen Informationsangebote können unter den Rahmenbedingungen laufenden Personalabbaus nur eingeschränkt angeboten werden. Die Benutzung von Archivgut lässt sich nur begrenzt in die Virtualität des Internet verlagern; der direkte Zugriff bleibt die Mindestversorgung an die Archive.

⁶ Statistische Erhebungen des Bestandserhaltungsausschusses der Archivreferentenkonferenz.

3.3.2.4 Auskunftserteilung

111,6 VZÄ [= 6,2 %]

Neben der persönlichen Benutzung im Lesesaal oder der Online-Einsichtnahme in digitalisiertes Archivgut gehört die Auskunft aus Beständen zu den Dienstleistungen, zu denen die Archive auch aus rechtlichen Gründen verpflichtet sind. Diese Bereiche erfordern trotz aller Rationalisierung dauerhaft einen entsprechenden Personaleinsatz, der 2009 die durchschnittliche Bearbeitung und Beantwortung von 1.131 schriftlichen Anfragen pro für diese Aufgabe eingesetzter VZÄ ermöglichte. Deutlich ist der Zusammenhang zwischen hinreichender Erschließung bzw. Retrokonversion und einer effizienteren Ausgestaltung der Auskunftserteilung. In den neuen Bundesländern liegt ein Schwerpunkt der amtlichen Anfragen in der Klärung offener Vermögensfragen, die nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit dort erhebliches Personal binden und noch auf lange Zeit binden werden, jedoch im besonderen öffentlichen Interesse liegen. Daher ist der für dieses Feld eingesetzte Personalaufwand in diesen Archiven gegenüber dem Durchschnitt erhöht.

Für private Nutzer haben die Archive die Dauer der gebührenfreien, aber auch der gebührenpflichtigen Auskunftserteilung „gedeckt“. Wegen der erforderlichen Expertise ist eine Verlagerung dieser Tätigkeit auf Aushilfskräfte nicht möglich; solche Kräfte können jedoch durch Verbesserung der Erschließung, die Erstellung von Spezialindices wie im besonderen Fall der NS-Zwangsarbeit oder durch die Retrokonversion die Voraussetzungen zur Auskunftserteilung verbessern. Für Recherchen ist weiterhin Fachpersonal einzusetzen.

Fazit

Die Auskunftserteilung für Verwaltung und Bürger wird auch zukünftig eine unabwiesbare Aufgabe der Landesarchive mit notwendigem Einsatz archivischen Fachpersonals bleiben. Der Aufwand für die Auskunftserteilung und die Qualität der Auskünfte können durch hinreichende Erschließung bzw. Retrokonversion optimiert werden. Die Online-Stellung relevanter Informationen über das Archivgut und ausgewählter Digitalisate eröffnen darüber hinaus den Auskunftersuchenden verbesserte Bedingungen für eigenständige Recherchen.

3.3.2.5 Reproduktionen

53 VZÄ [= 2,9 %], davon 3,5 nicht durch eigenes Planpersonal, 3,1 durch Zusatzpersonal

Zur Bereitstellung von Archivalien gehört das Anfertigen von Reproduktionen, die von den Benutzern regelmäßig in hoher Stückzahl beantragt und zunehmend auf digitalem Weg realisiert werden. Mit 1 VZÄ können durchschnittlich die aus 2.779 Benutzungstagen resultierenden Anforderungen bearbeitet werden. Der zeitnahen Bearbeitung von Reproduktionen kommt eine erhebliche Bedeutung für die Außenwahrnehmung der Archive zu. Verzögerungen führen zudem zu spürbarem personellen Mehraufwand durch Rückfragen. Mit der zunehmenden Onlinestellung von Erschließungsinformationen kommen Fernbestellungen von Reproduktionen aus Archivgut ohne vorige Einsichtnahme hinzu, die Perspektiven einer digitalisation on demand eröffnen. Die für Reproduktionen ausgewiesenen Aufgabenanteile werden bisher überwiegend von archiveigenem Personal erledigt und konnten dabei angesichts einer komplizierten Standortstruktur und aufwändiger Archivalientransporte nur zu weniger als

einem Fünftel zentralisiert werden. Ansatzpunkte zur Einsparung durch Umwandlung von Personal- in Sachmittel durch Outsourcing sind bei größeren Standorten gegeben, wo eine für einen wirtschaftlichen Betrieb ausreichend große Nachfrage besteht. Allerdings müssen die externen Dienstleister in den Archivbetrieb eingebunden werden, an den Schnittstellen verbleibt ein archivischer Personalbedarf; die Erfahrungen des Bundesarchivs liefern hierfür ein gutes Modell.

Fazit:

Die von den Landesarchiven erwartete Dienstleistung, Reproduktionen aus Archivgut zur Verfügung zu stellen, wird auch künftig und ungeachtet der Online-Bereitstellung von Auswahl-Digitalisierungen ein Kernelement der Benutzung bleiben. Die Aufgabenerledigung erfordert jedoch eine hinreichende technische Ausstattung.

3.3.2.6 Zusammenfassung

Der Workflow von der Magazinierung bis zur Bereitstellung umfasst 611,6 VZÄ, d. h. 34 % des Gesamtpersonaleinsatzes. Er bildet mit 496 % des für archivfachliche Aufgaben eingesetzten Planpersonals (448,8 VZÄ) den personalintensivsten Aufgabenblock der Fachaufgaben. Zugleich werden in diesem Bereich die meisten Zusatzkräfte eingesetzt. Mit 143,3 VZÄ wird fast ein Viertel aller Aufgaben dieses Feldes durch Kräfte außerhalb des Stammpersonals erledigt. Dagegen spielen Dienstleister mit einem Umfang von 19,5 VZÄ eine eher untergeordnete Rolle. Kernbereich des Einsatzes von Zusatzkräften ist der Magazinbereich, wo sich durch den konsequenten Abbau von Rückständen in der Kartonierung der gesamte Workflow verbessern lässt. Dienstleister kommen vor allem im Bereich der Digitalisierung zum Einsatz. Ihr Anteil wird in den kommenden Jahren aufgrund der entsprechenden Nutzererwartungen weiter ansteigen. In den Bereichen Auskunftserteilung und Benutzung können dagegen nur Facharchivare der verschiedenen Laufbahnen eingesetzt werden.

Fazit:

Der Verwahrung, Bereitstellung und Nutzung des Archivgutes kommt für die Außenwirkung der archivischen Informationsdienstleister besondere Bedeutung zu. Die Aufrechterhaltung der Grundversorgung ist in vielen Archiven bereits jetzt nur noch mit Hilfe von Zusatzpersonal möglich. Ein weiterer Personalabbau auf diesem Feld ist daher nicht zu verantworten, es sei denn, die Archivträger sind bereit, in anderen Bereichen einen Aufgabenverzichts hinzunehmen.

Zusatzpersonal kann und muss zum systematischen Abbau von Arbeitsrückständen eingesetzt werden, eignet sich jedoch nicht zur Kompensation unzureichender personeller Ausstattung.

3.3.3 Bestandserhaltung (Konservierung und Restaurierung)

160,4 VZÄ [= 8,9 %], davon 26,2 VZÄ nicht durch eigenes Planpersonal, 32,5 durch Zusatzpersonal wahrgenommen

Spätestens seit dem Kölner Archiveinsturz vom 3. März 2009 ist einer breiten Öffentlichkeit bewusst geworden, wie verwundbar das Archivgut und wie gefährdet das kulturelle Erbe unserer Nation ist. Die Kölner Katastrophe kann daher als „eine Chance für die Bestandserhaltung“ (H. Weber) begriffen werden. Schon „vor Köln“ gehörten Maßnahmen zur Notfallvorsorge und zur Schadensprävention ebenso wie die konsequente Anwendung von Standards in den Archiven zum Katalog der Maßnahmen in der

Bestandserhaltung. „Nach Köln“ haben die Maßnahmen eine höhere Priorität gewonnen.

Mehr noch als durch Katastrophen ist Archivgut durch den schleichenden Zerfall säurehaltiger Papiere, durch mangelhafte Unterbringung und Verpackung gefährdet. Die Kultusministerkonferenz hat 1995 aufgrund der Empfehlung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Papierzerfall“ einen Standard beschlossen. Bund, Ländern und Gemeinden wurde empfohlen, jährlich soviel Haushaltsmittel bereitzustellen, dass jeweils 1 % des Archivguts konservatorisch behandelt, zweckmäßig verpackt und durch Digitalisierung vor Nutzungsschäden bewahrt werden kann.⁷ Erste Voraussetzung für alle weiteren Maßnahmen ist eine fachgerechte Unterbringung in klimatisch geeigneten Räumlichkeiten, die trotz zahlreicher Fortschritte in den letzten Jahren noch keineswegs überall erreicht ist, obwohl entsprechende Standards und Normen längst vorliegen. Als Zweites folgt die fachgerechte Reinigung und Verpackung (vgl. oben Kap. 3.3.2.1). Hier empfiehlt sich bei der Organisation der Arbeiten durch eigenes und Hilfspersonal eine Differenzierung zwischen Altlasten und Neuübernahmen. Insbesondere die Altlastenbearbeitung kann durch Zusatzkräfte erfolgen. Bei Neuübernahmen beginnt die Schadensvorbeugung bereits bei den abliefernden Behörden⁸ und sollte dann im Archiv rasch fortgesetzt werden, um beginnende Schäden sofort zu stoppen.

Von endogenem Papierzerfall sind erhebliche Anteile der seit Beginn industrieller Papierproduktion entstandenen Überlieferung betroffen. Gefährdet sind unikale Unterlagen aus der Zeit seit 1850, so dass nach bisherigen Annahmen in den Landesarchiven bis zu 60 % der Gesamtüberlieferung von 1.274 lfm, d. h. ungefähr 765 lfm, entsäuert werden müssen. Im Jahr 2009 wurden von den Landesarchiven jedoch nur 0,86 lfm massenkonserviert. Dies umfasst abweichend von der KMK-Empfehlung lediglich 0,07 % der Gesamtüberlieferung bzw. 4,5 % des jährlichen Archivgutzuwachses. Die Papierqualität der erst mit deutlichem zeitlichen Abstand in die Archive übernommenen Unterlagen erfordert allerdings bei erheblich mehr als 4,5 % eine künftige Massenkonservierung. Die meisten Landesarchive verfügen z. Zt. nicht über die Möglichkeit, einmaliges Kulturgut durch Massenentsäuerung zu bewahren, sondern werden bisher jährlich mit einem Zuwachs an endogen geschädigtem Archivgut konfrontiert. Damit wächst die Wahrscheinlichkeit, dass z. B. Unterlagen zur NS-Zeit in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts zerfallen sein werden. Zwar werden Sonderprojekte zur forcierten Bekämpfung des Papierzerfalls bereits jetzt aufgelegt, doch sind weitere Projekte notwendig, um den Zerfall dieses unikalen Kulturguts zu stoppen.

Um den entsprechenden Durchsatz zu erreichen und die erheblichen Rückstände abzuarbeiten, ist in der Bestandserhaltung deshalb ein konsequenter Ansatz zur Massenbehandlung erforderlich. Genau so wichtig ist aber die Erkenntnis, dass außerdem Maßnahmen zur Notfallvorsorge und zur Prävention (vor allem durch Verpackung) einzuleiten sind. Für die Gesamtplanung der Bestandserhaltung müssen zentrale Steuerungsinstrumente entwickelt werden, die archivfachliche Aufgaben (Bestandepriorisierung) und restauratorische Aufgaben (Schadenserfassung und -beseitigung) kombinieren.

Die Schutzverfilmung, die im Hinblick auf die dann leichtere Benutzung inzwischen häufig mit einer Digitalisierung kombiniert wird, ist ein zentrales und bewährtes Instrument der Bestandserhaltung (vgl. oben 3.3.2.2). Durch den Einsatz von Schutzmedien werden Originale geschont. Die Sicherungsverfilmung sichert den

Quellenwert für den Katastrophenfall. Beide Verfilmungsarten ersetzen nicht die Bestandserhaltung im Original, sie sind aber in den Workflow der Bestandserhaltung einzubeziehen.

Die Ausstattung der Landesarchive mit Planpersonal für die Bestandserhaltung liegt mit 101,7 VZÄ bei 7,6 % des Gesamtpersonals. Durchschnittlich betreute 2010 eine VZÄ des Planpersonals rund 12.535 laufende Meter Archivgut. Insgesamt konnten durch den Einsatz von Aushilfskräften bzw. durch die Kooperation mit Dienstleistern 160,4 VZÄ eingesetzt werden, so dass 1 VZÄ für 7.948 lfm zur Verfügung stand. Die Bandbreite zwischen den einzelnen Ländern ist dabei sehr groß. Ein Outsourcing findet vor allem bei der Entsäuerung und bei weniger geschädigtem Archivgut statt. Beide Möglichkeiten zur Erhöhung des Restaurierungsausstoßes stoßen allerdings an Grenzen. Auch in der Bestandserhaltung sind Führungsspannen zu beachten. Bei der Planung von zentralen Restaurierungswerkstätten ist ein Verhältnis zwischen archivfachlicher Leitung und Restaurierungsfachpersonal einer- und Assistenzkräften andererseits von 1:5 bis 1:10 je nach Aufgabe kalkuliert worden. Bei der Auslagerung von Aufträgen fallen Vor- und Nachbereitungsschritte an, die zwingend vom Stammpersonal zu erledigen sind.

Für die fachgerechte Erledigung der Aufgaben in der Bestandserhaltung wird folgender Personalschlüssel empfohlen⁹:

1. An jedem Standort der Landesarchive mit einem Bestandsumfang von 5 Regalkilometern und mehr sollte eine Kraft mit Fachkenntnissen für Papierrestaurierung vorhanden sein.
2. In allen Landesarchiven sollte für jeweils 50 Regalkilometer 1 VZÄ für eine papierrestauratorische Fachkraft vorhanden sein, bei geringerem Bestandsumfang entsprechende Stellenanteile.
3. Für jeweils 10 Regalkilometer sollte eine fachlich angeleitete Hilfskraft im Bereich der Bestandserhaltung tätig sein. Die systematische Aufgabenwahrnehmung kann nur durch Planpersonal erfolgen.
4. Für jeweils 100 Regalkilometer sollte zusätzlich eine Stelle für die Wahrnehmung der Fach- und Führungsaufgaben im Bereich der Bestandserhaltung vorhanden sein, bei geringerem Bestandsumfang entsprechende Stellenanteile.

Fazit

Die Aufwendungen für die Bestandserhaltung sind deutlich zu niedrig und müssen erheblich erhöht werden. Mit der bisherigen Ausstattung (101,7 VZÄ Planpersonal) können die Archive ihren gesetzlichen Auftrag, das von ihnen verwahrte und betreute Kulturgut dauerhaft zu erhalten und zu sichern, nicht erfüllen. Nach dem Schlüssel für Personal in der Bestandserhaltung fehlen den Landesarchiven mindestens 117 zusätzliche Planstellen.

Die Planung der Bestandserhaltung, die als Managementaufgabe ernst genommen werden muss, ist seitens der Archive zu verbessern. Dabei sollten die Maßnahmen mit der Herstellung angemessener äußerer Lagerungsbedingungen beginnen und konsequent über die fachgerechte Verpackung aller Bestände bis hin zu Massenverfahren für einzelne Bestände oder Bestandsgruppen

⁷ http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/1995/1995_02_17-Erhaltung-Archivbestaende.pdf.

⁸ Beispiele: Einsatz alterungsbeständiger Papiere und sonstiger Materialien (DIN ISO 9706); sachgerechte Lagerung (orientiert an DIN ISO 11799), adäquate Maßnahmen bei Havarien.

⁹ Der Personalbedarf im Bereich der Bestandserhaltung ergibt sich nach folgender Formel: Zahl der VZÄ = [Zahl der Standorte mit 5 Regalkilometern und mehr] + [Gesamtzahl der Regalkilometer / 50.000] + [Gesamtzahl der Regalkilometer / 10.000] + [Gesamtzahl der Regalkilometer / 100.000].

und Spezialmaßnahmen für einzelne Bestände oder Archivalien aufgebaut sein, wobei auf allen Ebenen weitere technische Verfahren zu testen und weiter zu entwickeln sind.

Die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern muss durch Verstärkung von Sachmitteln weiter ausgebaut bzw. optimiert werden, damit diese ausreichende Planungssicherheit für ihre Investitionen zum Aufbau der erforderlichen Infrastruktur gewinnen.

Es wird angeregt, die Ergebnisse der inzwischen vorhandenen Restaurierungswerkstätten zu nutzen, um gezielter Steuerungsinformationen für diesen strategisch wichtigen Bereich zu gewinnen.

3.3.4 Zusammenfassung: Archivfachliche Aufgaben

Im Bereich der archivfachlichen Aufgaben stehen den Landesarchiven 904,4 Planstellen zur Verfügung (weitere 142,6 Planstellen betreffen fachliche Querschnittsaufgaben). Die Aufgabenerledigung musste 2010 im Umfang von 411,1 VZÄ durch unetages Zusatzpersonal oder durch Dienstleister erfolgen. Die Erledigung der archivfachlichen Aufgaben erfolgte 2010 somit nur zu 68,8 % durch eigenes Planpersonal. Insbesondere im Bereich der Bestandserhaltung können die gesetzlichen Vorgaben nicht hinreichend eingelöst werden.

Fazit

Die Landesarchive sind im Bereich der archivfachlichen Aufgaben personell nicht hinreichend ausgestattet. Die partielle Kompensation durch befristetes Zusatzpersonal eignet sich vor allem für den Abbau von Arbeitsrückständen, erschwert aber die systematische Planung und bedingt einen erheblichen organisatorischen Mehraufwand.

4. Laufbahngruppen im Bereich Fachaufgaben

Die Anteile der Laufbahngruppen verteilen sich bei den Fachaufgaben wie folgt:

höherer Dienst	246,0 VZÄ (= 23,6 %; davon 52,2 VZÄ zentralisiert),
gehobener Dienst	257,6 VZÄ (= 24,7 %; davon 54,9 VZÄ zentralisiert),
mittlerer Dienst	109,7 VZÄ (= 10,5 %; davon 30,9 VZÄ zentralisiert),
andere Fachausbildungen	160,4 VZÄ (= 15,4 %; davon 69,8 VZÄ zentralisiert)
keine Fachausbildung	270,0 VZÄ (= 25,9 %; davon 29,9 VZÄ zentralisiert).

Die Verteilung der Stellen nach Laufbahngruppen entspricht nicht dem in der öffentlichen Verwaltung sonst üblichen Stellenkegel. Dies ist Resultat sowohl des signifikant höheren Anteils des höheren Dienstes als auch des hohen Anteils an Mitarbeitern ohne Fachausbildung, die insbesondere in technischen Bereichen (Magazindienst, Werkstätten) eingesetzt sind. Diese „gewachsenen Strukturen“ sind zum einen darauf zurückzuführen, dass die Archive als Kultureinrichtungen den wissenschaftlichen Nutzerkreisen auf Augenhöhe begegnen müssen¹⁰. Zum anderen verlangen Bewertung, Erschließung, Benutzerberatung sowie Mitwirkung an der wissenschaftlichen Auswertung und Veröffentlichung von Archivgut aus einem Zeitraum von 1.000 Jahren einen wissenschaftlich dafür ausreichend qualifizierten Personalkörper, d. h. eine deutlich größere Zahl von Kräften des höheren Dienstes als in jedem anderen Zweig der öffentlichen Verwaltung.

Im Verhältnis der Laufbahngruppen zueinander schlägt weiterhin zu Buche, dass in der Vergangenheit bei der Stellenkürzung nach Kopffzahlen vor allem die Stellen im einfachen und mittleren Dienst reduziert worden sind, eine geeignete Ausbildung des mittleren Dienstes vor allem in den alten Bundesländern (außer Bayern) lange fehlte und in den letzten Jahren über interne Personalbörsen der Länder Nachbesetzungen im mittleren Dienst fast durchweg mit nicht fachlich qualifiziertem Personal erfolgten. Angesichts der qualitativ wie quantitativ wachsenden Anforderungen bei allen Kernaufgaben wird hier jedoch auf die Dauer eine Gewichtsverschiebung notwendig sein. Das Verhältnis zwischen höherem, gehobenem, mittlerem und einfachem Dienst wird sich unter dem Zwang, weitere Effizienzpotenziale zu generieren, entwickeln müssen. Dabei ist es insbesondere notwendig, den Personalkörper dort wieder zu verstärken, wo er in der jüngeren Vergangenheit überproportional geschrumpft ist, an der Basis. Dagegen wird sich der höhere Dienst noch stärker auf Managementaufgaben und besonders anspruchsvolle Fachaufgaben konzentrieren müssen. In gleicher Weise werden aber auch zunehmend dem gehobenen Dienst neben Fach- auch Führungsaufgaben zuzuweisen sein. Diese Anforderungen werden in künftigen Auswahlverfahren und damit auch in der Fachausbildung eine immer größere Rolle spielen.

Angesichts des anhaltenden Drucks auf die Personaldecke der staatlichen Archive bei wachsenden Anforderungen und einem sich weiter entwickelnden Spezialisierungsgrad der Tätigkeitsfelder wird es darauf ankommen, den Anteil der Mitarbeiter/innen ohne Fachausbildung stark zu reduzieren zugunsten von Mitarbeiter/innen des mittleren Archivfachdienstes (FAMIs) oder anderer geeigneter Fachausbildungen. Nicht nur bei den engeren archivfachlichen Tätigkeitsfeldern zeichnen sich ein höherer Spezialisierungsgrad und höhere fachliche Standards ab; diese Entwicklung ist eine auf die gesamte Verwaltung bezogene generelle und wird den Einsatz weiteren qualifizierten Personals nach sich ziehen. Die staatlichen Archive werden somit künftig nicht nur daran denken, etwa für die Dienstbibliotheken und die Restaurierungswerkstätten entsprechendes Fachpersonal einzustellen, sondern sie werden sich auch weiter und verstärkt um Fachpersonal für die IT und nicht zuletzt für das Finanzmanagement und ggf. für Rechtsfragen bemühen müssen.

In vielen Ländern wurde der Personalabbau durch die Nichtnachbesetzung vakant werdender Stellen erbracht, womit zugleich eine zunehmende Überalterung des Personalkörpers eingetreten ist; dieser muss bei der weiteren Personalentwicklung entgegen gewirkt werden.

Fazit

Die staatlichen Archive werden ihre Stellenstruktur entwickeln und dabei die Aufgabenverteilung zwischen höherem, gehobenem und mittlerem Dienst neu ausrichten müssen. Insbesondere auf der Ebene des mittleren Dienstes besteht ein zusätzlicher Bedarf an ausgebildetem Fachpersonal.

Die staatlichen Archive werden einem absehbar höheren Spezialisierungsgrad gerecht werden und darauf achten müssen, im angemessenen Rahmen auch Fachpersonal anderer Fachrichtungen einzustellen. Ein angemessenes Verhältnis zwischen Generalisten und Spezialisten herzustellen, bedeutet eine Herausforderung für das Archivmanagement.

5. Aufgabenverlagerung an Aushilfskräfte und Dienstleister

Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, Dienstleister und/oder Aushilfskräfte in die archivische Aufgabenerledigung einzubeziehen, sofern die erforderliche Budgetfreiheit gegeben ist oder Drittmittel eingesetzt werden können. Allerdings ist der Einsatz von Aushilfen nur bei bestimmten Aufgaben möglich und aus betriebswirtschaftlicher oder fachlicher Sicht sinnvoll. Dennoch eröffnen sich hier Perspektiven für eine flexiblere Aufgabenbewältigung, die bereits in erheblichem Maße von den staatlichen Archiven genutzt wird.

Bei der Verwaltung und den Querschnittsaufgaben sticht vor allem ein Bereich hervor, in dem nicht archiveigenes Personal verstärkt zum Einsatz kommt: die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Liegenschaften. Hintergrund sind die Immobilienholdings/-betriebe, die dem Modell nach als Dienstleister der Archive fungieren sollen, im Kern jedoch staatliche Monopolbetriebe sind, zu denen keine Alternativen bestehen. Anders sieht es im Bereich der Fachaufgaben aus. Dort sind bereits jetzt Aushilfskräfte und Dienstleister stark vertreten. Von 1.474,7 VZÄ, die dort insgesamt zum Einsatz kommen, sind 71 % oder 1.046,8 VZÄ archiveigenes Personal. Dienstleister stellen im Vergleich dazu Arbeitskraft in einer Größenordnung von 4,8 % bzw. 70,6 VZÄ (davon 38,8 private Dienstleister, 17 Behinderteneinrichtungen); Zusatzpersonal wird im Umfang von 24,2 % bzw. 357,3 VZÄ eingesetzt (davon 109 Drittmittelkräfte, 18,9 Abordnungen, 32 Geringfügig Beschäftigte/Minijobs, 17,1 Werkverträge, 17,9 Praktikanten, 10 Studierende, 10 Ehrenamtliche, 94,7 „1-Euro-Jobs“, 46,3 sonstige).

Der Einsatz von Dienstleistern (70,6 VZÄ) verteilt sich auf folgende Tätigkeitsfelder: 3,3 VZÄ Fachinformatik, 9,5 VZÄ Erschließung, 9,3 VZÄ Retrokonversion, 6,5 VZÄ Magazin (incl. Archivgutverpackung), 26,3 VZÄ Restaurierung/Konservierung, 8,5 VZÄ Verfilmung/Digitalisierung, 3,5 VZÄ Reproduktionen, 2 VZÄ Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Zusatzkräfte kommen in folgenden Bereichen zum Einsatz. 82,7 VZÄ Erschließung (davon 41,7 Drittmittelkräfte, 12,3 Praktikanten, 7,3 Werkverträge, 6,8 „1-Euro-Jobs“, 6,2 Ehrenamtliche), 55,5 VZÄ Retrokonversion (davon 30,4 „1-Euro-Jobs“), 95,6 VZÄ Magazin (incl. Archivgutverpackung) (davon 23,8 Drittmittelkräfte, 10,5 Abordnungen, 41,6 „1-Euro-Jobs“), 74 VZÄ Benutzung (davon 3,6 Drittmittelkräfte), 32,5 VZÄ Restaurierung/Konservierung (davon 11,7 Geringfügig Beschäftigte, 12 1-Euro-Jobs), 35,8 VZÄ Verfilmung/Digitalisierung (davon 31,5 Drittmittelkräfte).

Die Zahlen zeigen einerseits, in welchen Bereichen Unterstützungskräfte – gleichgültig, ob Dienstleister oder Zusatzkräfte – vornehmlich zum Einsatz kommen können: Erschließung, Retrokonversion, Magazintätigkeiten, Restaurierung, Verfilmung/Digitalisierung. Gerade dies sind Bereiche, in denen erhebliche Arbeitsrückstände bestehen und in denen eine Aufteilung der Aufgaben in einfachere und komplexere Arbeitsgänge möglich ist (Retrokonversion, Erschließung) oder die Aufgaben von vornherein einen hohen Anteil technischer Abläufe (Magazintätigkeiten, Restaurierung, Verfilmung/Digitalisierung) enthalten.

Die Zahlen zeigen andererseits, in welchen Tätigkeitsbereichen sie nicht einsetzbar sind: Fachliches Recht, Behördenberatung, archivische Bewertung, Auskunftserteilung sowie in einigen Bereichen der Querschnittsaufgaben.

Da der Personalverwaltungs- und -betreuungsaufwand bei selbst rekrutiertem Personal nicht unbeträchtlich ist, bietet sich die Alternative, einen Dienstleister heranzuziehen, an. Auch hier ist jedoch der Ausschreibungs- und Betreuungsaufwand sowie der Aufwand für die notwendige Qualitätskontrolle personell in Rechnung zu stellen und eine verlässliche Untersetzung mit Haushaltsmitteln zu gewährleisten. Insbesondere letzteres ist in den letzten Jahren zunehmend schwieriger zu erreichen.

Der Output ist es wert, sich darüber Gedanken zu machen, wie das große Reservoir an zusätzlichen Arbeitskräften – von Praktikanten/Volontären über sog. Hartz IV-Kräfte bis zu fachlich versierten Aushilfskräften – genutzt werden kann, ohne damit die Qualitätsstandards in Frage zu stellen. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass der große Anteil an „nichtstetigen“ Zusatzkräften, der immer auch einer gewissen Zufälligkeit der Rahmenbedingungen unterliegt, auch ein klares Indiz für eine nicht ausreichende Ausstattung der Landesarchive mit eigenem Personal ist.

Fazit

Für die Erledigung der Aufgaben Erschließung/Retrokonversion, Magazintätigkeiten, Restaurierung, Verfilmung/Digitalisierung besteht grundsätzlich die Option, insbesondere bei der Rückstandsbearbeitung und beim Einsatz von Massenverfahren z. B. im Bereich der Restaurierung, zur Unterstützung Dienstleister und/oder Aushilfskräfte einzusetzen. Dies ist hingegen nicht möglich in den Bereichen Behördenberatung, archivische Bewertung und Auskünfte; hier ist archivisches Fachpersonal unabdingbar. Grenzen für den Einsatz des „nichtstetigen“ Personals setzen die fachlichen Anforderungen, die Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln sowie der nicht zu unterschätzende organisatorische und Betreuungsaufwand, der durch das Stammpersonal sichergestellt werden muss.

Der zunehmende Einsatz von Hilfskräften in den Kernbereichen der Erschließung und Benutzung ist ein Indiz für die nicht hinreichende Personalausstattung vieler Archive. Bei einem Ausfall dieser Kräfte aufgrund geänderter Rahmenbedingungen droht ein rasches Anwachsen neuer Rückstände, in einigen Bereichen sogar die Gefahr für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes.

6. Gesamtfazit

Die Landesarchive in der Bundesrepublik decken einen vielfältigen Aufgabenkatalog ab. Sie sind das Gedächtnis der Verwaltung, entlasten durch regelmäßige archivische Bewertungen und Archivgutübernahmen die laufende Verwaltung des Landes, sichern Rechte der Bürgerinnen und Bürger, vermitteln in ihrer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit historische Inhalte aus mehr als 1.000 Jahren deutscher Geschichte und sind Partner der Forschung in der Informationsinfrastruktur.

Im Unterschied zu allen übrigen Zweigen der öffentlichen Verwaltung sind die Landesarchive von ihren gesetzlichen Aufgaben her auf dauernden Zuwachs angelegt. Sie sind darüber hinaus in den letzten Jahren verstärkt mit der paradoxen Situation konfrontiert, dass die in allen Ländern forciert betriebene Verwaltungsmodernisierung und die damit einhergehende Auflösung oder Fusion von Landesbehörden zwar insgesamt gesehen auf die Ziele Effizienzsteigerung und Einsparung ausgerichtet ist, jedoch in den

¹⁰ Vgl. die Forderungen des Wissenschaftsrates zu diesem Punkt (wie Anm. 1), S. 49 ff.

Landesarchiven erhebliche Mehraufwände verursacht, da diese für die Sicherung der auf Dauer relevanten Unterlagen zuständig sind. Zwischen 1999 und 2009 wuchsen die Bestände aller Landesarchive trotz der Anwendung strenger Bewertungskriterien um 192 laufende Regalkilometer.¹¹

Im digitalen Zeitalter befinden sich die Landesarchive durch neue Herausforderungen in einem grundlegenden Veränderungsprozess. Sie müssen in zunehmendem Maße digitale Unterlagen der Behörden übernehmen. Die Benutzer erwarten die Bereitstellung von qualifizierten Erschließungsinformationen über die Gesamtüberlieferung sowie digitale Angebote ausgewählter Bestände über das Internet. Der Papierzerfall und andere Schäden erfordern dringend vermehrte Aufwendungen in der Bestandserhaltung, um das unikale historische Erbe für kommende Generationen zu sichern.

Dieser dynamischen Entwicklung steht ein Stellenabbau entgegen, der die Archive – ohne dass dabei auf ihre Besonderheiten Rücksicht genommen worden wäre – wie die gesamte öffentliche Verwaltung betrifft. Allein zwischen 2002 und 2009 sank die Zahl der festen Stellen in den Archiven der Bundesländer um 11,7 %, während gleichzeitig die Bestände durch neue Übernahmen um 11,2 % wuchsen.¹²

Die Landesarchive haben Möglichkeiten zur Umsteuerung des Personals und Rationalisierungspotential, das sie bereits in erheblichem Maße ausschöpfen. Doch reichen diese Maßnahmen bei weitem nicht aus, um die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen und zugleich den neuen Herausforderungen in angemessener Weise zu begegnen. Auf dem Gebiet der Online-Stellung von Informationen sind die deutschen Archive bereits jetzt gegenüber den Bibliotheken und im internationalen Vergleich der Archive weit zurück. Der Wissenschaftsrat hat deshalb in seinen Empfehlungen zu den Informationsinfrastrukturen in Deutschland darauf hingewiesen, dass die Archive seit Jahren chronisch unterfinanziert sind und deshalb „ein ihrer grundlegenden Bedeutung angemessener Erhalt und Betrieb“ häufig nicht mehr möglich ist¹³. Die Archivreferentenkonferenz des Bundes und der Länder (ARK) fordert daher von den Bundesländern als den Trägern der Landesarchive eine hinreichende Personalausstattung, um die Erledigung der gesetzlichen Aufgaben auf dem jeweiligen Stand

der Technik mit Stammkräften sicherzustellen. Für den Abbau der Rückstände ist befristet Zusatzpersonal einzusetzen, das jedoch der Betreuung durch Fachkräfte bedarf.

Für die Bewältigung der dynamischen Entwicklung im Bereich der Fachinformatik und der Archivierung digitaler Unterlagen benötigen die Landesarchive außer der dazu erforderlichen spezifischen Infrastruktur mindestens 120 VZÄ, um die Übernahme elektronischer Unterlagen aus den Behörden und die spätere Bereitstellung zur Benutzung bewerkstelligen zu können. Weitere 20 VZÄ sind für die archivspezifischen Anforderungen an die IT-Administration notwendig.

In der Bestandserhaltung sind die Landesarchive so auszustatten, dass der weitere Verfall von Kulturgut aufgehalten wird. Hierzu fehlen bei der derzeitigen Ausstattung der Landesarchive mindestens 117 VZÄ. Über die Personalausstattung hinaus besteht ein langjähriger Bedarf an zusätzlichen Haushaltsmitteln in signifikanter Größenordnung, um unter Einbeziehung externer Dienstleister erhebliche Archivgutmengen vor dem Verfall zu bewahren. Die Personalentwicklung sowie die Fort- und Weiterbildung des Personals in den Landesarchiven müssen intensiviert werden, insbesondere angesichts der dynamischen Weiterentwicklung des technischen Sektors. Die ARK sieht die Notwendigkeit, den mittleren archivfachlichen Dienst in den Landesarchiven auszubauen. Synergieeffekte durch länderübergreifende und auch spartenübergreifende Zusammenarbeit mit den Archiven der Kommunen und anderer öffentlicher Einrichtungen müssen stärker als bisher ausgeschöpft werden.

Nur wenn es in einer gemeinsamen Anstrengung der Archive und ihrer Träger gelingt, diese Notwendigkeiten umzusetzen, sind die Landesarchive in Deutschland in der Lage, die Herausforderungen der Informationsgesellschaft im beginnenden 21. Jahrhundert zu meistern und ihrer Aufgabe als Dienstleister für Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit nachzukommen. Ohne hinreichende Personalbemessung dagegen drohen Einschränkungen nicht nur in der Bereitstellung und Nutzbarkeit der in den Archiven verwahrten unikalen historischen Überlieferung, sondern es wird auch deren dauerhafte Erhaltung und regelmäßige Ergänzung gefährdet. ■

VZÄ nach Aufgaben	VZÄ eingesetztes Planperso- nal	% VZÄ Planperso- nal	VZÄ kein Plan- personal („Dienstleis- ter“)	VZÄ Zusatz-/ Aushilfs- personal	VZÄ insgesamt*	% der VZÄ insgesamt
Gesamtpersonal	1.338,7	100,0	107,3	362,9	1.809,0	100,0
Leitung	40,2	3,0	0	0	40,2	2,2
Allgemeine Querschnittsaufgaben	251,7	18,8	36,7	5,6	294,1	16,3
- Personal	24,9	1,9	4,0	0,7	29,5	1,6
- Haushalt	45,8	3,4	3,3	0,8	49,9	2,8
- Organisation, Recht, innerer Dienstbetrieb	104,0	7,8	4,1	3,0	111,2	6,1
- Liegenschaften	37,3	2,8	20,7	0,4	58,3	3,2
- IT (Systemadministration)	27,1	2,0	4,6	0,8	32,5	1,8
- Beauftragte; Personalrat	12,6	0,9	0,1	0,0	12,7	0,7
Fachliche Aufgaben	1.046,8	78,2	70,6	357,3	1.474,7	81,5
davon fachliche Querschnittsauf- gaben:	142,6	10,7	6,1	10,7	159,5	8,8
- fachbezogenes Recht	6,6	0,5	0,0	0,0	6,6	0,4
- Fachinformatik	16,8	1,3	3,3	0,8	20,8	1,2
- digitale Unterlagen	13,4	1,0	0,0	0,0	13,4	0,7
- Bibliothek	36,8	2,7	0,8	6,0	43,6	2,4
- Bildungs-/Öffentlichkeitsarbeit	51,3	3,8	2,0	2,9	56,2	3,1
- Aus-, Fort- und Weiterbildung	17,9	1,3	0,0	1,0	18,9	1,0
davon archivfachliche Aufgaben:	904,2	67,5	64,5	346,6	1.315,2	72,7
- Behördenberatung	19,0	1,4	0,0	2,5	21,5	1,2
- Bewertung und Übernahme	62,9	4,7	0,0	1,3	64,2	3,6
- Erschließung	175,2	13,1	9,5	82,7	267,3	14,8
- Retrokonversion	30,3	2,3	9,3	55,5	95,0	5,3
- Magazinierung; Verpackung	132,7	9,9	6,5	95,6	234,8	13,0
- Verfilmung/Digitalisierung	38,3	2,9	8,5	35,8	82,6	4,6
- Nutzung	121,2	9,1	1,0	7,4	129,6	7,2
- Auskunftserteilung	110,2	8,2	0,0	1,4	111,6	6,2
- Reproduktionen	46,4	3,5	3,5	3,1	53,0	2,9
- Bestandserhaltung	101,7	7,6	26,2	32,5	160,4	8,9
- Grundbucharchive	4,0	0,3	0,0	0,3	4,2	0,2
- Personenstandsunterlagen	18,1	1,4	0,0	0,0	18,1	1,0
- Zwischenarchive	8,5	0,6	0,0	0,2	8,7	0,5
- Sonderaufgabe und Projekte	12,2	0,9	0,0	0,2	12,4	0,7
- andere Aufgaben	23,7	1,8	0,0	28,1	51,8	2,9

* Kleinere Abweichungen resultieren aus Rundungen.

Tab. 2: Personaleinsatz in den Landesarchiven in der Bundesrepublik 2010 nach Aufgaben

¹¹ Quelle: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 2002/2010 (Stand 31.12.1999: 1.081.475 lfdm; 31.12.2009: 1.273.687 lfdm).

¹² Quelle: ebd. (31.12.2002: 1.677 Stellen; 31.12.2009: 1.480).

¹³ Empfehlungen (wie Anm. 1), S. 40.

DER SCHLÜSSEL ZUR MACHT

KARTEIEN UND ANDERE FINDMITTEL ZU DEN ÜBERLIEFERUNGEN DER STAATSSICHERHEIT

HINFÜHRUNG

„Großartig ist diese komplizierte Maschine, dieser Universalkontrollapparat eines ganzen Landes aufgebaut. Tausende Nachrichten münden jeden Tag in das Haus [...]. Jeder Schwatz wird gemeldet, jeder Brief wird geöffnet. Bei der Armee, bei den Kaufleuten, bei den Deputierten, in der Weinstube und Versammlung horcht der Polizeiminister unsichtbar mit, und alle diese tausend Nachrichten laufen täglich in der Richtung seines Schreibtisches zusammen. Dort werden die teilweise richtigen und wichtigen, teils bloß schwatzhaften Denunziationen geprüft, gesiebt und verglichen, bis sich aus tausend Chiffren klare Nachricht ergibt.“¹ Mit diesen Worten beschrieb der Dichter Stefan Zweig die Amtsführung Joseph Fouchés, des ersten Leiters eines modernen Geheimpolizeidienstes unter Napoleon Bonaparte. Von der Forschung wird Fouché heute als die Person gesehen, mit der die Polizeiarbeit in der Bedeutung einer Geheimpolizei begann; einer Geheimpolizei, die Individuen und Gruppen identifizierte und beobachtete, die als Gefahr für die staatliche Ordnung gesehen wurden. Typisch für sein Vorgehen war die Erfassung von Personen in Personalbögen, aus denen sich Karteiblätter entwickelten, die in Registraturschränken aufbewahrt wurden.² Man kann diese frühen systematischen Geheimpolizeikarteien durchaus als Vorläufer der ausgeklügelten Kartesysteme späterer Geheimdienste wie die des 1950 gegründeten Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der Geheimpolizei der DDR, kurz Stasi, ansehen. Als das Ende der SED-Diktatur sich im Herbst 1989 ankündigte, hatte die Staatssicherheit nach 40-jähriger Tätigkeit damit begonnen, die Zeugnisse ihrer Arbeit zu beseitigen. Im Winter 1989/90 gelang es engagierten DDR-Bürgerinnen und -Bürgern mit der Besetzung der Stasi-Dienststellen, die massenhaften Aktenvernichtungen durch MfS-Mitarbeiter einzudämmen. Von den Besetzern gebildete Bürgerkomitees sorgten dafür, dass die Zusammenführung der MfS-Unterlagen in gesicherten Lagerungsorten kontrollierend begleitet wurde.³ Ihrem beherzten Eingreifen ist es zu verdanken, dass schließlich 158 km Schriftgut des MfS erhalten blieben. Dazu zählen ca. 51 km Akten, die das MfS bereits selbst bis Ende 1989 in ihrem „Zentralarchiv“ und in den „Archiven“ der Bezirksverwaltungen zur Ablage gebracht hatte, und die über die Karteien des MfS personenbezogen zugänglich sind. Hinzu kommt das zum Zeitpunkt der Auflösung im Jahr 1989 noch kurrente Registraturgut, das sich gemeinsam mit den

12 km Karteien auf 60 km summiert. Daneben existieren 47 km Unterlagen auf Sicherungs- und Arbeitsfilmen, die ebenfalls personenbezogen nutzbar sind.

Die ca. 12 km Karteien gliedern sich in 4.475 verschiedene Karteien mit zusammen 39 Mio. Karteikarten, die – zentral wie dezentral geführt – überwiegend personenbezogen Auskunft über Erfassungsverhältnisse geben und auf Akten verweisen können.⁴ Karteien waren im MfS das wesentliche Mittel für das Erfassen, Speichern und Auswerten von personenbezogenen und objektbezogenen Informationen. Sie behielten diesen Status bis zum Ende des MfS, obwohl sich parallel zu ihnen längst elektronische Datenbanken etabliert hatten. Nicht wenige dieser Karteien dienen bis heute als Findmittel. Die wichtigsten Karteien und Datenbanken sollen hier in Grundzügen vorgestellt werden, um anschließend darzulegen, wie der BStU für die Erfüllung seines vom Deutschen Bundestag erteilten Aufarbeitungsauftrags seine Findmittel unter den Bedingungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und des Datenschutzes organisiert und diese soweit möglich Nutzern zur Verfügung stellt.

MFS-KARTEIEN UND DATEIEN – TEIL DER GEWACHSENEN ÜBERLIEFERUNG UND FINDMITTEL

Zentrale Karteien

Die 1950er-Jahre lassen sich als Phase der Entwicklung, der Suche nach geeigneten Strukturen der MfS-Karteien betrachten. Sie waren geprägt von häufigen Veränderungen. Im September 1950 begann die Abteilung Erfassung und Statistik (seit 1952 Abteilung XII) für die zentrale Karteiführung des MfS drei Karteien aufzubauen: eine Kartei (Form A1) der als „feindlich“ angesehenen, in operativen Vorgängen „bearbeiteten“ Personen, eine Kartei (Form B1) der inoffiziellen Mitarbeiter (Abb. 2) und eine Kartei (Form C1) der verhafteten Personen (Abb. 3).⁵ Zudem übernahm sie eine Kartei von einer Vorgängerinstitution, den Kommissariaten 5 der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI), die seit 1947 für Zwecke der Entnazifizierung genutzt worden war (Abb. 1). Die vier Karteien mit Karteikarten im Format DIN A6 fanden anfangs gemeinsam in einem Stahlschrank und einem Karteischrank Platz.⁶

Abb. 1: Karteikarte aus der Entnazifizierungszeit 1947 bis 1949 als Hinterlassenschaft der Kommissariate 5, einer als politische Polizei unter Aufsicht der sowjetischen Besatzungsbehörden in der SBZ agierenden Vorgängerinstitution des MfS. Deren Karteikarten wurden seit 1950 vom MfS genutzt und bis in die 1970er-Jahre (in den Buchstaben L-Z überwiegend bis heute) in der zentralen Personenkartei des MfS verwahrt. (Hellroter bis ockerfarbener Karton, vom ursprünglichen Format DIN A5 auf DIN A6 beschnitten, Abb. anonymisiert)

Name (bei Frauen auch Geburtsname)		Wohnung am: <u>Wohnung - Nr 41</u> <u>Um</u> [Straße] <u>8 I</u>	
Vorname:			
Geburtstag u. -ort: <u>21. 11</u> [Ort] <u>by Föhlen</u>			
früher:	Beruf: <u>Masse. Ingen.</u>	Größe:	
jetzt:	Beruf: <u>Lehrer. Ing.</u>	Gestalt:	
Familienstand:	<u>unv.</u>	Gesicht:	
Kinder:		Bart:	
Staatsangehörigkeit:	<u>D. R.</u>	Augenfarbe:	
Deck-Name	Adresse	Haarfarbe:	
		Besondere Kennzeichen:	
Eintritt <u>1.7.47</u>	SS	SA	SD
NSDAP			
Austritt <u>1945</u>			
		Gestapo	NSKK



Abb. 2: Karteikarte Form B 1, 1950 bis 1954 genutzt für inoffizielle Mitarbeiter des MfS. Zunächst von der ähnlich aufgebauten Karteikarte F 19 abgelöst, wurde sie 1960 durch die Karteikarte F 16 ersetzt. Karteikarten über inoffizielle Mitarbeiter gehörten seitdem zur zentralen Personenkartei. Im gezeigten Beispiel wurde der damals als „GI“ (geheimer Informator) bezeichnete inoffizielle Mitarbeiter im Januar 1950 für die Kreisdienststelle Nauen geworben, die Zusammenarbeit aber schon drei Jahre später eingestellt und die Akte unter der Nummer [BVfS Potsdam AIM] 653/53 abgelegt. (Blauer bis blaugrauer Karton im Format DIN A6, häufig stark ausgebleicht)

1. Name	<u>Baßhe</u>	Deckname	<u>Baier</u>
2. Vorname	<u>Herbert</u>	Registr.-Nr.	<u>1465</u>
3. Geburtstag	<u>15.3.20</u>	Archiv.-Nr.	<u>653/53</u>
4. Geburtsort	<u>Herzfeld</u>		
5. Anschrift	<u>Flaßow</u>		
6. Soziale Herkunft	<u>Bauer</u>		
7. Arbeitsstelle u. ausgeübter Beruf	<u>Grundbesitzer in Flaßow</u>		
8. Nationalität	<u>Deutsch</u>		
9. Staatsangehörigkeit	<u>Deutsch</u>		
10. Parteizugehörigkeit	<u>CDU</u>		
11. Datum der Anwerbung	<u>31.1.50</u>	Erfast:	
12. Durch wen angeworben (Abteilung und Name des Mitarbeiters)	<u>Böttge</u> <u>Ost. Nauen</u>	Der Leiter der Abtlg. (Kreisdienststelle)	
13. Kategorie	<u>G 3</u>		
14. Karte angelegt durch	<u>Semann</u>	<u>Potsdam</u>	Unterschrift

Form B 1 / 52

¹ Stefan Zweig: Joseph Fouché. Bildnis eines politischen Menschen. Frankfurt am Main 1986, S. 118-119.

² Zur historischen Einordnung der Amtsführung Fouchés siehe u. a.: Wolfgang Krieger: Geschichte der Geheimdienste. Von den Pharaonen bis zur CIA, München 2009, insbes. S. 99 ff.

³ Zur friedlichen Revolution und den Besetzungen von Dienststellen der Staatssicherheit siehe die Beiträge in Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009; Jens Schöne: Die Friedliche Revolution. Berlin 1989/90 – Der Weg zur deutschen Einheit, Berlin 2009; Ilko-Sascha Kowalczyk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, 2. Aufl. München 2009; sowie die nahe am damaligen Geschehen geschriebene und noch immer sehr eindrucksvolle Darstellung von Anne Worst: Das Ende eines Geheimdienstes. Oder: Wie lebendig ist die Stasi?, Berlin 1991, mit den Kapiteln „Der Prozeß der Auflösung“, „Die Akteure der Auflösung“, „Fallbeispiele der Auflösung“ und „Bilanz der Auflösung“ längst selbst eine Quelle.

⁴ Zehnter Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 2011, S. 29-49; Birgit Salomon: Das archivarische Erbe der DDR-Staatssicherheit. Ein Überblick, in: Volker Hirsch (Hrsg.): Das Archivwesen

der DDR. Was bleibt? Eine Bilanz 20 Jahre nach der deutschen Einheit. Archivwissenschaftliches Kolloquium der Archivschule Marburg, Marburg 2011 [im Druck]. Zu den bereits vom MfS archivierten Unterlagen allgemein vgl.: Stephan Wolf: Die Bestände der Abteilung XII des Ministeriums für Staatssicherheit. Ihre Entstehen, ihr Charakter und ihre Nutzung. Diplomarbeit FH Potsdam, 2010 [ungedr.]; Zum sogenannten Archivbestand 5, der „Geheimen Ablage“, siehe Karsten Jedlitschka: Die Geheime Ablage der Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher) des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Volker Hirsch (Hrsg.): Das Archivwesen der DDR. Was bleibt? Eine Bilanz 20 Jahre nach der deutschen Einheit. Archivwissenschaftliches Kolloquium der Archivschule Marburg, Marburg 2011 [im Druck].

⁵ Befehl Nr. 1/50 über die Schaffung einer Abteilung Erfassung und Statistik und über das Inkraftsetzen der Richtlinien vom 20. September 1950, BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 0001 in Verbindung mit den zugehörigen drei Richtlinien GVS-Nr. 8/50, 9/50 u. 10/50, BStU, MfS BdL/Dok. Nrn. 2505, 2506 u. 2508.

⁶ Schulungsmanuskript über den Aufbau der Zentralkartei und ihre Entwicklung v. 28. April 1976, S. 5; Vortragsmanuskript „Grundsätze der Führung von Karteien in den Abteilungen XII“ v. Mai 1981, BStU, MfS Abt. XII Nr. 2599, hier S. 8-9.

1. Name
 2. Vorname
 3. Geburtstag 16.1.
 4. Geburtsort Jemke
 5. Anschrift Gr. Alsleben
b. Oschersleben
 6. Soz. Herkunft Arbeiterstand
 7. Arbeitsstelle u. ausgeübter Beruf Hausgehilfin
 8. Nationalität deutsch
 9. Staatsangehörigkeit deutsch
 10. Parteizugehörigkeit ohne
 11. Datum der Verhaftung 18.8.51
 12. Abt. u. Name des Mitarb., der die Unters. führt Künzel Abt. IX Per. Arb.
 13. Karte angelegt durch Künzel
 Aktion Morgenröte 267

Vorgang Nr. UV 1172/51
 Archiv-Nr.
 Körpergröße 1,70 - 1,75 m
 Gestalt stark u. kräftig
 Gesicht länglich voll
 Haar hellblond
 Bart
 Bes. Kennzeichen

7 EE 0000 17
 18 JO acaa

Form C 1

Abb. 3: Karteikarte Form C 1 für von der Stasi verhaftete Personen, genutzt von 1950 bis 1954, dann von der ähnlich gestalteten Karteikarte F 18 abgelöst, schließlich 1960 durch die Karteikarte F 16 ersetzt. Im vorliegenden Fall wurde die junge Frau im August 1951 im Kontext der „Aktion Morgenröte“, das hieß, der „Absicherung“ der III. Weltfestspiele durch das MfS verhaftet und ein Untersuchungsvorgang (UV 1172/51) eingeleitet. Auf der Rückseite ist als Grund vermerkt: Sie hätte versucht, den Radiosender RIAS aufzusuchen. Allein dafür wurde sie zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. (Hellroter Karton im Format DIN A6, oft stark ausgebleicht, Abb. anonymisiert)

Seit 1953 wurden die Karteien wegen des besseren Zugriffs in eigens angefertigten großen Holztrögen auf Gestellen gelagert und genutzt, sie waren im Umfang bereits angewachsen und stark frequentiert. Gleichzeitig waren die Karteien der als feindlich „bearbeiteten“ und der verhafteten Personen in einer „Belastetenkartei“ zusammengeführt worden; die Kartei der inoffiziellen Mitarbeiter blieb zunächst separiert.⁷ Diese getrennte Aufstellung diente in den 1950er-Jahren der Unterscheidung von „Freund“ und „Feind“, die sich auch in der Farbe der Karteikarten ausdrückte: gelb für operativ „bearbeitete“ Personen (Form A1, seit 1954 F 16), rot für Untersuchungsvorgänge, Haftsache oder Festnahme (Form C1, seit 1954 F 18), blau und hellgrau für inoffizielle Mitarbeiter (Form B1, seit 1954 F 19). Entsprechende Farben gab es zeitgleich für die zugehörigen Akten.

Schon 1954 wurde die gerade erst eingerichtete Belastetenkartei F 16/F 18 um eine neue Kartei ergänzt: eine nach Registriernummern geordnete Vorgangskartei F 22 für die Vorgangsdaten aller operativen- und Untersuchungsvorgänge sowie für die Kontrolle über jeweils zuständige Mitarbeiter und die Bewegung dieser Vorgänge. In Ersterer wurden Personendaten erfasst, in Letzterer die über diese Personen angelegten Vorgänge registriert. Mit der Aufteilung von Personen- und Vorgangsdaten auf zwei Karteien sollte sich nicht nur die „Konspiration“ und Geheimhaltung erhöhen, sondern die Änderung von Vorgangsdaten einfacher sein: Statt mehrerer Personenkarteikarten war nur noch eine Vorgangskarteikarte zu ändern.⁸ Für die geordnete Registrierung der eröffneten Vorgänge bestanden schon zuvor Registrierbereiche, gegliedert in die vierzehn Bezirksverwaltungen, die Verwaltung Wismut sowie die Zentrale des Ministeriums (einschließlich der Verwaltung Groß-Berlin). 1954 erhielt zudem die Hauptabteilung I (Militärabwehr) einen eigenen Registrierbereich.⁹ Neben den genannten Karteien existierten seit Anfang der 1950er-Jahre eine Decknamenkartei mit Karteikarten F 20 (später F 77)

für Decknamen der verschiedenen Arten operativer Vorgänge, eine Kartei der „antidemokratischen Parteien, Organisationen, Zentren der Geheimdienste und anderer Objekte“ mit Karteikarten F 17, später bezeichnet als Feindobjektkartei, und eine statistische Kartei für die Ermittlung der Anzahl bearbeiteter Vorgänge und erfasster Personen.¹⁰

Umfangreiche Veränderungen traten 1960 ein, sie prägten die Art der zentralen Karteiführung in den folgenden drei Jahrzehnten: Die bisherigen Vorgangsarten wurden reduziert, gleichzeitig verloren die bis dahin genutzten Formulare für Karteikarten ihre Gültigkeit und wurden durch neue, nun gleichfarbige Formulare ersetzt. Die Belastetenkartei und die Kartei der inoffiziellen Mitarbeiter wurden zusammensortiert. Dafür fand ein Austausch der Personenkarteikarten von allen aktiven¹¹ inoffiziellen Mitarbeitern in die neuen gelben Formulare F 16 statt, eine Unterscheidung von „Freund“ und „Feind“ war anhand der Farbe nicht mehr möglich.¹² Die so geschaffene Personenkartei F 16 (Abb. 4) galt als „neutralisiert“ und in der Geheimhaltung verbessert.¹³ Gleichzeitig fanden die Vorgangsdaten inoffizieller Mitarbeiter (IM) Aufnahme in die Vorgangskartei F 22. Mit dieser „Neutralisierung“ setzte sich ein Kartesystem durch, das bis zur Auflösung des MfS Bestand haben sollte: Eine zentrale Personenkartei mit gelben Karteikarten F 16 für die Erfassung von Personendaten, zudem eine Vorgangskartei mit ebenfalls gelben Karteikarten F 22 für die Registrierung von angelegten Vorgängen. Erstere ließ keinen Rückschluss auf die Art des Vorgangs mehr zu, letztere keinen mehr auf die erfasste Person. Davon abweichende Karteikarten gab es nur noch in Ausnahmefällen. Beispielsweise wurden 1961 (passender Weise) grüne Karteikarten für die Erfassung von Grenzgängern angelegt.¹⁴

Zu den zentralen Karteien gehörten zudem die Straßenkartei (F 78) und die Objektkartei (F 80), die beide der Erfassung konspirativer Wohnungen und Objekte des MfS dienten. Bis auf die

Abb. 4: Karteikarte F 16. Sie hatte seit 1954 ihren Vorgänger Form A 1 für die Erfassung von Personen, denen eine „feindliche Tätigkeit“ unterstellt wurde, abgelöst und galt seit 1960 für alle zentralen Erfassungen von Personendaten. Hier in der Druckfassung der 1980er-Jahre mit Personenkennzahl und gestempeltem Schlüssel der Erfassungsdaten: 01 für Erfassung in einer Kerblockkartei (KK), die Ziffern 0700573 als Diensteinheitenschlüssel für die erfassende Kreisdienststelle Wernigerode. Welchem Interesse an der Person die Erfassung in einer Kerblockkartei folgte, lässt sich aus den Daten der F 16 nicht ersehen. (Gelber Karton im Format DIN A6, Abb. anonymisiert)

Name		KK
Geburtsname		Reg.-Nr./Erfassungsart Magdeburg
weitere Namen		MfS/BV/Verw. Wernigerode
Vornamen *	Geburtsdatum 25. 19	DE/Mitarbeiter (bei registrierten Vorgängen nicht angeben)
Geburtsort Magdeburg	PKZ 2 5 4	010700573
Staatsangehörigk. DDR	Anschriften str.	Archiv-Signatur
Beruf/Tätigkeit Transportarbeiter	Arbeitsstelle VEB Radsatzfabrik Ilsenburg	MfS/BV/Verw./ablegende DE
Form 16		Mitarbeiter ☐ nicht gesperrt
* Rufname unterstreichen		Karte angelegt am 8. 08. 84 - 2

Objektkartei mit Karten im Format DIN A4 quer bestanden alle zentralen Karteien aus Karteikarten im Format DIN A6 quer und waren je nach Verwendungszweck unterschiedlich bedruckt. Die Karteikarten waren im MfS keine Dokumente mit Urkundencharakter, sondern bloßes Arbeitsinstrument für die sogenannte „politisch-operative“, also geheimpolizeiliche Tätigkeit. Sie erfuhren nicht nur durch neue oder aktualisierte Erfassungen, sondern auch durch den Austausch abgegriffener oder veralteter Karten ständige Veränderung und Erneuerung. Im Laufe des 40-jährigen Wirkens des MfS mischten sich ältere Formulare und Erfassungsvermerke mit neu gestalteten. Daraus ergab sich ein recht differenziertes Bild, dessen richtige Auswertung großer Aufmerksamkeit und Erfahrung bedarf, um für die heutigen vielfältigen Aufarbeitungsinteressen zutreffende Auskünfte zu liefern und den Aktenzugang zu ermöglichen.

Dezentrale Karteien

Das MfS bestand aus zuletzt 44 selbständigen Hauptabteilungen, Abteilungen und Gruppen in der Stasi-Zentrale sowie deren fachlich nachgeordneten Dienstseinheiten in 15 Bezirksverwaltungen, 209 Kreis- und 7 Objektdienststellen. Über die im vorherigen Abschnitt dargestellten zentralen Karteien hinaus führte jede dieser Dienstseinheiten eigene, sogenannte dezentrale Karteien. Die wichtigsten davon sollen hier kurz vorgestellt sein. Seit den 1960er-Jahren kamen vor allem Kerblockkarten als Handlochkarten im Format DIN A4 mit je nach Verwendungszweck unterschiedlichen Aufdrucken zur Anwendung: als Personenkerblockkartei, als IM-Vorauswahlkartei (Abb. 5), als Kfz-Kartei (alle im Querformat) oder als Deliktekartei (im Hochformat). In die Personenkerblockkartei wurden, getrennt nach Provenienz Ost oder West, Personen aufgenommen, die in irgendeiner Form ins Blickfeld des MfS geraten waren; das konnte sowohl der Verdacht einer „feindlichen“ Tätigkeit sein, als auch

das Interesse des MfS an einer perspektivischen Zusammenarbeit. Die IM-Vorauswahlkartei diente, wie der Name vermuten lässt, der Vorauswahl eines IM mit bestimmten Merkmalen, die diesen für eine zu übertragende Aufgabe geeignet erscheinen ließen; sie sollte dem MfS also gewissermaßen die Personalplanung für „konspirative“ Einsätze erleichtern. In der Kfz-Kartei wurden sicherheitspolitisch aufgefallene Kennzeichen von Kraftfahrzeugen, beispielsweise der Militärverbindungsmissionen der Alliierten, erfasst. In der Deliktekartei schließlich wurden alle Vorfälle gespeichert, in denen das MfS als Untersuchungsorgan tätig geworden war. Delikte oder Tathergänge mit gleichen Merkmalen konnten mittels der Deliktekartei schnell miteinander in Verbindung gebracht werden.

- 7 Lektion für die interne Schulung über Zweck und Aufbau der Karteien v. 1953. BStU, MfS AS 20/62, hier S. 150-152.
- 8 Lektion für die interne Schulung über die Bedeutung der Vorgangskartei, 1954. BStU, MfS AS 20/62, hier S. 131-140.
- 9 Über die Registrierbereiche siehe die Übersicht im Abkürzungsverzeichnis, S. 92, unter www.bstu.bund.de/DE/Service/Abkuerzungsverzeichnis/abkuerzungen-komplett.pdf?__blob=publicationFile (24.08.2011).
- 10 Richtlinie GVS-Nr. 90/54 über die operative Erfassung und Statistik in den Organen des Staatssekretariats für Staatssicherheit des Ministeriums des Innern der DDR vom 12. Dezember 1953. BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 3032.
- 11 Als aktiv erfasst galten alle IM, mit denen das MfS mehr oder weniger regelmäßig arbeitete. Im Unterschied dazu war bei passiv erfassten IM die Zusammenarbeit bereits eingestellt worden; für diese blieben die alten Karteikarten erhalten.
- 12 Schreiben über Veränderungen im System der operativen Erfassung v. 20.05.1960. BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 3030.
- 13 Schulungsmanuskript über den Aufbau der Zentralkartei und ihre Entwicklung v. 28. April 1976, S. 9; Vortragsmanuskript „Grundsätze der Führung von Karteien in den Abteilungen XII“ v. Mai 1981, BStU, MfS Abt. XII Nr. 2599, hier S. 15.
- 14 Die Farbe Grün weckt hier vielfältige Assoziationen: Grün als Waffenfarbe der Grenztruppen, Grün als Ampelfarbe für „Gehen“ bzw. „Freie Fahrt“, doch auch mit dem „grünen Band“, das heute den Verlauf der ehemaligen Grenze in der Landschaft markiert.

IMS	IM-Art
XIII 1406/82	Reg.-Nr.
Schüler	Deckname
DDR	Datum der Werbung
Land	Staatsangehörigkeit
Leonhardt	Sprachkenntnisse
29.10.82x	Dienstzeit
22. IV. 1983 S	Mitarbeiter
	Zeitpunkt des Anlasses
	Zeitpunkt von Veränderungen

Teil I

ER: konzentrierte Bearbeitung und Klärung von Vorkommnissen und bedeutsamen Brennpunkten der Kriminalität, die in enge Verbindung mit den Interessen des MfS stehen und abwehrbezogen das polit.-op. Zusammenwirken sichern.
Absicherung VPA Leipzig-Abt-K

16. IX 1983 S - Übergabe an MfS HA VII/1

Handkloppung
H - Dresden - Nr. 39

Abb. 5: Kerblockkarteikarte der IM-Vorauswahlkartei (IMVAK). Vermerkt sind Daten über einen inoffiziellen Mitarbeiter für Sicherungsaufgaben (IMS) mit dem Decknamen „Schüler“, der – für die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig registriert – im Volkspolizeiamt Leipzig tätig war, und seine vorgesehene Einsatzrichtung („ER“). Die Daten wurden gleichzeitig am Rand mittels flacher und tiefer Kerben nach einem verbindlichen Schlüssel gespeichert; die meisten Randnotizen im Beispiel beziehen sich auf diese Kerbungen. Über den Schlüssel waren die gekerbten Merkmale wieder abrufbar und ließen sich für die Auswahl eines geeigneten IM für einen bestimmten Auftrag nutzen. Im Beispiel dokumentiert die Bleistiftnotiz in der Mitte der Karte die Übergabe der Zuständigkeit für den IMS im September 1983

von der Kreisdienststelle Leipzig Land an die Hauptabteilung VII/1 des MfS, zuständig für die Abwehrarbeit in der Deutschen Volkspolizei; offenbar war der IMS in seiner Bedeutung für das MfS aufgestiegen. Die Notiz am oberen Rand „ohne F217/II“ verweist darauf, dass kein verfilmter Auskunftsbericht gefertigt wurde. Die Karten der IMVAK wurden als Teil I (wie im Beispiel) und als Teil II mit reduziertem Kopfteil gedruckt. Offenbar korrespondierend zu den IM-Akten war Teil I für Daten über die Person des IM vorgesehen und Teil II für die von ihm beschafften Informationen. IMVAK, Teil II sind kaum überliefert, wurden wohl auch selten genutzt. Offensichtlich hatten die Karten Teil I eine größere Aussagekraft für den Zweck der Vorauswahl. (Ungebleichter Karton im Format DIN A4 quer)

Kerblockkarten trugen zwei gestanzte Lochreihen am Kartenrand. Die Lochreihen gliederten sich in Felder und Paare, deren Löcher zur Speicherung von Informationen zum Kartenrand hin flach (äußere Reihe) oder tief (innere Reihe) nach einem verbindlichen Schlüssel gekerbt wurden. Sie bedurften keiner inneren Sortierung. Bei der Auswertung wurde eine Selektionsnadel in das Loch für das abgefragte Merkmal geschoben und der Kartenblock angehoben oder gekippt. Auf das Merkmal zutreffende Karten fielen dabei heraus. Mit Selektionsgabeln ließen sich mehrere Merkmale gleichzeitig abfragen. Selektionsgeräte für komplexe Abfragen an einem Kartenrand konnten bis zu 350 Kerblockkarten gleichzeitig aufnehmen. Die Kerblockkarten wurden, um größere Informationsmengen verfügbar zu halten, u. a. durch sogenannte zentrale Materialablagen (ZMA) der Dienstseinheit ergänzt. Das waren Aktenmappen, in die Schriftstücke über eine Person oder einen Sachverhalt abgeheftet wurden. Wie diese Kerblockkarteien zu führen und zu nutzen waren, bestimmte der umfangreiche Befehl Nr. 299/65 mit mehreren Anlagen, Durchführungsbestimmungen und Ergänzungen; er galt weitgehend bis 1982. Kerblockkarteien blieben jedoch darüber hinaus in einigen Dienstseinheiten bis zur Auflösung in Gebrauch.¹⁵

Im Mai und Juni 1974 begann der Aufbau von Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien (VSH-Karteien) in allen operativen Dienstseinheiten des MfS und der Bezirksverwaltungen sowie in den Kreis- und Objektdienststellen. Es handelte sich um eine alphabetisch geordnete Personennamenkartei im Format DIN A6. Sie bestand aus roten Vorverdichtungs- und Suchkarten F 401 und weißen Hinweiskarten F 402. Auf der Karte F 401 sollten alle Personen erfasst werden, die von der karteiführenden Dienstseinheit geheimpolizeilich „bearbeitet“ wurden. F 402 wurden benutzt, wenn eine Person bereits von einer anderen Dienstseinheit „aktiv erfasst“ war, also aktuell „bearbeitet“ wurde: Die Karte wurde dann an diese Dienstseinheit gegeben und dort in die VSH-Kartei eingeordnet. Die abgebende Dienstseinheit hatte damit ihr Interesse an der Person dokumentiert und erhielt umgehend einen Hinweis, wenn erneut Informationen vorlagen. Die damit erreichte Vernetzung der Dienstseinheiten untereinander sollte diesen eine höhere Selbstständigkeit in der Speicherung personenbezogener Daten gewähren. Gleichzeitig wurde damit die Datenbasis, also die Menge der erfassten Personen, enorm verbreitert, das MfS kam seinem Ziel einer „lückenlosen Erfassung“ von „politisch-operativ“ interessierenden Personen einen großen Schritt näher.

Neben den Daten zur Person enthielten die Karteikarten Angaben über den zuständigen MfS-Mitarbeiter, den Erfassungsgrund und als „operativ bedeutsam“ erachtete Informationen – für die ein Schlagwortkatalog entsprechende Abkürzungen vorhielt –, zudem Verweise auf vorliegende Erfassungen, z. B. in der zentralen Personenkartei F 16, in einer Datenbank, in einer Sichtlochkartei oder auf Unterlagen in der zentralen Materialablage der Dienstseinheit. Die VSH-Karteien blieben bis zum Ende des MfS die wichtigsten Arbeitskarteien operativer Dienstseinheiten.¹⁶ Seit Mitte der 1970er-Jahre begannen operative Dienstseinheiten mit der Einführung der Sichtlochkartei. Sie sollte die Kerblockkartei ablösen und bestand wie diese aus Handlochkarten im Format DIN A4. Die Sichtlochkartei war ein von Hand betriebenes Registraturmittel auf der Basis von Deskriptoren. Im MfS gehörten sie zu einem System, neben den Sichtlochkarten bestehend aus dem Deskriptorenverzeichnis, einer Dokumentenkartei F 404/F 405 und Akten in einer zentralen Materialablage der Dienstseinheit. Für jeden Deskriptor wurde eine Karteikarte angelegt. Jede Karte enthielt 7.000 Lochfelder. Jedes Lochfeld stand für eine Nummer. Einer zu speichernden Information wurden mehrere Deskriptoren zugewiesen und die vergebene Ablagenummer auf der entsprechenden Karte mit einem Handbohrer abgelocht. Für die Abfrage bestimmter Informationen wurden dafür zutreffende Deskriptoren ausgewählt und die entsprechenden Karten übereinandergelegt. Lochfelder, die eine Durchsicht boten, offenbarten übereinstimmende Merkmale. Die über ein Raster ablesbare Nummer des Lochfelds verwies auf die numerisch geordneten Dokumentenkarten, ggf. auf eine Akte in der zentralen Materialablage und die darin aufgezeichneten Informationen. Die Sichtlochkartei diente wie zuvor die Kerblockkartei vor allem der Speicherung und Verdichtung operativ erhobener Informationen und deren Auswertung in Lage- und Jahresberichten, aber auch der Vorauswahl von inoffiziellen Mitarbeitern.¹⁷

Elektronische Datenspeicher

Seit Mitte der 1960er-Jahre befasste sich das MfS mit elektronischer Datenspeicherung. Sukzessive wurden verschiedene Datenbanksysteme geschaffen und ständig weiterentwickelt. Die für zentrale Erfassung, Auskunft und Datenspeicherung zuständige Abteilung XII führte 1975 die EDV-Anwendung „System der automatischen Vorauswahl“ (SAVO) zunächst als Hilfsmittel für ihre Überprüfungs- und Auskunftserteilung ein. Zuvor waren dafür sechs Jahre lang alle Grunddaten aus der Personenkartei F 16 in eine Datenbank übertragen worden.¹⁸ SAVO diente seitdem zunächst dazu, alle Überprüfungsersuchen herauszufiltern, zu denen die abgefragten Personen nicht erfasst, also in der Personenkartei F 16 wie in der diese spiegelnden Datenbank nicht gespeichert waren. Das Prüfergebnis „nicht erfasst“ konnte anschließend zügig und direkt übermittelt werden. Die manuelle Prüfung in der Personenkartei beschränkte sich damit auf die als „erfasst“ ausgewiesenen Personendaten. Die Durchlaufzeit von Überprüfungsersuchen einer Kreisdienststelle bei der Abteilung XII des MfS verringerte sich dadurch zwar erheblich, betrug aber immer noch für heutige Maßstäbe vernetzter Informationsflüsse unglaubliche 12-15 Tage für nicht erfasste Personen und gar 21 Tage für erfasste. Zwischen 1975 und 1979 ermöglichte SAVO dem MfS 10 Mio. Personenüberprüfungen; seit 1979 waren alle im MfS gängigen Überprüfungsarten in die EDV-Recherche einbezogen. Bereits seit 1977 erarbeitete Erweiterungen wurden schließlich vor 1984 eingeführt als „automatische Auskunftserteilung“. Damit

konnten, bei festgestellter Identität von abgefragten und gespeicherten Personendaten, vorbereitete „Auskunftsinformationen“ direkt ausgedruckt und bereitgestellt werden. Grundlegende Erweiterungen wurden 1986 als SAVO 2.0 mit größerer Kapazität und neuen Funktionen eingeführt: SAVO 2.0 enthielt weitgehend alle Daten der Personenkartei F 16, manuelle Recherchen wurden nahezu unnötig. Die Weitergabe von Überprüfungsersuchen und Auskünften mittels Kurier wurde durch Datenfernübertragung (DFÜ) über Fernschreibverbindungen ersetzt; die Durchlaufzeiten verringerten sich auf drei bis sechs Tage für „erfasst“ und einen Tag für „nicht erfasst“. Gleichzeitig diente SAVO 2.0 im Zusammenwirken mit der Hauptabteilung VI (Passkontrolle, Tourismus, Interhotels) der Überprüfung von einreisenden Personen aus dem westlichen Ausland und Polen. Die Menge der täglichen Überprüfungsersuchen stiegen von 1979 bis 1987 auf mehr als das Doppelte.¹⁹

Zwar konnte SAVO 2.0 die Aufgaben der Personenkartei F 16 schneller leisten, sollte diese aber nicht ersetzen. Die Karteien enthielten trotz aller Dateneingaben noch immer mehr Detailinformationen, waren bei dringenden Anfragen schneller verfügbar und vor allem weniger störanfällig, somit – militärisch ausgedrückt – unter allen Lagebedingungen nutzbar.²⁰ Beide Datenspeicher – Karteien und Datenbank – wurden bis zum Ende des MfS parallel gepflegt und miteinander abgeglichen. Für Ersterfassungen und bei Änderung der Erfassungsdaten ließen sich seit 1986 aus SAVO 2.0 für die EDV modifizierte Karteikarten F 16 ausdrucken, die dann in die Personenkartei einsortiert wurden.²¹

¹⁵ Befehl Nr. 299/65 v. 24. Juli 1965, Anl. 1 Nr. 10 a, zudem die Anlagen 3, 4 u. 6. BStU, MfS BdL/Dok. Nrn. 3904, 3906, 3908 u. 3909; 2. Durchführungsbestimmung v. 20. Mai 1974 zum Befehl Nr. 299/65. BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 3902; Herstellerprospekt v. 1969. BStU, MfS ZAIG Nr. 16527; Herstellerprospekt 1970er-Jahre. BStU, MfS Abt. XII Nr. 8238; Verschlüsselungsmethode der Kerblockkartei. BStU, MfS Abt. XII Nr. 5947; Erich Magritz u. a. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaft. Organisation und Technik der Verwaltungsarbeit. Berlin 1975, S. 159-160, 190 u. 219.

¹⁶ 3. Durchführungsbestimmung v. 20. Mai 1974 zum Befehl Nr. 299/65. BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 3903; Dienstanweisung Nr. 1/80 v. 20. Mai 1980 über Grundsätze der Aufbereitung, Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen durch die operativen Dienstseinheiten des MfS, Nr. 2.1. BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 5221; Anforderungen an die weitere Erhöhung der operativen Wirksamkeit der VSH-Karteien v. 10. Februar 1989. BStU, MfS Abt. XII Nr. 1903.

¹⁷ Anlage 7 v. 20. März 1975 zum Befehl 299/65. BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 3910; Herstellerprospekte zum SLK-Verfahren, Lesegerät und Sichtlochbohrer v. 1969-1973. BStU, MfS ZAIG Nr. 7922; Vortrag über das SLK-Verfahren. BStU, MfS ZAIG Nr. 7051; Erich Magritz u. a. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaft. Organisation und Technik der Verwaltungsarbeit, Berlin 1975, S. 159-160 u. 319; Steffen Rückl/Georg Schmoll (Hrsg.): Lexikon der Information und Dokumentation, Leipzig 1984, S. 164-165 u. 278-280.

¹⁸ Dem soll eine bisher nicht ermittelte Weisung des späteren Stellvertreters des Ministers, Generalmajor Alfred Scholz, aus dem Jahre 1967 vorausgegangen sein. BStU, MfS Abt. XII Nr. 2804, S. 1.

¹⁹ Studie über die weitere Nutzung der EDV in der Abteilung XII v. Dezember 1977. BStU, MfS Abt. XII Nr. 2804, S. 1-17; Rahmenkonzeption über Nutzung des Bürocomputers für die elektronische Erfassung und Änderung von Personendaten bei gleichzeitigem Druck der Karteikarten F 16 v. 4. November 1985. BStU, MfS Abt. XII Nr. 3060, S. 1-15; Tafeln aus dem damaligen „Traditionskabinett“ der Abteilung XII. BStU, MfS Abt. XII Nr. 4579; Linieninformationen XII Nr. 1/86, Teil D, Bl. 2 über automatische Auskunftserteilung im SAVO. BStU, MfS Abt. XII Nr. 2886; Berichterstattungen der Abteilung XII zur Erfüllung des Jahresarbeitsplans v. 26. Juli 1979 und zum 30. Jahrestag der DDR v. 14. Februar 1980 mit statistischen Daten über SAVO. BStU, MfS Abt. XII Nr. 3183, S. 28-35.

²⁰ Schulungsmanuskript über „Aktuelle Aspekte der Arbeit mit den Hauptkarteimitteln der Abteilung XII – Personen- und Vorgangskarteien“ v. April 1987. BStU, MfS Abt. XII Nr. 2919, hier S. 22-24.

²¹ Rahmenkonzeption über Nutzung des Bürocomputers für die elektronische Erfassung und Änderung von Personendaten bei gleichzeitigem Druck der Karteikarten F 16 v. 4. November 1985. BStU, MfS Abt. XII Nr. 3060, S. 1-15; Linieninformationen XII Nr. 1/86, Teil D, B. 10 u. 11 über EDV-Vordrucke. BStU, MfS Abt. XII Nr. 2886.

Neben die Datenbank SAVO der Abteilung XII traten seit 1979 das elektronische Datenspeichersystem Soud²² und seit 1980/1981 die Zentrale Personendatenbank (ZPDB), beide geführt von der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), zudem in der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) bereits seit 1974 die Datenbank SIRA²³.

Über die ZAIG lohnt ein kurzer Exkurs für das weitere Verständnis. Sie war 1953 als Konsequenz aus den revolutionären Ereignissen um den 17. Juni bereits am 7. August als Informationsgruppe gegründet worden; über mehrere Zwischenstationen ging daraus 1965 die ZAIG hervor. Ihre Aufgabe bestand im Analysieren, Auswerten und Aufbereiten der durch das MfS beschafften Informationen zu Berichten an den Minister für Staatssicherheit und an die Partei- und Staatsführung der DDR, zudem in der Anleitung, Qualifizierung und Kontrolle der gesamten Informationstätigkeit im MfS.²⁴ Diese „Gruppe“ beschäftigte sehr viel mehr Mitarbeiter als die für die zentralen Karteien und die Archive des MfS zuständige Abteilung XII, sie hatte letztlich sogar die Fachaufsicht über die Abteilung XII. Für diese stellte die ZAIG mit ihren modernen Datenbanken eine ernstzunehmende, in dieser Hinsicht noch kaum erforschte Konkurrenz zur Informationsverwaltung in Karteien und Akten dar.

Soud, das System der vereinigten Erfassung von Informationen über den Gegner, war eine Datenbank, über die 1977 die Geheimdienste Bulgariens, der DDR, Kubas, der Mongolei, Polens, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Ungarns ein Abkommen schlossen und in der sie seit 1979 ihre Erkenntnisse über den „Gegner“ gemeinsam speicherten. 1984 trat Vietnam dem Datenverbund bei. Der Zentrale Arbeitsapparat des Soud befand sich beim KGB in Moskau. Von 1979 bis 1987 wurden dort jährlich durchschnittlich 18.500 Datensätze neu eingespeist. Bis Ende 1989 hatte allein das MfS 74.884 Erfassungen von Personen in Soud veranlasst.²⁵ Beim BStU überliefert sind lediglich die der Erfassung zugrunde liegenden Datenerfassungsbögen in ca. 67.000 schmalen Heftern der „zentralen Materialablage“ der ZAIG. Ihre Zentrale Personendatenbank (ZPDB) hatte die ZAIG seit den 1970er-Jahren entwickelt, 1981 nahm diese ihre Arbeit auf. Die ZPDB dürfte das größte und wohl auch wichtigste zentrale Datenverarbeitungsprojekt des MfS gewesen sein. Strukturiert nach einem Rahmenthesaurus und mehreren damit verknüpften Teil-Katalogen waren Ende 1989 darin u. a. Datensätze über 1,32 Mio. Personen, 417.000 Sachverhalte, 558.000 Objekte und zahlreiche weitere damit verbundene Informationen gespeichert.²⁶ Erhalten blieben davon lediglich die Kataloge sowie Sachakten und unstrukturierte Aufzeichnungen über Entwicklung, Arbeit und Einspeisung der Datenbank.²⁷

Die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), zuständig für die Auslandsspionage des MfS, hatte bereits seit den 1960er-Jahren ein eigenes System der Informationsrecherche der Aufklärung, SIRA, mit mehreren Teildatenbanken aufgebaut und 1974 in Betrieb genommen. Gespeichert wurden darin vor allem seit 1969 im Spionagenetz erworbene Informationen, und zwar nicht diese selbst, sondern deren Metadaten: Titel, Quelle, Zeitraum, Art und Umfang, Wertigkeit u. ä. m., zudem Aufträge zur Informationsbeschaffung und Nachweise über Informationslieferungen an die Partei- und Staatsführung der DDR. Zuletzt waren darin ca. 650.000 Datensätze gespeichert. Im Zuge von Systemumstellungen der Datenbank in den 1980er-Jahren separierte Duplikate der Magnetbänder blieben erhalten und ließen beim BStU eine weitgehende Rekonstruktion zu.²⁸ SIRA bietet damit einen wertvollen

Einblick in die Intensität und die Ausrichtung der Informationsbeschaffung der DDR im Westen und zudem Rückschlüsse auf die damaligen Quellen.

Diese (und weitere, hier nicht genannte) Datenbanken belegen eine in den 1980er-Jahren sich abzeichnende deutliche Tendenz zur Ablösung bzw. Ergänzung der bis dahin praktizierten Karteiarbeit durch Datenverarbeitungsprojekte. Die damit verbundenen weitreichenden Planungen bis zum Jahre 2000 und die begonnenen Baumaßnahmen für abstrahlungssichere Räume kamen aber durch das Ende der DDR und des MfS nicht mehr zum Tragen.

Auflösung des MfS – Brüche in der Überlieferung

Die zentralen Karteien des MfS verblieben in der Auflösungsphase 1989/90 grundsätzlich an ihrem Lagerungsort. In einigen Bezirksverwaltungen dagegen wurden die Liegenschaften geräumt. Dort kam es zu Verunordnungen der Karteien und zeitweilig zu unsachgemäßer Lagerung in Bunkern und Garagen. Bei der Auflösung der Dienstseinheiten des MfS wurde das mehr oder weniger lose Schriftgut mit Schnüren gebündelt, dezentrale Karteien oft ebenso. Zum Teil gelangten letztere auch in ihren Karteischränken oder in deren herausgezogenen Schubladen zum Abtransport. Alle Unterlagen der Berliner Zentrale wurden im Gebäude des früheren Zentralarchivs²⁹ des MfS in Berlin-Lichtenberg zusammengeführt. Unter dem Druck der damaligen Ereignisse geriet beim Bündeln, Verladen und Einlagern manches durcheinander – gelegentlich wohl nicht ohne Absicht, es waren MfS-Mitarbeiter, die dies verrichteten. Vertreter des Bürgerkomitees begleiteten diese Arbeiten, konnten durch Kontrollbesuche Auswüchse eindämmen, gezielte Eingriffe aber kaum verhindern.³⁰

Die elektronischen Datenträger, also Magnetplattenspeicher, Magnetbänder und Disketten wurden im Februar und März 1990 weitgehend vernichtet. Die Vertreter des Zentralen Runden Tisches hatten sich von dem Argument blenden lassen, dass westliche Geheimdienste einen schnellen Zugriff auf die unrechtmäßig erworbenen, vom MfS gespeicherten Daten haben könnten, für die Aufarbeitung jedoch alles auch in Akten und auf Karteien vorhanden wäre. Sie stimmten einer Vernichtung dieser Datenträger zu.³¹ Erst im Zuge der Vernichtungsaktion und in den darauf folgenden Wochen und Monaten erhielten Vertreter des Bürgerkomitees eine Ahnung von den gigantischen Ausmaßen und Verzweigungen des Stasi-Netzes, vor allem aber davon, dass unwiederbringlich Informationen verloren gingen, die eine zügigere Aufarbeitung ermöglicht hätten, und zudem damals sicher geglaubte Karteien und Akten verschwanden.³²

Denn es gelang dem MfS (mindestens) ein weiterer großer Coup, über den ein Zeitzeuge später berichtete: „Eines Tages stand ein glatzköpfiger Stasi-General vor dem Gremium und sprach mit tränenerstickter Stimme von den Vertrauensleuten der Aufklärung unserer Republik, die unter gefährlichsten Bedingungen für den Frieden gearbeitet hatten. Könnten wir wollen, daß diese Menschen ins Gefängnis kämen, gar von der Todesstrafe bedroht würden? Nein, das wollten wir nicht. Niemand sollte im Gefängnis sitzen oder aufgehängt werden, nur weil er für die Sicherheit unseres Staates gesorgt hatte. Und ein bißchen spioniert wird doch schließlich überall. War das noch Naivität oder schon gezielte Spurenverwischung?“³³ Im Ergebnis hatte die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) von der Arbeitsgruppe Sicherheit des Zentralen Runden Tisches die Genehmigung erhalten, sich selbst aufzulösen. Sie nutzte dies als Freibrief zur weitgehenden Vernichtung all ihrer Unterlagen. Darüber hinaus hatte sie aus

der zentralen Personenkartei F 16 Anfang 1990 alle Karteikarten mit Erfassungen für die HVA entfernen lassen. Damit dies irreversibel blieb, nahmen HVA-Mitarbeiter zudem schon am 28. Dezember 1989 die komplette Sicherungsverfilmung der zentralen Karteien F 16 und F 22 in Beschlag. Vom 6. bis zum 8. April 1990 wurden diese Mikrofilme komplett zerhäckselt.³⁴ Das Ausmaß der Vernichtung von Akten, Karteien und elektronischen Datenträgern³⁵ seit November 1989 ist bisher erst in Grundzügen und für einzelne Dienstseinheiten untersucht worden.³⁶

FINDMITTEL DES BSTU ALS INSTRUMENT DER AUFARBEITUNG

Ausgangslage nach Behördengründung

Mit der Hypothek einer in Teilen verunordneten, in weiteren wesentlichen Teilen reduzierten und weitgehend unerschlossenen Überlieferung nahm mit der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 der Sonderbeauftragte für die Stasi-Unterlagen seine Arbeit auf und gewährte seit Dezember 1990 erste Akteneinsichten nach einer vorläufigen Benutzerordnung.³⁷

Mit Verabschiedung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes am 20. Dezember 1991 wurde aus dem Sonderbeauftragten der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen. Auf dieser Rechtsgrundlage findet seit dem Januar 1992 die historische, politische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes statt, vor allem aber die Akteneinsicht für jeden Einzelnen, in dessen Leben die Stasi eingegriffen hatte.³⁸ Das bedeutete: Es blieb keine Zeit, erst alle Unterlagen zu verzeichnen und zu ordnen, Strukturen und Arbeitsweisen zu durchdringen, Informationswege und Ablagesysteme zu rekonstruieren, um dann mit der Aktenbereitstellung zu beginnen. Vielmehr sollte alles sofort, möglichst gleichzeitig stattfinden und vor allem schnell.

Die Karteien des MfS als Bestandteil der Überlieferung mussten dem BStU weiterhin als Findmittel dienen. Dabei waren hohe Anforderungen des Datenschutzes und der rechtlich relevanten Wahrung des Überlieferungszustandes zu beachten: Über die Rekonstruktion von verunordneten Karteien hinaus durften keinerlei Veränderungen oder Korrekturen festgestellter Fehler stattfinden. Vielmehr waren dafür farblich deutlich unterscheidbare Ergänzungskarteikarten des BStU zu verwenden. In Abstimmung mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten kamen dafür curryfarbene Karten zum Einsatz.³⁹

Zu den dringlichsten Aufgaben der Archivbereiche der Behörde gehörte es somit, die Zusammenhänge zwischen dem gigantischen Karteiensystem und den überlieferten Aktenmassen zu ermitteln und für die Auskunftserteilung zu nutzen, zudem, soweit möglich, die in beträchtlicher Zahl in Unordnung geratenen Karteien in ihrer Ordnung zu rekonstruieren. Erst vor wenigen Jahren konnten diese Sortierungsarbeiten im Wesentlichen abgeschlossen werden.⁴⁰ Nur so konnte der BStU den im Stasi-Unterlagen-Gesetz übertragenen Aufgaben nachkommen.

Trotz der dargelegten Interimslösungen sind der Nutzbarkeit klassischer Karteien für heutige Erwartungen der Auswertung⁴¹ Grenzen gesetzt. Zudem gebietet die archivarisches Verantwortung für die Erhaltung der anvertrauten Unterlagen, insbesondere der Karteien, diese nicht durch stetige Weiternutzung zu verschleifen. Seit der Mitte der 1990er-Jahre wurden darum verschiedene digitale Lösungen erarbeitet, die im nächsten Abschnitt vorgestellt werden sollen.

- 22 „Soud“ kam aus dem Russischen und stand für „Sistema odjedinnjonnogo utschjota dannych o protiwniku“.
- 23 „SIRA“ stand für „System der Informationsrecherche der Aufklärung“.
- 24 Gegründet mit Befehl Nr. 279/53 v. 07.08.1953. BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 183; über Aufgaben und Verantwortlichkeiten u. a. in BStU, MfS ZAIG Nr. 7828; weiterführend siehe: Roland Lucht: Mit Propaganda in den Untergang. Über die Informationstätigkeit des MfS an die Partei- und Staatsführung der DDR, (unveröffentl. Manuskript) Potsdam 2006; Daniela Munkel: Die DDR im Blick der Stasi 1989, in: Archiv für Politik und Zeitgeschichte 21-22/2009, S. 26-32; siehe auch die Editionsreihe des BStU: Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2009 ff., bisher erschienen die Jahressbände für 1961, 1976 und 1988.
- 25 Bodo Wegemann/Monika Tantzsch: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnisystems (Analysen und Berichte 1/96), Berlin 1996, insbes. S. 7, 63 u. 70.
- 26 Stephan Konopatzky: Zentrale Personendatenbank, in: Roger Engelmann u. a. (Hrsg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, Berlin 2011, S. 350-351.
- 27 Eine aktuelle Recherche in der Datenbank Sachaktenserschließung des BStU zeigte 2260 Akteneinheiten mit Betreffend ZPDB an.
- 28 Jochen Hecht: „Rosenholz“ und SIRA – archivalische Quellen zur Geschichte der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS, in: Dagmar Unverhau (Hrsg.): Hatte „Janus“ eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit (Archiv zur DDR-Staatssicherheit 6). Münster 2003, S. 99-112; Stephan Konopatzky: SIRA, in: Engelmann u. a. (Hrsg.), Das MfS-Lexikon (s. Anm. 25), S. 272-273.
- 29 Über Planung, Bau und Arbeit des ehemaligen Zentralarchivs der Staatssicherheit siehe nun Karsten Jedlitschka: Allmacht und Ohnmacht. Das Zentralarchiv der Staatssicherheit, in: Archive unter Dach und Fach. Bau, Logistik, Wirtschaftlichkeit. 80. Deutscher Archivtag in Dresden 2010, Red. Heiner Schmitt (Tagungsdokumentationen zum Deutschen Archivtag 15. Fulda 2011, S. 175-192.
- 30 Erster Tätigkeitsbericht des BStU 1993, S. 25-31.
- 31 Uwe Thaysen (Hrsg.): Der Zentrale Runde Tische der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Band III: Neuer Machtkampf. Wiesbaden 2000, S. 752-756 u. 872-874; ebd. Band V: Dokumente, Wiesbaden 2000, S. 205, 347 u. 390-393.
- 32 Anne Worst: Das Ende eines Geheimdienstes. Berlin 1991, S. 112-116.
- 33 Stefan Wolle: Mutti, Mutti! Er hat gar nicht gebohrt. Oder: Der Preis der friedlichen Revolution, in: Horch und Guck 28/1999, S. 62-64.
- 34 Matthias-Domaschk-Archiv, ASTAK BK 6-1: Abschlußbericht über die Auflösung der Abt. XII v. 09.03.1990, Anlage 7: Protokoll v. 28.12.1989 u. ebd., Vermerke v. 06.04. u. 11.04.1990.
- 35 Trotz der umfassenden Vernichtungen ließen sich nicht nur wie oben dargestellt die SIRA-Teildatenbanken rekonstruieren, insgesamt sind Fragmente vom 44 Datenbankprojekten überliefert und konnten beim BStU nutzbar gemacht werden.
- 36 Dagmar Unverhau: Zerreißen, vernichten, verlagern, verschwinden lassen – Die Aktenpolitik der DDR-Staatssicherheit im Zeichen der „Wende“ 1989, in: Archive und Herrschaft. Referate des 72. Deutschen Archivtages 2001 in Cottbus (Der Archivar. Beiheft 7). Siegburg 2002, S. 174-210; Roland Lucht: „Ablagen liquidieren – ‚spezifische‘ Vorgänge tragfähig gestalten“. Schriftgutvernichtungen des MfS während der „Wende“ und der Auflösungsphase der Staatssicherheit, in: Unverhau (Hrsg.), Hatte Janus eine Chance (s. Anm. 27), S. 81-97.
- 37 Weiterführend bei Jörg Pietrkiewicz: Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes und die „Vorläufige Ordnung für die Nutzung personenbezogener Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (Vorläufige Benutzerordnung)“ vom 12.12.1990, in: Dagmar Unverhau (Hrsg.): Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Lichte von Datenschutz und Archivgesetzgebung (Archiv zur DDR-Staatssicherheit 2), 2. durchges. Auflage. Münster 2003, S. 57-67.
- 38 Von 1991 bis zum Juni 2011 gingen beim BStU 6,63 Mio. Anträge und Ersuchen ein, darunter 2,79 Mio. Anträge von Bürgern auf Auskunft, Akteneinsicht und Herausgabe von Kopien. www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragteUndBehorde/BStUZahlen/_node.html v. 24.08.2011; weiterführende statistische Daten siehe unter www.bstu.bund.de/DE/Archive/UeberDieArchive/Ueberlieferungslage-Erschliessung/ueberlieferungsinhalte_inhalt.html (24.08.2011).
- 39 Vertiefend bei Dagmar Unverhau: Archivarbeit unter den Erfordernissen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und des Datenschutzes, in: dies. (Hrsg.), Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (s. Anm. 36), S. 169 – 182; Birgit Salamon: Die Archive der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen (BStU). Die archivfachliche Arbeit an den MfS-Geheimdienstunterlagen. Fragen und Herausforderungen, in: Der Archivar. 55, 2002, 3, S. 203-207.
- 40 Die Karteien wurden unter Berücksichtigung der sach- und strukturbezogenen Inhalte schrittweise nutzbar gemacht und kontinuierlich in die Auskunftserteilung einbezogen. Siebenter Tätigkeitsbericht der BStU, Berlin 2005, S. 29.
- 41 Z. B. für statistische oder sozialwissenschaftliche Fragestellungen.

Neben dem thematischen Zugang erfolgt mit dem SAE auch die personenbezogene Erschließung der Unterlagen einschließlich der Übertragung von Personendaten in das EPR. Recherchiert werden kann in der Datenbank über die Klassifikation, über diverse Register wie z. B. den Sachindex und über Volltextsuche. Das Programm fördert die formale Einheitlichkeit der Erschließungs- und Rechercheprozesse in den Archivbereichen und ermöglicht es, Rechercheaufträge effizient zu bearbeiten. Aktuell sind ca. 621.000 Datensätze in SAE erfasst, die für die Recherche freigegeben sind. Der Zugang zum EPR und zum SAE ist aus Datenschutzgründen nur für Behördenmitarbeiter möglich, die auch die von Antragstellern gewünschten Recherchen durchführen. Externe Nutzer können sich über die Erschließungsergebnisse in Form von teilbestandsbezogenen Findbüchern/Aktenverzeichnissen im Internet informieren bzw. werden intensiv vor Ort beraten. SAE soll in einigen Jahren durch ein neues System abgelöst werden (s. u.).

Weitere Datenbanken des BStU

Um das hohe Arbeitsaufkommen und die anhaltend hohe Zahl von Anträgen auf Akteneinsicht und Überprüfung bewältigen zu können, setzte die Behörde, wie die Beispiele SAE und EPR zeigen, von Beginn an auf die Unterstützung der Arbeit durch Informationstechnik (IT).

Im Laufe der Zeit wurden verschiedene weitere IT-Verfahren zur Verbesserung und Beschleunigung der Aufgabenerledigung entwickelt und eingesetzt. In den Registraturverfahren Zentralregistratur und Vorgangsverfolgung beispielsweise werden die wesentlichen Daten eines Antrages erfasst sowie Vordrucke für die Karteirecherche und die Eingangsbestätigung für den Antragsteller erstellt. Mehrfchanträge zur selben Person werden automatisch identifiziert. Darüber hinaus protokolliert das System die einzelnen Schritte und den Stand bei der Bearbeitung von Anträgen und Ersuchen. Diese Daten dienen gleichzeitig einer qualifizierten Statistik. Als erster Schritt der Antragsbearbeitung wird zunächst eine Personenrecherche in allen bislang DV-erfassten Karteien und Dateien vorgenommen. Durch einen automatischen Datenabgleich (ADA), der bei personenbezogenen Anfragen allen manuellen und Terminalrecherchen zentral vorgeschaltet ist, werden in der Zentralregistratur des BStU Verknüpfungen zu allen IT-erfassten personenbezogenen Daten der verschiedenen Datenbanken und zur manuellen Recherche hergestellt. Der Datenabgleich liefert relevante Fundstellen in den wichtigsten Datenbanken der Behörde, beinhaltet damit quasi eine Vorstufe zu den folgenden aufwendigen manuellen Recherchen in den zentralen und dezentralen Karteien des MfS.

Daten, die dabei schwerpunktmäßig abgefragt werden, sind u. a.: Angaben zu ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS und des Stasi-Wachregiments, auch zu hauptamtlichen inoffiziellen Mitarbeitern (HIM) und zu Offizieren im besonderen Einsatz (OibE) sowie Daten aus SAE und EPR. Darüber hinaus können Angaben aus weiteren Spezialdateien abgefragt werden (z. B. aus Personendaten aus der Erschließung der Bild- und Tonunterlagen). Eine weitere in diesem Zusammenhang geführte Datenbank umfasst die sogenannten Rosenholz-Dateien. Diese beziehen sich auf die inoffiziellen Mitarbeiter der DDR-Auslandsspionage HV A sowie auf Personen, die aus ihrem Umfeld stammten.⁴³

Insbesondere in Außenstellen des BStU, deren MfS-Decknamenkartei (F 77, s. o.) vernichtet wurde, werden Karteirecherchen zur Decknamenentschlüsselung seit einigen Jahren mit Hilfe des IT-Verfahrens KARDE (Kartei Decknamen) unterstützt. Durch

das Lesen von IM-Akten vor der Bereitstellung für die Nutzer werden wichtige Daten zur Registrierung, zu Decknamen, aber auch Personengrunddaten bekannt, die aufgrund der Speicherung in der Datenbank nun für Auskünfte und insbesondere für die Decknamenentschlüsselung zur Verfügung stehen. Weitere Grundlage sind Daten aus der Vorgangskartei F 22 (s. o.). Zurzeit sind ca. 11.000 Datensätze in KARDE erfasst, die für die Recherche freigegeben sind. Da die in dieser Datenbank erfassten Angaben sich auch für anders geartete Recherchen und Auskünfte, etwa zu allgemeinen Strukturen der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes, eignen, wird das Verfahren in weiteren Außenstellen bereits genutzt oder zur Anwendung vorbereitet.⁴⁴

Neben den bisher beschriebenen Findmitteln werden vorrangig bei thematischen Recherchen die Datensammlungen des SAE und die Dokumentensammlung (DOSA) berücksichtigt. Die Dienstseinheit Büro der Leitung des MfS sammelte und verwahrte die zentral erlassenen dienstlichen Bestimmungen. Diese Befehle, Dienstanweisungen, Richtlinien und Ordnungen mit Weisungscharakter wurden ergänzt durch Anordnungen vor allem der Ministerien des Innern und für Nationale Verteidigung. Die Dokumente sind bis auf wenige Ausnahmen sachbezogen, enthalten also wenige Personenangaben. Sie vermitteln einen ausführlichen Überblick über die Entwicklung von Aufgaben und Strukturen innerhalb des MfS.

Grundlage für das vom BStU konzipierte IT-Verfahren war eine vom MfS nach „Verfassern“ bzw. Herausgebern angelegte Dokumentenkartei, die sich allerdings für die gegenwärtige Aufgabenerfüllung als unpraktisch erwies. Wegen der unzureichenden Datenbasis entschloss sich der BStU so auch zu einer Neuverzeichnung der Einzeldokumente, die in der Zentralstelle mittlerweile abgeschlossen werden konnte.

Die vom MfS zentral erlassenen Bestimmungen wurden häufig in den Bezirksverwaltungen durch eigene Festlegungen regional umgesetzt. Dies ist bedeutsam, da diese Dokumente in Verbindung mit anderen Unterlagen die Ausrichtung und Verwirklichung der territorialen Strukturen der Staatssicherheit aufzeigen. Aus diesem Grund wurden auch von den Außenstellen eigene Datenbanken DOSA angelegt. Insgesamt enthalten die Datenbanken DOSA ca. 76.000 Datensätze.

⁴² Erschließungsstand bei den Teilbeständen der Dienstseinheiten liegt bei ca. 85 Prozent. Die archivische Erschließung der archivierten Ablagen war gegenüber den Unterlagen der Dienstseinheiten zurückgestellt worden, da ja bereits ein personenorientierter Zugriff über die Karteien F 16 und F 22 möglich war. Thematisch sind davon bislang etwa vier Prozent erschlossen worden. Da der Erschließungsstand bei den Unterlagen der Dienstseinheiten insgesamt mittlerweile weit fortgeschritten ist, wird nunmehr auch an einer Konzeption für die thematische Erschließung der archivierten Ablagen gearbeitet.

⁴³ Birgit Salamon: Archive – Gedächtnis und Mittel der Wahrheits- und Gerechtigkeitsfindung. Bewertung und Kassation in den Archiven des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), in: Horch und Guck 48/2005, S. 21-23.

⁴⁴ Im Wesentlichen sind dies die Außenstellen Erfurt, Frankfurt (Oder), Leipzig, Magdeburg, Rostock und Suhl.

Notizen aus dem Archiv	
Über die Archive	
Öffentliche Führungen	
Rekonstruktion von Unterlagen	
Fundstelle Archiv	
Spurensuche	
Bestandsübersicht	
Teilbestände	
Findmittel	
Fachbeiträge	
Service	
1 Antrag	
2 Bürgerberatung	
3 Veranstaltungskalender	
4 Publikationen	
5 Häufig gefragt	
6 MfS-Abkürzungen	
7 Zitierweise	
8 Presse	
9 RSS Feeds	
10 Warenkorb	
Aufarbeitung im Ausland	

Teilbestände in alphabetischer Reihung

- Abteilung X (Internationale Verbindungen)
- Abteilung XI (Chiffriermesen)
- Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher)
- Abteilung XIII (Zentrale Rechenstation)
- Abteilung XIV (Untersuchungshaft, Strafvollzug)
- Abteilung XV (Telefonüberwachung)
- Abteilung XVI (Bewaffnung, Chemischer Dienst)
- Abteilung XVII (Finanzen)
- Abteilung XVIII (Postkontrolle)
- Abteilung XIX (Nachrichten)
- Arbeitsgruppe XX (Besucherbüros West-Berlin)
- Arbeitsgruppe XXI (Kommerzielle Koordinierung)
- Arbeitsgruppe des Ministers
- Arbeitsgruppe II - keine Überlieferung
- Archivbestand 1 - Operative Hauptablage
- Archivbestand 2 - Allgemeine Sachablage
- Archivbestand 3 - Personalaktenablage
- Archivbestand 4 - Akten der Staatsanwaltschaften/Militärstaatsanwaltschaften
- Archivbestand 5 - Geheimablage
- Archivbestand 6 - Akten der Verwaltung Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung
- Archivbestand 7 - Protokolle aus der elektronischen Datenverarbeitung (Bestand vor 1987 aufgearbeitet)
- Archivbestand 8 - Akten über Fahnenflucht
- Archivbestand 9 - Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei
- Büro der Leitung
- Büro der Zentralen Leitung der Sportvereinsliga Dynamo
- Filmauswertung
- Fotosammlung
- Hauptabteilung I (Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenzgruppen)
- Hauptabteilung II (Spionageabwehr)
- Hauptabteilung III (Funkaufklärung, Funkabwehr)
- Hauptabteilung IV (Passkontrolle, Tourismus, Interhotel)
- Hauptabteilung V (Abwehrarbeit in MdI und DVP)
- Hauptabteilung VI (Beobachtung, Ermittlung)
- Hauptabteilung VII (Untersuchungsorgan)
- Hauptabteilung VIII (Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen)
- Hauptabteilung IX (Sicherung der Volkswirtschaft)
- Hauptabteilung X (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen)
- Hauptabteilung XI (Staatsanwaltschaft Kultur, Kirche, Untergrund)

Abb. 7: Die Bestandsübersichten (hier ein Auszug) bieten einen Überblick über die vom BStU verwalteten Bestände

Findmittel des BStU im Internet

Ein aktueller Schwerpunkt der Aktivitäten der Archivbereiche liegt neben der Erschließung und Recherche auf der Veröffentlichung weiterer Findmittel, in erster Linie durch Bereitstellung der Informationen im Internet. Mit diesen werden die erschlossenen Unterlagen der zentralen wie der regionalen Überlieferung des Staatssicherheitsdienstes vorgestellt, nachdem sich das Internet mit seinen Recherchemöglichkeiten für interessierte Laien wie auch für Wissenschaftler als geeignete Informationsquelle etabliert hat. Einen grundlegenden Überblick über sämtliche in der Behörde verwalteten Bestände vermitteln zunächst die Bestandsinformationen des BStU, also Beständeübersichten im Internet, die wesentliche Erkenntnisse aus dem Erschließungsprozess widerspiegeln und regelmäßig aktualisiert werden (Abb. 7). Darüber hinaus schuf die siebte StUG-Novellierung 2006 die Voraussetzung für eine breitgefächerte Veröffentlichung von archivischen Findmitteln im Internet. Seitdem folgt der BStU dem Trend anderer staatlicher und nichtstaatlicher Archive, Erschließungsergebnisse kontinuierlich auf diesem Weg zu publizieren.⁴⁵ Für die Zentralstelle liegen bisher sechs Findmittel zur Vorstellung kompletter Teilbestände vor. Ein zusammenfassendes Findbuch zu den Sekretariaten der Stellvertreter des Ministers Neiber, Mittig und Schwanitz, ein Findbuch zur Abteilung X (Internationale Verbindungen) sowie ein Findbuch zum „Archivbestand 2, Allgemeine Sachablage“. Diese drei Findbücher liegen auch in gedruckter Form vor.⁴⁶ Zu den Unterlagen der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) existieren zwei Findmittel: das Aktenverzeichnis zu den Unterlagen der HVA und eine Übersicht zu den Ausgangsinformationen der HVA, also den für die Regierungs- und Parteispitze zusammengestellten Ergebnissen der Westspionage. Hinzu kommt ein 2009 vorgestelltes Verzeichnis

01 Leitung und Planung

01.01 Leitung, Zusammenarbeit

Archivsignatur	Inhalt	Laufzeit
67	Handlungen zur Abwehr von operativ bedeutsamen Gewaltakten gegen die Dienstobjekte des MfS	1984
9	Festlegungen der BV Rostock, Selbständiges Referat (SR) Bewaffnung und Chemischer Dienst zum Waffengebrauch sowie Arbeitseifer des Waffenhafers	1977 - 1989
154	Entwürfe u. a. Waffenschrank im Zimmer des Odlf. - Nachweiskarten und Übergabeprotokolle für Waffen, Munition und Geräte. - Ständige Waffentücher in der KD.	1987
138	Diplomarbeit über die Aufgaben und Maßnahmen einer Kreisdienststelle zur Arbeit am Ereignisort und zur Durchsetzung der operativen Interessen des MfS bei der Ereignisortuntersuchung	1987
74	Diplomarbeit über Probleme der zweckmäßigen Informierung des Leiters der Kreisdienststelle Ribnitz-Damgarten am Beispiel der Erarbeitung eines Informators im Rahmen der politisch-operativen Lageerschätzung	1987
20	Schreiben des Selbständigen Referates (SR) Bewaffnung und Chemischer Dienst der BV zum Umgang mit Reizstoffspray und zum Gefechtsdienst	1989
101	Zukünftige Struktur des Kreisamtes für Nationale Sicherheit (KANS) Ribnitz-Damgarten Entwürfe: Beratungsprotokolle. - Fernschreiben. - Mitarbeiteraufstellungen.	1989
	Kaufverträge und Belege für Beleuchtungssätze aus dem Bestand des Kreisamtes für Nationale Sicherheit (KANS)	1989

Abb. 8: Beispiel für ein Aktenverzeichnis, hier aus der Außenstelle Rostock zu den Unterlagen der Kreisdienststelle Ribnitz-Damgarten (Auszug)

der Filme und Videos des Ministeriums für Staatssicherheit.⁴⁷ Das Verzeichnis umfasst die Titel und Kurzangaben zu den archivwürdigen Filmen und Videos der Zentrale des MfS und sämtlicher Bezirksverwaltungen mit Ausnahme der Filme und Videos privater Herkunft.

Parallel dazu wurde eine Reihe von Aktenverzeichnissen der Außenstellen zu Dienstseinheiten der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen veröffentlicht. Bisher standen dabei die Aktenverzeichnisse der Dienstseinheiten der Bezirksverwaltung Neubrandenburg und deren Kreisdienststellen im Mittelpunkt. Neben zehn Dienstseinheiten und der Leitung der Parteiorganisation liegen zu allen dortigen Kreisdienststellen Verzeichnisse vor. Hinzu kommen Übersichten zu den Unterlagen weiterer Bezirksverwaltungen: Von Rostock liegen bereits mehrere Verzeichnisse zu den Dienstseinheiten der Bezirksverwaltung vor, Übersichten zu einigen Kreisdienststellen treten hinzu (Abb. 8). Auch zur Überlieferung der Bezirksverwaltungen Chemnitz, Cottbus, Frankfurt/Oder, Gera, Karl-Marx-Stadt und Magdeburg sind Verzeichnisse im Netz veröffentlicht. Seit 2010 wird die Darstellung abgerundet durch die Einstellung von ausgewählten Beispielen personenbezogener MfS-Karteien aus Teilbeständen der Zentralstelle mit Abbildungen und Erläuterungen. Die entsprechende Webseite umfasst bisher Beispiele aus den Dienstseinheiten Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher), Hauptabteilung (HA) VII (Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei), HA XIX (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen), HA XXII (Terrorabwehr), HA Kader und Schulung sowie aus dem Büro der Leitung und der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (Abb. 9). Zu beachten ist, dass es bei allen Teilbeständen noch zu Zuwächsen beispielsweise durch Rückführungen und Bestandsbereinigungen kommen kann⁴⁸, auch durch die Rekonstruktion der vom MfS vorvernichteten Unterlagen (zerrissene Materialien in Säcken⁴⁹). Aus diesem



Abb. 9: Startseite für die Karteibeispiele (Auszug). Auf dieser Seite präsentiert der BStU ausgewählte personenbezogene MfS-Karteien

Grund und wegen der noch ausstehenden endgültigen archivischen Bewertung der Unterlagen sind die hier angesprochenen Findmittel als vorläufig anzusehen.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang weiterhin eine von der früheren Außenstelle des BStU in Potsdam erstellte detaillierte und illustrierte Übersicht über alle wichtigen Karteien, die beim MfS geführt wurden.⁵⁰

Darüber hinaus werden MfS-Unterlagen auch außerhalb der Internetseiten des BStU online präsentiert. So werden beispielsweise die Bestände der Thüringer Außenstellen im Archivportal Thüringen, das von der Archivberatungsstelle beim Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar betrieben wird, vorgestellt.⁵¹ Der BStU beteiligt sich mit verschiedenen Findbuchdateien am Archivportal „SED-/FDGB-Archivgut“. Bei diesem Portal handelt es sich um ein Kooperationsprojekt des Bundesarchivs mit den Landes- und Staatsarchiven der neuen Bundesländer und des Landes Berlin. Der BStU hat hierzu eine Online-Beständeübersicht zu im MfS-Überlieferungsbereich enthaltenen Unterlagen von SED und FDGB erstellt, die seit Herbst 2009 in den Online-Auftritt des Netzwerks „SED-/FDGB-Archivgut“ eingebunden ist.⁵² Den größten Anteil bildet dabei die Überlieferung zur SED-Kreisleitung und zum FDGB-Kreisvorstand im MfS. Weitere Erschließungsangaben betreffen die Bestände Leitung der Parteiorganisation in den MfS-Bezirksverwaltungen Gera und Neubrandenburg. Durch die Mitarbeit am Archivportal wurden erstmals BStU-Findmittel im Verzeichnungs- und Präsentationsstandard EAD (Encoded Archival Description) erstellt, welcher

⁴⁵ Zu aktuellen Trends im Internet Mario Glauert: Archiv 2.0. Vom Aufbruch der Archive zu ihren Nutzern, in: Archive im digitalen Zeitalter. Überlieferung – Erschließung – Präsentation. 79. Deutscher Archivtag in Regensburg, Red. Heiner Schmitt (Tagungsdokumentationen zum Deutschen Archivtag 14). Fulda 2010, S. 43–54.

⁴⁶ Abteilung Archivbestände der BStU (Hrsg.): Findbuch zum „Archivbestand 2: Allgemeine Sachablage“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Bearbeitet von Joachim Franke (Archiv zur DDR-Staatssicherheit 4), Münster 2001; dies.: Vorläufiges Findbuch zur Abteilung X „Internationale Verbindungen“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Bearbeitet von Marko Pollack und Doreen Bombitzki (Archiv zur DDR-Staatssicherheit 8), Münster 2005; dies.: Vorläufiges Findbuch Sekretariate der Stellvertreter des Ministers Neiber, Mittag und Schwanitz im Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Bearbeitet von Elisabeth Larssen und Jana Florczak (Archiv zur DDR-Staatssicherheit 10), Münster 2008.

⁴⁷ Vorstellung eines Teils der Findmittel erfolgte auf öffentlichen Veranstaltungen des BStU, siehe u. a.: Karsten Jedlitschka: Archivtagung „Erschließung und Zugang“ im Archiv der BStU-Zentralstelle, in: Der Archivar 61 (2008), S. 394; Ralf Blum/Karsten Jedlitschka: Filme der Staatssicherheit – Viertes Nutzerforum der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, in: Der Archivar 62 (2009), S. 426–427.

⁴⁸ Siehe dazu bald: Karsten Jedlitschka/Stephan Wolf: 20 Jahre Bewegung. Bestandszuwächse und Abgaben in den Archiven des BStU, in: Archivalische Zeitschrift 92, 2011 [im Druck].

⁴⁹ Andreas Petter: Die Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen. Ursachen und Perspektive einer besonderen Fachaufgabe, in: Journal der juristischen Zeitgeschichte 2/2009, S. 61–64; Giselher Spitzer: Überlegungen zum Quellenwert „vorvernichteter“ Stasi-Unterlagen für die politisch-historische Aufarbeitung. Diskussion ausgewählter Dokumente und Ergebnisse einer Umfrage bei Experten, in: ders./Johannes Weberling (Hgg.): Virtuelle Rekonstruktion „vorvernichteter“ Stasi-Unterlagen. Technologische Machbarkeit und Finanzierbarkeit – Folgerungen für Wissenschaft, Kriminaltechnik und Publizistik, 2. Aufl. Berlin 2007, S. 56–94.

⁵⁰ Alle Findmittel sind zu erreichen über www.bstu.bund.de/DE/Archive/Findmittel/_node.html (1708.11).

⁵¹ Vgl.: www.archive-in-thueringen.de/index.php?major=archiv&action=list&object=archivart&rid=8 (1708.11).

⁵² Vgl.: www.bundesarchiv.de/sed-fdgb-netzwerk/bestaendelisten.html (1708.11).

sich als fachliches Austauschformat im internationalen Maßstab etabliert hat.

Festzuhalten bleibt: Durch die Vielzahl der neu entstandenen bzw. inzwischen erschlossenen Findmittel, z. B. die vorgenannten „Rosenholz“-Datenbank und die SIRA-Teildatenbanken konnten in den letzten Jahren viele auch durch bewusste Vernichtung fehlende Erfassungen in den zentralen Karteien der Zentralstelle und in weiteren Datenbank ergänzt werden. Die vervollständigten Datenbanken ermöglichen schnellere und genauere Karteirecherchen. Der in den letzten Jahren erfolgte starke Ausbau der Internetseiten der BStU-Archive ermöglicht es zudem, eine breite Öffentlichkeit, zu der mehr und mehr auch ausländische Nutzer zählen, über die Arbeitsergebnisse zu informieren.⁵³

AUSBLICK

Die beschriebene Präsentation im Internet wird kontinuierlich ergänzt, um weitere erschlossene Überlieferungen vorzustellen. Dies gilt besonders für die Unterlagen solcher Dienststellen und Bezirksverwaltungen, die bisher noch nicht mit Übersichten im Internet vertreten sind.

Zu beobachten ist außerdem ein Anstieg der Anzahl von Nutzungsanträgen zu den bereits eingestellten Findmitteln – ein Trend, der sich in Zukunft noch verstärken dürfte.

Auch nach dem im Frühjahr 2011 erfolgten Relaunch (Neugestaltung) des Internetauftritts des BStU arbeitet die Behörde an der weiteren Verbesserung der Online-Präsentation. Vorgesehen ist außerdem eine verstärkte Einbringung der Unterlagen in nationalen wie internationalen Fremdportalen.

Mittel- bis langfristig gesehen, hängt der Ausbau der Findmitteldarstellungen von der weiteren Entwicklung der IT-Infrastruktur der Behörde ab. Die bestehende Datenbank zur Sachaktenerschließung (SAE) wird in einigen Jahren durch die beim Bundesarchiv entwickelte Archivverwaltungssoftware BASYS 2 abgelöst, die um die Verwaltung von Digitalisat-Informationen erweitert werden soll. Auch die Magazinverwaltung, für die der BStU angesichts der Sensibilität der Unterlagen ein eigenes IT-Verfahren Aktenausleihe Magazin (AMAG) zum lückenlosen Nachweis von Ausgabe und Rückgabe von Archivunterlagen entwickelte, wird in der neuen Software enthalten sein. AMAG enthält zurzeit ca. 4,3 Millionen Datensätze. Mehr als nur eine Randbemerkung soll bei dieser Gelegenheit auch der Hinweis auf die effiziente und zukunftsorientierte Kooperation mit dem Bundesarchiv sein. Die in einem Lastenheft von 2009 zusammengefassten Anforderungen des Fachbereichs enthalten auch konkrete Aussagen zur Ausgabe und Darstellung der Erschließungsergebnisse und Findmittel. Die produzierten Findmittel sollen z. B. auf vielfältige Weise nachträglich zu bearbeiten sein. Neben den bereits obengenannten Findmitteln sollen z. B. auch Inventare hergestellt werden können.

Auch bestehen hinsichtlich der Registerbildung und der Findbucheinleitung vielfältige Möglichkeiten, Informationen aus verschiedenen Verzeichnungsebenen zu nutzen (auch für die Darstellung der Behörden- u. Bestandsgeschichte). Zusätzlich zur Produktion von PDF-Dokumenten sollen auch Datenausgaben in den Formaten HTML und XML möglich sein.

Neben der Übernahme von BASYS ist weiterhin u. a. die Speicherung und Verwaltung von digitalen Objekten geplant, ebenso die Vorbereitung einer Infrastruktur für digitale Langzeitarchivierungsobjekte und geeigneter Nutzungs- und Präsentationsformen

nach archivischen Standards, um die Kompatibilität mit anderen Archiven bzw. Archivverbünden zu ermöglichen.

Vielleicht lassen sich die Ergebnisse der Darstellung so zusammenfassen: Die Zukunft der Findmittel liegt in der digitalen Welt. Leicht verfügbare und aktuelle Übersichten der vorhandenen Unterlagen und Bestände sowie breite Möglichkeiten der Auswertung in Verbindung mit einem möglichst offenen Zugang können für die weitere Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdiensts nur förderlich sein. 1989/90 wurde die Vernichtung gestoppt, der singuläre Aktenbestand einer kommunistischen Geheimpolizei konnte gerettet und der Aufarbeitung und Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden. Je weiter und breiter wahrnehmbar dies erfolgt, desto besser. Neben den konventionellen, ausgedruckten Findmitteln des BStU, die im Lesesaal der Behördenbibliothek in Berlin-Mitte⁵⁴ eingesehen werden können, bietet das Internet perfekte Möglichkeiten, um der einst drohenden Vernichtung historischer Zeugnisse der Diktaturgeschichte, wie sie das MfS beabsichtigte, ein wahrnehmbares Zeichen entgegenzusetzen. Zu beachten sind dabei freilich die Rahmenbedingungen, die aufgrund der Sensibilität der Unterlagen durch den Datenschutz und ein eigenes Spezialgesetz bestimmt werden, das den „normalen“ Archivgesetzen vorgeht. Wesentlicher Leitgedanke ist dabei weiterhin der Schutz aller Opfer der Staatssicherheit. Und Joseph Fouché? Im Gegensatz zur Staatssicherheit gelang dem französischen Polizeiminister sein Vernichtungswerk: „Also ins Feuer mit den Listen. [...] Blitzschnell leeren sich die Kartons. Die kostbaren Verzeichnisse mit den Namen der auswärtigen Royalisten, der Geheimkorrespondenten, verschwinden, künstlich wird überall Unordnung erzeugt, die Registratur zerstört. [...] Vier Tage, vier Nächte raucht der Kamin, vier Tage und vier Nächte dauert diese Teufelsarbeit. Und ohne dass jemand im Umkreis das geringste ahnt, flattern die Geheimnisse des Reichs als unfassbare Materie zum Rauchfang hinaus“.⁵⁵

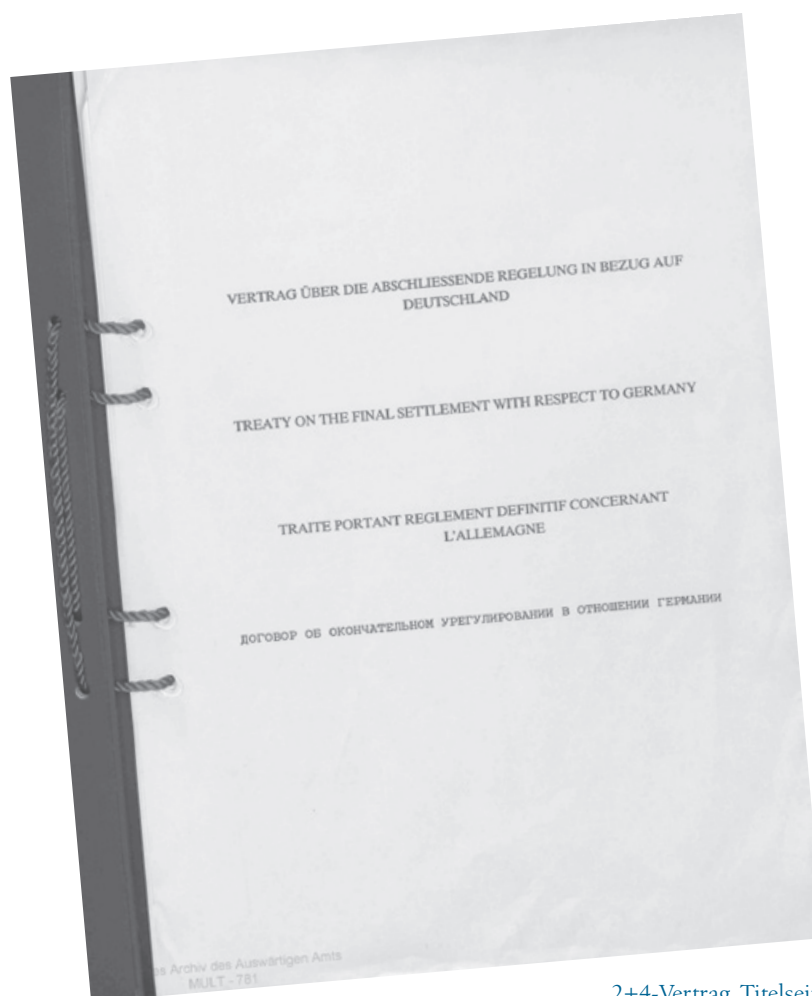
Ralf Blum/Roland Lucht, Berlin

⁵³ Vgl. dazu den Reader des Netzwerks der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden, unter: www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragteUndBehoerde/AufarbeitungImAusland/Download%20Reader.pdf?__blob=publicationFile (17.08.11).

⁵⁴ Die Hausanschrift lautet: Karl-Liebknecht-Straße 31/33, 10178 Berlin.

⁵⁵ Zweig, Joseph Fouché (s. Anm. 1), S. 196.

„ZWEI-PLUS-VIER-VERTRAG“ IST TEIL DES WELTDOKUMENTENERBES



2+4-Vertrag, Titelseite

Am 25. Mai 2011 nahm die Generaldirektorin der UNESCO, Irina Bokowa, den „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ zusammen mit einer Reihe von Dokumenten zum Bau und Fall der Berliner Mauer in die Liste des Weltdokumentenerbes „Memory of the World“ auf. „Das UNESCO-Weltregister ‚Memory of the World‘ ist ein weltumspannendes digitales Netzwerk mit ausgewählten herausragenden Dokumenten: wertvollen Buchbeständen, Handschriften, Partituren, Unikaten, Bild-, Ton- und Filmdokumenten.“¹ Nach eigener Aussage umfasst es derzeit weltweit 238 Positionen, darunter aus Deutschland zum Beispiel die Göttinger Gutenberg-Bibel. Die Ziele des Programms definiert die UNESCO folgendermaßen:

- „Das Programm der UNESCO zum Schutz des Weltdokumentenerbes ‚Memory of the World‘ (MOW) verfolgt zwei Ziele:
- Zum einen geht es um den weltweiten Zugang („access“) zu kulturell bedeutsamen und historisch wichtigen Dokumenten.
 - Zum anderen geht es um die Sicherung („preservation“) des dokumentarischen Erbes vor Gedächtnisverlust und Zerstörung.

Bei dem Programm handelt es sich nicht um ein finanzielles Förderprogramm zum Zweck der Restaurierung des Dokumentenerbes. Vielmehr soll der Eintrag in das UNESCO-Weltregister als internationale Auszeichnung gelten. Die Herkunftsländer verpflichten sich, für die Erhaltung und Verfügbarkeit des jeweiligen dokumentarischen Erbes zu sorgen.“²

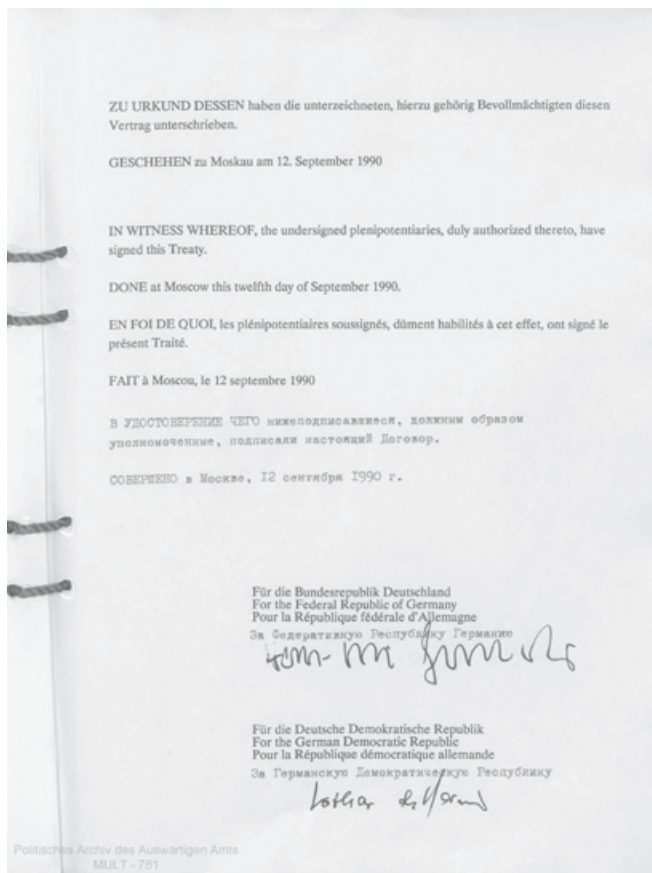
Der „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ wurde in die Liste des Weltdokumentenerbes aufgenommen als „die Grundlage der Wiedervereinigung Deutschlands und ein maßgeblicher diplomatischer Beitrag zur Friedensordnung in Europa.“³

Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes nimmt die Ehre, die damit einem der wichtigsten dort verwahrten Dokumente zuteil wird, zum Anlass, mit diesem zugleich seinen Vertragsbestand insgesamt vorzustellen.

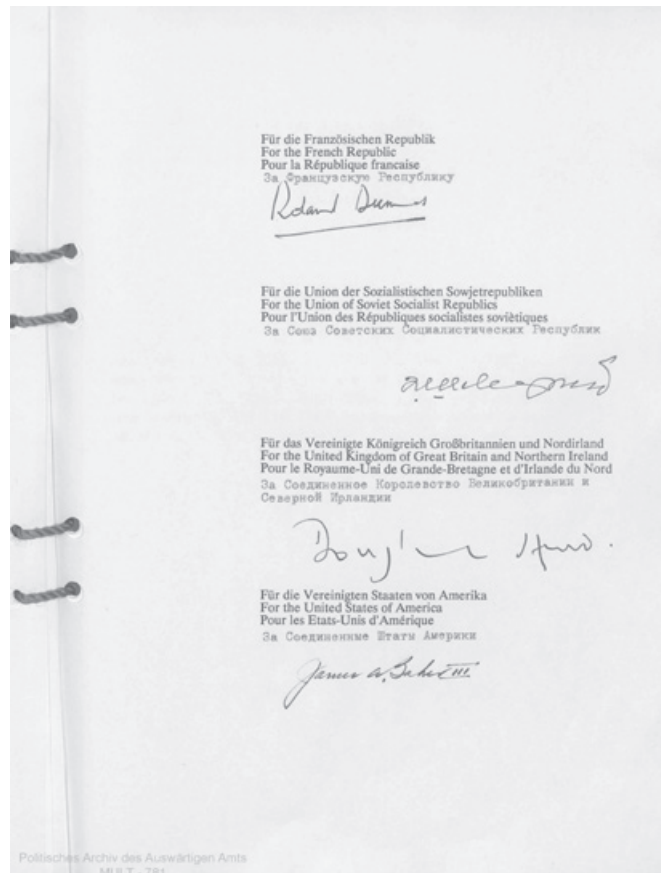
¹ www.unesco.de/mow.html, aufgerufen am 14.07.2011.

² www.unesco.de/mow-ziele.html, aufgerufen am 14.07.2011.

³ www.unesco.de/5687.html, aufgerufen am 14.07.2011.



2+4-Vertrag, vorletzte Seite mit den Unterschriften der Außenminister Genscher und de Maizière



2+4-Vertrag, letzte Seite mit den Unterschriften der Außenminister Dumas, Schewardnadse, Hurd und Baker

WELTGESCHICHTE IN EINER PLASTIKTÜTE

An einem verregneten Tag Ende September 1990 betrat ein älterer Kollege aus dem für die völkerrechtlichen Verträge zuständigen Referat der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts mein Büro. Er kam von einem der Nebengebäude – das alte Haupthaus in Bonn reichte zu dieser Zeit schon lange nicht mehr aus. Bei sich trug er, durch eine schlichte Plastiktüte vor dem unfreundlichen Wetter geschützt, das Original des „Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“. Mit diesem waren die äußeren Bedingungen für die Verwirklichung der deutschen Einheit geschaffen worden, nachdem sich die Bundesrepublik Deutschland und die DDR im „Einigungsvertrag“ vom 31. August 1990 über das innerdeutsche Procedere verständigt hatten. Die aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs entstandenen beiden deutschen Staaten waren nach ihrer Gründung 1949 schrittweise bis Mitte der fünfziger Jahre zu einem immer größeren Maß an Unabhängigkeit gelangt, umgekehrt fielen die Beschränkungen des Besatzungsregimes nach und nach. De facto war die Handlungsfreiheit der DDR innerhalb des von der Sowjetunion dominierten Ostblocks weitaus stärker eingeschränkt als die der Bundesrepublik Deutschland; es war jedoch beiden Staaten gemeinsam, dass den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und

Deutschland als Ganzes verblieben. Für die Bundesrepublik war dies im sogenannten „Deutschland-Vertrag“ festgelegt. Unter der offiziellen Bezeichnung „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten“ am 26. Mai 1952 unterzeichnet, zog sich seine Ratifizierung danach in die Länge. Er war mit dem Projekt verbunden, die vorgesehene neue bundesdeutsche Militärmacht und diejenige Frankreichs, Italiens sowie der Benelux-Staaten in einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) zusammenzufassen, was nicht nur, aber vor allem in Frankreich wegen der damit einhergehenden Einschränkung der Verfügungsgewalt über die eigenen Streitkräfte auf Kritik stieß. Der Plan scheiterte 1954 in der französischen Nationalversammlung. Nach neuen Verhandlungen in Paris wurde der Deutschland-Vertrag dort durch das „Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes“ vom 23. Oktober 1954 modifiziert und trat in dieser Form am 5. Mai 1955 in Kraft.⁴ Die Bundesrepublik Deutschland wurde gleichzeitig NATO-Mitglied, im Ostblock erfolgte im selben Jahr die Gründung des Warschauer Pakts.

Als sich Anfang 1990 die Möglichkeit zur Wiedervereinigung beider deutscher Staaten abzuzeichnen begann, war somit von Anfang an klar, dass dies nicht ohne Beteiligung der einstigen Siegermächte zu bewerkstelligen – und mit einigen Schwierigkeiten verbunden sein würde. Die stärkste Unterstützung kam von den USA, die allerdings die NATO-Mitgliedschaft auch eines

wiedervereinigten Deutschlands mehr oder weniger zur Bedingung machten. Dies war jedoch für die Sowjetunion außerordentlich schwer zu akzeptieren. Nach mehreren Verhandlungsrunden an verschiedenen Orten ab Mai 1990, für die sich entsprechend der Zahl der Teilnehmer rasch die griffige Bezeichnung „Zwei-Plus-Vier-Gespräche“ eingebürgert hatte, kam es am 12. September 1990 in Moskau zur Unterzeichnung des „Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auf der einen sowie Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und den USA auf der anderen Seite. Für die Bundesrepublik Deutschland unterschrieb den Vertrag Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und für die DDR Lothar de Maizière, Ministerpräsident und nach dem Rücktritt Markus Meckels am 20. August 1990 auch Außenminister. Die Vertragspartner waren ebenfalls durch ihre Außenminister vertreten, Frankreich durch Roland Dumas, die Sowjetunion durch Eduard Schewardnadse, Großbritannien durch Douglas Hurd – nicht nur als Inhaber öffentlicher Ämter von einiger Bedeutung, sondern auch als Schriftsteller – und die USA durch James Addison Baker, III.

Mit dem Vertrag wurden die bestehenden Grenzen Deutschlands bestätigt und der Verzicht auf ABC-Waffen sowie eine Reduzierung der deutschen Truppenstärke auf 370.000 Mann vereinbart. Gleichzeitig erlangte das vereinte Deutschland „volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten“⁴, ausdrücklich verbunden mit dem Recht der freien Bündniswahl. Der Durchbruch in der Frage der NATO-Zugehörigkeit war gegenüber der sowjetischen Staatsführung überraschend bei einem Treffen von Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Gorbatschow in dessen kaukasischer Heimat im Juli 1990 erzielt worden. Mit Protokoll vom 24. September 1990 zwischen der Sowjetunion und der DDR löste die letztere noch selbst ihre Streitkräfte aus dem Warschauer Pakt.

Der „Fall der Mauer“ und in der Folge die Wiedererlangung der deutschen Einheit stehen als Symbole für die enormen politischen Umwälzungen der Jahre um 1990. Die Aufnahme des „Zwei-Plus-Vier-Vertrags“ in das Weltdokumentenerbe würdigt ein zentrales Dokument dieses Epochenwandels. Die Bedeutung des Vertrags (die sich im Herbst 1990 allerdings erst in Umrissen abzeichnete) und die geschilderte Nüchternheit seiner Übergabe an das Politische Archiv stehen sich in einem nachträglich seltsam anrührenden Spannungsverhältnis gegenüber.

DER VERTRAGSBESTAND IM POLITISCHEN ARCHIV DES AUSWÄRTIGEN AMTS

Nicht nur inhaltlich, auch formal stellen die Verträge als ein moderner Urkundenbestand etwas Besonderes dar. Der Vertragsbestand umfasst die von der Bundesrepublik Deutschland und der DDR geschlossenen Übereinkünfte sowie diejenigen des Deutschen Reiches samt einiger von diesem übernommener Verträge aus der Zeit vor 1871. Das älteste Stück, in der revidierten Fassung von 1868 nach wie vor in Kraft, ist die Mainzer „Rheinschiffsahrtsakte“ von 1831. Aus Gründen des Vertrauensschutzes wurden nach Herstellung der deutschen Einheit über die von der ehemaligen DDR geschlossenen Verträge mit deren Vertragspartnern Konsultationen geführt, um zu einvernehmlichen Lösungen hinsichtlich der Fortgeltung zu gelangen. Das Ergebnis wurde im Bundesgesetzblatt publiziert; die weitaus meisten dieser Verträge

sind damit erloschen. Die wohl bedeutendste Ausnahme ist das sogenannte „Görlitzer Abkommen“ vom 6. Juli 1950 über die Oder-Neiße-Grenze mit Polen. Nachdem deren Unverletzlichkeit bereits im „Warschauer Vertrag“ vom 7. Dezember 1970 auch von der Bundesrepublik und Polen übereinstimmend festgestellt wurde, haben der „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ und der deutsch-polnische Grenzvertrag vom 14. November 1990 sie endgültig bestätigt. Rechtsgrundlagen für die Verwahrung der deutschen Verträge im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts sind die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung, GGO, sowie das Gesetz über den auswärtigen Dienst, GAD⁶. Etwa 34.500 Verträge sind im Lauf der Zeit bis heute hier zusammengekommen, vom großen Staatsvertrag bis zur Vereinbarung durch Notenwechsel. Auch einige Übereinkünfte, die nicht dem Völkerrecht unterliegen, vor allem die Besitztitel für die zahlreichen Liegenschaften der deutschen Auslandsvertretungen, gehören aus praktischen Erwägungen dazu. Selbst die älteren Teile des Bestands sind weitgehend vollständig. Einige Übereinkünfte, vor allem solche durch Notenwechsel, sind hin und wieder in den Aktenverbund geraten, statt separat bei den Verträgen archiviert zu werden. Tatsächliche Verluste durch die Zeitläufte sind aber glücklicherweise gering. Der bekannteste Fall ist vermutlich der sogenannte „Hitler-Stalin-Pakt“ von 1939, dessen Originaldokumente gegen Kriegsende im Zuge der Vernichtung brisanter Dokumente auf Anordnung Ribbentrops weitgehend zerstört wurden.⁷

⁴ Laut Artikel 2 des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 „...behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands...“ (BGBl. 1955 II S. 305-311; hier zitiert nach: www.hdg.de/lemo/html/dokumente/JahreDesAufbausInOstUndWest_vertragDeutschlandvertrag1954/index.html, aufgerufen am 14.07.2011). Weniger deutlich drückte sich der Vertrag vom 20. September 1955 über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aus (Gesetzblatt der DDR 1955 I S. 918, hier zitiert nach www.verfassungen.de/de/de45-49/freundschaftsvertragddrsu55.htm, aufgerufen am 15.07.2011). Die Berufung auf die „bestehenden internationalen Abkommen, die Deutschland als Ganzes betreffen“ – wobei wohl vor allem an das sogenannte „Potsdamer Abkommen“ vom 2. August 1945 gedacht ist – sowie die Betonung, dass jedwede Bemühung zur Herstellung der deutschen Einheit gemeinsam mit der Sowjetunion erfolgen solle, schlossen jedoch auch hier deutsche Alleingänge aus.

⁵ Art. 7 (2); der volle Wortlaut veröffentlicht: Bundesgesetzblatt II. S. 1318; hier zitiert nach: www.verfassungen.de/de/de45-49/2+4vertrag90.htm, aufgerufen am 15.07.2011.

⁶ „Die Urschriften von Staatsverträgen, Regierungsübereinkünften und Resortabkommen werden mit den Vollmachten und anderen Nebenurkunden im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes aufbewahrt.“, GGO, § 72 (8), zitiert nach: www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Veroeffentlichungen/ggo.html?nn=110430, aufgerufen 21.07.2011; „Im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes werden die Urschriften oder beglaubigten Abschriften der völkerrechtlichen Vereinbarungen des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland sowie alle Unterlagen aufbewahrt, die der Auswärtige Dienst zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt.“ GAD § 10 (BGBl. 1990 I S. 1842, zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 5. Februar 2009, BGBl. I S. 160).

⁷ Immerhin ist Aussehen und Wortlaut auf einem noch während des Krieges aufgenommenen Sicherungsfilm überliefert, den ein Angehöriger des auswärtigen Dienstes vor der Vernichtung heimlich bewahrt hat.

Der Vertragsbestand setzt sich folgendermaßen zusammen:

- Bilaterale Verträge Deutsches Reich
- Multilaterale Verträge Deutsches Reich
- Bilaterale Verträge Bundesrepublik Deutschland
- Multilaterale Verträge Bundesrepublik Deutschland
- Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit den Bundesländern und inländischen Organisationen
- Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit internationalen Organisationen
- Projektvereinbarungen der Bundesrepublik Deutschland über Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit
- Protokolle der Konsultationen über Fortbestand oder Erlöschen der Verträge der ehemaligen DDR mit deren Vertragspartnern
- Bilaterale und multilaterale Verträge der ehemaligen DDR
- Verträge der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaften
- Liegenschaftsverträge des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland

Der Umfang der Teilbestände ist sehr unterschiedlich; den meisten Raum beanspruchen die bilateralen Verträge der Bundesrepublik Deutschland.

ERSCHLIEßUNG DES VERTRAGSBE- STANDS

Die zuvor geschilderte Übergabe von Dokumenten durch die Rechtsabteilung ist Teil des normalen Archivierungsprozesses, geregelt durch die Verwaltungsvorschrift der „Richtlinien für die Behandlung völkerrechtlicher Verträge“. Von Hand zu Hand geschieht das allerdings nur im Ausnahmefall, in der Regel übernimmt den Transport der zuverlässige Botendienst des auswärtigen Amts. Sobald die Originalunterlagen bei den fachlich zuständigen Referaten nicht mehr benötigt werden, meist kurze Zeit nach der Entstehung, werden sie über die Rechtsabteilung an das Politische Archiv abgegeben. Dort werden sie umgehend übernommen und verzeichnet, anschließend verfilmt und digitalisiert. Die Verfilmung dient vorwiegend der Sicherung; die Digitalisierung bietet zusätzlich eine sehr komfortable und für die Originale schonende Möglichkeit, auf Anfrage rasch Kopien zur Verfügung zu stellen – weltweit, wenn es sein muss. Der Vertragsbestand ist seit längerem vollständig über EDV erschlossen. Das Politische Archiv arbeitet generell mit einer an seine Bedürfnisse angepassten Version des Programms „Augias“. Die Verzeichnung der Verträge ist intensiver als im Aktenbereich. Rechtliche und historische Bedeutung des Bestandes rechtfertigen die Erfassung aller einzelnen Bestandteile eines Vertragswerkes, wie Unterzeichnungsvollmachten, Vertragsoriginal, eventuelle ergänzende Protokolle, Durchführungsvereinbarungen oder Notenwechsel bis hin zum Original der Bekanntmachung im Gesetzblatt und zum Registrierungszertifikat der Vereinten Nationen. Amtliche wie private Anfragen richten sich häufig auf einzelne Dokumente, die mit Hilfe der detaillierten Verzeichnung sofort ermittelt werden können. Während das gesamte Vertragswerk unter einer – virtuellen – Vertragsnummer zusammengefasst ist und so zitiert werden kann, erfolgt die Lagerung der einzelnen Bestandteile aus praktischen Gründen nach Numerus Currens in der Reihenfolge des Eingangs. Zwischen Unterzeichnung und Ratifizierung eines

Vertrags können Jahre vergehen, und entsprechend viel Zeit liegt dann auch zwischen der Archivierung von Vertrag und Ratifikationsurkunden. Außer dem Vertragstitel sowie der Bezeichnung und dem Datum der einzelnen Dokumente werden das Geschäftszeichen des archivierenden Referats sowie das Datum des standardisierten Archivierungsantrags erfasst, um später jederzeit die Verbindung mit den dazugehörigen Akten herstellen zu können. Hinzu kommen die Namen der Unterzeichner, die nicht immer in Klarschrift aus den Unterlagen hervorgehen und später oft nur mühsam zu ermitteln sind. Es werden keine Regesten angefertigt; der Umfang vieler Verträge würde eine sinnvolle Reduzierung außerordentlich erschweren. Es werden jedoch Stichworte zugeordnet, um nach einzelnen Vertragstypen, etwa Grenzverträgen, gezielt recherchieren zu können. Die Verträge stehen der privaten Nutzung grundsätzlich ebenso offen wie die Aktenbestände des Politischen Archivs; aus konservatorischen Gründen werden Benutzer jedoch in der Regel auf die amtliche Publikation des Wortlauts der Verträge im Gesetzblatt verwiesen. Die Verträge werden in Archivkartons mit Frontklappe und Schublade gelagert; dies erleichtert die schonende Entnahme. Jede Archivierungseinheit wird in einer oder (bei entsprechendem Umfang) mehreren alterungsbeständigen Jurismappen zusammengefasst. Sie tragen außer einem Aufdruck „Politisches Archiv – Vertragsarchiv“ die Vertrags- und Lagernummer. Innerhalb der Mappen werden lose Stücke (zum Beispiel Notenwechsel) je nach Umfang durch alterungsbeständige Kanzleibögen oder kleinere Jurismappen ohne Aufdruck geschützt. Das Verpackungsmaterial steht wegen der vielfältigen Formate der aus aller Herren Länder stammenden Urkunden in unterschiedlichen Größen zur Verfügung. Siegel werden mit einem alterungsbeständigen Polstermaterial gegen Verformung und Zerschlagen geschützt. Alle Stücke werden gemäß Verzeichnung mit Bleistift gekennzeichnet. Bereits bei Entstehung der Verträge ist das Politische Archiv im Übrigen beteiligt. Die Restaurierungswerkstatt des Politischen Archivs verwahrt und sorgt für die Beschaffung sämtlicher Vertragsmaterialien wie Mappen, alterungsbeständiges Vertragspapier, Vertragsband und so weiter. Bindung und (falls vorgesehen) Siegelung der Verträge gehören ebenfalls zu ihren Aufgaben. Sofern die Fertigung der Originale an den Auslandsvertretungen geschieht, wirkt die Werkstatt beratend mit und stellt die Materialien zur Verfügung.

DIE DOKUMENTE DES „ZWEI-PLUS- VIER-VERTRAGS“

Auch dieses Vertragswerk ist – wie oben beschrieben – über einen längeren Zeitraum gewachsen. Da es sich um einen multilateralen Vertrag handelt, erhielten, anders als bei bilateralen Verträgen, nicht alle Vertragspartner ein Original. Bei multilateralen Verträgen übernimmt üblicherweise einer der Vertragspartner die Aufgaben des Verwahrers – in diesem Fall Deutschland. Es handelt sich bei der im Politischen Archiv verwahrten Urkunde also um das einzige Vertragsoriginal. Der Verwahrer stellt allen anderen Parteien beglaubigte Kopien aus, nimmt die Ratifikationen entgegen und benachrichtigt darüber die anderen Partner. Die Vertragsurschrift wurde mit Antrag vom 17. September 1990 archiviert. Verwendet wurde für den Vertrag normales Schreibpapier; die bis zuletzt geführten Verhandlungen ließen Rücksichten auf die äußere Form wohl zugunsten eines rascheren Abschlusses

in den Hintergrund treten. Die neutrale, dunkelrote Vertragsmappe stellte die sowjetische Seite. Der Vertrag wurde nicht gesiegelt (wozu rechtlich auch keine Notwendigkeit bestand); bei der Archivierung wurden jedoch zur Sicherung des Vertrags die Enden der Bindeschnur im Einvernehmen mit der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts mit einem bundesdeutschen Oblatensiegel verschlossen und ein darüber gefertigter Vermerk ebenfalls archiviert. Unterzeichnungsvollmachten wurden nur von der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich vorgelegt. Da der Vertrag von den jeweiligen Außenministern unterzeichnet wurde, waren Vollmachten auch nicht unbedingt erforderlich. Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Außenminister werden kraft Amtes als umfassend befugte Vertreter ihres Staates angesehen und können deshalb Verträge unterzeichnen, ohne eine Vollmacht vorlegen zu müssen⁸. Anders als häufig vermutet, gibt es nur eine einzige deutsche Ratifikationsurkunde. Bereits im Vertrag selbst ist festgelegt, dass er durch das vereinte Deutschland ratifiziert wird; eine Ratifikationsurkunde der DDR existiert daher nicht. Wie üblich wurden von der deutschen Ratifikationsurkunde eine Originalausfertigung erstellt sowie ein nicht gesiegeltes Doppel, das statt der Unterschrift des Bundespräsidenten und der Gegenzeichnung des Bundesaußenministers lediglich deren Paraphen trägt. Im Politischen Archiv bleibt normalerweise nur das paraphierte Doppel zurück. Die Ausfertigung erhält der Verwahrer; da das in diesem Fall die Bundesrepublik Deutschland ist, befindet sie sich ebenfalls hier. Sie wurde am 13. Oktober 1990 hinterlegt. Die Originale der übrigen Ratifikationsurkunden wurden in folgender Reihenfolge im Auswärtigen Amt hinterlegt und unmittelbar anschließend archiviert: die amerikanische am 25. Oktober 1990, die britische am 16. November 1990, die französische am 4. Februar 1991. Das Hinterlegungsdatum (bei bilateralen Verträgen: das Austauschdatum) ist maßgeblich für das Inkrafttreten des Vertrags. Erst mit Hinterlegung der letzten, der sowjetischen Ratifikationsurkunde am 15. März 1991 trat der „Zwei-Plus-Vier-

Vertrag“ daher förmlich in Kraft. Bereits am Ende dieses Jahres hörte die Sowjetunion auf zu existieren; mit Note vom 13. Januar 1992 hat das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation jedoch die diplomatischen Missionschefs in Moskau gebeten „anstelle der UdSSR die Russische Föderation als Vertragspartner aller geltenden völkerrechtlichen Verträge anzusehen“⁹. Über die Hinterlegung wurde jeweils ein Protokoll erstellt, um das genaue Datum zu dokumentieren.

Die Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrags am 15. März 1993 erfolgte am selben Tag im Bundesgesetzblatt; wie üblich wurde deren Original ebenfalls archiviert. Schon bei Abschluss des Vertrags war klar, dass er nicht mehr rechtzeitig zum vorgesehenen Tag der Wiedervereinigung förmlich in Kraft treten würde. Die Vier Siegermächte haben jedoch gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR am 1. Oktober 1990 eine „Erklärung zur Aussetzung der Wirksamkeit der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes“ unterzeichnet, die am 3. Oktober 1990 wirksam wurde. Damit war sichergestellt, dass das wiedervereinigte Deutschland von Anfang an in den Genuss der vollen Souveränität kam. Die Erklärung ist ebenfalls Bestandteil des Vertragswerks; auch hier verwahrt das Politische Archiv das einzige Original; die Vertragspartner erhielten beglaubigte Kopien. Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen sind gemäß Art. 102 Abs. 1 der VN-Charta¹⁰ verpflichtet, die von Ihnen abgeschlossenen Verträge beim Generalsekretär registrieren zu lassen. Sie werden anschließend in der „United Nations Treaty Series“ (UNTS) veröffentlicht. Nur auf registrierte Verträge können sich die Mitglieder der Vereinten Nationen gegebenenfalls beim Internationalen Gerichtshof berufen. Meist nimmt der Vorgang einige Zeit in Anspruch; das Registrierungszertifikat der Vereinten Nationen vom 10. Januar 1994 bildet daher als jüngstes Dokument den Abschluss dieses Vertragswerks. ■

Herbert Karbach, Berlin

⁸ Artikel 7 Abs. 2 Buchstabe a Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge, Bundesgesetzblatt 1985 II S. 926-960.

⁹ Bekanntmachung im Bundesgesetzblatt 1992 II S. 1016.

¹⁰ Bundesgesetzblatt 1973 II S. 430.

DAS GEDÄCHTNIS UNSERES LANDES: ARCHIVE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

EINE AUSSTELLUNG ÜBER DIE VIELFÄLTIGEN LEISTUNGEN DER ARCHIVE

Archive haben ein Problem: Sie gelten als nicht „sexy“. Mit dem Terminus „Archiv“ wird in der breiten Öffentlichkeit zumeist nur Negatives assoziiert, wie z. B. Staub, alte Papiere, kauzige Menschen. Dass die Wirklichkeit ganz anders aussieht und unsere demokratische Gesellschaft ohne die komplexe Arbeit, die in den Archiven geleistet wird, nicht funktionieren würde, wissen nur wenige. Leider wirkt sich dieses negative Image auch auf die Akzeptanz der Archive im politischen Raum und somit gerade in Zeiten gravierender Kürzungen auf die zur Verfügung gestellten Ressourcen aus. Vereinzelt wird sogar die Aufhebung der gesetzlichen Grundlage ihrer Arbeit erwogen.

Vor diesem Hintergrund entwickelte das Landesarchiv Schleswig-Holstein die Idee, mit einer Wanderausstellung, die sich an ein breites Publikum wendet, die umfassende Arbeit der Archive für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Politik und Verwaltung mit prägnanten Texten, anschaulichen Fotos und informativen Beispielen greifbar zu machen. Meistens stehen historische Themen im Vordergrund archivischer Ausstellungen, dazu sind Archive überwiegend „nur“ Zulieferer für Museen. Bei dieser Ausstellung stehen erstmals sie selbst und die Vielfalt der archivischen Kompetenzen im Zentrum einer öffentlichen Präsentation. Gemeinsam mit dem Verband schleswig-holsteinischer Kommunalarchivarinnen und -archivare (VKA) wurde das Projekt in der kurzen Zeit von nur zwei Monaten konzipiert und realisiert. Für die gestalterische Umsetzung wurde ein erfahrener Grafiker engagiert. Die Konzeption und die Texte haben Manfred von Essen (Stadtarchiv Norderstedt), Rainer Hering (Landesarchiv Schleswig-Holstein), Anke Rannegger (Stadtarchiv Wedel) und Johannes Rosenplänter (Stadtarchiv Kiel) erarbeitet. Julia Liedtke hat die Ausstellung sorgfältig kuratiert, Ingo Wulff die anregende grafische Gestaltung erstellt.

Der Beginn der Ausstellung wird durch einen Eingang mit einem Transparent klar markiert. Ausgehend hiervon wird der Besucher auf einen Weg entlang der Stellwände durch die vielfältige Archivschau geführt. Je nach den räumlichen Gegebenheiten können die Tafeln auch flexibel aufgestellt werden.

Insgesamt besteht die Ausstellung aus 32 großformatigen, ca. zwei Meter hohen Tafeln, die zu Vierergruppen (Kuben) zusammengestellt sind und drei Themenkomplexe behandeln: Verwaltung und Rechtssicherheit, Aufgaben der Archive, Historische Arbeit. Jeder der prägnanten Informationstexte wird mit konkreten Beispielen aus der archivischen Praxis und Abbildungen aufgelockert, wobei auf Fachtermini im Interesse der Lesbarkeit konsequent verzichtet wurde.

Am Anfang steht der Kubus zur Rechtssicherheit, auf den die Dienstleistungen für die Verwaltung und das Archivrecht folgen. In der zweiten Gruppe werden die archivischen Aufgaben und die Archivtypen im Lande vorgestellt. Der dritte Bereich widmet sich der archivischen Tätigkeit im historischen Kontext. Neben der historisch-politischen Bildungsarbeit und der Bedeutung für Einzelne werden der Anteil der Archive an der Herausbildung lokaler und regionaler Identität, ihr Stellenwert als visuelles Gedächtnis sowie für die historische Forschung und die journalistische Arbeit aufgezeigt (vgl. im Einzelnen die Übersicht am Ende des Beitrages).

Ergänzt werden die Kuben durch sechs Plakate, auf denen sich einige für Schleswig-Holstein besonders bedeutende Archive selbst vorstellen: Landesarchiv Schleswig-Holstein, Stadtarchiv Kiel, Archiv der Hansestadt Lübeck, Stadtarchiv Flensburg, Landesarkivet for Sønderjylland (Landesarchiv für Nordschleswig in Apenrade/Dänemark), Nordelbisches Kirchenarchiv. Ein Flyer, der wichtige Informationen und Adressen bietet, liegt für Interessierte zum Mitnehmen aus.

Die Ausstellung wurde im Februar und März 2010 mit sehr großem Erfolg im Kieler Landeshaus der Öffentlichkeit präsentiert – am 23. Februar wurde sie vom Landtagspräsidenten Torsten Geerds vor mehr als 200 Gästen eröffnet. In den folgenden Wochen informierten sich vor allem die Landtagsabgeordneten sowie die zahlreichen Besuchergruppen im Landeshaus über das Archivwesen.

Bei der erstmaligen Präsentation in der Landeshauptstadt wurden die Tafeln durch zwei „Blickfänger“ ergänzt: Ein großer Stapel



Eröffnung der Ausstellung „Das Gedächtnis unseres Landes“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag am 23. Februar 2010

Aktenordner und daneben einige wenige Archivmappen symbolisierten anschaulich die Bewertungsleistung der Archive, die umfangreiche Verwaltungsunterlagen auf eine archivwürdige Auswahl komprimieren. An einem Schreibtisch mit Computer und Internetangebot konnten sich die Besucherinnen und Besucher über das Leistungsangebot der Archive in Schleswig-Holstein digital informieren. In zwei Tischvitrinen wurden darüber hinaus archivische Publikationen präsentiert, Faltblätter der einzelnen Einrichtungen und des VKA lagen zum Mitnehmen aus. Damit sich auch an anderen Orten im Lande die Bevölkerung, Verwaltung und Kommunalpolitik über die Bedeutung der Archive informieren können, wurde diese Präsentation von vornherein als Wanderausstellung konzipiert, die sich auf die leicht zu transportierenden Tafeln konzentriert. Sie kann beim Landesarchiv Schleswig-Holstein kostenlos ausgeliehen werden – für die Entleihenden fallen lediglich Transport- und Versicherungskosten an. Von diesem Angebot wird sehr rege Gebrauch gemacht: Anfang Oktober 2010 war die Ausstellung in der Landesvertretung Schleswig-Holstein in Berlin zu sehen, wo sie 8.000 Besucherinnen und Besucher hatte. Weitere Orte waren bislang das Archiv und Industriemuseum Elmshorn, die öffentliche Bücherei in Brunsbüttel und das Schloss Eutin – anschließend wird sie in Lübeck und

Norderstedt zu sehen sein; weitere Stationen sind vorgemerkt. Dadurch, dass die Tafeln in publikumswirksamen Einrichtungen gezeigt werden, werden große Bevölkerungsgruppen erreicht. An den einzelnen Ausstellungsorten gibt es in der Regel eigene Eröffnungsveranstaltungen mit Vertretern der Kommunalpolitik und des Archivwesens, so dass auf das konkrete archivische Angebot am Ort eingegangen werden kann. Die erfreuliche Berichterstattung in der Lokalpresse führt dazu, dass Archive stärker in den Fokus der Politik, der Verwaltung und der Bürgerinnen und Bürger gerückt werden.

Diese eindrucksvolle Resonanz hat das Landesarchiv dazu motiviert, die Ausstellung auch als ansprechend gestaltete Farbbroschüre in seiner Schriftenreihe herauszugeben, die am jeweiligen Ausstellungsort und beim Landesarchiv zum Herstellungspreis von 5,- € erworben werden kann. Die Schrift dient so zur kompakten Information über die vielfältigen Aufgaben der Archive und kann auch unabhängig von der Ausstellung Überzeugungsarbeit leisten. Beide zusammen fördern das Verständnis für die umfassende Attraktivität von Archiven – die letztlich eben doch „sexy“ sind.

Rainer Hering, Schleswig

Die Übersicht über die Ausstellungstafeln zeigt die drei Themenfelder und gibt einen Überblick über die einzelnen Ausstellungstafeln, deren Überschriften genannt und deren Inhalte in Stichworten in Klammern ergänzt werden:

A) Verwaltung

Kubus 1: Rechtssicherung: Beispiele

Archive leisten...

- 1.1 ... saubere Baugrundstücke (Ermittlungen für Erschließungsbeitragsrecht, Nachweise für Gewässerschutz oder Altlasten)
- 1.2 ... eine sichere Rente (Informationen für Rentennachweise, Erbenermittlung)
- 1.3 ... Rechtssicherung (Sicherung von Bauunterlagen, Gebäudebüchern oder Liegenschaftsunterlagen)
- 1.4 ... Aufbewahrung der Sitzungsprotokolle (Verwahrung von Protokollen der politischen Gremien und von Verträgen)

Kubus 2: Dienstleistungen für die Verwaltung: Beispiele

Archive leisten...

- 2.1 ... effektive Verwaltung (Entlastung der Registraturen)
- 2.2 ... eine verbesserte Ausbildung (Beratung bei Schriftgutverwaltung und digitalen Büroorganisationssystemen, Mitwirkung in der Ausbildung der Verwaltung)
- 2.3 ... Historisches Stadtmarketing (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie „historisches“ Stadtmarketing)
- 2.4 ... eine eigene Straße für den Bürgermeister (Recherche bei Verkehrsflächenbenennung, zur Wappengestaltung oder zur Ehrung von Personen)

Kubus 3: Ideen des Archivrechts

Archive leisten...

- 3.1 ... „Auseinandersetzung mit Geschichte, Kultur und Politik“ (Archivgesetze, Entstehung und Auswirkungen)
- 3.2 ... Kulturgutschutz als Verfassungsauftrag (Pflichtaufgabe der Behörden, Stichwort „Kulturgutschutz“)
- 3.3 ... Schutz von Persönlichkeitsrechten (Rechtssicherheit für die Bürger)
- 3.4 ... Transparenz der modernen Verwaltung (Idee eines „Grundrechts“ auf Einsicht in historische Akten, Informationsfreiheitsgesetz)

B) Aufgaben des Archivs

Kubus 4: Kernaufgaben des Archivs

Archivierung in Schleswig-Holstein

- 4.1 Wissensspeicher: Informationen für Morgen sichern (Aktenübernahme und Aktenbewertung)
- 4.2 Wissensmanagement: Finden statt Suchen (Erschließung)
- 4.3 Exklusivität für alle: Oase des Wissens (Bereitstellung von Akten im Lesesaal)
- 4.4 Langzeitsicherung: In Jahrtausenden denken (Bestandserhaltung und Restaurierung)

Kubus 5: Gliederung des Archivwesens

Archivierung in Schleswig-Holstein

- 5.1 Vielfalt in der Fläche (Übersicht über die Schleswig-Holsteinische Archivlandschaft)
- 5.2 Kommunalarchive: Vielseitig und routiniert in den Medien (Collage)
- 5.3 Auch kleine Archive leisten Großes (Text über Kommunalarchive)
- 5.4 Kirchliche Archive

C) Historische Arbeit

Kubus 6: Historisch-politische Bildungsarbeit

Archive ermöglichen...

- 6.1 ... Veröffentlichungen
- 6.2 ... eine solide historische Plattform im Internet (Internetpräsenz)
- 6.3 ... historische Bildungsarbeit (Schulprojekte, Schülerwettbewerb)
- 6.4 ... Gedenken (Gedenkarbeit)

Kubus 7: Bestände: Beispiele

Archive ermöglichen...

- 7.1 ... große Familienfeiern (Personenstandsunterlagen)
- 7.2 ... Schulfreundschaften aufzufrischen (Schulunterlagen)
- 7.3 ... den Blick in Theodor Steltzers Gefängnisbriefe ([berühmte] Nachlässe)
- 7.4 ... eine Zeitreise in Bildern (Film- und Fotoarchivierung)

Kubus 8: Historischer Dienstleister

Archive ermöglichen...

- 8.1 ... unsere Traditionen (Regionale Identität)
- 8.2 ... historische Wissenschaft (Landesgeschichte)
- 8.3 ... das Werden meines Ortes zu erfahren (Familiengeschichte und Ortsgeschichte)
- 8.4 ... einen interessanten Zeitungsartikel (Recherchemöglichkeiten für Journalisten)

SÜDAFRIKANISCHE ARCHIVDELEGATION ON TOUR IN ARCHIVEN UND STUDIENEINRICHTUNGEN IN BERLIN UND POTSDAM

Seit dem Jahr 2008 wird weltweit der International Archives Day zelebriert. Der Internationale Archivrat (International Council on Archives – ICA) wählte sein Gründungsdatum, den 9. Juni 1948, und nahm den 60. Jahrestag seiner Gründung zum Anlass, diesen Tag als einen weltweiten Tag der Archive zu etablieren. Auf der Website des ICA sind Berichte der Feierlichkeiten in einigen Ländern zu finden. Im deutschen Archivwesen war bislang von keinen größeren Aktivitäten rund um den 9. Juni zu hören oder lesen. Dies ist vermutlich auch darauf zurückzuführen, dass die Archive mit den Vorbereitungen zu dem im Zwei-Jahres-Rhythmus durchgeführten Tag der Archive gut ausgelastet sind. Welche anderen Gelegenheiten werden genutzt, um das deutsche Archivwesen zu präsentieren und auf Besonderheiten und Traditionen hinzuweisen? Zum Programm des Deutschen Archivtags gehört in jedem Jahr das Arbeitsgespräch mit den ausländischen Archivtagsteilnehmern. Auch in diesem Jahr empfängt der Vorstand des VdA die ausländischen Kollegen und es wird ein Grußwort eines Vertreters des ICA geben. Welche Möglichkeiten der Begegnung und des Erfahrungsaustausches mit Kollegen aus dem Ausland gibt es darüber hinaus? Im Unterschied zu den Bibliothekaren, die in jedem Jahr den Weltkongress Bibliothek & Information der IFLA veranstalten, treffen sich die Archivare alle vier Jahre an wechselnden Orten und es ist nur wenigen Archiven möglich, einen Teilnehmer oder eine Teilnehmerin zu entsenden. Es war für die Autorin des vorliegenden Berichtes ein großes Vergnügen, für eine Archivdelegation aus Südafrika ein Besuchsprogramm zusammen zu stellen und die Delegation auf der Tour zu begleiten.¹ Initiator der Reise war das Südafrikanische Ministerium für Kunst und Kultur, in dessen Zuständigkeitsbereich das Archivwesen der Republik Südafrika fällt. Die Delegation stand unter der Leitung von John Mogashoa (Director International Relations), dessen Aufgabenbereich im Ministerium die Pflege internationaler Beziehungen umfasst. Das Nationalarchiv Südafrikas² war durch zwei Stellvertretende Direktoren vertreten, Frau Khanyi Ngcobo (National Archives Repository) und Herr Dennis Maake (National Film, Video and Sound Archives). Patrick Ngulube, Leiter des Archival Studies Programme an der University of South Africa (UNISA – Fernuniversität), komplettierte die Delegation. Die Reise wurde durch intensive Beratungen mit Vertretern des Goethe-Instituts Johannesburg/Südafrika und der Deutschen Botschaft in Pretoria/Südafrika vorbereitet. Der Reisezeitraum (4.-9. Juli 2011) wurde kurzfristig festgesetzt und fiel in die deutsche Urlaubs- und Ferienzeit. Basierend auf den vorab übermittelten Wünschen stellte die Verfasserin in kürzester Zeit ein vielseitiges Besuchsprogramm zusammen und gab die Anwesenheit der Dele-

gation im Vorfeld beim VdA, dem Büro des Präsidenten des Bundesarchivs, der Archivschule Marburg, der Fachhochschule Potsdam und der Humboldt-Universität zu Berlin bekannt. Im Fokus des Interesses stand neben der Vermittlung eines Überblicks über das deutsche Archivwesen der Besuch von Archiven, in denen Archivalien mit Südafrika-Bezug aufbewahrt werden. Außerdem wollten die südafrikanischen Gäste über die verschiedenen Ausbildungswege zum Archivar sowie Ausbildungsinhalte informiert werden. Nicht zuletzt sollten Möglichkeiten der Kooperation und des Austausches von Lehrkräften und Studierenden erörtert werden. Aufgrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit konnten ausschließlich Archive und Einrichtungen in Berlin und Potsdam in das Besuchsprogramm aufgenommen werden. Um dennoch einen ausgewogenen Überblick über die Ausbildungsmöglichkeiten für Archivare in Deutschland einschließlich der FAMI-Ausbildung vermitteln zu können, wurde Archivrätin Susanne Reick (SAPMO) für eine Präsentation gewonnen. Die Stationen der Tour werden im Folgenden in ihrer zeitlichen Abfolge dargestellt.

4. JULI 2011

Das Besuchsprogramm begann mit dem Besuch im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes. Holger Berwinkel, Referent im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, empfing die Gäste. Er informierte über die Aufgaben und Zuständigkeiten des Archivs und beantwortete die Fragen rund um die Zugänglichkeit der Archivbestände und deren Benutzung. Vorgaben durch die Be-

- ¹ Der Autorin ist die Archiv- und Bibliotheklandschaft Südafrikas durch mehrere Forschungsaufenthalte vertraut. Bei den Archivbesuchen wurde sie häufig nach den Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Archivare in Deutschland gefragt. Eine Studie im Auftrage des Südafrikanischen Ministeriums für Kunst und Kultur hat kürzlich die Erfordernisse an die Ausbildung untersucht. Die University of South Africa (BA) und die University of Fort Hare (Master) haben Archiv-Studiengänge. Das Angebot der UNISA soll neu konzipiert werden. An anderen Universitäten werden einzelne Kurse (Archives/Records Management) im Rahmen des Information Studies Studiums angeboten. An der Universität von Witwatersrand gibt es ein Master-Studienmodul (Archives: Theory and Practice), das Teil der Heritage Studies ist. Größere Archive wie das Nationalarchiv bieten regelmäßig Kurse für die Beschäftigten (Seiteneinsteiger) an, die meist schon langfristig ausgebucht sind. Leider gibt es eine hohe Fluktuation der on-the-job-Ausgebildeten vom öffentlichen Dienst zu den besser dotierten Stellen in der privaten Wirtschaft. Großer Bedarf besteht an Kursen zur Konservierung/Restaurierung und zur Digitalisierung.
- ² Die vollständige Bezeichnung lautet National Archives and Records Service of South Africa (NARS).



Holger Berwinkel, John Mogashoa, Khanyi Ngcobo

nutzungsordnung wurden hinterfragt und ob z. B. der Gebrauch von Digitalkameras erlaubt würde. Von der Abwicklung der Kopieraufträge, über die Erhebung von Gebühren bis zur Öffentlichkeitsarbeit wurde, ausgehend von den eigenen Erfahrungen, gefragt und verglichen. Wie in allen folgenden Archiven wurden Erkundigungen zur Ausbildung des Personals bei Einstellung und zu In-House-Weiterbildungs-Angeboten während der beruflichen Tätigkeit eingeholt. Ein weiterer Interessenschwerpunkt konzentrierte sich auf die Frage, ob Restaurierungswerkstätten vorhanden sind und über welche Ausbildung die dort beschäftigten Kollegen verfügen. Herr Berwinkel führte die Delegation nach der „Fragestunde“ durch das Magazin und präsentierte Archivalien mit Bezug auf die Tätigkeit der Berliner Mission in Südafrika. Gern erfüllte er den besonderen Wunsch nach einem Blick in die Restaurierungswerkstatt.

Am Nachmittag wurde die Archivdelegation in der Fachhochschule Potsdam vom Dekan des Fachbereichs 5 (Informationswissenschaften), Günther Neher, und dem Vorsitzenden des Senats der Fachhochschule, Hartwig Walberg (ebenfalls vom Fachbereich 5 und dort zuständig für den Studiengang Archiv), empfangen. Die Professoren stellten das Studienkonzept und die Studieninhalte vor. Uta Kotulla (Fachhochschule Potsdam, Internationales) erläuterte die Möglichkeiten des akademischen Austausches (z. B. DAAD) und deren Voraussetzungen. Dazu zählt unter anderem, dass Studieninteressierte, die Studienangebote an der Fachhochschule nutzen wollen, über Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen müssen. Die südafrikanischen Gäste stellten zahlreiche Nachfragen, um sich ein genaues Bild vom Studium, der Finanzierung von Studienaufenthalten und den Möglichkeiten der Kooperation und des Austausches von Studierenden und Dozenten machen zu können.

5. JULI 2011

Am zweiten Tag lag der Fokus des Interesses ganz auf dem Besuch des Berliner Missionswerkes. Zunächst traf sich die Delegation im Kirchlichen Archivzentrum Berlin (KAB) mit der langjährigen Mitarbeiterin des Berliner Missionswerkes Bettina Golz. Im KAB werden die Bestände zur Geschichte der Berliner Mission, darunter zur Tätigkeit in Südafrika, aufbewahrt. Bettina Golz vom Archiv und Doris Lorenz von der Bibliothek bemühten sich, den Gästen einen Einblick in ihre Arbeit und über den Umfang des Bestandes zu vermitteln. Reinhard Kees vom Afrika-Referat des Berliner Missionswerkes, in dessen Zuständigkeit das Archiv fällt, empfing die Delegation und beantwortete Fragen zum Stand der Digitalisierungsarbeiten am Bestand. Anschließend wurde erörtert, wie die Kooperation zwischen dem Berliner Missionswerk und den Verantwortlichen im südafrikanischen Ministerium für Kunst und Kultur vertieft werden kann. Möglichkeiten des Zugangs zu den Unterlagen über die Missionsarbeit in Südafrika interessierten die Besucher ebenfalls.

6. JULI 2011

Am Vormittag besuchte die Delegation die Stasi-Unterlagenbehörde BStU. Birgit Salamon (Abteilungsleiterin Archiv) und Karsten Jedlitschka (Referatsleiter AR 1 Grundsatz) informierten, ausgehend von den gesetzlichen Grundlagen für die Arbeit der Behörde, über die Aufgaben des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Sie erläuterten die Struktur der Behörde mit ihren Außenstellen, gaben einen Überblick über die Archivbestände und stellten die Herausforderungen bei der Archivarbeit dar. Die Projekte zur manuellen und virtuellen Rekonstruktion von Dokumenten aus unzähligen Dokumen-



Henning Pahl, Patrick Ngulube, Dennis Maake, John Mogashoa, Susanne Reick, Khanyi Ngcobo, Christine Gohsmann

tenschnipseln wurden besprochen. Unter Bezugnahme auf die spezielle Gesetzgebung in Südafrika³ wurden Fragen zum konkreten Ablauf einer Benutzung gestellt. Da in Südafrika aufgrund lückenhafter Überlieferungen die Oral-History-Projekte speziell gefördert werden, wurde auch nachgefragt, ob Vergleichbares zur Arbeit der BStU gehört. Beim anschließenden Rundgang durch das Archiv konnten die Gäste die Arbeit mit den verschiedenen Medien (Papierakten, Tondokumente) erleben. In der Restaurierungswerkstatt wurden verschiedene Verfahren zum Zusammensetzen von zerrissenen Karteikarten präsentiert.

Von Berlin-Lichtenberg führte der Weg nach Berlin-Lichterfelde. Am Nachmittag wurde dort die Arbeit des Bundesarchivs von Hans-Dieter Kreikamp, Leiter der Abteilung Deutsches Reich, im Überblick vorgestellt. Henning Pahl, Leiter des Referats STA 1 der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), informierte über die Entstehung, die Arbeit und die Gremien der SAPMO. Er stellt die Bestände und spezielle Archivprojekte vor. Den Besuchern wurden einige Akten aus den Beständen des Bundesarchivs mit Südafrika-Bezug vorgelegt. Nachfragen bezogen sich auf die Mikroverfilmung und Digitalisierung von Beständen und auf die damit im Zusammenhang stehende Copyright-Problematik.

Zum vereinbarten Programm gehörte auch die bereits erwähnte Präsentation der verschiedenen Ausbildungswege zum Archivar einschließlich der Informationen zur FAMI-Ausbildung. Als Absolventin der Archivschule Marburg (2010) konnte Susanne Reick, Referentin der SAPMO, einen authentischen und detaillierten Einblick in die Aus- und Fortbildungsangebote der Archivschule geben, die sich an die Archivarinnen und Archivare des höheren bzw. des gehobenen Dienstes richten. Auch hier bezogen sich die Nachfragen der Gäste auf die konkreten Studieninhalte und die Möglichkeiten für einen Studierendenaustausch.

7. JULI 2011

Am vierten Tag war die Delegation im Deutschen Rundfunkarchiv (DRA), Standort Potsdam-Babelsberg, zu Gast. Jörg-Uwe Fischer gab einen Überblick über die Entwicklung und die speziellen Aufgaben des DRA an seinen beiden Standorten in Frankfurt am Main und in Potsdam-Babelsberg. Er stellte die im DRA überlieferten Bestände sowie die verwendete Datenbank vor und hatte ebenfalls Unterlagen und Sendbeiträge (Fernsehen) mit Südafrika-Bezug vorbereitet. Beim Rundgang durch das Gebäude wurden die Vorzüge eines Archivzweckbaus sowie insbesondere die Möglichkeiten der Einflussnahme der Archivare in der Planungsphase deutlich. Seinen Niederschlag findet dies im Prinzip der kurzen Wege. Die unterschiedlichen klimatischen Erfordernisse bei der Lagerung der verschiedenen Medienarten wurden erläutert und spürbar. Die Gäste besuchten einen Digitalisierungsplatz für Fernsehbeiträge und erhielten eine kurze Einführung in angewendete Verfahren. Auf dem Rundgang wurde anhand besonderer Exponate aus der Sammlung der Empfangsgeräte (Radio/Fernsehen) die Rundfunk- und Fernsehgeschichte erlebbar, deren Funktionsweise Fischer jeweils erläuterte.

Am Nachmittag präsentierte Christine Gohsmann, stellvertretende Leiterin des Bereiches Archiv und Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die englische Version der Archivsoftware AUGIAS-Archiv (Version 8.2), und informierte kurz über die Aufgaben der Parteiarchive in Deutschland. Die Software AUGIAS-Archiv wird u.a. auch im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes und im Archiv des Berliner Missionswerkes genutzt.

³ Promotion of Access to Information Act 2 of 2000.

8. JULI 2011

Beim letzten Termin des Fachprogramms traf sich die Delegation mit Michael Seadle, dem Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Bibliotheks- und Informationswissenschaft und Dekan der Philosophischen Fakultät I der Humboldt-Universität zu Berlin. Obwohl die Humboldt-Universität keinen eigenständigen Archivstudiengang (mehr) anbietet, gehören Module zur Digitalisierung natürlich zum Studienangebot des Instituts. Seadle informierte über internationale Kooperationsprojekte und die Voraussetzungen für einen Studentenaustausch. Es gibt Lehrangebote in englischer Sprache, die kontinuierlich erweitert werden. Für internationale Kooperationen auf dem Gebiet der Lehre werden die neuen technischen Möglichkeiten der Kommunikation und des Informationsaustausches wie Podcast und Videokonferenzen genutzt. Seadle signalisierte ebenso wie Ngulube Interesse an einer Zusammenarbeit von UNISA und Humboldt-Universität.

Vor der Rückreise nach Südafrika am 9. Juli 2011 zog die Delegation eine kurze Bilanz des Aufenthalts. Frau Ngcobo und ihre Kollegen erklärten, dass das Besuchsprogramm ihnen die gewünschten Einblicke vermittelt habe. Sie dankten sich für die Gastfreundschaft und Auskunftsfreudigkeit der Gesprächspartner in allen Archiven und Einrichtungen. Aus den Gesprächen nehmen sie wertvolle Anregungen für die Arbeit in den Archiven mit. Wichtigstes Ziel ist es, Möglichkeiten der Kooperation bei der Ausbildung von Archivaren bzw. des Austausches von Studierenden und/oder Dozenten zu entwickeln. Es ist verabredet, dass sich die Gäste dazu direkt mit den Gesprächspartnern in Verbindung setzen. Damit bietet sich für die Kolleginnen und Kollegen in Deutschland die Chance, die jeweiligen Archive in Südafrika bekannt zu machen und (bei Interesse) Einblicke in das südafrikanische Archivwesen zu erhalten.

Christine Gohsman, Berlin

AUTOGRAPHEN, BÜCHER, NACHLÄSSE UND DIE PERSONENNAMENDATEI (PND)

HERAUSFORDERUNGEN UND LÖSUNGEN AUCH FÜR „KLASSISCHE“ ARCHIVE?

Vom 11. bis 13. Mai 2011 fand im Centre national de littérature/Lëtzebuenger Literaturarchiv (CNL) in Mersch (Luxemburg) die 1. Internationale Arbeitstagung der Literaturarchive und Nachlassinstitutionen statt. Organisiert wurde sie durch KOOP-LITERA International, ein Netzwerk von deutschen, luxemburgischen, österreichischen und schweizerischen Institutionen, die Nachlässe und Autographen archivieren und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Ausgangspunkt für dessen Tätigkeit war das seit 1996 in Österreich existierende KOOP-LITERA-Netzwerk, dem vornehmlich Literaturarchive angehören und dessen Ziel die Professionalisierung des Arbeitsfeldes durch Zusammenarbeit z. B. bei der Erwerbung von Beständen, der Erarbeitung von Handreichungen sowie der Veranstaltung von Tagungen ist. Die Koordination der Initiative KOOP-LITERA Deutschland liegt seit August 2008 bei einer Arbeitsgruppe, der zunächst Vertreter des Deutschen Literaturarchivs in Marbach, des Goethe- und Schillerarchivs in Weimar, der Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz – und des Deutschen Exilarchivs 1933-1945 der Deutschen Nationalbibliothek (Frankfurt am Main) angehörten. Der Tagung vorangestellt war ein Workshop zum Thema „Benutzungsordnungen“, auf den im Folgenden nicht näher eingegangen wird. Die Tagung selbst – mit rund 70 Teilnehmern

aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Österreich und der Schweiz gut besucht – gliederte sich in drei thematische Sektionen: „Digitalisierung und Standardisierung“, „Nachlässe institutioneller Provenienz“ und „Nachlassbibliotheken“.¹ Referenten wie Teilnehmer waren weit überwiegend Vertreter von Literaturarchiven und Bibliotheken (mit Autographen- und Nachlassabteilungen), die „klassischen“ öffentlichen Archive waren fast ausschließlich durch Mitarbeiter des luxemburgischen Nationalarchivs vertreten. So zeigte sich auch hier der große Abstand, der zwischen Bibliotheken und Literaturarchiven auf der einen und den „normalen“ kommunalen und staatlichen Archiven auf der anderen Seite besteht – wie weit zu Recht, sei noch zurückgestellt. Die erste Sektion widmete sich mit sieben Vorträgen dem Themenfeld „Digitalisierung und Standardisierung“. Einleitend stellte Bastian Meyer, Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden, die bisherigen Ergebnisse der KOOP-LITERA-Arbeitsgruppe „Literaturarchive und Internet“ vor. Sie befasst sich mit einem gemeinsamen Daten- und Austauschformat für digitalisierte Nachlässe; Meyer verwies vor allem auf den „DFG-Viewer“, einen Browser-Webdienst zur Anzeige von Digitalisaten, der im Auftrag von vier Bibliotheken entwickelt wurde, die an der Aktionslinie Digitalisierung der in

nationalen Verzeichnissen nachgewiesenen Drucke mit Massendigitalisierungsprojekten beteiligt sind.² Die Nutzung des „DFG-Viewers“ hat Aufnahme in die „Praxisregeln zur Digitalisierung“ der DFG gefunden – das Thema hat daher unmittelbare Relevanz für alle Archive und Bibliotheken, die an einer DFG-Förderung für Digitalisierungsmaßnahmen interessiert sind.

Peter Stadler, Hochschule für Musik Detmold, stellte am Beispiel der Carl-Maria-von-Weber-Briefedition Möglichkeiten der Vernetzung von Forschungseinrichtungen und Bibliotheken vor. Diese Edition ist eine der wenigen Großprojekte, die bereits intensiv (auch) an einer elektronischen Fassung arbeiten. Das Projekt verwendet bei der Auszeichnung der elektronischen Texte das Format TEI (Text Encoding Initiative), um damit optimale Voraussetzungen für eine Vernetzung der Online-Informationen mit Bibliothekskatalogen und Normdateien zu ermöglichen. Stadler nannte beispielhaft die Personennamendatei (PND), deren mittlerweile flächendeckende Nutzung durch Bibliotheken und Literaturarchive in den Beiträgen der Tagung augenfällig wurde. Die PND wurde von 1995 bis 1998 in einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekt aufgebaut und steht online im Rahmen des Kataloges der deutschen Nationalbibliothek zur Verfügung. In ihr werden alle für die Formal- und Sacherschließung wesentlichen Personennamen zusammengeführt. Die PND umfasst zurzeit rund 3,6 Mio. Namen (davon ca. 1,8 Mio. Personen mit individualisierten Datensätzen, d. h. Lebensdaten).³ Die Verbreitung der PND erfuhr einen besonderen Schub durch die Übernahme in Wikipedia-Personenartikel. In der deutschen Wikipedia ist die PND-Nummer in über 150.000 Personenartikeln eingetragen und so mit dem zugehörigen PND-Datensatz direkt verlinkt. Besonders deutlich wurde die immens gewachsene Bedeutung der PND für die „Sichtbarkeit“ im Internet durch den sich anschließenden Beitrag von Jürgen Thaler, Franz Michael Felder-Archiv, Bregenz. Unter dem Titel „Linked Data“ stellte Thaler eindrucksvoll die Möglichkeiten einer Präsentation der eigenen Bestände durch die Nutzung der PND vor. Mit der „PND-BEACON“ stellte er ein Format vor, mit dem Links auf relevante Webseiten zu einer Person angegeben werden können. Eine PND-BEACON-Datei ermöglicht also die gegenseitige Verlinkung von Webseiten, die Inhalte mittels der PND verknüpft haben.⁴ Betrachtet man die im Wikipedia-Artikel „PND/Beacon“ aufgeführten Institutionen, werden die flächendeckende Nutzung und Vernetzung mehr als deutlich – allerdings auch die weißen Flecken durch das bedauerlicherweise fast vollständige Fehlen der „klassischen“ Archive.⁵

Die selbstverständliche Verwendung der PND zog sich auch durch die folgenden vier Beiträge, die in unterschiedlicher Qualität Aspekte der Digitalisierung und Standardisierung behandelten. Genannt seien die Beiträge von Maximilian Schreiber, Bayerische Staatsbibliothek, München, und Nicole Sahl, Centre national de littérature, Mersch. Schreiber informierte über ein beantragtes DFG-Projekt, dessen Ziel die suchmaschinenbasierte Recherche in den Nachweisinstrumenten für Nachlässe und Autographen ist. Sahl stellte das „Luxemburger Autorenlexikon online“ vor, eine zweisprachige und ergänzte Online-Version des 2007 erschienenen Luxemburger Autorenlexikons mit Informationen zu rund 1.000 Personen, das zum Zeitpunkt des Vortrags aber erst in einer internen Version vorlag.

Unter dem für Archivare etwas befremdlichen Titel „Nachlässe institutioneller Provenienz“ schloss sich eine Sektion an, deren Schwerpunkt der Umgang mit Archivgut von Verlagen bildete.

Einleitend stellte André Derval, Institut Mémoires de l'Édition contemporaine (IMEC), Saint-Germain-la-Blanche-Herbe, seine beeindruckende Institution vor. Das IMEC wurde 1988 gegründet und ist das zentrale französische Archiv für die Überlieferung von Verlagen.⁶ Bei einem Umfang von rd. 13 lkm verwahrt es u. a. das Archivgut der Verlagshäuser Hachette und Flammarion. Derval zeichnete eindrucksvoll die vielfältigen Aktivitäten des IMEC im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit nach, ging aber leider nur kurz auf Aspekte der Ordnung und Verzeichnung ein. Diese wurden in den beiden anschließenden Vorträgen von Gunilla Eschenbach, Deutsches Literaturarchiv Marbach (DLA), und Thekla Kluttig, Sächsisches Staatsarchiv – Staatsarchiv Leipzig, intensiver behandelt. Eschenbach stellte ihrem Vortrag über „Das Archivgut der Insel-Verlage Leipzig und Wiesbaden – Struktur, Ordnung und Verzeichnung“ einen Bericht über die Übernahme des sogenannten Suhrkamp-Archivs voran, das mit rd. 800 Umzugskartons (rd. 20.000 Aktenordnern) im Dezember 2009 in das DLA übernommen wurde. 5 % der übernommenen Unterlagen waren Archivgut des Insel-Verlags, dessen Ordnung und Verzeichnung durch das DLA begonnen worden ist. Im Folgenden stellte sie methodische Vorüberlegungen zur Erschließung dieser Insel-Überlieferung vor. Für das DLA sind die Erschließung der Verlagsarchive Suhrkamp und Insel besondere Herausforderungen, da sich die Erschließungstradition des Hauses anhand der Katalogisierung v. a. von Autographen herausgebildet hat. Mit der dort so genannten „Pauschalerschließung“ tut sich das DLA hingegen schwer.⁷ So wird es interessant sein zu sehen, welche Fortschritte die Zugänglichkeit des „Suhrkamp-Archivs“ unter der Leitung des zuständigen Literaturwissenschaftlers Jan Bürger machen wird. Der Suhrkamp-Bestand ist selbst nach den Maßstäben des Staatsarchivs Leipzig

¹ Das Tagungsprogramm und die eingereichten Abstracts können unter www.onb.ac.at/koop-litera/termine/koop_int_mersch_2011.html eingesehen werden (aufgerufen am 27.07.2011).

² Siehe dfg-viewer.de/ (aufgerufen am 27.07.2011).

³ Siehe www.d-nb.de/standardisierung/normdateien/pnd.htm (aufgerufen am 27.07.2011).

⁴ Siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:PND/BEACON> (aufgerufen am 27.07.2011).

⁵ Sucht man nach Hinweisen für eine Beschäftigung von Archiven mit der PND, wird man kaum fündig. Ausnahmen bilden die Aktivitäten des Landesarchivs Baden-Württemberg im Zusammenhang mit dem Projekt Kalliope II in den Jahren 2003/2004 und die von Mario Glauert erwähnte Unterstützung des Bundesarchivs durch Wikipedia „bei der Zuordnung von Nummer der so genannten Personennamendatei (PND) zu den Einträgen in der Personenliste des Bundesarchivs“, s. Mario Glauert: Archiv 2.0. Vom Aufbruch der Archive zu ihren Nutzern. In: *Archive im digitalen Zeitalter. Überlieferung – Erschließung – Präsentation*. 79. Deutscher Archivtag in Regensburg, Neustadt a.d. Aisch 2010, hier S. 49. Francesco Roberti feststellt, die PND sei „für bibliothekarische Zwecke entwickelt“ worden, ist zwar nicht falsch, erkennt aber die mittlerweile weit über die Bibliotheken hinausgehende Nutzung der PND, s. Francesco Roberti: *Findbuch – Regest – Edition – Abbildung*. In: *Archivar* 64 (2011) H. 2, hier S. 177. Wohin die Reise geht, zeigte der Workshop „Personendateien“ der Arbeitsgruppe Elektronisches Publizieren der Union der deutschen Akademien der Wissenschaft in Zusammenarbeit mit der Sächsischen Akademie der Wissenschaften und der Deutschen Nationalbibliothek im September 2009 in Leipzig – es fragt sich nur, ob die Archive bei dieser Reise dabei sein werden.

⁶ Siehe www.imec-archives.com/index.php (aufgerufen am 27.07.2011).

⁷ Dieser Eindruck entsteht bei der Lektüre der Dissertation von Sylvia Asmus: *Nachlasserschließung im Deutschen Exilarchiv 1933-1945 unter besonderer Berücksichtigung der Benutzersicht*, S. 50-55. Das ist auch nicht verwunderlich, da im DLA die Erschließung durch ausgebildete Bibliothekare erfolgt. Mein persönlicher Eindruck – basierend auf der Rezeption von Tagungsbeiträgen von DLA-Mitarbeitern und Gesprächen mit Benutzern des DLA – ist zudem, dass sich das DLA unter der Leitung von Ulrich Raulff zunehmend als wissenschaftliche Forschungseinrichtung und weniger als archivistische Dienstleistungseinrichtung für externe Benutzer positioniert.

„groß“, das angesichts rd. 1,5 lkm eigener Verlagsüberlieferung Erfahrungen mit der Bearbeitung großer Aktenmengen aus über 40 Verlagen hat. Kluttig erläuterte in ihrem Vortrag über „Ordnung und Verzeichnung des Archivguts der Wissenschaftsverlage B. G. Teubner Leipzig und Stuttgart“ die Vorgehensweise bei der teils einfachen, teils erweiterten Erschließung dieser Überlieferung, die im November 2009 als Schenkung von der Deutschen Nationalbibliothek übernommen wurde.

Für ein differenziertes Vorgehen plädierte auch Jutta Weber in ihrem Vortrag über die Erschließung des Archivguts von Wissenschaftsverlagen am Beispiel des Verlags Mohr Siebeck. Hier ist ein gestaffeltes Vorgehen von der Konvoluterschließung zur Feinererschließung vorgesehen, wobei die Korrespondenz und Verträge auf der Basis der Regeln zur Erschließung von Nachlässen und Autographen (RNA) in Kalliope verzeichnet werden sollen.

Anschließend stellten Sabine Brenner-Wilczek, Heinrich-Heine-Institut, Düsseldorf, und Sylvia Asmus, Deutsche Nationalbibliothek, Frankfurt am Main, die Geschichte und Erschließung verschiedener literaturhistorisch interessanter Bestände vor. Brenner-Wilczek plädierte dabei für die Erarbeitung von Dokumentationsprofilen auch durch Literaturarchive; Asmus erläuterte anschaulich positive wie negative Aspekte der Bearbeitung des Archivguts der Deutschen Akademie im Exil/American Guild for German Cultural Freedom.

Den Abschluss der Sektion bildete der Vortrag von Beatrix Obal, Johannes-Gutenberg-Universität, Mainz, über das vom dortigen Institut für Buchwissenschaft im Jahr 2009 eingerichtete Verlagsarchiv. Ausgangspunkt war die Übernahme von Teilen des Archivguts des Rowohlt Verlags (Bereiche Sachbuch, Taschenbuch, Kinder- und Jugendbuch) an dem das Deutsche Literaturarchiv nicht interessiert war; das DLA übernahm den Bereich Belletristik. Mit der später erfolgten Schenkung weiterer Bestände, u. a. dem Archivgut des Rotbuch Verlags und der Europäischen Verlagsanstalt, wurde das Mainzer Verlagsarchiv ausgebaut und hat aktuell einen Umfang von rund 500 lfm.

Die dritte Sektion widmete sich den „Nachlassbibliotheken“. Eindrucksvoll stellte Magnus Wieland, Schweizerisches Literaturarchiv, Bern, „obere Limiten“ der Erschließung am Beispiel der Bibliothek Friedrich Dürrenmatts vor. Bei der „exemplarspezifischen“ Erschließung der Dürrenmattschen Bücher werden neben der reinen Katalogisierung auch sämtliche Lesedaten in den Büchern (handschriftliche Notizen Dürrenmatts) erfasst; dies führt zu einer Erfassungsrate von 10 Büchern/1 Arbeitstag. Dies sei – so Wieland – eine Tiefe der Erschließung, die in vielen Fällen kaum praktikabel oder sinnvoll sei.

Auch der Vortrag von Germaine Goetzing, Centre national de littérature, Mersch, verdeutlichte den großen Aufwand, den eine intensive Erschließung von Büchern – in diesem Fall der Versuch einer Rekonstruktion der Bibliothek des bedeutenden Luxemburger Industriellenehepaars Mayrisch – mit sich bringen kann. Goetzing betonte dabei die Notwendigkeit einer intensiven Beschäftigung mit den zahlreichen Widmungen, Anstreichungen und Annotationen, die Möglichkeiten der Rekonstruktion von Besitzverhältnissen, aber auch von grenzüberschreitenden Sozialkontakten bieten.

Den Versuch der Rekonstruktion einer Bibliothek stellte auch Sabine Harik, Berlin, in ihrem Vortrag über Friedrich Schmidt-Ott und seine Bibliothek vor. Schmidt-Ott war letzter königlich-preußischer Kultusminister sowie Gründer und Präsident der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft (der Vorgängeror-

ganisation der Deutschen Forschungsgemeinschaft); das Schicksal seiner – heute auf mehrere Standorte verteilten – Bibliothek erlaube aufschlussreiche Einblicke in den Umgang von Bibliothekaren und Archivaren mit Nachlassbibliotheken.

Die Bedeutung von Anstreichungen, Notizen und Annotationen betonte auch Konrad Heumann, Freies Deutsches Hochstift, Frankfurt am Main, bei seiner Vorstellung von Bestand und Katalogisierung der Hofmannsthal-Bibliothek im Freien Deutschen Hochstift. Für das Verständnis und die Kommentierung des Werkes Hugo von Hofmannsthal sei diese von zentraler Bedeutung, da sich in ihr sein Umgang mit der literarischen Tradition zeige. Band 40 der Kritischen Ausgabe erscheint in diesem Jahr und wird einen knapp 3.000 Nummern umfassenden Katalog enthalten, der den Bestand der Bibliothek mit allen Lesespuren dokumentiert.

Abschließend wurde über zwei vor kurzem erfolgreich abgeschlossene Projekte berichtet: Birgit Jooss, Deutsches Kunstarchiv im Germanischen Nationalmuseum, Nürnberg, berichtete über das von der Arbeitsstelle für Provenienzforschung, Berlin, geförderte und mit eindrucksvoller Schnelligkeit durchgeführte Digitalisierungs- und Erschließungsprojekt „Galerie Heinemann online“, das Recherchen für die Provenienzforschung erleichtern soll. Dabei wurden Informationen zu über 43.000 – von der Münchner Galerie Heinemann gehandelten – Gemälden sowie zu ca. 13.000 mit ihrem Erwerb bzw. Verkauf verbundenen Personen und Institutionen in einer Datenbank verknüpft und online zur Verfügung gestellt.⁸

Neuer und erheblich komfortabler als die vom Bundesarchiv bereitgestellte und von vielen deutschen Archiven genutzte „Zentrale Datenbank Nachlässe (ZDN)“ ist das „Verzeichnis der künstlerischen, wissenschaftlichen und kulturwissenschaftlichen Nachlässe in Österreich“, das im Januar 2011 ins Netz gestellt wurde. Volker Kaukoreit, Literaturarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek, Wien, stellte den Projektablauf und die Recherchemöglichkeiten vor und fragte nach den Möglichkeiten einer Vernetzung ähnlicher nationaler Nachweismittel auf europäischer Ebene. Auch viele Kommunalarchive und Bundesarchive haben sich an dem Nachlass-Portal beteiligt, allerdings nicht das Österreichische Staatsarchiv.

Diese Nichtbeteiligung ist vielleicht bezeichnend für den eingangs benannten großen Abstand, der zwischen Bibliotheken und Literaturarchiven auf der einen und den „normalen“ kommunalen und staatlichen Archiven auf der anderen Seite besteht. Hinsichtlich einer kooperativen Erschließung von Nachlässen und Autographen war um das Jahr 1990 eine Chance verpasst worden, wie Ewald Grothe anschaulich schildert.⁹ Seinem Plädoyer für jede Art der Kooperation zwischen Bibliotheken und Archiven im Interesse der gemeinsamen Kunden kann ich mich nur anschließen und schon jetzt werben für eine verstärkte Teilnahme „klassischer“ Archivare an der 3. Arbeitstagung von KOOP-LITERA Deutschland, die vom 23.-25. Mai 2012 in der Bayerischen Staatsbibliothek, München, stattfinden wird. ■

Thekla Kluttig, Leipzig

⁸ <http://heinemann.gnm.de> (aufgerufen am 27.07.2011).

⁹ Ewald Grothe: Die kooperative Erschließung von Autographen und Nachlässen im digitalen Zeitalter. Probleme und Perspektiven. In: Bibliothek 30 (2006) H. 3, hier S. 284.

DAS MODULARE NULLENERGIE-DEPOT

NEUE WEGE FÜR DEPOT- UND ARCHIVBAUTEN

Das Europäische Kompetenzzentrum für energetische Altbausanierung und Denkmalpflege Benediktbeuern des Fraunhofer Institutes für Bauphysik (IBP) veranstaltete am 12. Mai 2011 im Barocksaal des Klosters Benediktbeuern gemeinsam mit dem Büro für Präventive Konservierung und Depotplanung k3-artservices sowie dem Projektentwickler Ottmann GmbH & Co Südhausbau KG eine Tagung, die nachhaltige und wirtschaftliche Lösungen für Museums- und Archivbauten zum Gegenstand hatte.

Angesichts der mit den aktuellen energiepolitischen und klimatischen Veränderungen steigenden Bedeutung von Zweckbauten mit hoher Energieeffizienz und geringen Investitions- und Unterhaltungskosten wurden von den anwesenden ca. 100 Restauratoren, Museumswissenschaftlern, Architekten, Technikern und Mitarbeitern verschiedener Institutionen Möglichkeiten der fachgerechten, dauerhaften und ökonomischen Verwahrung von Museums- und Archivgut diskutiert. Der Schwerpunkt lag dabei bei den musealen Unterlagen, was sich auch in der Teilnahme nur weniger Archivare zeigte.

Zu Beginn präsentierte Klaus Sedlbauer Beispiele aus der Arbeit des Fraunhofer IBP zu energieeffizientem Bauen und zum Kulturgüterschutz und zeigte den Trend vom Niedrigenergiehaus über das Null-Heizenergiehaus bis zum Plusenergiehaus auf. Anschließend gab Markus Leuthard vom Schweizerischen Nationalmuseum und Sammlungszentrum einen Erfahrungsbericht, in dem er die Realisierung eines Kompetenz- und Dienstleistungszentrums für insgesamt acht Museen in Affoltern a. Albis vorstellte, das an zentraler Stelle u. a. Aufbewahrungs- und Konservierungsleistungen anbietet. Volker Jäger vom Sächsischen Staatsarchiv berichtete über die Erkenntnisse, die bei den in den letzten 15 Jahren umgesetzten fünf umfangreichen staatlichen Archivbauten in Sachsen gewonnen wurden.

Der zweite Teil der Veranstaltung befasste sich mit den Ergebnissen der vom Fraunhofer IBP durchgeführten Studie zur Realisierung eines Null-Energiedepots. Michael Zink und Kai Morgenstern umrissen die Idee des modularen Konzeptes. Martin Krus und Doris Rösler betrachteten unter Einbeziehung eines Raummodells die hygrothermische Seite des Depots, Ingo Heusler und Annika Buddenbäumers die energetische Bilanz. Volker Huckemann und Lars Klemm äußerten sich zur Gesamtbilanz des Null-Energiedepots.

Im Rahmen des Projektes wurden neben Modulen für die Verwahrung musealer und archivischer Unterlagen mit entsprechend differenzierter Gestaltung weitere für Anlieferung, Werkstätten und Bürobereich entwickelt. Die Verwendung von Fertigbauelementen in Skelettbauweise ermöglicht eine sehr flexible Gestaltung des Baukörpers. Hervorgehoben wurden neben der schnellen Bauweise die energie-neutrale Bilanz und die niedrigen Kosten. Erklärtes Ziel der Zusammenarbeit des Fraunhofer IBP mit der Wirtschaft ist eine europaweite Vermarktung der modularen Depots.

Insbesondere bei der hygrothermischen und energetischen Betrachtung des Modells zeigte sich weiterer Abstimmungs- und Entwicklungsbedarf, so hinsichtlich der Umsetzung der in den „Empfehlungen des Bestandserhaltungsausschusses der Archivkonferenz des Bundes und der Länder zu den Betriebsrisiken von Archivgebäuden“ geforderten Reduzierung der Technikabhängigkeit der Räume und Gebäude. Bei der Darstellung und Gegenüberstellung unterschiedlicher Dämmkonstruktionen und Anlagenkomponenten entfernten sich die Vortragenden hinsichtlich der Klimaanforderungen teilweise von den archivfachlichen Erfordernissen und stellten deren Berechtigung in Frage.

Im dritten Vortragskomplex forderte Joachim Huber von der prevart GmbH einen Paradigmenwechsel und eine zeitgemäße Philosophie der Kulturgütererhaltung. Poul Klenz Larsen von der Gotland University Visby stellte Low-tech-Varianten für Depotbauten aus Skandinavien vor. Mira Heinze erläuterte Fördermöglichkeiten im Rahmen des Programms Energieoptimiertes Bauen. Kordt Schlieper von der Bayerischen Landesbank wies auf Aspekte kommunaler Finanzierung hin. Die abschließende Podiumsdiskussion griff eine Reihe interessanter Fragen auf und verdeutlichte weiteren Handlungsbedarf.

Effektive, nachhaltige und ökonomisch tragbare Lösungen für Archiv- und Museumsbauten sind ein aktuelles Erfordernis, dessen erfolgreiche Bewältigung jede Unterstützung verdient. Eine unverzichtbare Voraussetzung dafür ist der intensive Austausch zwischen Architekten, Technikern, Museologen, Archivaren und allen anderen Beteiligten, wofür in Benediktbeuern ein Grundstein gelegt wurde. ■

Volker Jäger, Leipzig

DOKUMENTATIONSPROFIL KULTURELLER ÜBERLIEFERUNGEN

In den letzten Jahrzehnten haben kulturelle Überlieferungen einen immensen Bedeutungswandel erlebt. Der Kultur kommt im Alltagsleben eine überaus wichtige Rolle zu, sie ist gewissermaßen omnipräsent. Auf verschiedensten Vermittlungsstufen – von der Kneipenlesung bis zum Mega-Event – entstehen kulturelle Bestände, die, sofern es die Kapazitäten zulassen und sich die Archive verantwortlich fühlen, in Kulturarchive übernommen werden. Aus dem fulminanten Anwachsen kultureller Überlieferungsformen ergibt sich für die Archive zwangsläufig ein Selektionsproblem: Was sind bewahrungswürdige Überlieferungen? Woran erkennen Archivre heute, welche Bestände gesichert werden müssen, welche nicht?

Die „Arbeitshilfe zur Erstellung eines Dokumentationsprofils für Kommunalarchive“ wurde 2008 von der Bundeskonferenz (BKK) verabschiedet und stellt eine wichtige Handreichung für die kommunalen Archive dar! Für Kultur- bzw. Literaturarchive fehlt eine solche Arbeitshilfe bisher. Die Tagung „Dokumentationsprofil kultureller Überlieferungen“ vom 30. Juni bis 1. Juli 2011 in Düsseldorf, ausgerichtet vom Rheinischen Literaturarchiv im Heinrich-Heine-Institut in Verbindung mit dem Westfälischen Literaturarchiv Münster, formulierte erste Schritte hin zu einer Definition eines eigenen Dokumentationsprofils für Kulturarchive.

Katharina Tiemann (Westfälisches Literaturarchiv, Münster) erinnerte in ihrer Einleitung zur ersten Sektion „Archivische Bewertung und Dokumentationsprofile“ daran, dass der Terminus „Dokumentationsprofil“ lange Zeit nicht salonfähig war. Der Begriff stammt aus der ostdeutschen Archivistik, in Westdeutschland wurde er nicht verwendet. Hier näherte sich erstmals Hans Booms der Thematik an. Seine Ausführungen, die 1972 unter dem Titel „Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung. Zur Problematik archivarischer Quellenbewertung“² veröffentlicht wurden, sahen sich innerhalb der deutschen Archivwissenschaft starker Kritik ausgesetzt. Ein Anliegen der Tagung, so Tiemann, solle darin bestehen, „diesen Begriff mit Leben zu füllen“. Peter Weber (Mitglied der BKK-Arbeitsgruppe „Überlieferungsbildung“) und Jan Richarz (LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum, Brauweiler) näherten sich dem Begriff des Dokumentationsprofils in ihrem einleitenden Vortrag aus der kommunalen Perspektive. Der genuine Überlieferungsauftrag bestehe darin, „die lokale Lebenswelt abzubilden“. Dokumentationsprofile trügen dazu bei, eine „scharfe“ Auswahl aus dem potenziellen Archivgut vornehmen zu können. Mangelnder Transparenz geschuldet, käme es teilweise zu Übernahmequoten von bis zu 40 Prozent. Weber versteht die Überlieferungsbildung als „Königsdisziplin der Archivistik“, daher würden zwingend Überlieferungsstrategien mit Modellcharakter benötigt. Aktuell

werden Profile zu den Bereichen Schule, Landwirtschaft und Pfarrgemeinden erarbeitet. Ein bereits ausgearbeitetes Profil zur Architektur wurde von Jan Richarz vorgestellt. Da die Bauamtüberlieferung in Kommunalarchiven oftmals unzureichend ist, wandte sich Richarz darüber hinaus Architektennachlässen zu, um die Überlieferung auf eine breite Basis zu stellen.

Gisela Fleckenstein (Historisches Archiv der Stadt Köln) stellte im zweiten Sektionsbeitrag („Ein Nachlass für das Historische Archiv der Stadt Köln? Übernahmekriterien und Bewertung auf der Grundlage eines Dokumentationsprofils“) die Übernahmekriterien des Historischen Archivs der Stadt Köln vor. Das Historische Archiv der Stadt Köln verwahrt insgesamt 850 Vor- und Nachlässe. Ein Sammlungsauftrag des HASTK besteht darin, das private Schriftgut von Kölner Persönlichkeiten (aktiv) einzuwerben. Das gesellschaftliche Leben der Stadt Köln soll auf diesem Wege abgebildet werden. Sammlungsschwerpunkte des Archivs sind die Bereiche Politik, Literatur und Journalismus. Zudem werden Nachlässe und Sammlungen von Komponisten und Architekten übernommen. Um festzustellen, ob ein Nachlass für das Archiv von Interesse ist und in die Sammlungscharakteristik passt, hat das Historische Archiv der Stadt Köln einen sog. „Einkaufszettel für Nachlässe“ entwickelt. Anhand einer Bewertungsmatrix sowie eines fachspezifischen Fragenkatalogs kann mit hoher Wahrscheinlichkeit ein zielführender Abgleich mit dem entsprechenden Dokumentationsprofil vorgenommen werden. So werden etwa Punkte vergeben, wenn die nachlassbildende Person in Köln geboren wurde oder in der Stadt einen wichtigen Lebensabschnitt verbrachte. Diese Nachlassmatrix befindet sich seit einem Jahr in der Erprobungsphase. Das Bewertungssystem kann individualisiert werden und ist somit auch für die aktive Erwerbung und Übernahme geeignet.

Enno Stahl (Heinrich-Heine-Institut Düsseldorf) verstand seinen Beitrag („Übernahme literarischer Bestände. Prolegomena zu einer Systematisierung“) als eine Vorüberlegung zu einer Vereinheitlichung der Nachlassübernahme. Er stellte heraus, dass der Bekanntheitsgrad einer Person nicht gleichbedeutend ist mit der Qualität und Überlieferungsdichte eines Nachlasses. Vielmehr müsse man sich in Zukunft verstärkt um die Bestände von Funktionalen und Multiplikatoren des Literaturbetriebs (Buchhändler, Feuilletonredakteure usw.) kümmern. Zudem sieht Stahl eine in Zukunft stärker zu verfolgende Aufgabe von Literaturarchiven in der Abbildung und Dokumentation von literarischen Netzwerken. In Teilen analog zur Bewertungsmatrix Fleckensteins skizzierte Stahl eine Überlegung zur Erstellung eines Übernahmekatasters, bei der er sich auf die Entscheidungshilfe der BKK bezog. Wie die Kommunalarchive setzte Stahl systematische Kategorien an, auf deren Basis das literarische Leben möglichst gut zu erfassen sei.

Er unterteilte diese in die Kategorien Produktion, Rezeption und Vermittlung. Wie Becker entwarf er anhand dessen ein exemplarisches Dokumentationsprofil für den Themenschwerpunkt „Archivarische Dokumentation aktueller literarischer Veranstaltungen im Gebiet der Rheinschiene“.

Zu Beginn der 2. Sektion („Literaturarchive und ihre Übernahmepraxis“) widmete sich Ulrich von Bülow (Deutsches Literaturarchiv [DLA], Marbach) dem Marbacher Sammlungsprofil und der dort angewandten Erwerbungspraxis. Er bezog die Entwicklungsstadien des Literaturarchivs mit ein; von der Gründung des DLA in der heutigen Form, im Jahre 1955, bis hin zur kürzlichen Übernahme der umfangreichen Verlagsarchive von Insel und Suhrkamp. Das Sammlungsprofil des Deutschen Literaturarchivs ist auf die deutschsprachige Literatur und Philosophie von 1750 bis heute ausgelegt, wobei ca. 70 % der Bestände der Gattung Belletristik zuzuordnen sind. Im Rahmen des Erschließungsprozesses gliedert Marbach die Nachlassbestandteile in die Rubriken „Handschriften“ und „Bilder und Objekte“. Die verschiedenen Nachlassbestandteile werden im Anschluss an die Erschließung virtuell wieder zusammengeführt. Die Sammelgebiete des DLA gliedern sich in vier Bereiche: Dokumente zur deutschsprachigen Literatur und auf dessen literarischen Leben, Dokumente zur Wissenschaftsgeschichte und Germanistik, sowie Dokumente zur Philosophie des 20. Jahrhunderts und Verlagsarchive. Der endgültigen Bestandsübernahme sind mehrere Bewertungsphasen vorgeschaltet, sowohl vor als auch nach der Autopsie. Ulrich von Bülow betont, dass eine Übernahme ohne vorherige Autopsie den Marbacher Sammlungsrichtlinien entgegensteht. Unter anderem wird die Qualität der Verbreitungsmedien untersucht, die Präsenz der nachlassbildenden Person in der Öffentlichkeit herausgestellt; zudem wird der Marktwert der Autographen beziffert. Darüber hinaus werden inhaltliche Bewertungskriterien angewandt. Eine wichtige Rolle spielen dabei der Erschließungs- und Ordnungszustand der Nachlassmaterialien. Des Weiteren ist der Erhaltungszustand von besonderer Bedeutung. Grundsätzlich lässt sich Marbach das Recht zusichern, Bestandteile des Nachlass nach der Übernahme auszusortieren. Ulrich von Bülow deutet an, dass er sich weiterführende Einblicke in die Arbeitsweise anderer Literaturarchive wünschen würde, der regelmäßige Austausch zwischen den Archiven müsse forciert werden.

Volker Kaukoreit (Österreichisches Literaturarchiv [ÖLA]) brachte anschließend („Erwerbungsstrategien, Erwerbungsprobleme. Beispiele aus dem Literaturarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek“) einige Praxisbeispiele. Das Literaturarchiv wurde 1989 vor dem Hintergrund, dass in den Jahren zuvor bedeutende Nachlässe von österreichischen Autoren ins Ausland gelangten, gegründet. Die Kulturpolitik war gefordert und definierte den Sammlungsauftrag des Archivs, der darin besteht, die private Registratur von österreichischen Autoren des 20. Jahrhunderts und der Gegenwart zu sammeln. Insbesondere Autoren, die für die literarische Neubestimmung Österreichs nach 1945 eine Rolle spielten, fallen in das Sammlungsprofil des ÖLA. Ein weiterer Sammlungsschwerpunkt sind Nachlässe von Filmemachern und Politikern, aber auch Verlags- und Verbandsarchive werden übernommen. Sammlungsbestände zum feministischen Diskurs, zur Frauen-, Experimental- und Exilliteratur runden den Sammlungsauftrag ab. Die Sammelrichtlinien des Archivs orientieren sich an dem österreichischen Bundesmuseengesetz. Aktuell umfasst der Gesamtbestand 140 Nachlässe, darunter befindet sich z. B. ein Teil des Vorlasses von Peter Handke. Darüber hinaus

verwahrt das ÖLA weitere 100 Sammlungsbestände. Die Erwerbungsentscheidungen des ÖLA finden auf hierarchischer Ebene statt. Es werden Autopsien des potenziellen Archivguts durchgeführt, Deposita werden nur in Verbindung mit langen Laufzeiten (mindestens 25 Jahre) übernommen.

Es folgte Sabine Brenner-Wilczek (Heinrich-Heine-Institut Düsseldorf), die in ihrem, die Sektion beschließenden Referat die Erwerbspolitik und Bestandsbildung in den Archiven des Instituts vorstellte. Sie stellte explizit die Wichtigkeit nichtstaatlicher Überlieferungen heraus und gab den Impuls, nicht länger in diesem Zusammenhang von einer Ersatzüberlieferung zu sprechen. Brenner-Wilczek sieht einen Trend hin zur regionalen Perspektive, wobei sich „Höhenkammliteratur“ und eine regionale Spezialisierung nicht ausschließen müssen. Das Heinrich-Heine-Institut verfolgt im Bereich der Überlieferungsbildung ein Dokumentationsprofil der „mittleren Ebene“ (siehe Vortrag von Enno Stahl). Das Ziel ist es, das literarische Leben einer Region abzubilden. Dazu zählt Brenner-Wilczek auch Autorengruppen, literarische Vereinigungen sowie Archive von kleinen Verlagen und Zeitschriften. Sie befürwortet eine regionale Zentrierung des Sammlungsprofils, verbunden mit einer katasterhaften Aufzeichnung von relevanten Beständen. Zum Abschluss ihres Vortrags plädiert Brenner-Wilczek für eine Wiederbelebung des Projekts „Wohin mit dem ganzen Papier?“ unter dem Gesichtspunkt der Dokumentationsprofile; mit dem Projekt hatte das Rheinische Literaturarchiv 2006/2007 erfolgreich versucht, Autorinnen und Autoren aus der Region mit den Arbeitsweisen eines Archivs vertraut zu machen. Zudem sei es von besonderer Wichtigkeit, so Brenner-Wilczek, die Abstimmung zwischen den Archiven zu verbessern und kleinere Archive, dazu zählt sie auch die Stadtarchive, hinsichtlich der Übernahme von kulturellen Beständen zu sensibilisieren.

Die dritte Sektion („Andere Kulturarchive und ihre Übernahmepraxis“) wurde von Sabine Wolf (Akademie der Künste Berlin [ADK], Literaturarchiv) eingeleitet. In ihrem Vortrag „Was bleibt? Die multidisziplinären Archive der Akademie der Künste im Spannungsfeld Maßstab – Bewertung – Auswahl“ widmete sie sich zuerst der Definition der Sammlungscharakteristik der ADK, deren Archiv einen „rückwärtsgewandten Sammlungsaspekt“ verfolgt. Besondere Schwerpunkte bestehen in der Abbildung der Akademiegeschichte, dem Berliner Künstlerleben seit 1900, der Emigration und dem Wirken wegweisender deutschsprachiger Künstler. Durch Vertreter der Exilliteratur bietet das Archiv internationale Verknüpfungen. Wolf betont, dass eine Mitgliedschaft in der Akademie der Künste nicht erforderlich ist, um den Nachlass eines Künstlers in das Archiv aufzunehmen. Als bedeutendstes Nicht-Mitglied nennt sie Walter Kempowski, dessen Nachlass zu dem meistgenutzten Beständen zählt. In ihren Ausführungen zum Themenkomplex der Nichtübernahme/Kassation von Nachlassbeständen setzt sie die Archivwürdigkeit von Nachlassbestandteilen in Verbindung mit der Bedeutung eines Autors: Wo Steuerunterlagen und Kontoauszüge eines regional

¹ Becker, Irmgard Christa: Arbeitshilfe zur Erstellung eines Dokumentationsprofils für Kommunalarchive. Einführung in das Konzept der BKK zur Überlieferungsbildung und Textabdruck, in: *Archivar* 62 (2009), S. 122-131.

² In: *Archivalische Zeitschrift* 68 (1972), S. 3-40.

bekannten Autors kassiert würden, so wurden sie bei Kempowski übernommen. Ihrer Auffassung nach erfährt Archivmaterial oftmals erst nach einem zeitlichen Abstand eine Wertschätzung durch die Öffentlichkeit. Wie Wolf in ihrem Vortrag anschaulich verdeutlichte: „Wertmaßstäbe ändern sich“.

Günter Herzog (Zentralarchiv des internationalen Kunsthandels [ZADIK], Köln) stellte anschließend „Erste Erfahrungen aus einer jüngst entstandenen Archivgattung“, dem Galeriearchiv, vor. Das ZADIK wurde 1992 als Verein gegründet und ist damit befasst, die Geschichte des Kunsthandels zu dokumentieren. Mittlerweile umfasst der Archivbestand über 90 Nachlässe von Galeristen, Kunstkritikern, Kunstsammlern und Kunstverbänden. Das Archiv macht Bereiche zugänglich, die dem interessierten Kunstpublikum sonst verborgen blieben. Das ZADIK ist ein weltweit einmaliges Spezialarchiv. Die Satzung des ZADIK erlaubt keine Ankäufe von Nachlässen. Das Archiv ist daher auf Schenkungen und Dauerleihgaben angewiesen. Herzog wies darauf hin, dass eine Autopsie der Archivbestände durch das ZADIK oftmals nur unzureichend stattfinden kann, da das Archiv für eine Galerie eine wichtige Arbeitsgrundlage darstellt. Bestände können also im Normalfall nur nach der Schließung einer Galerie übernommen werden. Das vorläufige Dokumentationsprofil des ZADIK soll die „individuelle kunsthistorische und kunstwirtschaftshistorische Lebensleistung des Bestandsbildners und seinen individuellen Beitrag zur Geschichte der Entwicklung des Kunstsystems dokumentieren“. Seine Ausführungen zum Dokumentationsprofil des ZADIK beschloss Herzog mit einer Übersicht der inneren Ordnung der Bestände, die einen Einblick in die Bestandsinhalte eines Galeristennachlasses ermöglichen.

Huub Sanders (Institut für Sozialgeschichte [IFS], Amsterdam) stellte in seinem Vortrag („Das internationale Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam. Kontinuität und neue Ansichten im Sammlungsprofil“) die Arbeit eines global operierenden Archivs vor. Das IFS hat den Auftrag, der Forschung Quellen der Sozialgeschichte zugänglich zu machen. 1935 gegründet, verwahrt das Institut vor allem Sammlungen zur Arbeiterbewegung, darunter auch Papiere von Marx, Engels und Bakunin. Weitere Sammlungsschwerpunkte sind Themenfelder wie die „linke Opposition gegen Hitler“, „Soziale Bewegungen“ sowie der „Sozialismus des 19. Jahrhundert“. Während des Zweiten Weltkriegs gingen zahlreiche Überlieferungen in diesem Bereich verloren. So steht das Institut in einem „langatmigen Wiederaufbau“. Das IFS befindet

sich aktuell in einer Anpassungsphase hinsichtlich seines Dokumentationsprofils. Nicht zuletzt durch die Vielzahl von relevanten Beständen gibt Sanders zu bedenken, „dass ein Dokumentationsprofil eine Auswahl voraussetzt, die in der Praxis nicht immer möglich ist“.

Im abschließenden Vortrag („Jenseits aller Genres – Die Übernahmepraxis des Deutschen Komponistenarchivs“) führte Julia Landsberg (Deutsches Komponistenarchiv, Dresden) in die 2008 begonnene Arbeit des Archivs ein. Das Deutsche Komponistenarchiv gehört zum Europäischen Zentrum der Künste Hellerau und wird ausschließlich durch Spendengelder finanziert. Darüber hinaus bestehen Kooperationen mit dem Stadtarchiv Dresden und dem Sächsischen Landesarchiv. Die Zielsetzung des Archivs ist das „Bewahren von Zeugnissen des Schaffens zeitgenössischer deutscher Komponisten“. Bislang konnten ca. 20 Bestände eingeworben werden. Landsberg dokumentierte die Arbeitsweise des Archivs anhand einer Erwerbs-/Übernahmeentscheidung. Der nachlassbildende Komponist muss einige Kriterien erfüllen, um seinen Bestand an das Archiv übergeben zu können. So ist u. a. eine Mitgliedschaft in der GEMA vorgeschrieben. Zudem muss der Nachlasser seine Materialien in einem geordneten Zustand übergeben. Eine Anforderung, die in der Archivpraxis eher unüblich ist.

Die Abschlusss Diskussion verdeutlichte, dass bezüglich der Herausbildung von Dokumentationsprofilen vor allem die Detailkenntnis der Archivare benötigt wird. Die Schwierigkeit wird darin gesehen, dass formale Kriterien nicht auf jedes Nachlassobjekt angewandt werden können. Übereinstimmend wird die Gründung einer „AG Dokumentationsprofile“ befürwortet, möglicherweise könne diese innerhalb der KOOP-LITERA³, dem Kompetenznetzwerk für Nachlässe, eingebettet werden. Eine besondere Berücksichtigung der Kulturarchive durch den VdA wurde als dringend erforderlich angesehen, die aktuelle Zuordnung zur Fachgruppe 8 als nicht befriedigend eingeschätzt. ■

Martin Willems, Düsseldorf

Dieser Tagungsbericht sowie sukzessive auch die Tagungsbeiträge werden im „E-Zine“ des Heinrich Heine Instituts und der Literaturkommission für Westfalen „Literatur-Archiv-NRW“ (www.literatur-archiv-nrw.de/sonderausstellung/) veröffentlicht.

³ www.onb.ac.at/koop-litera/.

45. RHEINISCHER ARCHIVTAG IN REMSCHEID

„Archive als Bildungspartner“ lautete das Thema des diesjährigen 45. Rheinischen Archivtages, der am 7. und 8. Juli im Schützenhaus in Remscheid stattfand. Dabei wurde der erste Tag mit 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmern vom LVR – Archivberatungs- und Fortbildungszentrum (LVR-AFZ) in Pulheim-Brauweiler, der zweite Tag mit 110 Teilnehmerinnen und Teilnehmern als Fachtagung „Bildungspartner NRW – Archiv und Schule“ vom LVR – Zentrum für Medien und Bildung in Düsseldorf gestaltet.

BILDUNGSARBEIT IN DEN ARCHIVEN

Der Eröffnung durch Christian Henkelmann, Beigeordneter für Bauen, Landschaftspflege und Kultur der Stadt Remscheid, und Grußworten von Jutta Eckenbach, Stellvertretende Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland, und Max Fuchs, Präsident des Deutschen Kulturrates, schlossen sich insgesamt neun Vorträge an. Die Moderation des ersten Tages übernahm Roswitha Link, Archivpädagogin des Stadtarchivs Münster. Den Einführungsvortrag hielt der Geschichtsdidaktiker Alfons Kenkmann, Universität Leipzig, der nach einem Überblick über die Entwicklung der Historischen Bildungsarbeit seit den 1980er Jahren deren zentrale Bedeutung für die Archive in der Gegenwart betonte und eine verstärkte Betätigung auf diesem häufig noch zu wenig bearbeiteten Feld anmahnte. Da Kommunikation und Interaktion mit der Vergangenheit zu mehr Vertrauen und Integrationsbereitschaft in einer sich verändernden, durch Migration geprägten modernen Gesellschaft führe, wies er insbesondere auf die Rolle der Kommunalarchive als unverzichtbare Partner bei der Entstehung von Sozialkapital hin und maß ihnen eine professionelle Vermittlerrolle bei der Aufarbeitung und Präsentation der Vergangenheit zu.

Anschließend wurden vier Projekte aus dem Bereich der archivischen Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen vorgestellt. Marcus Ewers, Stadtarchiv Viersen, präsentierte zum einen das Projekt „Kulturstrolche“, das Grundschüler spielerisch an Archivalien heranführte, und zum anderen das Projekt „Alles Internet – oder?“, das Schülern der Sekundarstufe I die Gelegenheit gab, im Archiv ihre Medienkompetenz zu verbessern und den kritischen Umgang mit historischen Quellen zu erlernen. Unter dem Titel „Geschichte löschen? Ein Notfallplan für's Kreisarchiv“ stellte Monika Marner, LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum, ein Projekt zur Notfallvorsorge vor, das sie während ihrer Tätigkeit für das Archiv des Rhein-Siegkreises in Zusammenarbeit mit der Kreisjugendfeuerwehr durchgeführt hatte. Innerhalb von zwei Wochen hatten die Mitglieder der Jugendfeuerwehr die vorhandenen Notfallvorsorgemaßnahmen im Kreisarchiv überprüft, einen Alarm-, Flucht- und Rettungswegeplan entworfen und schließlich als unmittelbaren praktischen

Nutzen für das Archiv eine einfache Notfallbox zusammengestellt. Erika Münster-Schröer, Stadtarchiv Ratingen, berichtete über das im Stadtarchiv erfolgreiche Programm der Historischen Bildungsarbeit, das sich in typisierte Module, temporäre Sonderveranstaltungen und Projekte im Bereich der vom Land NRW geförderten Initiative „Archiv und Jugend“ gliedert. An ein vorwiegend erwachsenes Publikum richten sich die unter dem Titel „Archiv um 5“ angebotenen thematischen Stadtgespräche oder die Erschließung des Fotoarchivs Reiner Klöckner. Daneben präsentiert das Stadtarchiv einem Zufallspublikum in wechselnden Ausstellungen an wechselnden Orten historische Themen. Mit den Projekten „Q19“ (zu Wohnquartieren um 1900 bis heute), „Zeitenblicke“ (Alltag und Politik in der Weimarer Republik im Spiegel der Lokalpresse) oder „Living History – das Wunder von Bern“, einem auf Basis von Archivquellen erstellten Rollenspiel, stellte die Referentin weitere aktuelle Angebote aus der Bildungsarbeit des Stadtarchivs vor. Enno Stahl, Rheinisches Literaturarchiv im Heinrich-Heine-Institut Düsseldorf, propagierte, dass man das Archiv zu den Jugendlichen bringen und sie durch attraktive zielgruppenorientierte Konzepte an die klassische Literatur heranführen müsse. Realisiert wurde dies in den sehr engagierten und mit hohem Aufwand verbundenen interaktiven Projekten „Box it“, „Starschnitt Archiv“ und „Hörbar-Mobil“, die bei den Jugendlichen auf unterschiedliche Resonanz stießen. „Box it“ bestand aus mehreren frei begehbaren, an von Jugendlichen häufig frequentierten Orten aufgestellten Boxen, die jeweils Literatur über ein Leitmedium (Ton, Text, Bild) präsentierten und zur Interaktion anregten. Am Anfang von „Starschnitt Archiv“ stand ein Internetportal, das Aspekte des Sammelns thematisierte. Der zweite Teil des Projekts unter dem Titel „Contain it!“ wurde in enger Kooperation mit Studierenden der Fachhochschule Düsseldorf realisiert. Im Rahmen eines Projektseminars betreuten sie den für zwei Wochen auf dem Düsseldorfer Heinrich-Heine-Platz aufgestellten Starschnitt-Container, der den Jugendlichen die Welt des Archivs näher bringen sollte. Das jüngste und bislang erfolgreichste Projekt des Literaturarchivs, das „Hörbar-Mobil“, ein zur Hörstation umgebautes Fahrrad, vermittelte Literatur im Medium „Ton“.

Nach der Mittagspause wurde auf weitere Zielgruppen und Potenziale archivischer Bildungsarbeit hingewiesen. Zunächst präsentierte Beate Sturm, Kreisarchiv Kleve, Überlegungen zur vorschulischen Bildungsarbeit in Kooperation mit Kindergärten. Dabei zeigte sie Möglichkeiten auf, wie man bereits Kindergartenkindern im Archiv altersgerecht, handlungsorientiert und praxisnah vermitteln könne, dass alles eine Geschichte habe. Anschließend machte Rolf Thiele, Vorsitzender des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen e. V. in Köln, am Beispiel der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen der

Bibliothek und dem Archiv der Universität zu Köln die Synergieeffekte deutlich, die sich durch die Kooperation von Archiven und Bibliotheken in der Bildungsarbeit ergeben können. Dabei stellte er fest, dass die seit 2005 bestehende Bildungspartnerschaft zwischen Bibliothek und Schule noch weiter ausbaufähig sei und durch die Zusammenarbeit mit den Archiven nur gewinnen könne. So vermittelten beide Institutionen Kindern und Jugendlichen nicht nur Informations- und Recherchekompetenz, sondern böten darüber hinaus viele Schnittstellen für gemeinsame Projekte, etwa in den Bereichen Lagerung und Magazinierung, Restaurierung und Notfallvorsorge. Danach wies Susanne Harke-Schmidt, Stadtarchiv Kerpen, aus ihrer reichen Ausstellungserfahrung auf das schier unerschöpfliche Potential hin, das Archivausstellungen den Archiven bieten können. Anlassbezogene Ausstellungen seien ein wichtiger Teil der archivischen Öffentlichkeitsarbeit, welche die Stellung des Archivs sowohl innerhalb der eigenen Verwaltung als auch bei den Bürgern vor Ort stärkten. Davon ausgehend, dass die Gruppe der über 65-Jährigen in der deutschen Gesellschaft immer mehr an Bedeutung gewinne, machte Almuth Fricke, Institut für Bildung und Kultur in Remscheid, auf das Potential aufmerksam, das die Senioren, die als Mittler im Dialog zwischen den Generationen fungieren könnten, mit ihrem häufig hohen kulturellen Interesse und ihrer Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement für die Archive, etwa im Rahmen von Ausstellungen, Stadtführungen oder interkulturellen Projekten, besäßen. Die traditionelle Aktuelle Stunde eröffnete Ulrike Holdt, Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V. Köln (DOMiD), die auf ein aktuelles Projekt zum Aufbau einer Datenbank zur Migration hinwies. Danach stellte Arie Nabrings, Leiter des LVR-AFZ, Claudia Kauertz als neue Leiterin des Sachgebiets Archivberatung im LVR-AFZ, vor, berichtete über das Dienstleistungsangebot der Reprografie des LVR-AFZ in den Bereichen Schutzverfilmung und -digitalisierung, über den aktuellen Stand des Projekts „Digitales Archiv NRW“ sowie über ein gemeinsam mit dem LWL-Archivamt erarbeitetes Rundschreiben an alle nordrhein-westfälischen Kommunen zur Archivierung elektronischer Einwohnermeldedaten. Schließlich lud Urs Diedrichs, Leiter des Deutschen Werkzeugmuseums, die Teilnehmer zu einer Führung durch das Deutsche Werkzeugmuseum oder das Historische Zentrum der Stadt Remscheid ein, bevor der Tag mit einem Empfang der Stadt Remscheid ausklang.

BILDUNGSPARTNER NRW – ARCHIV UND SCHULE

Der zweite Tag war in Abstimmung mit der Medienberatung NRW als Fachtagung „Bildungspartner NRW – Archiv und Schule“ angelegt. Nachdem seit 2005 jährlich jeweils eine Bildungspartnerschaft zwischen Schule und Bibliothek, Museum, Musikschule, Medienzentrum NRW und Volkshochschule geschlossen worden war, wurde auf dem 45. Rheinischen Archivtag die insgesamt sechste Bildungspartnerschaft, diesmal zwischen Archiv und Schule, offiziell ins Leben gerufen. Zunächst begrüßte Michael Thessel, Leiter des LVR-Zentrums für Medien und Bildung, die Anwesenden, indem er die Bedeutung des Archivs als außerschulischer Lernort hervorhob. Nach Grußworten von Bernadette Thielen, Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW, Beate Möllers, Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW, und Reiner Limbach, Beigeordneter des Landkreistages NRW, als Vertreter der kommu-

nalen Spitzenverbände führte Christiane Bröckling, LVR-Zentrum für Medien und Bildung, als Moderatorin der Vormittagssektion in die Thematik ein.

Den Eröffnungsvortrag „Gemeinsam Lernen stärken – Bildungspartner NRW“ hielt Wolfgang Vaupel, Medienberatung NRW, wobei er auf die Potenziale der Bildungspartnerschaft zwischen Schule und Archiv nicht nur zur Förderung der historischen Bildung durch forschendes Lernen, sondern auch zur Verstärkung der Informations-, Medien- und Recherchekompetenz sowie auf die allgemeine Bedeutung außerschulischer Lernorte zur Förderung von Bildungs- und Chancengleichheit aufmerksam machte. Dabei trug er eine Gemeinsame Erklärung der beiden Landschaftsverbände und des Ministeriums für Schule und Weiterbildung NRW vor, die vom Landesarchiv NRW, dem Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V., dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW sowie den drei kommunalen Spitzenverbänden unterstützt wurde. Danach hob Saskia Handro, Universität Münster, die Bedeutung des Lernortes Archiv für den Geschichtsunterricht hervor und stellte fest, dass sich Kinder und Jugendliche hier mit den unterschiedlichsten Aspekten des Archivwesens und der Geschichte auseinandersetzen und nicht nur einen forschenden Blick, sondern auch einen kritischen Umgang mit den Quellen erlernen könnten. Um diesen Erwerb von Kompetenzen dauerhaft zu ermöglichen, müsse die Kooperation im Rahmen der Bildungspartnerschaft verstetigt werden, um die Potenziale des außerschulischen Lernortes Archiv effektiv nutzen zu können.

Vor der Mittagspause präsentierten acht Fachleute verschiedener Archivtypen und Schulformen jeweils im Tandem vier aktuelle Kooperationsprojekte. Unter dem Titel „Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten in Archiv und Bibliothek“ hatten Verena Mahn, Marienschule Euskirchen, und Heike Pütz, Kreisarchiv Euskirchen, Schüler der Jahrgangsstufen 10 und 11 in das Kreisarchiv eingeladen, wo sie unter Anleitung der Archivarin wissenschaftliches Arbeiten kennenlernten und durch Auswertung von Quellen einen Fragebogen zur Stadtgeschichte beantworteten. Dabei wurden die Schüler auch auf mögliche Themen für Facharbeiten aufmerksam. Des Weiteren stellte Klaudia Wehofen, Stadtarchiv Düsseldorf, ein Kooperationsprojekt mit der Alfred-Herrhausen-Schule, einer städtischen Förderschule, zum Thema „Mühlen in Düsseldorf“ vor, an dem 15 Schülerinnen und Schüler der Mittelstufe mit ihrer Klassenlehrerin Anja Donner teilgenommen hatten. Im Fokus stand dabei weniger die inhaltliche Vermittlung von Wissen, sondern der kreative Umgang mit dem Thema und den bereitgestellten Arbeitsmaterialien. Der thematische Zugang war ausgesprochen handlungsorientiert, da die Schüler sich selbst u. a. im Papierschöpfen und Brotbacken versuchten oder eigene Windmühlenmodelle bauten. Unter dem Titel „Eine Zeitreise für Grundschüler“ hatten Johanna Klümpen-Hegmans, Gemeindearchiv Kerken, und Gertrud Strobach, Mariengrundschule Kerken-Nieukerk, für Grundschüler der 3. Klassen einen historischen Stadtrundgang vorbereitet, der die Stadtgeschichte durch einen spannenden Einstieg für die Schüler lebendig erfahrbar machen und so historisches Bewusstsein entwickeln sollte. An historischen Plätzen trafen die Schüler auf Persönlichkeiten aus der Geschichte von der Römerzeit bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, dargestellt von Laienschauspielern, die über ihre jeweilige Lebenswelt berichteten. Andreas Froning, Stadtarchiv Gescher, und Mona Bieber, Pankratius-Schule Gescher, stellten mit der „Forscher AG“ ebenfalls ein Projekt für Grundschüler vor,

an dem interessierte Schüler der 4. Klassen teilgenommen hatten. An verschiedenen außerschulischen Lernorten, zu denen auch das Stadtarchiv gehörte, hatten die Schüler Gelegenheit, verschiedene Inhalte (eigener Stammbaum, steinzeitliche Funde, mittelalterliches Ortsbild, Schulgeschichte des 19./20. Jahrhunderts) kennenzulernen und die Ergebnisse ihrer Arbeit anschließend in einer kleinen Ausstellung im Stadtarchiv zu präsentieren.

Am Nachmittag moderierte Michael Thessel, Leiter des LVR – Zentrums für Medien und Bildung, eine abschließende Podiumsdiskussion unter dem Motto „Archiv und Schule – Perspektiven für lebendige Kooperation“, an der neben Beate Möllers und Bernadette Thielen auch Tilmann Lonnes, Schuldezernent des Rhein-Kreises Neuss, Wolfgang Antweiler, Leiter des Stadtarchivs Hilden, und Gunnar Schirmmacher, Lehrer am Clara-Schumann-Gymnasium Dülken und Fachleiter Geschichte am Studienseminar Krefeld, teilnahmen. Nach Chancen und Stolpersteinen

für die Bildungspartnerschaft zwischen Archiv und Schule befragt, wiesen alle Teilnehmer auf die bislang bereits seit langem erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen beiden Bildungspartnern hin und forderten eine stärkere Integration der Archive in die schulische und universitäre Ausbildung, die es im Rahmen der Bildungspartnerschaft trotz aller bestehenden Hindernisse, etwa des Personalmangels in den Archiven oder der Reduzierung der Lehrpläne im Rahmen der Verkürzung der gymnasialen Ausbildung, weiter zu intensivieren und zu verstetigen gelte.

Am Ende fasste Arie Nabrings die Ergebnisse der Tagung in einem kurzen Schlusswort zusammen, in dem er die historische Bildungsarbeit als wichtige Aufgabe der Archive herausstellte. Zahlreiche positive Beispiele des Archivtages hätten gezeigt, dass das von vielen ebenso gesehen und bereits auch umgesetzt würde.

Claudia Kauertz und das Protokollteam des LVR-AFZ, Pulheim

DIE ERSTE ARCHIDIS SUMMER SCHOOL AN DER ARCHIVSCHULE MARBURG

Vom 1. August 2011 bis zum 13. August 2011 fand die erste internationale ARCHIDIS Summer School statt. 35 Studierende und insgesamt 15 Dozenten der Archivwissenschaft aus acht europäischen Ländern (Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Großbritannien, Niederlande, Belgien und Deutschland) trafen sich in Marburg, um unter dem Titel „Appraisal and Social Memory“ (Bewertung und gesellschaftliche Erinnerung) zentrale Themen der archivischen Bewertung im internationalen Vergleich zu erarbeiten.

Veranstalter der Summer School war das „Network of Archival Educators and Trainers“ (NAET). Das Network besteht seit 2005 und ist ein loser Zusammenschluss von 25 Ausbildungseinrichtungen in 10 europäischen Ländern. Es hatte 2010 im Rahmen des „ERASMUS Intensive Programms“ etwa 49000 € für die Durchführung der Summer School erhalten und seit Herbst vergangenen Jahres das Programm in Kooperation mit der Archivschule Marburg zusammengestellt, die Studierenden ausgewählt und die Vorlesungen und Seminare vorbereitet.

Schon im Vorfeld der Summer School hatten die Studierenden anhand einer „reading list“ zahlreiche Aufsätze gelesen, zusammengefasst und mit kritischen Fragen und einem Kommentar versehen auf einer Lernplattform im Internet für alle Teilneh-

mer der Summer School zur Verfügung gestellt und diskutiert. Ausgestattet mit einem Poster zu den rechtlichen Grundlagen der Bewertung in ihrem Heimatland und einem Positionspapier, in dem sie die Ergebnisse ihrer Lektüre zusammengefasst hatten, kamen sie nach Marburg. Die Summer School bestand aus täglich vormittags gehaltenen Vorlesungen und Seminaren, in denen das Thema Bewertung und gesellschaftliche Erinnerung aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet wurde. Die Studierenden hörten unter anderem einen Überblick über die internationale Bewertungsdiskussion, der anhand einiger Beispiele aus Europa vertieft wurde. Weitere Themen waren die Bedeutung privaten Schriftgutes für die gesellschaftliche Erinnerung, der Umgang mit digitalen Unterlagen sowie ethische und praktische Aspekte der Bewertung. Eine vertiefte Diskussion fand in sechs Arbeitsgruppen statt, die an den Nachmittagen eine gemeinsame Position zu Themen wie „Appraisal and Public Archives“, „Appraisal and Private Archives“, aber auch „The Role of the Archivist“ und „Appraisal Practice in Europe“ finden mussten. Die Arbeitsgruppenergebnisse wurden am letzten Tag vor allen Studierenden und Dozenten präsentiert. Die Studierenden arbeiteten diszipliniert, engagiert und mit gegenseitigem Respekt zusammen. Sie entwickelten mit Interesse und Begeisterung eigene Ideen, arbeiteten



Die Dozenten und Studierenden der ersten ARCHIDS Summer School (Foto: Klaus Schleiter)

sie aus und präsentierten am Ende ihre Ergebnisse in zum Teil beeindruckend professioneller Form.

Zwei Exkursionen ergänzten den Unterricht. Zunächst besuchte die Gruppe die Europäische Zentralbank in Frankfurt, wo uns die dortige Arbeit in Archiv und Registraturen vorgestellt wurden. In der zweiten Woche ging die Reise zum Bundesarchiv nach Koblenz. Nach einer Führung durch das Haus stellte Kerstin Oldenhage die Bewertungsstrategie und das Federführungsmodell des Bundesarchivs vor. Eine Führung durch das Staatsarchiv Marburg mit anschließender Zimelienschau rundete das fachliche Programm ab. Zudem gab es ergänzend Einblicke in die deutsche Geschichte. Am ersten Tag nahmen die Studierenden an einer Führung durch Marburg teil, in der das Mittelalter und die Reformationszeit im Vordergrund stand. In Frankfurt lernte die

Gruppe die Paulskirche und den Dom als zentrale Orte deutscher Geschichte kennen. Die Rückfahrt von Koblenz nach Marburg führte durch das Weltkulturerbe Mittelrheintal – gekrönt von einem Besuch der Loreley.

Schließlich gaben die verschiedenen Aktivitäten am Wochenende, vor allem aber das gemeinsame Zubereiten der Speisen für das Grillfest am Sonntag und das abschließende Dinner viele Gelegenheiten, die jeweilige Kultur der beteiligten Länder besser kennenzulernen.

Insgesamt war die Summer School ein ertragreiches und persönlich bereicherndes Ereignis. Die fachlichen Ergebnisse werden in den Unterricht an der Archivschule einfließen. ■

Irmgard Christa Becker, Marburg

ARCHIVAL SCIENCE

International Journal on Recorded Information. 4 Ausgaben. Springer Verlag, Heidelberg 2010. ISSN 1389-0166

Zehnjähriges Jubiläum

Die englischsprachige Zeitschrift versteht sich als „einzige unabhängige, internationale, mit einem Begutachtungssystem arbeitende Zeitschrift zur Archivwissenschaft, die alle Aspekte der Theorie, Methodologie und Praxis abdeckt, unter besonderer Berücksichtigung der nicht-anglophonen Welt“. Sie erscheint als kostenpflichtige Druck- und online-Version seit 2001. Aus Anlass ihres 10-jährigen Bestehens stellt der Chefredakteur Eric Ketelaar in Heft 4 Ziele, Erreichtes und Perspektiven vor: Die Herkunft der Beiträge und Beitragsangebote (hier wird nicht konsequent unterschieden) blieb trotz des Anspruchs der Internationalität im Wesentlichen auf Nordamerika und Europa beschränkt, ebenso wie der Abnehmerkreis. Mehr als zwei Drittel der Autorinnen und Autoren kamen aus dem Bereich des Archivwesens. Die Themen bewegten sich zu einem Fünftel im Bereich des Archivwesens allgemein und zu je etwa 10 Prozent auf den Gebieten Berufsbild, der Originalität von Unterlagen und Beständen, der Beziehung zwischen Archiven und Gesellschaft sowie der Bewertung. Sieben Prozent waren Fragen der Nutzung gewidmet. Ketelaar sieht die Zeitschrift in ihrer gegenwärtigen Form als zukunftsfähig. Von den vier Jahrgangsbänden 2010 besitzt nur einer einen ausgewiesenen Themenschwerpunkt: Ausgabe Nr. 3 ist „Archivischen Wissenskulturen in Europa, 1400-1900“ gewidmet. Die übrigen Hefte bieten ein breites Spektrum an Beiträgen von Archivaren, Informationswissenschaftlerinnen und Historikern zu Records Management, Überlieferungsbildung, Nutzung, Archivgeschichte und Schnittstellen zur Wissenschaft. Geographisch erfassen sie das koloniale Afrika ebenso wie Kambodscha, Korea, die USA, Deutschland und Westeuropa insgesamt.

Themenschwerpunkt Archival Knowledge Cultures in Europe, 1400-1900

Das Heft entstand laut seinem Herausgeber Randolph C. Head als Beitrag zum Boom der historischen Forschung über Archive, der für die letzte Dekade international zu beobachten ist. Elf Beiträge stellen die konkrete Archivpolitik und -nutzung in England, Venedig, Spanien, Deutschland, Österreich und der Schweiz in Spätmittelalter und Neuzeit vor sowie weitere, übergreifende Themen. Im Vergleich zur aktuellen Archivpolitik in Demokratien werden historische Bedingungen von Archivierungs- und Zugangspraxis beschrieben und bewertet. Dies führe, so Anne Gilliland in ihrem Nachwort, in einigen Fällen zu einer Idealisierung heutiger Zustände, wovon sie warnt (S. 335).

Archivwesen global

Einen Schwerpunkt der Zeitschrift insgesamt macht die Beirichterstattung zur Geschichte und Lage des Archivwesens in Regionen außerhalb Europas und Nordamerikas aus. Aus diesem Bereich widmet sich T. J. Lovering der britischen Kolonialregistrar in Nordrhodesien (heute Sambia) und Nyassaland (Malawi). Er zeigt, dass die bis zum Ende der Kolonialherrschaft stark individualistisch geprägte Verwaltung durch einzelne Kolonialbeamte häufig mit einer im Vergleich zur Metropole weniger geordneten Registratur einherging. Die Aktenmäßigkeit, so Loverings These, litt weniger unter der Korruption als unter der Informalität der

Vorgänge. Gerade die Aktenmäßigkeit ist jedoch zentraler Faktor für die Überzeugungskraft von Archivalien, wie Michelle Caswell herausstellt. Sie zeigt, welchen Wert die Archive der Roten Khmer für den Aufarbeitungsprozess von deren Gewaltherrschaft vor Gericht haben (können).

Um Verfügungsgewalt über Archivalien und damit Teilhabe am Staat und an seinen Gedächtnisinstitutionen geht es im Beitrag von Livia Iacovino. Die Beteiligung der Gemeinschaften der Ureinwohner Australiens an der Verwaltung von Archivalien, die sie betreffen, gilt ihr als wichtiger Schritt zur Umsetzung international anerkannter Menschenrechtskonventionen.

Nutzung

Interessant im Kontext der aktuellen Diskussion um die möglicherweise schwindende Bedeutung von Archivalien für die historische Forschung ist die Untersuchung von Donghee Sinn. Sie wertet Interviews mit Wissenschaftlern aus, die – für die Geschichtswissenschaftler unter den Lesern der Zeitschrift wenig überraschend – einen Mehrwert der Archivquellen für die Rekonstruktion von Ereignisabläufen und, daraus abgeleitet, die Thesenbildung und historische Diskurse ergeben.

Fragen zur Handhabung des Urheberrechts im Archiv geht Dharma Akmon nach. Am Beispiel eines ausgewählten Bestandes zeigt sie, dass die Recherchen sehr zeitaufwendig sind und dass fehlende Antworten auf Nachfragen bei den (vermuteten) Rechteinhabern das größte Hindernis für eine Publikationserlaubnis, die Archive Nutzern einräumen können, darstellen. Von denen, die antworteten, gaben die meisten ihr Einverständnis; Verweigerungen kamen tendenziell von kommerziellen Rechteinhabern.

Records Management, Bewertung, Archivtheorie und Außer-Archivisches

Mit Verweis auf die Übernahme digitaler Unterlagen plädiert Fiorella Foscari für eine gründliche Analyse der Verwaltungsstrukturen. Erst der Entstehungskontext der Unterlagen – für Foscari eine sogenannte weiche Analyse-Kategorie gegenüber den mehr technischen, „harten“ Faktoren – ermöglicht das Verständnis, das für die Bewertung nötig ist. Die Bewertung digitaler Bestände muss sich ebenso wie die analoger am Prinzip der Originalität orientieren. So lautet das Fazit von Geoffrey Yeo, der sich bemüht, den Begriff für elektronische Unterlagen präzise zu fassen. Eine Gesellschaftstheorie des Archivwesens versucht Brian Brothman unter der Prämisse aufzustellen, dass Archive als Geschenke (gifts) betrachtet werden. Daraus leitet er mögliche Konsequenzen für das archivarische Selbstverständnis ab, das mehr auf Öffnung denn Abschließung setzt – keine wesentlich neue Erkenntnis im fortgeschrittenen 21. Jahrhundert.

Schließlich bereichert Richard J. Cox die Zeitschrift um einen Beitrag zur Theorie des Briefeschreibens im Wandel von der analogen zur digitalen Mitteilung; John Kallas und Apostolos Linardis befassen sich mit der Bedeutung von Fragebögen für die Forschungspraxis.

Die Vielfalt der Beiträge ist eine Stärke der Zeitschrift, die die Archivwissenschaft als Anspruch im Namen trägt. Anregend könnte man sich den Ideenaustausch der Autorinnen und Autoren eines Heftes im Vorfeld vorstellen, dessen Ergebnis in Beiträge zu verwandten Themen einfließen könnte.

Ragna Boden, Düsseldorf

SIGRID DAUKS, „AUS DEN AKTEN AUF DIE BÜHNE“

Inszenierungen in der archivischen Bildungsarbeit. BibSpider, Berlin 2010. 145 S., kart. 25,90 €. ISBN 978-3-936960-52-5 (Historische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Bd. 2)

Akten und Bühne? Archiv und Theater? Historische Bildung und kreative Darstellungsformen? Was sich lange Zeit in zwei Welten abzuspielen schien, hat langsam, aber nachhaltig zueinander gefunden und bereichert sich auf vielfältige Weise, wie der vorliegende Band eindrucksvoll darlegt. Siegrid Dauks zeichnet darin ein umfangreiches Bild erprobter Formen von historischen Inszenierungen archivalischer Quellen. Überraschend ist dabei zunächst die Vielfalt der Formen von Inszenierungen, die von szenischen Lesungen über Collagen und Theaterstücke bis hin zu Geschichtsrevuen und Musicals reicht. Zudem spürt die Autorin auf der Grundlage einer eigenen Umfrage und ausgewählter Einzelporträts auf, wie groß bereits der Anteil der deutschen Archive ist, der in den letzten Jahren Erfahrungen mit Inszenierungen gemacht hat. Und schließlich analysiert sie die verschiedenen Kooperationsmodelle zwischen Archiv, Theater, Geschichtswissenschaft und Schule.

Nach einer Einordnung der Inszenierungen in den Kontext der Historischen Bildungsarbeit untersucht die Autorin in einem ersten Hauptkapitel gelungene und somit vorbildliche Praxisbeispiele, bei denen die Initiative jeweils von den Archiven bzw. Archivpädagogen ausging. Allen voran steht hier das Wolfsburger Modell, das durch seine Vorreiterrolle auch andere Projekte beeinflusst und geprägt hat. Es folgen beeindruckende Beispiele aus den Stadtarchiven Harsewinkel, Nürnberg und der BStU. Ihnen gemeinsam ist, dass die Recherche im Archiv und die Auswertung von Quellen die obligatorische Grundlage aller Inszenierungen bildete, so dass historische Realität und dramaturgische Konstruktion eng miteinander verzahnt blieben. Deutlich wird auch, dass die Arbeit mit Inszenierungen zwei Zielgruppen haben kann: Zum einen sind es Kinder und Jugendliche, die herangeführt werden, selber aktiv Geschichte in den Archiven zu erforschen, die in Akten und Urkunden dokumentierten Handlungen und Akteure zu rekonstruieren und in einer szenischen Interpretation zu präsentieren. Zum anderen ist es das Publikum einer solchen Aufführung, dem fernab von oberflächlichem Historizität geschichtliche Wissensvermittlung und kultureller Genuss gleichermaßen geboten werden. Die gezeigten Beispiele weisen schließlich auch einen Weg bisher unüblicher, aber sehr fruchtbarer Kooperationen zwischen Archiv bzw. Archivpädagogik auf der einen Seite und Schauspielern, Regisseuren, Musik- und Theaterpädagogen auf der anderen Seite.

In einem weiteren Hauptkapitel stellt die Autorin Projekte vor, bei denen der Anstoß zur Inszenierung vom Theater ausging und die Archive gewissermaßen als fachliche Dienstleister für Dokumentartheater fungierten. Das dritte Hauptkapitel ist dem Bremer Geschichts- und Theaterprojekt „Aus den Akten auf die Bühne“ gewidmet, das die Autorin selber begleitet hat. Die Initiative kam in diesem Kooperationsmodell von der Geschichtswissenschaft, die sich Theater und Archiv als Partner suchte, um historische Themen mit aktuellem Bezug – hier die Ausländerpolitik in Bremen – in einer szenischen Lesung aufzureißen und zu problematisieren.

Die vorliegende Arbeit leistet damit einen insgesamt sehr runden und umfassenden Überblick über ein weites Spektrum an Mög-

lichkeiten der Inszenierungen von Archivalien. Die Arbeit bleibt aber nicht bei der reinen Bestandsaufnahme stehen, sondern ist zugleich eine kritische Analyse, die die Möglichkeiten und Grenzen dieser Methodik differenziert in den Blick nimmt. Um es vorwegzunehmen: Die Ergebnisse machen Mut. Zwar verlangen Inszenierungen, die immer einen langen Arbeitsprozess einschließen, einen teilweise hohen Zeit-, Personal- und auch Finanzeinsatz, doch steht dem ein Ertrag auf mehrfacher Ebene gegenüber. Kindern und Jugendlichen wird durch die eigentätige Erforschung und Inszenierung ein kreativer und lebendiger Zugang zu Archiv und Geschichte geöffnet. Publikum wie Öffentlichkeit erfahren das Archiv auf pointierte Weise als anregende Kultureinrichtung. Das Archiv wiederum gewinnt nicht nur öffentliche Aufmerksamkeit und neue Nutzerkreise, sondern kann sich durch die erforderlichen Kooperationen in neue Netzwerke der Bildungs- und Kultureinrichtungen einer Stadt oder Region integrieren und dort positionieren.

Sigrid Dauks schließt mit ihrer Arbeit eine Lücke, da eine vergleichende Untersuchung über diese besondere Form der Historischen Bildungsarbeit bisher fehlte. Sie trägt damit zugleich einen Baustein zu einer noch immer schmerzlich fehlenden und sich nur langsam entwickelnden, theoretisch fundierten Archivdidaktik bei. Aber nicht nur Theoretikern sei dieser Band empfohlen, sondern gerade auch Praktikern, die Anregungen und Impulse zur Nachahmung und zum Ausprobieren suchen. Ihnen wird ein vielversprechender Weg zu lebendiger Geschichtsvermittlung in und aus den Archiven geboten. Bühne frei!

Wolfgang Beck, Münster

FOKUS MEDIENARCHIV

Reden – Realitäten – Visionen 1999 bis 2009. Hrsg. vom Verein für Medieninformation und Mediendokumentation. Lit Verlag, Münster 2010. 224 S., zahlr. Abb., kart. 19,90 €. ISBN 978-3-643-10697-1 (Beiträge zur Mediendokumentation, Band 8)

Medienarchive im facharchivischen Verständnis bewahren dauerhaft und zu unbestimmten Zwecken unterschiedliche Datenträger auf, die Medienprodukte (Druckerzeugnisse, audiovisuelle Dokumente, elektronische Publikationen einschließlich des Internets) speichern,¹ ein der Archivierung des Schriftguts analoger Vorgang. Die Nutzung – auch die wissenschaftliche – ist angesichts eines komplexen Urheberrechtsschutzes insbesondere bei den AV-Dokumenten eingeschränkt. Zweifellos wird dieser wie medienrechtliche Vorschriften für die allgemeine Untätigkeit zugunsten archivrechtlicher Regelungen für die audiovisuellen Medien gerne vorgeschoben. Insofern stehen die mustergültigen, gesetzlich sanktionierten Bestimmungen für und die Praxis im Bereich „Print“ und elektronische Publikationen sowie für die im Experimentierstadium befindlichen Ansätze zur Archivierung des Internets in einem krassen Gegensatz zu den Zuständen bei Rundfunk und Film. Zuständig für die „Print“-Archivierung ist in der BRD die als Medienarchiv bzw. Archivbibliothek fungierende Deutsche Nationalbibliothek Frankfurt/Leipzig. Entgegen der vollmundigen Ankündigung in der Einleitung fokussiert der hier zu bewertende Band mit der zum Teil nochma-

ligen Publikation der Eröffnungs- und Schlussvorträge der traditionellen Frühjahrstagung der Fachgruppe 7 im VdA (jetzt getrennt in diese und eine mediendokumentarische „Vereinigung für Mediendokumentation“ = VFM) zwischen 1999 und 2009 kaum die Problematik der Medienarchive im engeren Sinne. Als solche können zwei Beiträge zur Medienarchivierung im Printbereich sowie ein Vortrag bezeichnet werden, der die audiovisuellen Archive zum Thema hat. Repräsentantinnen der Deutschen Nationalbibliothek haben Interessantes zu den inzwischen teilweise realisierten Vorhaben der Netzarchivierung bzw. der Bewertungsproblematik angesichts der qualitativen Bandbreite des dort distribuierten Contents mitzuteilen. Bedenkenswert ist die dediziert vorgelegene Ansicht von Barbara Schneider-Kempf aus Leipzig, die klassischen Aufgaben der Nationalbibliothek in Bezug auf das „Gedruckte“ und damit durch die klassischen Herstellungs- und Verbreitungsinstitutionen „Vorbewertetes“ nicht zu vernachlässigen zugunsten von teilweise dubiosen sowie sich manchmal im Sekundentakt ändernden Netzinhalten. Beschränkungen seien auch nötig nicht zuletzt wegen des gigantischen Aufwands für die Digitalisierung des „Gedruckten“ als Voraussetzung für dessen digitale Distribution. Für Letztere gibt es nationale und europäische Projekte, über die Hans Ernst Hanten im Stil einer Regierungserklärung berichtet.

Diesen Überlegungen steht die inzwischen ebenfalls realisierte Vision von Wolfgang Ernst von 2004 gegenüber, die eine Datenzirkulation zwischen Netzarchiven beschreibt, „die nicht mehr der staatlichen Macht unterworfen“ sind: Youtube ist eine dieser Möglichkeiten, mit deren Hilfe sich jedermann jenseits jeglicher Autorisierung und urheberrechtlicher Einschränkungen der audiovisuellen Überlieferung bedienen kann. Welche Konsequenzen – nicht zuletzt auch in diesem Kontext – die Suche nach Dokumenten auf Basis nicht mehr textorientierter Metadaten auf die Dauer haben wird, ist noch nicht abzusehen.

Zu den einerseits komplizierten, wie aus facharchivischer Sicht andererseits deprimierenden Zuständen im Bereich der audiovisuellen Überlieferung der Rundfunkunternehmen und auch teilweise im Bereich des (Kino-)Films hatten die FG-7-Vorstände bezeichnenderweise keine Vorträge vorgesehen. Insbesondere in Bezug auf die Behandlung der Überlieferungsbildung und die Zugänglichkeit für die im öffentlich-rechtlichen und erst recht im privatkommerziellen Rundfunkkontext entstandenen Dokumente stehen sie damit in einer „würdigen“ Traditionslinie. Aus Mangel an Kenntnissen bzw. einer zureichenden Begriffsbildung in Bezug auf die archivischen Aufgaben wurden und werden – von Ausnahmen abgesehen – die Verhältnisse beschönigt oder angesichts der schwer lösbaren und von den Dokumentaren/ Archivaren kaum beeinflussbaren objektiven Schwierigkeiten und Widerstände erst gar nicht behandelt.

Weitere medienarchivische Fragestellungen wenigstens streifende Beiträge der Textsammlung seien erwähnt: Jochen Hörisch räsoniert über die vertrauten Probleme der kurzen Haltbarkeit der digitalen Datenträger und die damit einhergehende Paradoxie angesichts der sonstigen ungeahnten Zugriffs- und Verwendungsmöglichkeiten. Thomas Hengartner würdigt vor allem die audiovisuellen Archive als Quellenreservoir der Geschichte der Alltagskultur, ein Gedanke, den Walter Filz für Betreuer von auditiven Überlieferungen mit ermutigenden Überlegungen zu einer noch zu schreibenden Geschichte des „Sounds“ erweitert. Mehrere mediendokumentarische Beiträge mit dem Fokus: Informationsversorgung stellen keinerlei Bezug zu den medien-

archivischen Aufgaben her. Des Weiteren belegen und räumen Autoren in einigen der abgedruckten Reden ein, dass sie weder von Mediendokumentation noch von Medienarchivierung eine Ahnung haben. Sie erfüllen die mit dem jeweiligen Tagungsmotto an sie gerichteten Erwartungen auf unterschiedliche Weise, thematisch wie in qualitativer Hinsicht. Insofern rechtfertigen Jo Groebels aneinander gereihte nichtssagende Witzeleien ebenso wenig einen (Wieder-)Abdruck wie Guido Knopps vertraute und vielfach verbreitete Suada zum Geschichtsfernsehen seiner Machart („Aufklärung braucht Quote“). Auch ist der Vortrag bereits in der Zeitschrift „Info 7“ abgedruckt. Er ist somit wie etliche andere Beiträge dem interessierten Publikum bereits zugänglich. Insofern ist alles in allem der Zweck der vorliegenden Publikation vor allem unter dem Anspruch, sie unter dem Label „Medienarchivierung“ zu präsentieren, nur schwer nachvollziehbar.

Edgar Lersch, Tübingen

¹ Dazu gehört unbedingt auch das den Produktions- und Distributionskontext jeweils dokumentierende Schriftgut. Das wird leider immer noch viel zu wenig beachtet.

JENS HECKL, QUELLEN ZUM BERGBAU IN WESTFALEN

Hrsg. vom Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Düsseldorf 2010. 67 S., zahlr., z. T. farb. Abb., kart. 5,- €. ISBN 978-3-932892-28-8 (Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 33)

Bergbauhistoriographie erfreut sich seit einigen Jahrzehnten einer ungebrochenen Konjunktur. Das gilt insbesondere für den Steinkohlenbergbau an der Ruhr, der bereits seit dem historischen Paradigmenwechsel zu einer strukturellen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ab den 1960er-Jahren sowie anschließend unter alltags-, technik- und neuerdings kulturgeschichtlichen Zusammenhängen Gegenstand akademischer Geschichtsschreibung ist. Mit dem inzwischen politisch festgelegten Auslaufen der deutschen Steinkohlenförderung im Jahr 2018 steuert darüber hinaus der Strukturwandel des Ruhrgebiets von der einstigen Montan- zu einer modernen, offensiv propagierten Metropolregion einem gewissen Endpunkt zu. Dieser gesellschaftlich-kulturelle Wandel hinterlässt nicht nur ein bergbaubezogenes bauliches Erbe, dessen „industriekulturelle“ Nachnutzung einen stetigen Bedarf nach historischer Vergewisserung ursprünglicher Identitäten erzeugt. Das sind die allgemeinen Hintergründe dafür, dass sich die reichen Quellenbestände des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen zur Geschichte des Bergbaus in den Grenzen der ehemaligen Provinz Westfalen einer hohen Benutzungsfrequenz erfreuen.

So wenig sich der Bergbau in genannten Grenzen nur auf den Ruhrbergbau bezog, so kompliziert erscheinen für diesen bisweilen die politischen und damit verwaltungstechnischen Zuständigkeiten im historischen Zeitverlauf. Die von Jens Heckl als Mitarbeiter des Landesarchivs NRW Abteilung Westfalen und profundem Kenner der Materie vorgelegte Publikation ist deshalb ein hoch willkommenes Hilfsmittel, um sowohl Fachleuten als auch insbesondere den zahlreichen bergbauhistorisch interessierten Laien Einblicke in die Strukturen des tradierten Schriftgutes zu vermitteln und zugleich wertvolle Hinweise auf deren Quellenwert zu geben.

Nach einer sehr knappen „Einleitung“, die kurz die Ziele der Veröffentlichung umreißt, widmet sich das zweite, umfangreichste Kapitel der „Geschichte des Bergbaus, des Bergrechts und der Montanverwaltung in Westfalen“. Neben dem wichtigen Hinweis, dass Kenntnisse des (früh-)mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Bergbaus neben schriftlichen Quellen auch auf (montan-)archäologischen Forschungen beruhen (S. 8), stehen hier zunächst die Genese des Bergregals und die Entwicklung des Bergrechts im Vordergrund. Unter Rückgriff auf sächsische, böhmisch-mährische und österreichische bergrechtliche Kodifikationen sowie unter Einführung technischer Innovationen aus diesen traditionellen Bergrevieren kam es im 16. Jahrhundert sowohl in westfälischen Territorien als auch im Sauer- und Siegerland zu einer Blüte des Metallerzbergbaus, der alsbald einen Aufschwung des gewerkschaftlichen und privaten Steinkohlenbergbaus nach sich zog. Bereits im 17. Jahrhundert, nach dem Übergang der Landesherrschaft auf Kurbrandenburg, kam es in der Grafschaft Mark zu einer stärkeren staatlichen Organisation und Hebung des Steinkohlenbergbaus, die während des 18. Jahrhunderts, insbesondere in Folge des Retablissemments nach dem Siebenjährigen Krieg, in die Durchsetzung des so genannten Direktionsprinzips in der Bergverwaltung in den preußischen Territorien Westfalens mündete. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts wurde das Direktions- zugunsten des bis heute gültigen Inspektionsprinzips im Zuge der umfangreichen preußischen Bergrechtsreform verändert – manifestiert im 1865 in Kraft getretenen und bis weit in das 20. Jahrhundert hinein gültigen Allgemeinen Berggesetz für die preußischen Staaten. Heckl geht den zahlreichen organisatorischen und strukturellen Veränderungen der Bergverwaltung innerhalb dieser grundsätzlichen Rahmenbedingungen stets gut verständlich nach, wobei insbesondere auch mehrere übersichtliche Organigramme für das Verständnis sehr hilfreich sind (S. 23, S. 30 f., S. 36). Der geschichtliche Überblick reicht bis in die Gegenwart, die angesichts der seit Jahrzehnten anhaltenden Rückführung des Bergbaus in Nordrhein-Westfalen von einer Reduktion und organisatorischen Anpassung der Bergverwaltung – zuletzt im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung zu Beginn des 21. Jahrhunderts – gekennzeichnet ist (S. 35).

Der zweite Hauptteil des Buches widmet sich im dritten Kapitel den eigentlichen „Quellen zur Bergbauüberlieferung“. Heckl reduziert den Blick dabei notwendigerweise nicht allein auf den staatlichen Bereich, sondern erweitert ihn z. B. auf Nachlässe von Privatpersonen und auf Archive von juristischen Personen öffentlichen und privaten Rechts (S. 37). Gleichwohl im Vordergrund steht natürlich das staatliche nichtbergamtliche (S. 37-39) und dann vor allem das staatliche bergamtliche Schriftgut (S. 39-51), wobei Letzteres zunächst hinsichtlich der General- und Spezialakten (Betriebs- und Berechtsamsakten) unterschieden wird. Besondere Erläuterungen und Hinweise auf Forschungspotenziale beziehen sich außerdem auf Personalakten, das bergmännische Risswerk und andere Darstellungen sowie zahlreiche, dem Montanbereich zuzuordnende Spezialbücher (z. B. Berechnungs- und Messungsbücher, Berggrundbücher etc.).

An die Hauptteile der Veröffentlichung schließen sich eine Übersicht über die „Überlieferungslage im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Westfalen und in anderen staatlichen Archiven“ (Kapitel 4) und ein Hinweis auf „Quellen zur Montangeschichte Westfalens in den nichtstaatlichen Archiven“ (Kapitel 5) an – hier insbesondere im Montanhistorischen Dokumentationszentrum/Bergbau-Archiv Bochum, im Westfälischen

Wirtschaftsarchiv in Dortmund sowie in einzelnen einschlägigen Unternehmensarchiven an der Ruhr. Sodann werden sehr knapp und generell „Nutzungsmöglichkeiten für die historische Forschung“ aufgezeigt (Kapitel 6) sowie die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die „Benutzung“ der Akten im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen (Kapitel 7) erläutert. Den Abschluss bilden ein „Literatur“-Verzeichnis (Kapitel 8), das sich angesichts der heute kaum noch zu überblickenden Literatur zum behandelten Gegenstand auf Werke zur Entwicklung der Bergverwaltung und auf einschlägige Inventare konzentriert, sowie ein „Glossar“ (Kapitel 9) zu bergbaulichen Spezialtermini.

Alles in Allem ein inhaltlich wie grafisch überzeugendes Werk, wobei die Überblendung von Text und Illustrationen an manchen Stellen den Lesefluss etwas erschwert. Allen an der Montangeschichte Westfalens Interessierten ist es in jedem Fall uneingeschränkt zu empfehlen.

Michael Farrenkopf, Bochum

ECKART HENNING, HENNINGS HIWI-TEST

175 Fragen & Antworten rund um die Historischen Hilfswissenschaften. Mit 10 Thesen über die Gemeinsamkeiten der Historischen Hilfswissenschaften. Bib-Spider InfoNetworking für Bibliotheken, Berlin 2009. 134 S., 26 Abb., kart. 21,- €. ISBN 978-3-936960-30-3

Auch wenn die Historischen Hilfswissenschaften offenkundig im universitären Kanon ins Abseits gedrängt werden, erfreuen sie sich in den wenigen Studiengängen, die sie noch lehren, großer Beliebtheit. Mitnichten werden Aktenkunde, Chronologie, Diplomatik, Genealogie, Heraldik, Numismatik, Paläographie oder Sphragistik als Nebensache von den Studierenden angesehen. Im Gegenteil: Das Bedürfnis mehr über diese Fächergruppen zu erfahren, ist ungebrochen. Umso erfreulicher ist es, dass nun ein Übungsbuch zur Verfügung steht, um die Lernergebnisse in den Historischen Hilfswissenschaften zu verfestigen.

Es handelt sich hierbei um keine klassische Einführung, sondern um ein Handbuch für Prüfungsfragen, das aus den Lehrveranstaltungen des Autors für Studierende der Geschichtswissenschaft an der Freien Universität sowie an der Humboldt-Universität Berlin hervorgegangen ist. Zwischen 10 und 15 Fragen und Antworten werden für die einzelnen Fächer angeboten, die neben den o. g. „klassischen“ Historischen Hilfswissenschaften auch neuere Disziplinen wie Autographenkunde, Phaleristik, die Titulaturenkunde und die Vexillologie umfasst. Die Fragen sind sehr kleinteilig und konzentrieren sich vorrangig auf Basiswissen, das zum Grundverständnis der Historischen Hilfswissenschaften gehört. Teilweise wären Fragestellungen wie z. B. „Was symbolisieren Wappen?“ oder „Was versteht man unter der ‚Blasonierung‘ eines Wappens?“ (S. 63) zugunsten konkreter Beispiele als Übungen verzichtbar gewesen. Denn die Anwendung des hilfswissenschaftlichen Wissens auf den konkreten Gegenstand ist sicherlich nachhaltiger als das ausschließliche Reproduzieren des Erlernten. Andererseits kann so eine Lernergebnisüberprüfung im Detail erreicht werden, die sich in Lehrveranstaltungen gut einbinden lässt. Auch wenn die archivarische Ausbildung an der FH Potsdam informationstechnologisch ausgerichtet ist, so bezieht sie

selbstverständlich historische Grundlagen mit ein. Nicht zuletzt lassen sich für die Historischen Hilfswissenschaften die Möglichkeiten der Digitalisierung und der neuen Medien im Rahmen einer modernen Informationsdidaktik nutzen.

Insgesamt variiert der Schwierigkeitsgrad der Aufgabenstellungen und es stellt sich gelegentlich die Sinnfrage, wenn z. B. in der Rubrik Titularenkunde „Personengruppen“ genannt werden sollen, „die das Duzen konventionell bevorzugen!“ (S. 109) und als richtige Antwort angegeben wird: „Außer Studenten sind es beispielsweise die Quäker, die jedermann duzen, ferner Parteigenossen der SPD und KPD.“ (S. 110) Darüber lässt sich sicher streiten, wenngleich die Titularenkunde generell ihren Wert für die Interpretation von Quellen in sozialgeschichtlichen Zusammenhängen findet. Wünschenswert wäre sicherlich noch ein Kapitel zur Historischen Geographie gewesen, die zwar nur im Zusammenhang mit den Historischen Hilfswissenschaften steht, aber für Aspekte der Bevölkerungsentwicklung, Ort- und Flurnamenforschung etc. von Bedeutung ist.

Hilfreich für das gesamte hilfswissenschaftliche Fachgebiet ist zweifellos die am Ende des 136 Seiten umfassenden Bandes abgedruckte Bibliographie, die alle wesentlichen Publikationen zu dieser Thematik aufführt. Auch weisen die zum Abschluss angeführten 10 Thesen zu den Gemeinsamkeiten der Historischen Hilfswissenschaften und das Fazit des Autors, dass „der Trend zu den Kulturwissenschaften ... eine hilfswissenschaftliche Renaissance einleiten“ könnte, (S. 125) in die Zukunft. Es wäre nur zu hoffen, dass sich das Berufsbild der Historiker/innen den Erfordernissen der Sicherung des kulturellen Erbes auch auf dieser Ebene stellt. Zumindest was die archivwissenschaftliche Ausbildung der beiden Archivalschulen in Marburg und München sowie des Bachelor- und Weiterbildungs-Masterstudiengangs Archiv im FB Informationswissenschaften der FH Potsdam angeht, besteht Einigkeit darüber, dass dieses Handwerkszeug für künftige Archivar/innen auch weiterhin im Curriculum obligatorisch bleiben muss.

In der Gesamtbewertung ist zu konstatieren, dass Henning mit seinem Fragen- und Antwortenkatalog ein Lehrmittel vorgelegt hat, das sich ausschließlich auf die Zielgruppe der Studierenden oder z. T. auf die Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste beschränkt. Für historisch Interessierte, die in die Materie einsteigen möchten, sind die herkömmlichen Einführungen wie die ebenfalls von Henning gemeinsam mit Friedrich Beck herausgegebenen „Archivalischen Quellen“¹ zu empfehlen, die mit anschaulichen Beispielen Grundwissen vermitteln. Von daher ist der Kreis der Interessent/innen vermutlich als relativ klein einzuschätzen, da ein hilfswissenschaftlicher Studienabschluss zurzeit nur noch an den Universitäten Bayreuth, Bonn, Frankfurt/M., Göttingen, München und Würzburg möglich ist (S. 14). Archive, Bibliotheken, Museen u. a. Kultureinrichtungen werden eher Handreichungen mit konkreten Begriffsbestimmungen, einem Register und erläuternden Beispielen zur Verfügung stellen, die in das Genre der herkömmlichen Nachschlagewerke einzuordnen sind. Nichtsdestotrotz: Im Unterricht hat Hennings HIWI-Test als Basis für einen „Hilfswissenschaftlichen Quiz“, bei dem man nicht verlieren, aber einiges an Erkenntnissen hinzugewinnen kann, mit Bravour bestanden!

Susanne Freund, Potsdam

SAMUEL D. KASSOW, RINGELBLUMS VERMÄCHTNIS

Das geheime Archiv des Warschauer Ghettos. Deutsch von Karl Heinz Siber. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 2010. 752 S., Abb., geb. 39,95 €. ISBN 978-3-498-03547-1

Erschütternd und zugleich faszinierend sind die schriftlichen Zeugnisse des Untergangs der Ghettos in Polen, die von dort mit abertausenden anderen Juden eingepferchten Intellektuellen in den Jahren der deutschen Besatzung und des Holocaust erstellt wurden. Nicht wenige Materialien, die im Verborgenen in den Jahren des Gettolebens entstanden, konnten vor dem Zugriff durch die Nazis gerettet werden und blieben als außergewöhnliche Dokumente für den Lebenswillen selbst im Angesicht des sicheren Untergangs erhalten. Besonders im Getto Warschau gab es eine intensive Produktion von Berichten, Reportagen und anderen Essays, die von einer im Untergrund agierenden Organisation verfasst, zusammengetragen und versteckt wurden, der sogenannten „Oyneg Shabbes“-Gruppe. Der unter den gegebenen Umständen des Lebens im Getto Warschau geradezu euphemistisch anmutende Begriff „Oyneg Shabbes“ (jiddisch für „Vergnügen während der Sabbatruhe“) war offenbar ein Deckname, um im Fall des Durchsickerns von Informationen an die Nazis von den eigentlichen Zielsetzungen der Gruppe abzulenken.

Der amerikanische Historiker Samuel Kassow hat sich der Aufgabe unterzogen, die Mitglieder der Gruppe, deren Intentionen und Schicksale sowie ihr Agieren in einer breiten Studie darzustellen. Dabei stehen folgende Aspekte im Mittelpunkt des umfangreichen, aber durchweg sehr lesbaren Werkes: Die Person des Initiators von „Oyneg Shabbes“, der Historiker Emanuel Ringelblum, dessen gleichzeitige Tätigkeit in der unabhängigen Selbsthilfegruppe der Juden im Getto „Aleynhilf“ (jiddisch für „Selbsthilfe“) und die Charakterisierung der einzelnen Mitglieder der Gruppe, von denen überhaupt nur drei das Inferno des Holocaust überleben konnten.

Kassows Buch gliedert sich in neun Kapitel, einem Anhang, einer Auswahlbibliografie und einem Personenregister. Dazu finden sich auf den Innendeckeln Karten des Warschauer Ghettos und zahlreiche Abbildungen, die die teilweise Visualisierung des Geschriebenen ermöglichen. Durch ein ansprechendes Layout hat der Rowohlt-Verlag auch äußerlich dem Buch eine besondere Note verleihen können.

Kassows Verdienst ist es, das für Verhältnisse der modernen Geschichte nur geringe Material zusammengestellt zu haben, das dann für die tiefgründige Studie die Basis lieferte. Gering ist das Material deswegen, weil die Effizienz der deutschen Vernichtungsmaschinerie nur wenig Spuren über die Juden Polens aus der Zeit vor 1939 übrig ließ, wodurch die Vorgeschichten der Protagonisten von „Oyneg Shabbes“ oft nur schemenhaft bleiben können. Die sicher wichtigsten Quellen fand der Autor in den Materialien von „Oyneg Shabbes“, die zu etwa 50 Prozent in den Ruinen des Warschauer Ghettos bei Suchaktionen in den Jahren 1946 und 1951 gefunden werden konnten. Bei diesen Materialien handelt es sich natürlich nicht um ein unter normalen Umständen gewachsenes Schriftarchiv einer Vereinigung, sondern es sind vielmehr Dokumentationen des Alltags in der Enge des Warschauer Ghettos, Beschreibungen von sozialen Aktivitäten, wie Bildungseinrichtungen, Suppenküchen für die zahlreichen Mittellosen unter den Gettobewohnern, Tatsachenberichte von Überlebenden aus Treblinka, anderen Konzentrationslagern und

¹ Friedrich Beck und Eckart Henning (Hg.), Die archivalischen Quellen. Mit einer Einführung in die Historischen Hilfswissenschaften, Böhlau-Verlag, Köln u.a. 4. Durchgesehene Aufl. 2004.

von Erschießungsaktionen im besetzten Osteuropa. Ferner fanden sich wissenschaftliche Studien, wie die über die jüdische Frau oder auch Exposés von Ringelblum und anderen Mitgliedern der Gruppe über zukünftige Untersuchungen, wofür hier beispielhaft Ringelblums Vorüberlegungen über eine Untersuchung des Verhältnisses zwischen Polen und Juden vor und während der Besatzungszeit stehen soll. Diese meist auf Jiddisch und Polnisch verfassten Dokumente und Zeugnisse über die Jahre des Gettos zwischen 1940 und 1943 wurden – eingelagert in Blechkisten und Milchkannen – von den Gruppenmitgliedern im letzten Moment in Kellerräumen im Getto verborgen.

Auf dieser Quellengrundlage zeichnet Kassow ein beeindruckendes Bild vor allem von der zentralen Figur Emanuel Ringelblums. Ringelblum war Historiker, dessen Bedeutung sich in der Wahrnehmung nach dem 2. Weltkrieg vor allem auf seine tragende Rolle im „Oyneg Shabbes“ konzentriert. Sehr plastisch schildert Kassow darüber hinaus aber auch die besonderen Lebensumstände im Getto, in dem die so beachtliche Dokumentation der allgemeinen Situation, ihrer Hintergründe und Gefahren erfolgte. Wie den meisten anderen Gruppenmitgliedern war es auch Emanuel Ringelblum nicht vergönnt, das Kriegsende zu erleben: Zwar konnte er mit seiner Familie vor der gewaltsamen Auflösung des Gettos im Rahmen der Niederschlagung des Aufstandes im Frühjahr 1943 noch auf die „arische“ Seite Warschaus fliehen und sogar noch längere Zeit in einem Versteck aufhalten, wurde dann aber doch verraten und von den Nazis 1944 ermordet. In den Monaten des bemerkenswerten aber dennoch aussichtslosen Widerstandskampfes der jüdischen Kampfgruppen im Getto verstand sich „Oyneg Shabbes“ als „dokumentarischer Arm einer breit aufgestellten jüdischen Widerstandsbewegung“ (S. 471). Ihre Aufzeichnungen sollten Zeugnis ablegen vom menschlichen Überlebenswillen innerhalb des Gettos und dokumentieren, dass selbst unter barbarischsten Bedingungen Menschen nach kulturellen Inhalten und intellektuellen Betätigungen suchten bzw. im Rahmen der „Selbsthilfe“ versuchten, die Lebensbedingungen erträglicher zu machen. Kassow stellt auch mehrfach heraus, dass sowohl die „Selbsthilfe“ wie auch „Oyneg Shabbes“ institutionell kaum etwas mit dem Judenrat im Getto zu tun hatten, der von den Nazis zur „Selbstverwaltung“ des Gettos eingesetzt worden war und zur Umsetzung der Deportationsbefehle herangezogen wurde.

Bei der Dokumentationsarbeit der Gruppe ging es nicht nur um die möglichst umfassende Darstellung der Lebensbedingungen im Getto, sondern auch um die Suche nach Kommunikationswegen für die Verbreitung der Berichte im Ausland. Dies sollte in der Hoffnung geschehen, dass diese Nachrichten den Kampf der Staatengemeinschaft gegen das Hitlerregime verschärfen würden. Hier und dort wurden die Nachrichten über Deportationen und Massentötungen tatsächlich im Ausland verbreitet, doch wissen wir aus unserer heutigen Sicht, dass von alliierter Seite trotz allen bekannten Fakten recht wenig zur Unterbindung des Judenmordes geschah.

Prophetisch mutet ein Gedicht des bekannten jiddischen Poeten Yizchak Katzenelson an, dass ebenfalls Teil des „Oyneg Shabbes“-Archivs war, worin er vorhersagte, dass die Ermordung der Juden dem deutschen Volk in alle Ewigkeit zu schaffen machen werde. Allein darüber ließen sich zahlreiche Forschungen erstellen. Kassows Buch ist eine sehr empfehlenswerte Lektüre über die Lebensbedingungen im Getto, quasi aus kulturhistorischer Sicht, die man diesem Thema normalerweise nur wenig zubilligen würde. Wie schon angemerkt, ist das Buch in bester amerikani-

scher Tradition lesbarer historischer Darstellungen entstanden, woran auch die nicht an allen Stellen elegante Übersetzung kaum etwas ändern kann. Die Anmerkungen, Bibliografie, Register und Abbildungen runden den Band sehr ab und erheben ihn ohne jeden Zweifel auf ein mehr als solides wissenschaftliches Niveau. Wünschenswert wäre, gerade aus archivwissenschaftlicher Sicht, ein Verzeichnis der im „Oyneg Shabbes“-Archiv enthaltenen Materialien gewesen, wodurch die wissenschaftliche Arbeit durch ein Inventar bereichert worden wäre. Insgesamt ist „Ringelblums Vermächtnis“ ein lesbares Buch und keinesfalls nur für ein archivwissenschaftliches Fachpublikum zu empfehlen.

Stefan Litt, Jerusalem

KRUPP. FOTOGRAFIEEN AUS ZWEI JAHRHUNDERTEN

Hrsg. von der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung. Deutscher Kunstverlag GmbH, Berlin – München 2011. 232 S., 203 Abb., Leinen. 24,90 €. ISBN 978-3-422-02308-6

Anlässlich des 200-jährigen Jubiläums der Krupp'schen Gussstahlfabrik war im Sommer 2011 in der Villa Hügel eine Fotoausstellung zu sehen, die große öffentliche Resonanz fand. Der hier anzuziehende Begleitband ist mehr als einer der üblichen optisch ansprechenden Kataloge. Er ist – auf der Grundlage von 2 Millionen Fotos im Historischen Archiv Krupp – ein Grundlagenwerk für die Behandlung von Fotos in Archiven, nicht nur in Unternehmensarchiven. Denn die Essener Bestände decken Fotografien seit ihrer Gründung ab und bieten daher hinreichend Material, um in 23 Aufsätzen, belegt durch 203 Fotografien, viele Aspekte zu erörtern. Dabei durchzieht den Band eine duale Struktur. Die Familie Krupp ließ nicht nur ihre Fabriken und Produkte, sondern auch sich selbst ablichten. Der Schutzumschlag, der die Familie 1930 und eine 7000-Tonnen Schmiedepresse 1910 zeigt, versinnbildlicht beide Bereiche. Einleitend stehen die Einführung in die Unternehmensgeschichte (W. Abelshauser) sowie Beiträge über die Familie Krupp im Spiegel der Fotografie (F. Schmidt) und zur Entwicklung der Industriefotografie (H. Bossens). R. Stremmel führt in das Thema „Fotografien im Archiv“ nicht nur am Beispiel von Krupp ein. Er erörtert Fragen der Nutzung, Verfügbarkeit, Bestandserhaltung und Erforschung und verweist auf Fotografien als eine eigenständige Quellengruppe, die immer noch zu wenig Beachtung findet. Die sich daran anschließenden Aufsätze bieten ein Panorama, das von den Daguerrotypen bis zu Alfried Krupp von Bohlen und Halbach als Fotograf auf seinen Reisen reicht. In der Ausstellung empfand der Rezensent beides, die Schatzkammer der frühen Aufnahmen wie vom Unternehmenschef „geschossene“ Diaserie der 1950er und 1960er Jahre als Höhepunkte. Aber die Ausstellung und der Katalog bieten viel mehr: Industriefotografie, Gruppenaufnahmen, betriebliche Sozialeinrichtungen, freie Fotografen und anderes als Abbild und in beschreibender Reflexion im Begleitband. Wer immer sich mit der Ordnung, Erschließung und Nutzung von Fotos im Archiv beschäftigt, wird deshalb reichen Nutzen aus diesem Band ziehen. Dem Historischen Archiv Krupp und seinem Leiter, Ralf Stremmel, sei deshalb für die Initiative und die große Kompetenz bei der Gestaltung des Bandes gedankt.

Wilfried Reininghaus, Düsseldorf

SCRINIUM

Zeitschrift des Verbandes Österreichischer Archivarinnen und Archivare. Band 64 (2010). Wien 2010. 165 S., kart.

Der zu besprechende Band vereinigt in seiner ersten Sektion Referate des 35. Österreichischen Archivtages, der vom 10. bis 11. September 2009 unter dem Motto „Das Ende der Beschaulichkeit. Archive zwischen Politik, Ökonomie und Öffentlichkeit“ in Linz stattfand. Der konzeptionelle Rahmen – einleitend von Gerhard Marckhgott vorgestellt – zielte auf eine interdisziplinäre Diskussion der Frage, ob das Internetzeitalter und die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Wandlungsprozesse (hier mögen die Stichworte „bürgernahe Verwaltung“ und „neue Steuerungsmodelle“ genügen) zu einer grundlegenden Neuorientierung archivischer Arbeit zwingen oder aber mit einzelnen technischen und organisatorischen Umstellungen zu bewältigen sind. Dass die sich anschließenden Beiträge, deren analytische Tiefe variiert, zu keiner verbindlichen Antwort auf diese Kardinalfrage gelangen, ist kaum überraschend. Gleichwohl wirkt der Ansatz belebend, die damit zusammenhängenden Probleme nicht allein fachintern, sondern im Austausch mit verwandten Disziplinen zu diskutieren. Während zunächst Karl Brunner die gesellschaftliche Funktion archivischer Überlieferungsbildung betont und u. a. eine Öffnung der historischen Hilfswissenschaften für zeitgeschichtliche Probleme fordert, bietet Eva Blimlinger eine insgesamt ernüchternde Außenperspektive auf das österreichische Archivwesen in den Jahren um die Jahrtausendwende. Der Beitrag basiert auf den Erfahrungen der Autorin als Mitglied der 1998 zu Klärung und Entschädigung von NS-Unrecht eingesetzten österreichischen Historikerkommission und kritisiert u. a. unklare Zugangsregelungen in Folge der in Österreich vergleichsweise spät erfolgten Verabschiedung von Archivgesetzen (auf Bundesebene 1999), die ungenügende Erschließung von Beständen des 20. Jahrhunderts und eine mangelnde Dienstleistungsmentalität in einzelnen Häusern. Im Anschluss erörtert Martin Stürzlinger Möglichkeiten der archivischen Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern. An den damit in vielen Bereichen verbundenen und von Stürzlinger ausgewogen vorgestellten Perspektiven ist vernünftigerweise nicht zu zweifeln. Allerdings verleiht der Autor im Fazit seiner Überzeugung Ausdruck, „Beispiele im Ausland“ (S. 32) belegten, dass der Betrieb eines Archivs auch vollständig (also inklusive Bewertung) ausgelagert werden könne. Sofern – wie anhand des Kontextes zu vermuten – damit auch öffentliche Archive gemeint sein sollten, hofft der Rezensent freilich, dass Kulturnationen auch in Zukunft das Selbstbewusstsein und das nötige Kleingeld aufbringen werden, um nicht jede irgendwo auf dem Globus anzutreffende Verirrung als Handlungsanweisung für einen kurzfristigen Abbau zivilisatorischer Mindeststandards zu begreifen. Archivgebühren aus betriebswirtschaftlicher Sicht erörtert sodann Burkhard Nolte vor dem Hintergrund der neuen Steuerungsmodelle. Beachtung verdient sicherlich sein Plädoyer für eine ablauforientierte Prozesskostenrechnung, die „Zahlenfriedhöfe“ vermeide und sich auf die Erhebung von Daten beschränke, die von den Führungskräften auch tatsächlich ausgewertet und zur Problemlösung verwendet werden könnten. Wiederum eine Außenperspektive, diesmal von Seiten der Museumsbranche, bietet im Anschluss Martin Heller. Angesichts der vielfältigen politischen und individuellen Einflüsse, die auf archivische Überlieferungsbildung einwirken, erscheint Hellers These, wonach es sich bei Archiven im

Gegensatz zu musealen Sammlungen um „noch nicht autoritativ behandelte Materialdepots“ handele, freilich hochproblematisch – zumal hinsichtlich der von Heller als „ästhetische Aufwertung der Archive“ verstandenen Sammlungstätigkeit. Nach einem Einblick in die Arbeit einer international tätigen Erbenermittlung (Gottfried L. Vonwiller) wendet sich Annemarie Türk gegen eine „dummdreiste Polemik gegen jede Form der Zusammenarbeit“ mit Unternehmen im Bereich des Kultursponsorings und plädiert mit bedenkenswerten Argumenten dafür, Sponsoren nicht lediglich als Quelle von Geld- und Sachmitteln zu betrachten, sondern in einem auf Gegenseitigkeit beruhenden Verhältnis auch deren Know-how zu nutzen. Konzeptionelle Überlegungen Josef Riegler zur Vermarktung von Archivleistungen schließen sich an. Die zweite Sektion bilden zweisprachig abgedruckte Beiträge des zur Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit abwechselnd in Třeboň/Wittingau und Linz stattfindenden südböhmisch-oberösterreichischen Archivtages. Über aktuelle, zum Teil in Kooperation mit der Genealogischen Gesellschaft der Mormonen betriebene Digitalisierungsprojekte des Südböhmischen Gebietsarchivs Třeboň informieren Martin Hankovec und Jakub Kaiseršat. Gerhard Marckhgott und Peter Zauner berichten von den Aktivitäten des Oberösterreichischen Landesarchivs, das sich an den Projekten „Virtuelles Urkundenarchiv“ (MOM), „Digitaler österreichischer Kulturatlas“ (DOKA), „Austrian Newspapers Online“ (ANNO) und „Matrikelbücher online“ (matricula) beteiligt und dabei teilweise auf die kollaborative Einbindung von Nutzern setzt. Einen quellenkundlichen Beitrag liefert Aleš Stejskal, der den rund 100 Stücke umfassenden Bestand von Beamtenkalendern des 16. und 17. Jahrhunderts im Gebietsarchiv Třeboň vorstellt, während sich Walter Schusters Referat etwas abstrakt mit dem zum Teil archivgesetzlich festgeschriebenen geschichtswissenschaftlichen Auswertungsauftrag der Archive vor dem Hintergrund knapper werdender Ressourcen befasst. Den Band beschließen ein Tagungsbericht über die nestor/DPE Spring School 2009 („Digitale Langzeitarchivierung: von der Konzeption zur Umsetzung“), ein Rezensionsteil und eine Chronik des Verbandes österreichischer Archivarinnen und Archivare.

Tobias Schenk, Wien

40 JAHRE HOCHSCHULARCHIV DER RWTH AACHEN

Hrsg. von Christine Roll und Klaus Graf. Apprimus Verlag, Aachen 2010. 122 S., zahlr., farb. Abb., kart. 19,- €. ISBN 978-3-940565-70-9 (Schriften des Hochschularchivs Aachen, Band 1)

Der Titel lässt zunächst eine Darstellung oder Aufarbeitung der Geschichte, vielleicht auch eine Bilanz erwarten, es handelt sich bei dem vorliegenden Büchlein jedoch um eine Art Festschrift, in der es den Herausgebern neben dem historischen Rückblick „auch um die aktuelle Arbeit des Hochschularchivs ... und unsere Pläne für die Zukunft“ geht. Letztere sind jedoch – um es vorwegzunehmen – im Wesentlichen nur vage angedeutet.

Die Herausgeber bedauern in ihrem Vorwort die späte Vorlage der Schrift drei Jahre nach dem Festakt (Jubiläumsschau). Die Bemerkung hierzu, dass die Beiträge „bewusst (mit Ausnahme des 2010 entstandenen Aufsatzes von Klaus Graf) im Wesentlichen

auf dem Stand von 2007 belassen“ wurden, hinterlässt zumindest ein Fragezeichen. Schade, dass (deshalb?) die positiven Entwicklungen und vielfachen Aktivitäten des Archivs nach 2007 in einem lediglich einseitigen „update“ abgehandelt werden.

Der erste Beitrag von Klaus Graf und Christine Roll mit dem Untertitel „Aufgaben und Perspektiven“ (S. 7-19) hat eher einleitenden Charakter und stellt einen Parforceritt durch alle Aspekte von Archivarbeit und die selbst gestellten Aufgaben für das eigene Hochschularchiv dar. Dabei nimmt die Öffentlichkeitsarbeit den weitaus größten Raum ein, sie wird zur „archivischen Kernaufgabe“ (von den Herausgebern in Anführung gesetzt). Bisweilen werden zudem Gedanken vorweggenommen, die Gegenstand späterer Beiträge sind.

Der Beitrag von Thomas Becker „Hochschularchive im 21. Jahrhundert“ (S. 21-26) bettet das Aachener Archiv in die Hochschularchivlandschaft Nordrhein-Westfalens ein, die in den zurückliegenden eineinhalb Jahrzehnten einen bedeutenden Aufschwung genommen hat. Die vorurteilsbehaftete Unkenntnis über die Tätigkeit eines Archivars als Ausgangspunkt nehmend beschreibt Becker eindringlich die vielseitigen und umfangreichen Aufgaben, die heute und mehr noch in der Zukunft ein hohes Maß an Kompetenz im IT-Bereich erfordern – Vorgesetzten, die für die sachliche und personelle Ausstattung von Archiven verantwortlich sind, zur Lektüre empfohlen!

Die folgenden Beiträge befassen sich dann mit der Historie: Kurt Düwell blickt in die Anfänge von 1967 bis 1970 (S. 27-35), in die Zeit, als es zwar den Senatsbeschluss zum Aufbau eines Archivs gab, eine Überlieferung aber scheinbar gar nicht vorhanden war. Launig und spannend beschreibt Düwell das Auffinden der Altregistratur in einem vergessenen Lagerraum, der nur durch eine „enge Luke“ zu erreichen war. Von Reisen in die DDR brachte er wichtige Mikroverfilmungen mit, und zusammen mit ersten Abgaben aus der Verwaltung konnte mit der Arbeit im Archiv, in dem es in der Tat den Ärmelschoner bewehrten Mitarbeiter gab, begonnen werden.

Direkt an Düwell anknüpfend und nicht weniger spannend skizziert Marcel Oeben anschließend die „Geschichte des Hochschularchivs“ (S. 37-49). Zwar gibt es hier und da Wiederholungen, der Beitrag ist jedoch gut strukturiert und gibt mit seinen zahlreichen Belegen mehr als einen Überblick über 40 Jahre vom Ringen um Bestände und Konzepte gekennzeichnete Aufbauarbeit.

„Das Beispiel Erster Weltkrieg“ ist der Gegenstand des Beitrags von Johanna Zigan „Zur Quellenlage im Hochschularchiv der RWTH“ (S. 51-62). Der Überblick läuft im Wesentlichen auf die „Akte 584“ hinaus, die die Autorin in detail beschreibt. Deplatziert sind hier allerdings die vielen eingestreuten Hinweise allgemeiner archivischer oder archivarischer Art (Abgabepflicht der Institute, Vorteile der Schlauchbindung u. a. m.), die in ihrer Ausführlichkeit abschweifend wirken.

Den letzten Beitrag bilden die Überlegungen Klaus Grafs „zur Rolle eines Hochschularchivs im Rahmen des universitären Informationsmanagements der Zukunft“, die er unter die Leitfrage „Nur noch Schriftgutmuseum?“ stellt (S. 63-77). Graf kritisiert in einer Art Rund-um-Schlag das fehlende Know-how der Archive angesichts eines bevorstehenden Tsunamis digitaler Daten, ihre Verslossenheit gegenüber dem „Web 2.0“ und ihre Reserviertheit gegenüber den Intentionen eines Informationsfreiheitsgesetzes. Dagegen postuliert er die Pflicht, möglichst alle Dokumente zu digitalisieren und online zu stellen. Mehr noch: Bereits die Verwaltungsregistratur könne, unter Beachtung schutzwürdiger

Interessen, im Netz zugänglich sein; hinzu kämen natürlich wissenschaftliche Repositorien, „Open Educational Resources“ u. a. Freilich wäre in diesem Szenario das Archiv außen vor, aber, so Graf in seinem Schlusssatz: „Vielleicht kommt es ja auch ganz anders.“

Die „Überlegungen“, die der Autor mit dieser Bemerkung selbst als Spekulationen abzutun scheint, sprechen durchaus Fragen an, denen die Archivwelt sich zu stellen haben wird. Dem Beitrag fehlt jedoch der rote Faden, er ist im Grunde ein einziges Plädoyer für „open access“ und „open data“ und verliert sich in Gedanken, die das Archivwesen allgemein betreffen. Die wenigen verbleibenden Perspektiven für ein kleineres Hochschularchiv (vorgeschlagen werden Weblog und „Federführung eines hochschulweiten Bildservers“) werden nur beiläufig erwähnt. Hier wäre der Ort gewesen, Vorzüge bzw. Schwächen zu diskutieren.

Das Gesamturteil der Schrift bleibt zwiespältig: Sie bietet bei aller Kritik im Detail einen guten Einblick in das Aachener Hochschularchiv einst und jetzt, die angekündigten Zukunftspläne aber bleiben wenig konturiert. Trotzdem bietet sie Anstöße zur Diskussion. Sie ist reich bebildert, zudem sind im Anhang auf mehr als 30 Seiten Archivalien, chronologisch geordnet durch ein Jahrhundert, ins Bild gesetzt. Allerdings wäre hier weniger mehr gewesen, und mit ein wenig Einordnung oder Erläuterung des einzelnen Stücks wären potentielle Archivbenutzer besser angesprochen worden. Bei einem Preis von 19 € für gut 120 Seiten hätten sich Herausgeber resp. Verlag auch mehr Mühe beim Layout (Satz und Typografie) geben dürfen.

Jörg Lorenz, Bochum

„WOLLTEN SIE AUCH IMMER SCHON EINMAL PEST-VERSEUCHTE KÜHE AUF IHRE GEGNER WERFEN?“

Eine fachwissenschaftliche Annäherung an Geschichte im Computerspiel. Hrsg. von Angela Schwarz. Lit Verlag, Münster 2010. 240 S. mit Abb., kart. 19,90 €. ISBN 978-3-643-10267-6 (Medien'Welten. Braunschweiger Schriften zur Medienkultur, Band 13)

Laut Koalitionsvertrag zwischen den Parteien, die seit 2009 die Bundesregierung stellen, liegen Archivwesen („nationales Bestandserhaltungskonzept“) und Computerspiele („selbstverständlicher Teil unserer Alltagskultur“) nahe beieinander.¹

Hilft uns in einer Zeit medialer Verschiebung, wo weniger gelesen wird und ein interaktives Bild oft das Wort ersetzen muss, der Hinweis auf ein Computerspiel bei der historischen Bildungsarbeit im Archiv oder droht eine neue Form von Geschichtsklitte- rung (S. 162)?

Im facettenreichen Tagungsband eines Workshops, der 2008 in Gießen stattfand, erhalten Archivarinnen und Archive Aufschluss über Gefahren und Potentiale, sollte – ein meistens ja männlicher – Besucher vor ihnen stehen, der weiß, wie's gewesen ist.

Für den Spielentwickler selbst ist der historische Hintergrund nur ein Faktor, den er bedenken muss – neben Spielspaß, Herausforderung und einer variantenreichen Simulation. Dabei kommt ihm entgegen, dass sich demographische, ökonomische und militärische Fakten gut zählen, später in Algorithmen aufnehmen

und schließlich als Zahlenkolonnen abbilden lassen. Bei Ideeenschichten wäre das komplizierter.

Über den Spielentwickler gelangen populäre Geschichtsbilder – häufig sogar im Gefolge, als Zweitverwertung oder im Stile großer Hollywood-Produktionen – zum Spieler. Nur dass der diesmal den Ablauf anhalten, eingreifen und den Fortgang bestimmen kann. Schon beim Verpackungsaufdruck wird mit dem Faktor „Realismus“ (S. 128 f.) geworben. Er kann dann wählen zwischen epochenübergreifenden Entwicklungsspielen und Kriegsspielen, bei denen sich 28,5 % aller Spieletitel auf die sechs Jahre des II. Weltkrieges beschränken (S. 15). Er kann dabei Staaten aus der Vogelperspektive durch die Jahrhunderte führen oder mit einer Waffe im Anschlag „Geschichte von unten“ (S. 19) als Egoshooter machen. Er kann aussuchen, ob er historische Abläufe nachspielen, losgelöst vom Geschichtsbuch „Was wäre, wenn...“ fragen oder nur historisch eingefärbten Spielspaß erleben möchte. Wie immer er sich entscheidet, es geht ihm nicht um ein didaktisches, sondern ein Unterhaltungsmedium. Eine medienpädagogische Begleitung wird nicht erwartet. Der Spieler spielt nicht wegen des Erkenntnisgewinns, sondern wegen eines neuen Highscores oder um den Gegner zu besiegen. Ein lineares und teleologisches Geschichtsbild ist damit nahezu unausweichlich.

Doch fehlt es an Studien, wie diese „wahrgenommene Geschichte“ (S. 203) genau aussieht und welche Informationen der Spieler tatsächlich in sein Geschichtsbild aufnimmt. Dass es beim Eintauchen in die Vergangenheit zu Mißverständnissen kommt, darüber waren sich die Historiker in Siegen allerdings sicher: Erreicht ein Spieler eine neue Epoche, bedeutet das für ihn bessere Technik, stärkere Waffen oder anders gekleidete Spielfiguren. Tatsächlich sieht es der Historiker andersherum: Weil dem Menschen plötzlich völlig neue Dinge zur Verfügung stehen, spricht man von einer neuen Epoche (S. 46). Die spielgerechte Aufbereitung historischer Zusammenhänge führt zu schiefen Bildern, Unstimmigkeiten und gaukelt dem Spieler Alternativlosigkeiten vor. Brüche, Seitenarme, Fehlentwicklungen und Rückschritte fallen weg. So geht in Civilization III mit der Technologiestufe Kommunismus die Polizeiwache als Stadtmodernisierung einher

und gilt das Frauenwahlrecht als „Weltwunder“. Auch sind Spione in diesem Spiel ausschließlich weiblich. Weder ergeben sich die Spielegegner bei den Weltkriegsshootern, noch können sie gefangen genommen werden.

Ob der Archivar in der ihm zur Verfügung stehenden Zeit und ausgerechnet mit seinem Bestand beim Besucher darauf hinwirken kann, dass es wohl komplexer gewesen ist, mag dahin gestellt sein. Aber dass es Unternehmensarchive waren, die es dem Spieledesigner ermöglicht haben, „jeden Panzer bis zur letzten Schraube“ (S. 204) darzustellen, dass staatliche Archive über Quellen zur Größe früherer Ackerbauern-Dörfer, die Massivität von Befestigungen, über Farben und Schnitte von Uniformen, Wappen und Fahnen verfügen und historische Karten, Fotos, Film- und Tonaufnahmen zur Verfügung gestellt haben, die in die Spielehandlung eingewoben und in Begleitmaterialien genutzt wurden – das sollte er deutlich benennen. Übrigens kommen – anders als Bibliotheken – Archive in den Spielen nicht vor. Und ein aktuelles Beispiel zeigt, dass solche Risiken und Nebenwirkungen nicht nur Spielen eigen sind, die vom amerikanischen Spielmarkt kommen. 2010 hatte ein Student aus Karlsruhe ein Computerspiel entwickelt, das an der innerdeutschen Grenze spielt (1.378 km). Sein Professor meinte „Die Verknüpfung eines Ego-Shooters mit einem historischen Ereignis ist brillant“². Tatsächlich banalisiert ein naives Weltbild den Schrecken und die Tragödien des Todesstreifens. Empathie, Emotionalität und Individualität blieben ausgeblendet. Sowohl auf Seiten der Polen, die sich gegenseitig nie ganz trauen konnten, als auch auf Seiten des Flüchtlings, der sich Minenfeldern und Selbstschussanlagen ausgesetzt sah. Wieder wird der Spieler in dem falschen Glauben gelassen, so sei es gewesen.

Stephan Wolf, Berlin

¹ www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf (11.03.2011), S. 72, 96.

² www.haz.de/Nachrichten/Medien/Uebersicht/Heftige-Kritik-an-virtuellen-Schuessen-auf-DDR-Fluechtlinge (11.03.2011).

DIE TAGEBÜCHER DES PREUßISCHEN OBERPRÄSIDENTEN LUDWIG FREIHERR VINCKE

EIN EDITIONSPROJEKT

Wenn Archive sich heutzutage an Editionsprojekten beteiligen, bedarf dies zumindest einer Erklärung, wenn nicht einer Rechtfertigung. Denn in Zeiten, in denen die Zahl von Verzeichnungseinheiten als Produktkennzahl und Sollgröße im Haushalt erscheint, in denen schlanke Verzeichnungsstandards definiert werden und in denen der gezielte Abbau von großen Erschließungsrückständen betrieben wird, erscheint die ja weit über die archivische Erschließung hinausgehende Edition und Kommentierung einer einzelnen Quelle wie ein Anachronismus. Dass eine solche Unternehmung in einem Kooperationsprojekt mit anderen Institutionen trotzdem gelingen kann, zeigt das Editionsprojekt der Vincke-Tagebücher. Das ehemalige Staatsarchiv Münster, heute die Abteilung Westfalen des Landesarchivs NRW, kaufte 1971/72 den Nachlass von Ludwig Freiherrn Vincke (1774–1844) an, einer vielseitigen Persönlichkeit, die schon zu Lebzeiten auch eine legendäre Gestalt wurde.

LUDWIG FREIHERR VINCKE

Der erste Oberpräsident Westfalens wurde 1774 in Minden geboren, und es war keineswegs selbstverständlich, dass Vincke als Spross einer alten, evangelisch-lutherischen Adelsfamilie eine Verwaltungslaufbahn im preußischen Staatsdienst einschlug. Die Familientradition sah eigentlich eine Offizierslaufbahn vor, die auch standesgemäßer gewesen wäre. Vincke selber strebte als Jugendlicher zunächst eine Laufbahn bei der Marine an, später wollte er Kaufmann werden. Zunächst besuchte der junge Ludwig mit 15 Jahren aber die preußische Eliteschule in Halle an der Saale, das Königliche Pädagogium. Dieses stand damals unter der Leitung des bekannten Reformpädagogen August Niemeyer, der die Schule im pietistisch-aufklärerischen Sinne führte. Drei Jahre später, 1792, schrieb er sich an der Universität Marburg ein und studierte dort Staatswissenschaft und Jura, bevor er an die Universitäten in Erlangen und danach Göttingen wechselte. Spätestens mit dem Antritt des Referendariats bei der Kurmärkischen Kammer in Berlin hatte Vincke sich für eine Beamtenlaufbahn in Preußen entschieden. Seine erste Stelle trat er 1798 als Landrat in seiner Heimatstadt Minden an, bevor er 1803 als außerordentlich junger Präsident der Kriegs- und Domänenkammer von Ostfriesland nach Aurich ging. In diesem Zusammenhang hat König Friedrich Wilhelm III. von dem noch sehr jungen Vincke, der sich anschickte, früh eine beachtliche Karriere zu machen, als von einem „Kind“ gesprochen.¹ Bereits 1804 wurde Vincke als Nachfol-



Ludwig Freiherr Vincke, Porträt von Friedrich Boser, 1840

ger des Freiherrn vom Stein Präsident der Kriegs- und Domänenkammern Münster und Hamm und erlebte in dieser Funktion den Zusammenbruch Preußens und die französische Besatzungszeit. Nach der Niederlage Preußens gegen Napoleon floh er nach England und lernte das dortige Verwaltungssystem kennen und schätzen, das ihm in vielen Fragen Anregungen bot. Nach seiner Rückkehr 1807, beruflich für die nächsten zwei Jahre ungebunden,

schloss er sich dem Kreis der Reformen um den Freiherrn vom Stein an, der damals als Staatsminister in Berlin fungierte. Wenn der Pragmatiker Vincke auch selbst die preußischen Reformen nicht nachweisbar beeinflusst hat, hat er sich in dieser Zeit mit den liberalen Reformideen für alle Bereiche des staatlichen Lebens auseinandergesetzt.² Diese prägten ihn nachhaltig auch dann noch, als sie in Preußen nicht mehr en vogue waren. Mit Stein teilte Vincke die Abneigung gegen Napoleon, von dem er in seinen Tagebüchern immer als dem „Ungeheuer“ spricht. 1809 wurde er ein drittes Mal Kammerpräsident, diesmal der kurmärkischen Kammer in Potsdam, eine Aufgabe, die er jedoch ein Jahr später aufgab. Sein Ziel war eine verantwortungsvolle Position in der Verwaltung Westfalens, die er 1813, nach der Völkerschlacht von Leipzig, mit der Ernennung zum Gouverneur des Zentralgouvernements zwischen Rhein und Weser erreichte. Vincke war damit auch beruflich nach Westfalen zurückgekehrt, das er als seine Heimat empfand, der er seit seiner Jugend ausdrücklich dienen wollte. Nach der Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress wurde er 1816 der erste Oberpräsident der neuen preußischen Provinz Westfalen, die sich aus den drei Regierungsbezirken Münster, Arnsberg und Minden zusammensetzte. Vincke übte das Amt des Oberpräsidenten fast drei Jahrzehnte bis zu seinem Tod 1844 aus. Er hatte damit einen „doppelten Integrationsauftrag“ übernommen, nämlich zwanzig äußerst heterogene Territorien des Alten Reiches bzw. Teile davon in der neuen Provinz Westfalen zu vereinen und dieses neue Gebilde „mit dem preußischen Staat zu verbinden und versöhnen“. Vincke hat diese schwierige Aufgabe in einer Weise erfüllt, dass er zum Repräsentanten Westfalens schlechthin wurde, weil „Amt, politische Konstellation und Person sich ergänzend verbanden“.³

DER NACHLASS UND DIE VORGE-SCHICHTE DES EDITIONSPROJEKTS

Der Nachlass Vinckes hatte bis zum Ankauf durch das frühere Staatsarchiv Münster 1971/72 bereits eine wechselvolle Geschichte erlebt.⁴ Er galt als einer der bedeutendsten politischen Nachlässe, wie der Leiter des Staatsarchivs Osnabrück 1939 feststellte,⁵ und war bereits seit kurz nach dem Tod Vinckes von allen Autoren, die eine (Teil-)Biographie schrieben oder zu schreiben beabsichtigten, benutzt worden.

Anlässlich des 150. Todestags Vinckes im Jahre 1994 rückte das frühere Staatsarchiv Münster den prominenten Bestand und seinen Bildner, Ludwig Freiherr Vincke, in den Mittelpunkt seiner Öffentlichkeitsarbeit: Eine Ausstellung – mit Katalog⁶ – zum Leben und Wirken des Freiherrn wurde nicht nur im Staatsarchiv erarbeitet und präsentiert, sie wurde darüber hinaus an sechs weiteren Orten in ganz Westfalen gezeigt und erreichte damit eine ungewöhnlich breite Resonanz, die auch durch einen Dokumentarfernsehfilm über das Leben Vinckes unterstützt wurde. Gleichzeitig gab das Archiv in Zusammenarbeit mit dem Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abteilung Münster, einen bis heute viel beachteten Aufsatzband heraus, der verschiedenste Aspekte des Lebens und Wirkens Vinckes aufgriff, ohne jedoch den Anspruch zu erheben, „eine Vincke-Biographie zu liefern“.⁷

Bis heute ist eine umfassende und wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographie des ersten Oberpräsidenten ein Desiderat geblieben. Dabei ist die Quellenlage eigentlich hervorragend: Sind doch neben umfangreichen Korrespondenzen in

diesem und anderen Nachlässen, neben Gutachten und Denkschriften 24 Tagebücher erhalten geblieben, die Vincke von seinem 15. bis zu seinem 70. Lebensjahr, also über 55 Jahre hinweg, fast kontinuierlich führte. Er vertraute seiner „Lebenschronik“ alles an, kommentierte das Zeitgeschehen, familiäre Ereignisse, er beschrieb detailliert seine Reisen und hielt Begegnungen fest, dokumentierte sein Interesse an allen Fragen des Gemeinwohls, an Geschichte, Staatskunde und Verwaltung. Er sah dabei immer auch die Menschen, die verwaltet wurden und die Geschichte erlebten. Einige Verwaltungsbereiche waren ihm besonders wichtig, die Wirtschaft und die Landwirtschaft zum Beispiel, auch die Gesundheit der öffentlichen Finanzen und – nicht zuletzt – der Umgang mit Behinderten in der Gesellschaft. Es ist wohl eher diese Fülle des Materials, die einen Forscher überfordert, neben den Tagebüchern Tausende von Briefen, dazu umfangreiches amtliches Schriftgut im Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz und in der Abteilung Westfalen des Landesarchivs NRW, wobei die winzig-kleine, schwer leserliche Schrift der Tagebücher die Arbeit ebenso erschwert wie die ungeheure Zahl der dort genannten Personen und Orte. Darüber hinaus werfen insbesondere in den drei Jahrzehnten der Oberpräsidentenschaft die „Verschränkung von Individuell-Biographischem und der allgemeinen Geschichte Westfalens so große methodische und darstellerische Probleme auf“⁸, dass es auch aus diesem Grunde bisher bei Teilbiographien nur zum jungen Vincke und bei der Erforschung von Einzelaspekten blieb.

¹ Zur Entstehung der Anekdote und zum historischen Zusammenhang Jürgen Kloosterhuis, „Westfaleneid“ und „peines de coeur“ – Vorgaben für Vinckes Landratsamt, in: Ludwig Freiherr Vincke. Ein westfälisches Profil zwischen Reform und Restauration in Preußen, hg. von Hans-Joachim Behr und Jürgen Kloosterhuis (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Band 34), Münster 1994, S. 19–34, S. 19.

² Heide Barmeyer, Ludwig Freiherr Vincke und die Probleme des Oberpräsidentenamtes, in: Verfassung und Verwaltung, Festschrift für Kurt G. A. Jeserich zum 90. Geburtstag, hg. von Helmut Neuhaus, Köln – Weimar – Wien 1994, S. 183–202, S. 188.

³ Barmeyer (wie Anm. 2) S. 183.

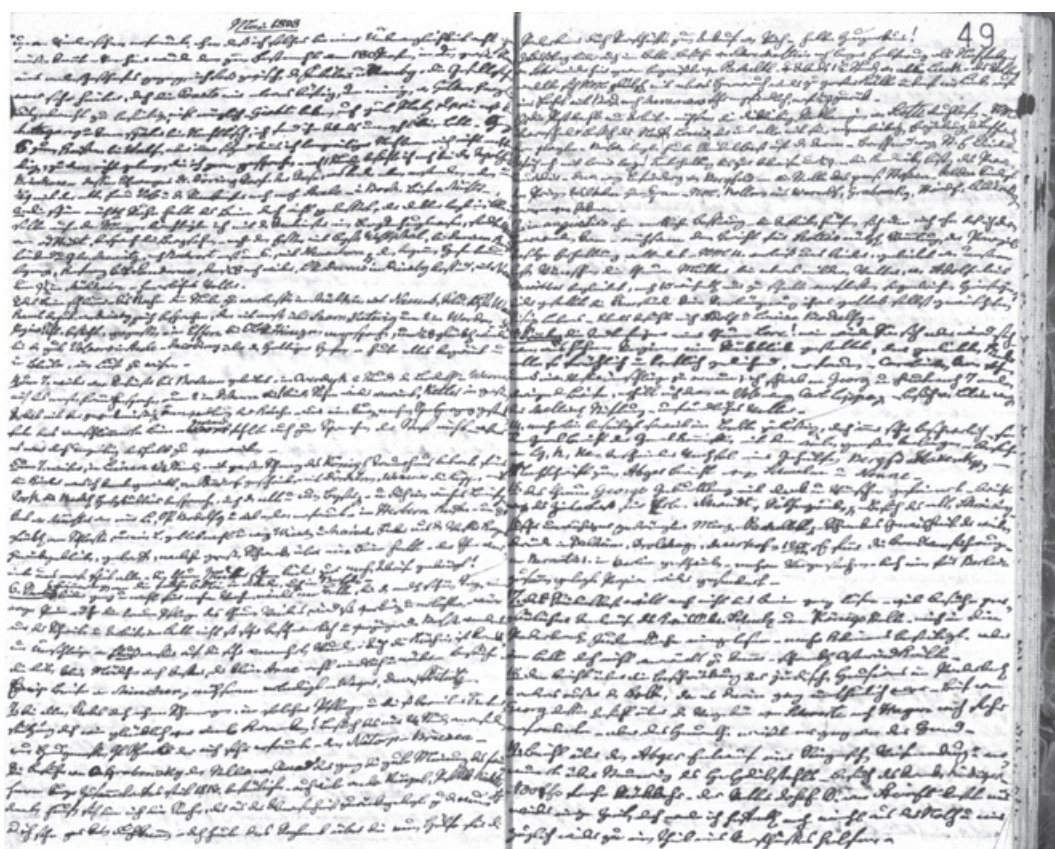
⁴ Zur Überlieferungsgeschichte s. Hans-Joachim Behr, Das Ostenwalder Archiv und der Nachlass des Freiherrn Ludwig Vincke, in: Die Tagebücher des Ludwig Freiherr Vincke, Band 2: 1792–1793, bearbeitet von Wilfried Reininghaus unter Mitarbeit von Herta Sagebiel, Tobias Meyer-Zurwelle und Tobias Schenk (Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abteilung Münster 2 = Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen. Neue Folge 2 = Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 37) Münster 2011, S. 3–14.

⁵ Ebd. S. 3.

⁶ Ludwig Freiherr Vincke (1774–1844). Ausstellung zum 150. Todestag des ersten Oberpräsidenten der Provinz Westfalen veranstaltet vom Nordrhein-Westfälischen Staatsarchiv Münster (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe D, Heft 27) Münster 1994.

⁷ Hans-Joachim Behr/Jürgen Kloosterhuis, Einleitung, in: Ludwig Freiherr Vincke (wie Anm. 1) S. 1–4, S. 3.

⁸ Heide Barmeyer, Der Oberpräsident Vincke und die Provinz Westfalen – ein Forschungsabriss, in: Ludwig Freiherr Vincke (wie Anm. 1), S. 5.



Tagebucheintrag Vinckes vom Mai 1838. LAV NRW W, Nachlass Vincke, Nr. 22, fol. 48v-49r.

DAS EDITIONSPROJEKT

Eine Grundlage für jede Beschäftigung mit Vincke sind ohne Frage die ungewöhnlich dicht und kontinuierlich erhaltenen Tagebücher. Sie vollständig zu edieren und zu kommentieren und damit Forschungen zu Vincke selbst und zu Westfalen und Preußen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu erleichtern, war eine Anregung, die Hans-Joachim Behr, der damalige Leiter des Staatsarchivs Münster und gleichzeitig Direktor des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abteilung Münster, im Nachgang zum Jubiläumsjahr 1994 gab. Sie wurde, wenn auch zögernd, aufgegriffen. Angesprochen war das frühere Staatsarchiv Münster, das mit dem Nachlass auch die Tagebücher besitzt und das mit seinen Aktivitäten im Jubiläumsjahr 1994 ein deutlich wahrnehmbares Vincke-Bewusstsein geschaffen hatte. Angesprochen war gleichzeitig die Historische Kommission für Westfalen, die bereits 1980 einen Maßstäbe setzenden Band von Vincke-Tagebüchern herausgegeben hatte, die Jahre 1813-1818 abdeckend, die Zeit, in der Vincke Zivilgouverneur für Westfalen und 1815 erster preußischer Oberpräsident von Westfalen wurde.⁹ Die Historische Kommission für Westfalen besitzt außerdem eine Reihe von Abschriften der Vincke-Tagebücher. Angesprochen war als dritter Partner der Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abteilung Münster, der seine Existenz ebenso wie das frühere Staatsarchiv Münster in nicht unerheblichem Maße Ludwig Vincke verdankt.¹⁰ Alle drei Institutionen fanden sich zur

Zusammenarbeit an diesem großen Projekt bereit: Die 24 Tagebücher sollten kontinuierlich in zehn Bänden erscheinen, wobei auch die bereits im Jahre 1980¹¹ sowie 1998 und 1999¹² erschienenen Teileditionen wieder abgedruckt werden, die von Ludger von Westphalen sowie von Wolfgang Henninger und Wolfgang Knackstedt bearbeitet wurden.

Die große Herausforderung war, Bearbeiterinnen und Bearbeiter zu finden, die sich ehrenamtlich zur Mitarbeit entschlossen. Denn weder das Archiv noch die Kommission noch der Verein waren in der Lage, eigenes Personal für die Editionstätigkeit abzustellen. Dass es tatsächlich gelungen ist, sieben ausgewiesene Fachleute und Kenner Westfalens im 19. Jahrhundert zu gewinnen, die die Arbeit an der Edition teils neben ihrem Beruf, teils im Ruhestand leisten, ist kaum hoch genug einzuschätzen. Immerhin werden auf diese Weise bereits 50 der insgesamt 55 Tagebuchjahrgänge abgedeckt. Die drei herausgebenden Institutionen übernehmen die Druckkosten, der Verein für Geschichte und Altertumskunde koordiniert das Projekt und sorgt für die Redaktion der Bände, und in der Abteilung Westfalen des Landesarchivs werden unterstützend in schwierigen Fällen Lesehilfen gegeben. Drei Bände sind 2009, 2010 und 2011 erschienen, weitere Manuskripte stehen vor dem Abschluss, so dass mit einem kontinuierlichen, jährlichen Erscheinen in den nächsten Jahren gerechnet werden kann.

Bereits erschienen:

Band	Laufzeit	Inhalt	Bearbeiter	Status
1	1789–1792	Schulzeit in Halle, Abituraufsatz	Wilfried Reininghaus, Hertha Sagebiel	Erschienen 2009 ¹³
2	1792–1793	Studienzeit in Marburg	Wilfried Reininghaus, Tobias Meyer-Zurwelle Hertha Sagebiel Tobias Schenk	Erschienen 2011 ¹⁴
5	1804–1810	Präsident der Kammern in Hamm und Münster, Englandreise 1807, Rückzug ins Privatleben, Präsident der kurmärkischen Kammer	Hans-Joachim Behr	Erschienen 2010 ¹⁵

EDITIONSRICHTLINIEN UND KOMMENTIERUNG DER VINCKE-TAGEBÜCHER

Ein aufwändiges Editionsprojekt wie das der Vincke-Tagebücher muss sich im Vorfeld Gedanken machen, wie der Text und seine Kommentierung gestaltet werden sollen. Im Falle Vinckes hatten die früheren Bearbeiter der Tagebücher bereits Vorüberlegungen getroffen. L. Graf von Westphalen entschied sich in seiner Edition der Jahrgänge von 1813 bis 1818 dafür, alle sprachlichen Eigenheiten Vinckes zu erhalten, auch Abweichungen von den heutigen Regeln.¹⁶ Er löste die von Vincke nicht systematisch verwendeten Abkürzungen für Amtsbezeichnungen und Titel auf. W. Knackstedt/W. Henninger entschieden sich bei der Edition der Auricher Tagebücher für die gleichen Richtlinien wie v. Westphalen, legten sich aber darauf fest, alle Eigennamen zu modernisieren. Ihr Ziel war „ein Höchstmaß an Lesbarkeit“.¹⁷

Die bisher vorliegenden Bände behielten, abgesehen von der Modernisierung der Eigennamen, diese Linie bei.¹⁸ Vinckes Schreibweisen wurden weitgehend unverändert übernommen, Eigentümlichkeiten wie „itzt“ statt „jetzt“, „sey“ für „sei“ und der häufige Gebrauch von „th“ so belassen. Auch wurden alle Orts- und Personennamen – im Unterschied zu Knackstedt/Henninger – so wiedergegeben, wie Vincke sie geschrieben hatte. Dies bedingte eine ausführliche Kommentierung im Apparat der Edition, denn Vincke schrieb häufig Ortsnamen, die ihm nicht geläufig waren, nach dem Hörensagen auf. Dabei kam es zu Verballhornungen. So wurde z. B. aus Goßfelden bei Marburg Koesfelde.¹⁹ Die Groß- und Kleinschreibung sowie die Interpunktion wurden an die Rechtschreibung vor 1999 angepasst. Vincke gebrauchte häufig Gedankenstriche zur Trennung von Sätzen und Satzteilen; die Bearbeiter haben um der Lesbarkeit willen Kommata, Semikola und Punkte verwendet. Die nicht seltenen fremdsprachigen Zitate wurden in Kursive gesetzt; damit wurde Vinckes eigener Stil wiederholt, denn er wich bei Zitaten von der durchgängigen deutschen Schrift ab und verwendete die lateinische. Einige Spezialfragen stellten im jetzt anstehenden Projekt, mit denen sich auch die Herausgeber der Tagebücher Theodor von Schöns auseinandersetzen mussten:²⁰ Vincke wie Schön schrieben viele Worte getrennt, die nach gegenwärtigem Standard

zusammengeschrieben werden. Die Wortbestandteile wurden überall dort zusammengesetzt, wo andere Lesarten nach dem Kontext ausgeschlossen waren. Beide späteren Oberpräsidenten unterschieden bei der schriftlichen Darstellung nicht konsequent zwischen den drei s-Lauten (s, ss, ß). Die Vincke-Edition legt insgesamt die Vorlage zugrunde, während die Schön-Edition ausschließlich die Auslaute übernimmt. Die von Vincke verwendeten Abkürzungen werden stillschweigend aufgelöst und in einem Anhang aufgelistet. Abkürzungen, bei denen mehrere Deutungen möglich sind, wurden in eckigen Klammern aufgelöst.

⁹ Die Tagebücher des Oberpräsidenten Ludwig Freiherrn Vincke 1813–1818, bearb. von Ludger Graf von Westphalen (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XIX) Münster 1980.

¹⁰ Dazu Manfred Wolf, Geschichtspflege und Identitätsstiftung. Provinzialarchiv und Altertumsverein als kulturpolitisches Mittel zur Integration der Provinz Westfalen, in: Ludwig Freiherr Vincke (wie Anm. 1) S. 461–482.

¹¹ Wie Anm. 9.

¹² Die Auricher Tagebucheinträge des preußischen Kammerpräsidenten Ludwig Freiherr Vincke (1774–1844) aus den Jahren 1803–1804 (Teil 1), bearbeitet von Wolfgang Knackstedt und Wolfgang Henninger, in: Emder Jahrbuch 1997, S. 103–170, und Die Auricher Tagebucheinträge des preußischen Kammerpräsidenten Ludwig Freiherr Vincke (1774–1844) aus den Jahren 1803–1804 (Teil 1), bearbeitet von Wolfgang Knackstedt und Wolfgang Henninger, in: Emder Jahrbuch 1998, S. 98–187.

¹³ Die Tagebücher des Ludwig Freiherrn Vincke, Band 1: 1789–1792, bearbeitet von Wilfried Reininghaus und Hertha Sagebiel (Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abteilung Münster 1 = Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, XIX, Westfälische Briefwechsel und Denkwürdigkeiten, Band 12 = Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 23) Münster 2009.

¹⁴ Die Tagebücher des Ludwig Freiherrn Vincke, Band 2: 1792–1793 (wie Anm. 4).

¹⁵ Die Tagebücher des Ludwig Freiherrn Vincke, Band 5: 1804–1810, bearbeitet von Hans-Joachim Behr (Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abteilung Münster 5 = Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, XIX, Westfälische Briefwechsel und Denkwürdigkeiten, Band 12,5 = Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 24) Münster 2010.

¹⁶ Von Westphalen (wie Anm. 9) S. 26 f.

¹⁷ Knackstedt/Henninger 1997 (wie Anm. 12) S. 108 Anm. XVI.

¹⁸ Reininghaus/Sagebiel (wie Anm. 13) S. 25 f.

¹⁹ Reininghaus (wie Anm. 4) S. 140.

²⁰ Ester-Beate Körber/Ernst Kröger, Zur Edition der Tagebücher Theodor von Schöns, in: Bernd Sösemann (Hrsg.), Theodor von Schön. Untersuchungen zu Biographie und Historiographie, Köln / Weimar / Wien 1996, S. 163–168, S. 165.



In jüngeren Jahren wählte Vincke zudem eine Geheimschrift, die nur in Ansätzen entziffert werden konnte. Passagen in Geheimschrift wurden als Abbildung in den Band integriert.

Die editorischen Entscheidungen hatten Konsequenzen für den Apparat zum Abdruck des Textes. Es wird darin entgegen älteren Empfehlungen nicht zwischen Anmerkungen und Fußnoten, d. h. nicht zwischen der Dokumentation von Textvarianten und Erklärungen zu Orten, Personen und Sachen, unterschieden. Die Entscheidung darüber, was jeweils zu erläutern ist, obliegt den Bearbeitern des jeweiligen Bandes. L. von Westphalen hatte sich für ein gemischtes Vorgehen entschieden. Er wies Informationen zu den vorkommenden Personen (Lebensdaten, soweit bekannt, Funktionen, Hauptwirkungsstätten) im Register am Ende nach, vergaß dabei allerdings die Verwandten Vinckes, die zwar in einer Genealogie vorkommen, nicht aber im Personenregister. Sein Ortsregister ordnete die vorkommenden geographischen Bezeichnungen den 1980 aktuellen Verwaltungsbezirken zu. Vorkommende Orte fehlen im Apparat zum Text, den L. von Westphalen vor allem für die Erklärung von persönlichen und verwaltungsgeschichtlichen Hintergründen benutzte. Außerdem verwies er auf ergänzende Archivalien und Literatur.

Die jetzt vorliegenden jüngeren Editionen der Vincke-Tagebücher verbinden die im Apparat möglichst umfassend dargebotenen Informationen zu Personen und Sachverhalten mit einem Orts- und Personenregister. Vincke pflegte in seinem Tagebuch eine Unmenge von Namen zu notieren, die in seiner jeweiligen Umgebung vorkamen. Diese Namen wurden abgeglichen mit vorhandenen Personenverzeichnissen, so mit dem Verzeichnis der Schüler am Pädagogium in Halle und der Matrikel der Universität Marburg. Weiterhin war es notwendig, die Namen mit seinen Korrespondenzpartnern im Nachlass zu vergleichen. Mit seinen früheren Mitschülern und Mitstudenten pflegte Vincke über Jahrzehnte hinweg ausgiebige Briefkontakte. Darüber hinaus war es erforderlich, die Literatur zu Spezialaspekten zu konsultieren. Da er z. B. auf dem Weg nach Halle Kassel und von Halle aus Potsdam und Berlin besuchte, mussten die Bearbeiter stadtgeschichtliche Detailfragen zu den besuchten Städten in den Kommentar integrieren. In Einzelfällen, z. B. zu Köthen, konnte der kollegiale Rat aus Stadtarchiven in Anspruch genommen werden. Die entsprechenden Tagebuchpassagen halfen den einzelnen Städten unter Umständen, die eigene Quellenbasis zu erweitern. Z. B. ist die Überlieferung zur Stadt- und Universitätsgeschichte Marburgs zu Zeiten von Vinckes Studium dort in den 1790er Jahren eher dünn; seine Aufzeichnungen wurden als Bereicherung gewertet. Dies leitet unmittelbar über zum Quellenwert der Tagebücher.

DER QUELLENWERT VON VINCKES TAGEBÜCHERN

Die herausgebenden Institutionen waren sich beim Start des Projekts einig, dass ausführliche Einleitungen heutige Leser den Quellenwert von Vinckes Tagebüchern vermitteln sollten. Dies bedeutete erstens, die jeweiligen Zeitumstände von Vinckes Niederschriften zu erläutern. Er schrieb in fast allen Lebenslagen: natürlich an seinen Schreibtischen, aber auch während der Reisen und selbst in Kutschen oder im Freien. Wenn er längere Zeit nicht das Tagebuch bedienen konnte, wurde Vincke ungeduldig. In späteren Jahren erlegte er sich eine tägliche Schreibpflicht auf, worunter allerdings die Narrativität der Eintragungen litt. Schrieb der junge Vincke in ganzen Sätzen, so notierte der Oberpräsident nur

noch in knappen Stichworten Sachverhalte und Namen. Kleidete der Liebende in Marburg 1792/94 seine geheimen Gedanken und Liebeserklärungen in lyrische Formate, so sah der hohe Beamte später sein Tagebuch oft als eine Art Brouillon für anschließende Berichte nach Berlin oder sonstige Korrespondenzen.

Zweitens: Die Bearbeiter der einzelnen Bände sahen sich verpflichtet, über die Textkommentierung hinaus die von Vincke erlebten und notierten Geschehnissen in der Einleitung zusammenhängend als Quelle zu seiner Person, seiner Familie und der jeweiligen Zeit einzuordnen. Das Interesse der jüngeren Forschung an Ego-Dokumenten kam dem Editionsprojekt zustatten.²¹ Vincke hielt so viel über die Wahrnehmung seiner selbst und seiner Umwelt fest, dass die Tagebücher gerade wegen des Alltäglichen große Aussagekraft besitzen. Vincke und seine Tagebücher eignen sich daher für einen Vergleich mit anderen Autoren von Tagebüchern.²² Bereits L. von Westphalen verwies 1980 auf die Parallelen zu den Tagebüchern von Gentz und Wilhelms von Humboldt. Von besonderem Reiz für quellenkritische Fragen im Zusammenhang mit Autobiographien ist es, wenn – wie im Falle des Jugendfreundes Ferdinand Beneke – die gegenseitige Wahrnehmung der Tagebuchschreiber analysiert werden kann.²³ Wegen seines offen geäußerten Wunsches, Kaufmann zu werden, hielt Vincke aus eigener Beobachtung und aus Lektüre alles Wissenswerte über Handel und Gewerbe sowie über die Landwirtschaft fest. Er schildert im Stile des – im Marburger Tagebuch ausführlich exzerpierten – Johann Georg Forster Landschaften unter ökonomischen Aspekten und wird dadurch zu einem Reiseschriftsteller im Sinne der zeitgenössischen Apodemiken.²⁴ In gleicher Weise kommentiert er die jeweils aktuellen politischen Verhältnisse, sei es als externer Beobachter in jüngeren Jahren, sei es als hoher Beamter der mittleren Verwaltungsebene Preußens in seiner späteren Zeit.

Drittens: Vinckes Tagebücher sind nicht die einzigen Ego-Dokumente, die er hinterließ. Sie werden vor allem durch seine Korrespondenz ergänzt. Deshalb nahm bereits L. von Westphalen in seine Edition für die Jahre von 1813 bis 1818 129 Briefe auf. Die jüngeren Editionen fügen ebenfalls, wenngleich in geringerem Maße, ergänzende Materialien bei. Z. B. war für seine Abkehr von den Idealen der französischen Revolution ein Brief an seine Schwester so aussagekräftig, dass er in die Edition zu den Marburger Jahren aufgenommen wurde.²⁵ Ebenfalls wurden die ersten gezählten Tagebücher aus Halle durch die Beschreibung der Reise von Minden nach Halle ergänzt, die bereits vor der Begegnung mit Niemeyer in Halle die Neigung zum Tagebuchschreiben verrät. Auch der in Halle geschriebene Abituraufsatz, in späterer Abschrift erhalten, ergänzt das Material des Tagebuchs.²⁶ Viertens: Schon für die Auricher Zeit und erst recht für die ersten Jahre als Oberpräsident von Westfalen sind die Tagebücher eine Ergänzungsüberlieferung zu den von Vincke bearbeiteten Verwaltungsakten. Im Fall der Auricher Zeit tritt sogar der Fall ein, dass wegen der Aktenvernichtungen 1803 und 1851 einiges Verwaltungshandeln der Kriegs- und Domänenkammer für Ostfriesland nur in Vinckes Tagebuch vorkommt.²⁷

AUSBLICK

Die Rezensionen und das Interesse an den bereits edierten Tagebüchern bestärken die Herausgeber in ihrem Ziel, die weiteren Bände zügig zu publizieren. Über eine Online-Präsentation wäre mittelfristig nachzudenken. Die Vernetzung mit anderen wissen-

schaftlichen Projekten ist eine Aufgabe, die jetzt, nachdem ein Grundstock an edierten Tagebuchbänden vorliegt, angegangen werden kann: Ob und gegebenenfalls wie sich beispielsweise die bei der Arbeit an der Vincke-Edition ermittelten Personendaten in das DFG-Projekt „Aufbau eines Repositoriums für biographische Daten historischer Personen des 19. Jahrhunderts“ – kurz: Personendaten-Repositorium²⁸ integrieren lassen und wie die Vincke-Edition eventuell von dieser Datenbank profitieren kann, die das „lange 19. Jahrhundert“ (1789–1914) abdeckt, ist zu prüfen.

Mechthild Black-Veldtrup/Münster, Wilfried Reininghaus/
Düsseldorf

- ²¹ Winfried Schulze (Hrsg.), Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte, Berlin 1996; Kaspar von Greyerz/Hans Medick/Patrice Veit (Hrsg.), Von der dargestellten Person zum erinnerten Ich. Europäische Selbstzeugnisse als historische Quellen (1500-1850), Köln/Weimar/Wien 2001; Andreas Rutz, Ego-Dokument oder Ich-Konstruktion. Selbstzeugnisse als Quellen zur Erforschung des frühneuzeitlichen Menschen, in: Zeitenblicke 1 (2002) Nr. 2 (www.zeitenblicke.historicum.net/2002/02/rutz/index.html).
- ²² Vgl. Ralph-Rainer Wuthenow, Europäische Tagebücher. Eigenart, Formen, Entwicklung, Darmstadt 1990.
- ²³ Von Westphalen (wie Anm. 9) S. 19-21.
- ²⁴ Vgl. Michael Maurer, Neue Impulse der Reiseforschung, Berlin 1999; ders., Reiseberichte, in: Aufriß der Historischen Wissenschaften, Bd. 4, hrsg. vom dems., Stuttgart 2002, S. 325-348.
- ²⁵ Reininghaus (wie Anm. 4) S. 43-47.
- ²⁶ Reininghaus/Sagebiel (wie Anm. 13) S. 27-46, 197-199.
- ²⁷ Knackstedt/Henninger (wie Anm. 12) S. 108 f.
- ²⁸ http://pdr.bbaw.de/downloads/pdr_projektvorstellung_deutsch.pdf.

DIE ÜBERARBEITETE BESTÄNDE-ÜBERSICHT DES PERSONENSTANDSARCHIVS RHEINLAND

EIN ARBEITSBERICHT

Das Landesarchiv NRW sieht nach den organisatorischen Umstrukturierungen der letzten Jahre nun vor allem einer großen räumlichen Veränderung entgegen. Der Umzug der Abteilung Rheinland nach Duisburg bedeutet dabei ebenfalls die räumliche Vereinigung mehrerer Standorte: Das Personenstandsarchiv Rheinland, immerhin seit 1953 in Brühl, wird nach Duisburg verlegt, nachdem es bereits seit mehreren Jahren der Düsseldorfer Abteilung als Dezernat R 4 angegliedert ist.

Der räumlichen Zusammenführung geht eine virtuelle Vereinheitlichung voran: Im Zuge der Neugestaltung des Portals „archive.nrw.de“ werden sich auch die Seiten des Landesarchivs in einem neuen Design und in veränderter Struktur präsentieren. Vor allem fällt dann die bislang noch bestehende Unterteilung der Abteilung Rheinland in „Standort Brühl“ und „Standort Düsseldorf“ weg.

Deswegen wurden eine Überarbeitung der Beständeübersicht des Brühler Personenstandsarchivs sowie eine Angleichung von Tektonik und Bestands- und Findbuchsignaturen an die Systematik der Abteilung Rheinland notwendig.

Die einheitliche Online-Präsentation der Bestände beider Standorte sollte dabei ebenso das Ziel sein, wie eine strukturelle Einheitlichkeit auch im Hinblick auf den anstehenden Umzug nach Duisburg.

INHALTLICHE ANPASSUNGEN

Um dem Nutzer des Online-Angebots mehr als nur eine Bestandsliste zu bieten, sind Informationen zur Bestands- und Überlieferungsbildung sowie Erläuterungen zur Geschichte der abgebenden Behörden und zum strukturellen und inhaltlichen Aufbau der Bestände ein wichtiger Baustein der Online-Präsentation eines Archivs. Damit diese ein möglichst einheitliches Gewand hat, ist für den Web-Auftritt des Landesarchivs innerhalb des Archivportals ein Mapping entwickelt worden, nach dem auf jeder Tektonikstufe festgelegt ist, welche Daten (etwa zur Bestands- und Behördengeschichte, zum Umfang, Laufzeit und zur Forschungsliteratur) hinterlegt werden sollen.

Zu den Beständen des Personenstandsarchivs Rheinland existieren zwar mehrere gedruckte Publikationen, die einen Überblick über Umfang und Geschichte der verschiedenen Bestandsgruppen (Kirchenbücher, Kirchenbuchduplikate, Zivilstandsregister) bieten, doch online sind diese Informationen bislang noch nicht vollständig verfügbar. Um diesen Mangel zu beheben und dem Nutzer nach dem Relaunch des Archivportals Kontextinformationen zur Entstehung und Aufbewahrung von Kirchenbüchern, Zivil- und Personenstandsregistern bieten zu können, wurden historische Überlieferungs- sowie Bestands-, Umfangs- und Laufzeitangaben auf den einzelnen Tektonikstufen nachgetragen.



STRUKTURELLE ANPASSUNGEN

Eine Vereinheitlichung unterschiedlicher Traditionen, die sich bei getrennten Häusern über die Jahrzehnte nicht nur in der Überlieferungsbildung, sondern auch in der Benennung von Bestands- und Fundbuchsignaturen herausgebildet haben, kann ein problematisches Unterfangen sein. Die Veränderung betrifft nicht nur den Archivar selbst, der mit bestimmten Gewohnheiten der Bestands- und Findbuchbezeichnungen oder der Signatur einzelner Verzeichnungseinheiten vertraut ist, sondern auch den Nutzer, der die Akten in einer neuen Beständeübersicht mithilfe eines nun neu benannten Findbuches und eventuell mit völlig neuen Archivsignaturen bestellen muss. Nicht zuletzt muss auch der Magazinmitarbeiter die Akten mit neuen, ungewohnten Bestellsignaturen ausheben. Die Situation im Personenstandsarchiv Brühl war glücklicherweise komfortabel, weil beispielsweise die Bestandssignaturen bereits aus einer lfd. Nummer und einem sprechenden Bestandsnamen, nicht unähnlich zur Bestandsbezeichnung des Standortes Düsseldorf, gebildet worden waren. So konnte ein früherer im Dezernat R1 entwickelter Vorschlag – der lfd. Nummer und dem Bestandsnamen das aus zwei Buchstaben bestehende Kürzel „PA“ (= Personenstandsarchiv, in Analogie zu den sonstigen Bestandskürzeln der Abteilung Rheinland) voranzustellen, relativ problemlos umgesetzt werden. Da die Abteilung Ostwestfalen-Lippe für ihr Personenstandsarchiv das Kürzel „P“ als Teil der Bestandssignatur verwendet, kann hier eine Verwechslung ausgeschlossen werden.

Für die Findbuchsignaturen musste allerdings ein vollständig neues Bezeichnungssystem erarbeitet werden. Die Findbücher der Abteilung Rheinland bestehen aus insgesamt acht Ziffern, die auf einzelne Tektonikpunkte und Bestände rekurren. Die Brühler Findbücher dagegen trugen alphanumerische Signaturen. Ein neues, an die Düsseldorfer Systematik angelehntes Ziffernsystem sollte so konstruiert werden, dass Tektonikstufen, Bestände und Findbücher in ausreichendem Maß neu angelegt werden und durch die Ziffern logisch repräsentiert werden können. Dies musste auch im Hinblick auf Neuakquisitionen geschehen, die das Personenstandsarchiv etwa durch die Novelle des Personenstandsgesetzes zu erwarten hat. Im neuen System repräsentieren die Ziffern nun u. a. die Tektonikstufe, die lfd. Nummer des Bestandes sowie die lfd. Nr. des zugehörigen Findbuchs. In Zukunft werden – vor allem mit Blick auf den Umzug nach Duisburg – die alphanumerischen Signaturen der bereits im Verzeichnungssystem VERA erfassten Bestände ebenfalls sukzessive an die Systematik der Abteilung Rheinland angepasst und die entsprechenden Bestände umsigniert.

Eine weitere wesentliche Änderung musste die gegenwärtige Gliederung der Brühler Beständeübersicht erfahren.

Ihre Struktur liegt hauptsächlich in der Gründungsgeschichte und der späteren Sammlungspolitik des Personenstandsarchivs Rheinland begründet: Die Keimzelle des Archivs bildeten die Kirchenbücher und Personenstandsunterlagen der Rheinprovinz, die ab 1942 im Auftrag des nationalsozialistischen „Rheinischen Landessippenamtes“ auf der Festung Ehrenbreitstein in Koblenz zentral zusammengefasst und durch die Duisburger Firma Gebrüder Gatermann teilweise verfilmt wurden.¹

Die Übernahme dieser Unterlagen durch die Landesarchivverwaltung NRW nach Kriegsende führte zur Rückgabe von Kirchenbüchern an ihre rechtmäßigen Besitzer sowie zur Abgabe von Archivalien, die nun in rheinland-pfälzische Zuständigkeit fielen.

Gleichzeitig kamen jedoch neue Bestände hinzu, wie beispielsweise die bis 1938 angelegten Personenstandsregister.²

Überdies bemühte man sich, die noch im Personenstandsarchiv verbliebenen Kirchenbuchbestände durch den Erwerb von Reproduktionen aus den im eigenen Zuständigkeitsbereich (den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln) liegenden Pfarreien und Pfarrarchiven zu erweitern. Weiterhin entstand durch verschiedene Formen der Schutzverfilmung eigener Bestände insgesamt eine heterogene Überlieferung von Original-, Ergänzungs- und Repro-Beständen, die die Brühler Beständeübersicht abzubilden versucht.

Bei einem ab 2004 durchgeführten Systematisierungsversuch wurden weitere Bestände gebildet, um Indices zu Personenstandsunterlagen, genealogische Auswertungen sowie zufällig entstandene Reproduktionen aufnehmen zu können.

Um die häufig genutzten Originale zu schonen, hat das Personenstandsarchiv Brühl bereits im Jahr 1999 damit begonnen, seine Kirchenbücher zu digitalisieren und sie dem Nutzer im Digitalen Lesesaal des Archivs zur Verfügung zu stellen.³ Mit der seit 2004 auf CD bzw. DVD erscheinenden „Edition Brühl“ kann man diese Digitalisate auch käuflich erwerben. Die im Rahmen dieser Projekte entstandenen digitalen Dokumente (auch die Zweitschriften der Zivilstandsregister werden sukzessive digitalisiert) waren nun ebenfalls unter einem eigenständigen Tektonikpunkt als Bestände nachgewiesen.

Aus der spezifischen Entwicklungsgeschichte des Personenstandsarchivs ergibt sich für die Beständeübersicht eine grundsätzliche Problematik: Bislang fand man in ihr alle Bestände, über die das Personenstandsarchiv verfügt, ohne Unterschied, ob es sich dabei um behördliche Überlieferung, Schutzdigitalisierungen eigener Bestände oder Ergänzungsbestände handelt, deren Originale in anderen Archiven oder Institutionen lagern. So hat die Brühler Übersicht in einigen Punkten ihrer Tektonik den Charakter eines Inventars.

Allerdings sollte eine Beständeübersicht mit ihrer Tektonik und den darunter gelisteten Beständen vor allem Provenienzstellen abbilden und nicht alle Ausprägungen von Beständen derselben Provenienz mehrmals auflisten. Die Bestände, die keine eigene Überlieferung, sondern nur andere Ausprägungen vorhandener Bestände darstellen, müssen also dem jeweiligen Originalbestand zugeordnet werden und aus der Tektonik verschwinden. Das betrifft sowohl Fotokopien, als auch Mikrofiches, Mikrofilme und Digitalisate.

Mikroformen bzw. Fotokopien, die als Ergänzung eigener Bestände vorhanden sind, werden in Zukunft systematisch unter einem eigenen Tektonikpunkt erfasst. Bei noch nicht digitalisierten Beständen (dies betrifft etwa Teile des Zivilstandsregisters), die nur auf Mikroformen oder als Kopien in die Benutzung gegeben werden, wird beim Originalbestand auf den zu nutzenden Repro-Bestand hingewiesen. Das zugehörige Findbuch, das ebenfalls dort eingeordnet wird, ermöglicht dann die Bestellung der Archivalien.⁴

Auch wurden einige Bestands- bzw. Tektonikbezeichnungen geändert: Der Terminus „Kirchenbuchduplikate“ beispielsweise verweist auf den historischen Kontext des Allgemeinen Preussischen Landrechts, das den Pfarreien die Führung eines dem Originalkirchenbuch inhaltsgleichen Duplikats vorschrieb, welches an die örtlichen Gerichte abgegeben werden musste.⁵ In der alten Beständeübersicht wurden mehrere Repro-Bestände sowie in Kopie vorhandene Kirchenbücher als „Duplikate“ bezeichnet.

Darauf wird in der überarbeiteten Version verzichtet, um Missverständnisse zu vermeiden.

Die von Archivmitarbeitern und Familienforschern oder Ortshistorikern angefertigten Hilfsmittel und genealogischen Auswertungen und Hilfsmittel werden zwar nicht mehr in der Beständeübersicht erscheinen, aber in einer gesonderten Liste zusammengefasst, die dem Nutzer bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden kann.

Ein wesentliches Ziel der Änderungsarbeiten war, eine Anpassung der Brühler Beständeübersicht an die Systematik der Abteilung Rheinland unter inhaltlichen wie strukturellen Gesichtspunkten vorzunehmen und gleichzeitig die Besonderheiten des Brühler „Spezialarchivs“ angemessen zu berücksichtigen. Deswegen wurde die Arbeit in enger Abstimmung mit Kollegen aus dem Personenstandsarchiv vorgenommen, Teilschritte der Bearbeitung präsentiert und diskutiert sowie die Änderungen durch eine Konkordanz, die allen Brühler Kollegen zur Verfügung steht, transparent gemacht.

Karoline Riener, Düsseldorf

- ¹ Christian Reinicke: Kirchenbücher im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Personenstandsarchiv Brühl. Neue Auswertungs- und Erschließungsmethoden. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 70 (2006), S. 261-287, hier S. 263. Vgl. zur Gründungsgeschichte des Personenstandsarchivs Brühl außerdem: ders.: Zwei Personenstandsarchive in Nordrhein-Westfalen oder: Wie gründet man ein Archiv? In: Ders./Bettina Joergens (Hg.): Archive, Familienforschung und Geschichtswissenschaft. Annäherungen und Aufgaben (Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen 7) Düsseldorf 2006, S. 39-53.
- ² Reinicke, Zwei Personenstandsarchive (Anm. 1), S. 49 f.
- ³ Vgl. zu Umfang und Workflow der Digitalisierungen in den Personenstandsarchiven Brühl und Detmold Johannes Kistenich: Personenstandsunterlagen digital nutzen, in: Archivar 64 (2010), S. 456-465.
- ⁴ Dem Nutzer ist es seit einiger Zeit möglich, die bereits digitalisierten Kirchenbücher und Zweitschriften der Zivilstandsregister im Digitalen Leseaal des Personenstandsarchivs einzusehen und gewünschte Eintragungen auszudrucken.
- ⁵ Die Zivilstandsregister und Kirchenbuchduplikate im Nordrhein-Westfälischen Personenstandsarchiv Rheinland. Eine Übersicht. Bearb. von Jörg Fühnter und Andrea Lauermann. 2. Auflage. Brühl 1996, S. 13.

12. ÖV-SYMPOSIUM „E-GOVERNMENT IN NORDRHEIN- WESTFALEN“

Unter Beteiligung aus staatlichen und kommunalen Archiven fand am 8.9.2011 in Bochum bereits zum zwölften Mal das ÖV-Symposium statt. Es spricht Behörden im Land Nordrhein-Westfalen und Unternehmen der IT-Wirtschaft an und hatte 2011 als Thema „eGovernment in NRW“ gewählt. In seinem Eröffnungsreferat erläuterte Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales in Nordrhein-Westfalen, die Leitlinien der rot-grünen Landesregierung zur Verbindung von moderner Technik und Verwaltungshandeln. Unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen 2.0“ will die Landesregierung soziale Netzwerke am Verwaltungshandeln beteiligen und damit mehr Transparenz, Partizipation und Bürgernähe erreichen. Jäger ging außerdem die Koordination von IT-Systemen im Föderalismus ein. Zwischen Bund und Ländern ist die Kooperation nach Art. 91c des Grundgesetzes geregelt. Jäger setzte große Hoffnungen auf den IT-Planungsrat, der zurzeit die strategische Ausrichtung und Umsetzung einer nationalen E-Government-Strategie bearbeitet. In die Kooperation sind die Kommunen direkt einbezogen, was Stephan Articus vom Städtetag NRW in seinem Grußwort ausdrücklich begrüßte. In vier Praxisforen mit insgesamt 36 Beiträgen wurde das Leitthema aufgegriffen und vertieft. An dieser Stelle sollen nur solche Beiträge wiedergegeben werden, die archivischen Bezug haben. Ein verlesenes Referat von Hartmut Beuß (Innenministerium) gab einen Überblick über Open Government im Land. Der Begriff wurde definiert als Öffnung von Politik und Verwaltung gegen-

über Bürgern, Verbänden, Interessenverbänden und anderen und setzt die kostenlose und diskriminierungsfreie Bereitstellung von Daten voraus. Die politische gewollte Öffnung und Einbeziehung der sozialen Netzwerke verlangt nach einer Gesamtstrategie, die derzeit noch fehlt. Eckpunkte werden vorbereitet. Darin werden neben der Priorität von Open Data auch Risiken beschrieben: personenbezogene Daten, Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, die Kosten der Bereitstellung, die Notwendigkeit eines neuen Rechtsrahmens. Auch die Verwaltung müsse auf diesen „Kulturwandel als Lernprozeß“ eingestimmt werden. Markus Brakmann (Innenministerium) stellte das in Aufbau befindliche E-Government-Online-Portal in NRW vor. Ziel ist es, einen dauerhaften Überblick über Angebote im Land zu geben (z. Zt. bereits 1.100) und durch Verlinkung eine Konsolidierung der bestehenden Angebote zu erreichen. Es gelte auch Parallel- und Fehlentwicklungen zu vermeiden. Die Vorstellung des Prototypen verriet die Handschrift eines Journalisten, der als Berater hinzugezogen wurde. Die Nähe zu Spiegel-Online oder ähnlichen elektronischen Journalen war nicht zu leugnen, denn das Portal soll nicht statisch wirken, sondern nach dem Push-to-Front-Prinzip ständig aktualisiert werden. Gregor Pönhöfer (Materna GmbH) betrachtete die eAkte vor dem Hintergrund des organisatorischen Wandels der Verwaltung. Er zitierte aus älteren und jüngeren Geschäftsordnungen wie aus aktuellen Ausschreibungstexten und empfahl die elektronische



Akte als Chance, die Geschäftsgänge geordnet darzustellen. Jürgen Hohl (Kreis Mettmann) stellte das Projekt „Digitalisierung der Personalakten“ vor. Bei den anwesenden Archiven löste der Lösungsansatz erhebliches Stirnrunzeln aus. Motiv für die Aktion war der Raumbedarf in der Verwaltung. Er führte zur Teilaufbewahrung rechtsrelevanter Akten, Digitalisierung des gesamten Inhaltes und anschließender Kassation ohne Beteiligung eines zuständigen Archivars.

Maria Schmalenbach (IT.NRW) und Ralf Guntermann (LAV NRW) stellten eine in Entwicklung befindliche Lösung zur Aufbewahrung und zum Aussondern von eAkten aus dem Dokumentenmanagementsystem DOMEA der Firma Opentext vor. Seit Jahren arbeiten das Landesarchiv NRW und IT.NRW hierbei zusammen. Auch seitens der DOMEA-Klienten in der Landesverwaltung wird diesbezüglich ein hoher Handlungsbedarf geltend gemacht. Der gemeinsame Lösungsansatz von IT-NRW und dem Landesarchiv sieht eine modulare Umsetzung des DOMEA-Konzept-Lebensphasenmodells vor. Schwerpunktmäßig skizzierte der Vortrag die wesentlichen Funktionen und Anforderungen an die Module „Altregistratur“ und „Aussonderungsschnittstelle“, die sich derzeit noch in der Entwicklungs- bzw. Testphase befinden. Dabei wurde deutlich, dass die Nachhaltigkeit von eAkten nur durch langfristige Planung und fachgerechte Maßnahmen sichergestellt werden kann. Die Referenten appellierten an die Landesbehörden, die organisatorische Dimension einer DMS-Einführung nicht zu unterschätzen und die Beratungskompetenz der beiden Dienstleister zu nutzen.

Jutta Helsper (KDVZ Citkomm/Iserlohn) stellte einen vierstufigen Masterplan zur Einführung eines DMS in der Kommunalverwaltung vor, der bereits mehrfach erfolgreich umgesetzt werden konnte. Als elektronische Basis dient das DOMEA 2.0-zertifizierte Produkt PRODEA der Firma SER eGovernment, das speziell für die öffentliche Verwaltung entwickelt worden ist. Besonders innovativ ist die Phase eins des Stufenmodells. Die Firma kommt mit ihrer eigenen Hardware und mit ihrem Citkomm-Master dem Modell „Brunnenstadt“ zum kommunalen Kunden, dessen ausgewählte Mitarbeiter/innen in einer zweimonatigen Probe-

phase Gelegenheit haben, das Modell gleichsam „spielerisch“ intensiv zu testen und sich damit vertraut zu machen. Danach entscheidet der Kunde, ob das Produkt für ihn in Frage kommt. Wenn ja, schließen sich die Konfigurations-, die Pilot- und die Produktionsphase an. Eine Schnittstelle für die Übertragung von Daten an das zuständige Kommunalarchiv sei im Modell „Brunnenstadt“ noch nicht vorgesehen, aber technisch leicht lösbar. Die Integration von Fachverfahren und workflows könne ebenfalls in einem späteren Schritt realisiert werden, so die Referentin, die wiederholt betonte, dass eine gute Planung und eine strukturierte Vorgehensweise, ebenso wie die Mitnahme der Mitarbeiter/innen die conditiones sine qua non bei der erfolgreichen Einführung eines DMS/VBS sind.

Will man aus archivischer Sicht ein Fazit der Tagung ziehen, so hat sich die Teilnahme gelohnt. Das ÖV-Symposium hat sich zu einer Informationsbörse über die aktuellen Trends im Umgang der Behörden im Land und in den Kommunen in NRW entwickelt. Für das Landesarchiv NRW war die diesjährige Veranstaltung ein Forum zur Präsentation von eigenen Kompetenzen und Lösungsansätzen sowie zur Vernetzung in der Behördenberatung. Eine künftige aktive Beteiligung des Landesarchivs an zukünftigen ÖV-Symposien wird deshalb angestrebt.

Die als Leitlinie ausgegebene Transparenz des Verwaltungshandelns und die Einbindung der sozialen Netzwerke scheint keine unlösbaren technischen Herausforderungen zu schaffen, sollte aber die beschleunigte Online-Stellung der archivspezifischen Inhalte (Archivportale sowie die Digitalisierung von Findbüchern und Archivalien) entschieden fördern. Dabei stellt sich immer mehr die Frage, ob und wie mit Web 2.0-Technologien in den Archiven umgegangen wird. Die in Bochum noch beiläufigen Anmerkungen zum Übergang von einer parlamentarischen Demokratie zu anderen Formen von demokratischer Herrschaft werden mittelfristig auch die archivische Übernahme- und Bewertungspraxis beeinflussen.

*Wilfried Reininghaus, Düsseldorf/Ralf Guntermann, Münster/
Anette Hennigs, Münster/Wolfgang Bender, Detmold*

AKTUELLES

AKTUELLES VOM 81. DEUTSCHEN ARCHIVTAG 2011 IN BREMEN

1. MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES VDA AM 22. SEPTEMBER 2011

TOP 4: Aussprache und Entlastung des Vorstands: Dem Vorstand wird einstimmig bei wenigen Enthaltungen und Enthaltung der Betroffenen Entlastung erteilt. Das ausführliche Protokoll der Mitgliederversammlung steht den Mitgliedern ab sofort im internen Mitgliederbereich unter www.vda.archiv.net zur Verfügung.

2. VERANSTALTUNGEN DER FACHGRUPPEN AM 23. SEPTEMBER 2011

Im Gesamtvorstand sind die Kolleginnen Frau Beate Friedrich (Fachgruppe 1) und Frau Dr. Carlies-Maria Raddatz-Breidbach (Fachgruppe 3) aus persönlichen Gründen von Ihrem Amt zurückgetreten. Nach § 8 Nr. 2 der Satzung des VdA (Neufassung vom 30. September 2010) mussten in der Fachgruppe 1 (Staatliche Archive) und in der Fachgruppe 3 (Kirchliche Archive) neue Fachgruppenvertreter für den Gesamtvorstand nachgewählt werden. Als neuer Vertreter der Fachgruppe 1 wurde Herr Dr. Bernhard Post (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar) gewählt. Herr Dr. Udo Wennemuth (Landeskirchliches Archiv Karlsruhe) wurde für die Fachgruppe 3 neu gewählt.

6. TAG DER ARCHIVE 2012

Der VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare ruft alle Archive auf, sich am 3. und/oder 4. März 2012 am 6. TAG DER ARCHIVE zu beteiligen.

Wie beim letzten TAG DER ARCHIVE ist es an zwei Tagen möglich, sich an die breite Öffentlichkeit zu wenden, um mit einem attraktiven Programm auf die Bedeutung archivischer Arbeit hinzuweisen. Dies kann an einem der beiden Tage oder an beiden geschehen, je nachdem, wie es sich für die örtlichen Verhältnisse empfiehlt.

„Feuer, Wasser, Krieg und andere Katastrophen“ wurde von den Mitgliedern des Verbands im Frühjahr 2011 als Motto des 6. TAGS DER ARCHIVE 2012 gewählt.

Mit diesem Motto kann in Archiven aller Fachgruppen der Blick in die Welt der Archive eröffnet werden. Die vielseitige, latente Bedrohung von Archivgut bedeutet die Gefährdung von gesellschaftlicher Erinnerung. Damit sind auch die Gewährleistung von Rechtssicherheit und die Möglichkeit der nachträglichen demokratischen Kontrolle öffentlichen und gesellschaftlichen Handelns anhand von Archivgut gefährdet. Diese Aspekte können auch Interesse über den Kreis der Geschichtsinteressierten hinaus wecken.

Der VdA veröffentlicht auf seiner Website Vorschläge zur Ausgestaltung des Mottos.

Wie immer steht es selbstverständlich jedem Archiv offen, sich auch unabhängig vom Motto am TAG DER ARCHIVE zu beteiligen, um lokale Rahmenbedingungen zu berücksichtigen oder andere Anlässe bzw. Kooperationen damit zu verbinden.

Sie können aus zwei Themenplakaten wählen, die auf dem 81. Deutschen Archivtag in Bremen schon ausgestellt waren; bei

einem Motiv wird geschädigtes Archivgut dargestellt (Druckfarben blau/schwarz), beim anderen ist der Begriff „Katastrophe“ vierfarbig bebildert. Außerdem ist wieder ein Blankoplatat verfügbar (www.tagderarchive.de). Für alle drei Varianten steht eine Flyer-Vorlage zur Verfügung. Die Daten können ab Dezember auf der Homepage des VdA herunter geladen werden.

Der VdA würde sich freuen, wenn sich viele Archive am TAG DER ARCHIVE beteiligen und dadurch wieder einmal zu einem Termin die Aufmerksamkeit auf die Archive und ihre Anliegen fokussiert werden kann. Die überregionale Pressearbeit wird von der Geschäftsstelle des VdA koordiniert. Wie immer wird es aber vorrangiges Ziel sein, über die regionalen und lokalen Medien Besucher zu gewinnen und so einer breiten Öffentlichkeit und politischen Entscheidungsträgern die Bedeutung archivischer Arbeit nahe zu bringen.

Die Wirkung des 6. TAGS DER ARCHIVE wird von der Zahl der teilnehmenden Archive und vom Engagement vor Ort abhängen. Bitte lassen Sie möglichst frühzeitig Ihre Veranstaltungen und Aktivitäten unter www.tagderarchive.de registrieren. Ein Registrierungsformular liegt diesem Heft bei. Wir haben beim 5. TAG DER ARCHIVE 2010 die Erfahrung gemacht, dass vor allem Medienvertreter diese Seite besuchen, um dann Kontakt mit den teilnehmenden Archiven aufzunehmen.

Schon jetzt herzlichen Dank allen, die sich mit Ideen und Engagement einbringen! Sollten Sie besondere Anregungen haben, wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle (info@vda.archiv.net). Ich wünsche Freude an der Vorbereitung und viel Erfolg!

Fulda, 6. Oktober 2011

Ihr Michael Diefenbacher, Vorsitzender des VdA



ARCHIVE UND WISSENSCHAFT. BEWERTUNG IN DER DISKUSSION

Im Frühjahr 2011 veröffentlichten Historiker der Hamburger Universität einen *Aufruf zur Erhaltung der Sammelakten* zu den Personenstandsregistern, in dem die Bewertungspraxis des Hamburger Staatsarchivs kritisiert wurde. Es wurde mit Hinweis auf die historische Bedeutung der komplette Erhalt der Sammelakten zu den Personenstandsregistern gefordert. Dieser Aufruf wurde dem Verband der Historikerinnen und Historiker Deutschland (VHHD) übergeben, der ihn mit Bitte um Stellungnahme dem Vertreter des VdA im VHHD-Vorstand weitergab. Im Folgenden erfolgt eine Dokumentation des Hamburger Bewertungsmodells, des Aufrufs der Hamburger Wissenschaftler und die Antwort des VdA:

ÜBERLIEFERUNGSBILDUNG BEI SAMMELAKTEN ZU DEN PERSONEN- STANDSREGISTERN. BESTAND 332-5 STANDESÄMTER

Rechtliches

Mit Inkrafttreten des neuen Personenstandsgesetzes am 1. Januar 2009 wurden für Personenstandsregister und Sammelakten Fortführungsfristen festgelegt. Personenstandsregister sind nach Ablauf dieser Fristen dauernd aufzubewahren,¹ während für Sammelakten die Aufbewahrungsfrist mit Ablauf der Fortführungsfrist endet.² Sammelakten sind nach Ablauf dieser Frist den zuständigen Archiven zur Übernahme - und damit zur Bewertung - anzubieten.³ Die Fortführungspflicht endet bei Geburtenregistern nach 110 Jahren, bei Ehe- und Lebenspartnerschaftsregistern nach 80 Jahren und bei Sterberegistern nach 30 Jahren.⁴

Inhaltliches

Sammelakten enthalten vorbereitende Unterlagen, die zu einem Eintrag oder Randvermerk in das jeweilige Personenstandsbuch geführt haben.⁵ Dies ist bei Heiratssammelakten regelmäßig etwa der Antrag zum Aufgebot oder bei Sterbesammelakten z.B. die Todesanzeige.

Eine ausführliche Aktenautopsie der hamburgischen Sammelakten hat gezeigt, dass der Unterschied zwischen den Inhalten, die sich in einer Sammelakte in der Theorie wiederfinden könnten, und denen, die eine Sammelakte im Regelfall tatsächlich umfasst, sehr groß ist. Zu diesem Ergebnis kommen auch andere archivistische Einrichtungen. Das LWL-Archivamt für Westfalen, Münster, kommt etwa zu dem Schluss, dass „der Kanon der möglicherweise vorhandenen Schriftstücke in den Sammelakten den Blick auf die meistens bescheidene Realität“⁶ verstellt, weil nur ein sehr geringer Teil der Sammelakten umfangreichere Vorgänge enthält und ihr zusätzlicher Aussagewert gegenüber den Registern insgesamt beschränkt ist.⁷

Bewertung

Die archivistische Bewertung dient dazu, die vorhandenen Informationen durch Auswahl geeigneter Unterlagen zu verdichten. Dementsprechend formuliert auch die Vision des Staatsarchivs: „Das Staatsarchiv bildet [...] durch Auswahl nach archivwissenschaftlichen Methoden eine archivistische Überlieferung (...)“⁸.

Im Bereich des Personenstandswesens sind die Personenstandsregister dauerhaft aufzubewahren. Damit ist sichergestellt, dass jede Einzelbeurkundung eines Personenstandfalls und damit die wichtigsten Basisdaten zu einer Person vollständig archiviert werden. Sammelakten enthalten dagegen, wie oben beschrieben, in der Regel keine wesentlichen, über die Register hinausgehenden Informationen zu den Personen, haben dafür aber den drei- bis vierfachen Umfang. Eine Abbildung aller Einzelfälle durch die vollständige Übernahme aller Sammelakten führt daher zu keinem qualitativen Informationszugewinn. Folglich ist es das Überlieferungsziel des Staatsarchivs bei Sammelakten, insbesondere das Verwaltungshandeln im Bereich des Personenstandswesens sowie darin sichtbar werdende soziale und wirtschaftliche Faktoren in ihrer Entwicklung über die Jahrzehnte und zeittypische Ereignisse nachvollziehbar zu halten. Hierfür ist eine Auswahl, wie sie auch die Vision des Staatsarchivs vorgibt, sinnvoll. Da Sammelakten wegen ihrer Menge und Gleichförmigkeit grundsätzlich wie Massenakten bewertet werden können,⁹ hat sich das Staatsarchiv Hamburg bei seiner Bewertung – wie bei Massenakten üblich – für die Bildung eines repräsentativen Samples als sinnvolle und angemessene Überlieferung entschieden.

Da die Sammelakten bei den Standesämtern nach Jahren und innerhalb der Jahre nach einer durchlaufenden Registernummer abgelegt werden, ist eine Auswahl einzelner Personenstandsfälle (z.B. besondere Einzelfälle) oder eine Identifikation der wenigen umfangreicheren Vorgänge mit vertretbarem Aufwand nicht durchzuführen.¹⁰ Hingegen ist das Setzen von Zeitschnitten, d.h. die Übernahme einzelner Jahre und ggf. einzelner der derzeit acht hamburgischen Standesämter, ein geeignetes Verfahren, das dementsprechend im Staatsarchiv angewendet wird. Dieses Vorgehen empfehlen auch die veröffentlichten Bewertungsmodelle¹¹ für die Zeit des Ersten Weltkriegs, der NS- und Nachkriegszeit sowie die Übernahme des ersten Jahrgangs nach Einführung des Personenstandswesens (1874/1876). Anhand der Zeitschnitte können bestimmte zeittypische Vorgänge nachgewiesen werden.¹² Für den Ersten und Zweiten Weltkrieg sind es u.a. die Kriegssterbefälle, postmortale Eheschließungen und Ferntrauungen und für die Nachkriegszeit Todeserklärungen von NS-Opfern, Vermissten oder Kriegsgefangenen.¹³ Mit Hilfe der überlieferten Unterlagen aus der Zeit vor 1914 lässt sich das Verwaltungshandeln und dessen Entwicklung im Bereich des Personenstandswesens nachvollziehen.

Das Staatsarchiv übernimmt Sammelakten zu den Personenstandsunterlagen der hamburgischen Standesämter daher in

Auswahl. Hierbei werden Jahresschnitte gesetzt. Es wird kein Unterschied zwischen Geburts-, Heirats- und Sterbesammelakten gemacht, sondern es werden jeweils alle Sammelakten des entsprechenden Jahres übernommen.

Die Sammelakten des ersten Jahrganges – 1874 in den damals preußischen Gebieten, 1876 im damaligen Hamburg – werden von allen Standesämtern archiviert, um den Beginn der Entwicklung zu überliefern.

Für den Zeitraum 1876 bis 1919 werden nur die Sammelakten eines heutigen Standesamtes, des Standesamts Hamburg-Mitte, übernommen. Der geografische Zuständigkeitsbereich dieses Standesamts und seiner Vorgänger erstreckt sich mit dem heutigen Bezirk Hamburg-Mitte sowohl auf alt-hamburgisches als auch einstmals preußisches Gebiet. Ebenso weisen die Gebiete unterschiedliche soziale und wirtschaftliche Verhältnisse auf, so dass ein repräsentativer Querschnitt durch Verwaltungstradition und Bevölkerung möglich ist. Für den Zeitraum 1874/76 bis 1914 sind Zehn-Jahres-Schnitte vorgesehen, während die Jahre des Ersten Weltkriegs vollständig abgebildet werden.

Für den Zeitraum 1920 bis 1957 sind die Sammelakten aller Standesämter archivwürdig. Hinzu kommen für den Zeitraum 1932 bis 1957 auch die zurückgezogenen Aufgebote und Ermächtigungsaufgebote. Hierbei erfolgte kein Eintrag in die Heiratsregister, da die Heirat entweder bei einem anderen Standesamt beurkundet wurde oder das Aufgebot wieder zurückgezogen wurde. Sammelakten aus der Zeit nach 1957 sind schließlich nicht archivwürdig, weil die Sammelakten nur noch sehr wenig Informationsgehalt haben. Mit der Novellierung des Personenstandsgesetzes 1958 und der Einführung des Familienbuches waren nicht mehr die Heiratsbücher, sondern die Familienbücher fortzuführen. Heiratssammelakten enthalten die Niederschrift über die Anmeldung der Eheschließung, alle weiteren Einträge (z.B. Tod, Scheidung, Wiederverheiratung) finden sich im Familienbuch. Hier richtet sich die Zuständigkeit nach dem Wohnsitz der Ehegatten, sie „wanderten“ also bei Umzügen der Ehepartner mit. Die Sammelakten zum Familienbuch blieben jedoch bei dem Standesbeamten, der die Eintragung in das Familienbuch vorgenommen hatte, so dass also für die Zeit ab 1958 keine durchgehend vollständigen Sammelakten bei einem Standesamt erhalten sind. Geburten- und Sterbesammelakten enthalten nur noch formalisierte Mitteilungen über die Geburt bzw. den Sterbefall, die keine über den Personenstandseintrag hinausgehenden Informationen beinhalten.

Archivwürdige Sammelakten im Staatsarchiv Hamburg

Jahr	Auswahl Standesamt
1874 (1876)	alle
1884/1894/1904	Hamburg-Mitte
1914-1919	Hamburg-Mitte
1920-1957 1932-1957 auch zurückgezogenen Aufgebote und Ermächtigungsaufgebote	alle

AUFRUF ZUR ERHALTUNG DER SAMMELAKTEN ZU DEN PERSONENSTANDSREGISTERN

Im Dezember 2010 sind wir informiert worden, dass im Staatsarchiv Hamburg ein großer Teil der von den Standesämtern abgegebenen Sammelakten vernichtet worden ist. Nur die Sammelakten aus den Jahren 1874 und 1876 sowie aus den Jahren 1920-1957 sind vollständig erhalten geblieben (vgl. dazu <http://www.hamburg.de/contentblob/2691460/data/bewertung-sammelakten.pdf>).

Da gerade die Sammelakten vor 1957 umfangreiche Informationen enthalten, ist dies ein irreversibler Verlust für die Geschichtswissenschaft. Vor dem Hintergrund, dass die Novellierung des Personenstandsgesetzes vom 19. Februar 2007 den Zugang zu diesen Akten erleichtern sollte, ist die Hamburger Entscheidung schwer nachzuvollziehen.

Wir bitten den Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands in Zusammenarbeit mit dem Verband deutscher Archivarinnen und Archivare darauf hinzuwirken, dass diese Akten für den Zeitraum 1874-1957 in den zuständigen öffentlichen Archiven der Bundesrepublik für die Forschung erhalten bleiben bzw. dass vor der Vernichtung im beiderseitigen Interesse ein Meinungsaustausch zwischen Archiven und Wissenschaft über die archivische und die fachwissenschaftliche Bewertung solcher Quellen geführt werden sollte.

Hamburg, den 10. Febr. 2011

gez. Franklin Kopitzsch, Birthe Kundrus, Angelika Schaser, Axel Schildt

¹ § 7 (1) Personenstandsgesetz (PStG) vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122), zuletzt geändert: 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586).

² § 7 (2) PStG.

³ § 7 (3) PStG.

⁴ § 5 (5) PStG.

⁵ § 6 PStG; außerdem Dieter Kreimeier: Kurzthesen zur Personenstandsreform aus Sicht eines Standesbeamten, in: Archivpflege in Westfalen-Lippe 71 (2009), S. 22. Aktenautopsien in:

1) Empfehlung der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag (BKK): Überlieferungsbildung bei Unterlagen der Standesämter, Beschluss der BKK vom 27.04.2009, in: Archivpflege in Westfalen-Lippe 71 (2009), S. 30-31, (http://www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de/empfehlungen/Empfehlung_Personenstandswesen.pdf),

2) Wolfgang Bockhorst: Empfehlungen zur Bewertung von Sammelakten, (http://www.lwl.org/waa-download/pdf/Empfehlungen_zur_Bewertung_von_Sammelakten.pdf),

3) Birgit Kehne: Bewertungshilfe für die Sammelakten zu den Personenstandsregistern, in: Archiv-Nachrichten Niedersachsen - Bd. 13, 2009, S. 107-111.

⁶ Bockhorst: S. 6.

⁷ Wie auch Bockhorst: S. 7, und Verband Schleswig-Holsteinischer Kommunalarchivarinnen und -archivare e.V.: Empfehlungen für Archivierung und Nutzung der Personenstandsunterlagen im Archiv (<http://www.vka-sh.de/archivmarketing/Personenstandsbuecher.htm>).

⁸ Vision des Staatsarchivs: <http://www.hamburg.de/staatsarchiv/wir-ueber-uns/2348966/vision-start.html>.

⁹ Empfehlung der BKK: S. 31.

¹⁰ Bockhorst: S. 7.

¹¹ Hier v.a.: Empfehlungen des VKA, Empfehlung der BKK und Bockhorst.

¹² Empfehlung der BKK, S. 31.

¹³ Empfehlungen des VKA.



STELLUNGNAHME DES VDA FÜR DEN AUSSCHUSS DES VERBANDS DER HIS- TORIKER UND HISTORIKERINNEN E.V. ZUM AUFRUF ZUR ERHALTUNG DER SAMMELAKTEN ZU DEN PERSONEN- STANDSREGISTERN

Mit dem o.g. Aufruf vom Februar 2011 plädieren die Unterzeichner für eine komplette Erhaltung der Sammelakten zu den Personenstandsregistern. Ausgelöst wurde der Aufruf durch die Entscheidung des Staatsarchivs Hamburg, die Sammelakten einer archivischen Bewertung zu unterziehen und den nicht archivwürdigen Teil zu vernichten. Die Stellungnahme muss rechtliche und fachliche Aspekte umfassen.

Rechtslage

Nach geltender Rechtslage (Personenstandsgesetz vom 1.1.2009) endet die Aufbewahrungsfrist für Sammelakten mit dem Ablauf der Fortführungsfrist. Damit können Sammelakten einer archivischen Bewertung unterzogen und die nicht archivwürdigen Teile vernichtet werden.

Das zuständige Archiv ist in dieser Entscheidung unabhängig und braucht keine Dritten hinzuzuziehen (vgl. Hamburgisches Archivgesetz (HmbArchG) vom 21. Januar 1991 § 2 Abs. 2 Satz 2). Das Verfahren ist sachgerecht und rechtskonform durchgeführt worden.

Bewertung als archivfachliche Aufgabe

Bewertung ist eine archivische Kernaufgabe, die dazu dient, aussagekräftige Unterlagen aus der Vielzahl der vorhandenen Unterlagen unterschiedlichster Stellen für die Nachwelt auszuwählen und dauerhaft zu überliefern. Angesichts der erheblichen Menge der anfallenden Unterlagen und Informationen ist die Überlieferung auf das Ziel „Gedächtnis der Gesellschaft“ zu fokussieren und damit auf Unterlagen zu beschränken, die sich auf wesentliche Inhalte des historischen Geschehen beziehen, die generelle Aussagen ermöglichen oder besondere Einzelfälle dokumentieren – „Spuren menschlichen Wollens, Handelns und Erleidens“. Dabei richtet sich der Blick auf Unterlagen mit verdichteter Information.

Es ist evident, dass v.a. bei massenhaft gleichförmigen Verfahren nicht jeder einzelne Verwaltungsvorgang historische Bedeutung beanspruchen kann. In der archivischen Bewertungslehre sind daher als Hilfsmittel für die Bewertung von massenhaft gleichförmigen Einzelfallakten Methoden der Samplebildung entwickelt worden. Diese Methoden werden auf konkrete Unterlagen bzw. Unterlagengruppen angewandt und in Bewertungsmodellen dokumentiert. Ein solches Verfahren setzt eine Analyse der vorhandenen Literatur und die Autopsie der vorliegenden Unterlagen voraus.

Bewertungsmodell-Sammelakten durch das Staatsarchiv Hamburg

Für die Sammelakten der Personenstandsregister hat das Staatsarchiv Hamburg ein Modell erstellt. Die fachlich nötigen Schritte wurden systematisch erledigt und das Ergebnis dokumentiert.

Das Staatsarchiv Hamburg kommt zu einem vergleichbaren Ergebnis wie schon vorher der Verband Schleswig-Holsteinischer Kommunalarchivarinnen und -archivare und das LWL Archivamt in Münster.

Da – wie im Bewertungsmodell dargelegt wird – eine Auswahl von Einzelfällen nicht möglich ist, wurde ein differenziertes Sample auf Jahrgangsbasis entwickelt. Die Details wurden begründet und sind nachvollziehbar.

Aus fachlicher Sicht ist das Modell sachgerecht; grundsätzlich wäre es wünschenswert, auch andere Archive würden ihre Bewertungsentscheidungen so klar entwickeln und ebenso transparent darstellen.

Zu den Anmerkungen der Hamburger Wissen- schaftler

Inhaltlich

In dem Aufruf der Hamburger Wissenschaftler wird auf die Bedeutung der Akten vor 1957 hingewiesen. Diese Überlegungen sind offenbar auch vom Staatsarchiv Hamburg erwogen worden. In dem Modell werden daher aus

- allen Hamburger Standesämtern
- alle Jahrgänge 1920-1957 überliefert.

Damit entsteht für diese Jahrgänge eine Komplettüberlieferung. Die Komplettüberlieferung wird für die Jahre 1914-1919 auf das Standesamt Hamburg Mitte beschränkt. Diese Entscheidung wird im Modell eingehend erläutert.

Damit werden wesentliche Anliegen, die in dem Aufruf vorgetragen wurden – wenn auch nicht vollständig – erfüllt.

Kommunikation

Es wird in dem Aufruf angeregt, sich über die Bewertungspraxis vor einer Entscheidung auszutauschen. Dies könnte z.B. im Rahmen der Erstellung von Bewertungsmodellen geschehen. Dem schließt sich der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. ausdrücklich an, verkennt aber nicht die hier bestehenden Schwierigkeiten.

Von archivischer Seite sind mehrfach entsprechende Vorschläge gemacht worden (vgl. Rehm: Schaffhausen 2001¹⁴). In Einzelfällen hat eine Kommunikation mit der Nutzerseite bei der Erstellung von Bewertungsmodellen auch stattgefunden; so wurde z.B. in Baden-Württemberg schon 1995 beim Bewertungsmodell zu Unterlagen der Psychiatrie die Forschung¹⁵, und 2010 bei der Modellerstellung zu Nachlassakten interessierte Nutzerkreise einbezogen¹⁶. Es handelt sich dabei aber um Einzelfälle, da die Erfahrungen der archivischen Seite mit Angeboten zur Bewertungsdiskussion an Forschung und Nutzer in der Regel unbefriedigend verliefen.

In den „Positionen des Arbeitskreises Archivische Bewertung im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare zur archivischen Überlieferungsbildung vom 15. Oktober 2004“ heißt es zu diesem Punkt: „10. Zu prüfen ist auch jeweils eine mögliche Beteiligung von Vertretern der Forschung bzw. von Nutzerkreisen“¹⁷. Diese zurückhaltende Formulierung ist den erwähnten ernüchternden Erfahrungen geschuldet. Der VdA hat dennoch auf dem Historikertag 2006 in Konstanz eine Sektion zur Überlieferung der Dokumente zur Atomdebatte angeboten, die unter den HistorikerInnen allerdings auf geringe Resonanz stieß¹⁸. Trotzdem wurde in weiteren Tagungen versucht dem Thema „Archivische Bewertung“ bei der historischen Forschung Aufmerksamkeit zu

verschaffen, zuletzt 2008 am Beispiel von Unterlagen zu „1968“¹⁹. Dass Angebote des VdA auf den letzten beiden Historikertagen inzwischen in überfüllten Räumen stattfanden, ist in dieser Richtung sicher ein ermutigendes Zeichen.

Der VdA begrüßt ausdrücklich eine Intensivierung des Austausches der Archive mit der Forschung. Das umfasst die angesprochene Diskussion um die archivische Bewertung ebenso wie Wege zur Vermittlung hilfswissenschaftlicher Fähigkeiten und um die Nutzung der Archive durch die universitäre Forschung und Lehre.

Clemens Rehm, Stuttgart

- ¹⁴ Clemens Rehm, Kundenorientierung – Modewort oder Wesensmerkmal der Archive? Zu Transparenz und Partizipation bei der archivischen Überlieferungsbildung, in: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Das Dienstleistungsunternehmen Archiv auf dem Prüfstand der Benutzerorientierung (Südwestdeutscher Archivtag, Schaffhausen 2001), hg. v. Hans Schadek, Stuttgart 2002, S. 17-27.
- ¹⁵ Robert Kretzschmar, Patientenakten der Psychiatrie in den Staatsarchiven, in: Robert Kretzschmar (Hg.) Historische Überlieferung aus Verwaltungsunterlagen, Werkhefte der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg A 7, Stuttgart 1997, S. 341-352.
- ¹⁶ „Der Entwurf dieses Bewertungsmodells wurde im Juli 2010 mit Vertretern der Stadt- und Kreisarchive, mit Genealogen, Erbenermittlern, Vertretern des Vereins für Familien- und Wappenkunde in Württemberg und Baden e.V., mit interessierten Bürgern sowie mit dem Justizministerium Baden-Württemberg im Staatsarchiv Ludwigsburg erörtert. Anregungen aus diesem Gespräch sind in die Endfassung eingeflossen.“ http://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/52103/Bewertungsmodell_Nachlassunterlagen.pdf [7. Juni 2011]
- ¹⁷ http://www.vda.archiv.net/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&file=uploads/media/Positionspapier_zur_archivischen_Ueberlieferungsbildung_-_deutsch.pdf&t=1307462717&hash=15a244878f9703db221276952fd6caa
- ¹⁸ Geschichtsbilder der Archive / Geschichtsbilder der Wissenschaft: Dokumente und Deutungen zur Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er Jahre, Bericht auf H-Soz-u-Kult: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1181>.
- ¹⁹ Clemens Rehm, „1968“ – Was bleibt von einer Generation. Überlieferung und Überlieferungsbildung einer nicht alltäglichen Zeit. Tagungsbericht; in: „1968“ und die „Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er Jahre“. Überlieferungsbildung und Forschung im Dialog. Hgg. von Robert Kretzschmar, Clemens Rehm und Andreas Pilger. Werkhefte der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg A 21, Stuttgart 2008, S. 37-44.

BERICHTE

FRÜHJAHRSTAGUNG DER FACHGRUPPE 8 IM VDA VOM 24. BIS 25. MÄRZ 2011 AN DER UNIVERSITÄT BREMEN

THEMA: ARCHIVE OHNE LOBBY? STRATEGIEN IM UMGANG MIT DEM ARCHIVTRÄGER

Zu einer Diskussion über das Thema „Archive ohne Lobby?“ Strategien im Umgang mit dem Archivträger“ hatte das Universitätsarchiv Bremen unter der Leitung seiner Leiterin Sigrid Dauks zur jährlichen Frühjahrstagung der Fachgruppe 8 im Verband Deutscher Archivarinnen und Archivare eingeladen, zu der sich vom 24. bis zum 25. März 75 angemeldete Teilnehmer aus allen deutschen Archiven der Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen versammelten. In ihrer Begrüßung berichtete die Archivleiterin, dass das noch junge Universitätsarchiv Bremen

erst im Juni 2000 gegründet worden ist, während die Universität Bremen im Herbst 2011 ihr vierzigjähriges Jubiläum feiern kann. Im Namen des Rektorats begrüßte Dezernent Dr. Marcus Beiner die Anwesenden, wobei er einen Bericht über Geschichte, Struktur, Größe und Profil der Universität Bremen gab. Die Vorsitzende der Fachgruppe 8 im VdA Dr. Sabine Happ (Universitätsarchiv Münster) wies in ihrem Grußwort darauf hin, dass die Frühjahrstagung der Hochschularchivare erstmalig in Bremen stattfand und dass das Programm zum ersten Mal von der sonst üblichen Vortragsform abwich. Um den Diskussionsanteil der Fachtagung zu erhöhen, werde sich das Plenum nach der Podiumsdiskussion in drei Arbeitsgruppen aufteilen.



An der von Dr. Eva-Marie Felschow (Universitätsarchiv Gießen) moderierten Podiumsdiskussion zum Thema „Strategien im Umgang mit dem Archivträger (Politik/Verwaltung/Öffentlichkeit)“ nahmen Dezernent Dr. Marcus Beiner (Universität Bremen, in Vertretung der erkrankten Bremer Staatsrätin für Kultur Carmen Emigholz), Unternehmensberater Meinhard Motzko (Praxisinstitut Bremen), Angela Ullmann (Parlamentsarchiv Berlin) und Dr. Mario Glauert (Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam/Fachhochschule Potsdam) teil. Marcus Beiner beschrieb die Hauptaufgabe der Hochschularchive mit dem Begriff „qualifizierte Erinnerungsarbeit“. Er empfahl den Archivaren, gegenüber dem Archivträger von sich aus aktiv zu werden und auf sich aufmerksam zu machen. Bescheidenheit sei kein guter Ratgeber. Archive müssten mit ihrem Service werben und im Rahmen des Universitäts-Marketings eine offensive Strategie verfolgen. Meinhard Motzko nahm als außenstehender Diplom-Sozialwissenschaftler zum Diskussionsthema Stellung. Da der Archivträger zu meist keine eigenen Vorstellungen über die Anforderungen an das eigene Archiv besitzt und über dessen Arbeit nur unzureichend orientiert ist, sollten die Archivare ihre Leistungsanforderungen selbst formulieren, eigenverantwortlich messbare Leistungen erbringen und diese auch selbst in einem eigenen Qualitätsmanagement überwachen, denn die Archivgesetze seien mit ihren allgemeinen Formulierungen wertlos. Zugleich sollten die Archivare auch in die wissenschaftliche Lehre einsteigen. Auch Mario Glauert sprach sich dafür aus, dass die Archivare sich zunächst über ihre Standards und ihre Ziele klar werden müssten. Dies sei die Grundlage, auf der sie gegenüber dem Archivträger auftreten könnten. In der Regel hätten Archive keine Lobby, weil sie keine Lobby-Arbeit machten, um Entscheidungen des Trägers zu beeinflussen. Angela Ullmann empfahl in ihrem Statement, die Lobby-Arbeit der Archive durch den Ausbau persönlicher Netzwerke zu verbessern. Man könne den Archivträger bzw. deren personelle Vertreter nur dadurch für sich gewinnen, indem man persönliche Bindungen herstelle. Hierbei sei ein strategisches Verhalten zu empfehlen, das die vorher erbrachten eigenen Leistungen in den Vordergrund stellt und nicht negative Zustandsbeschreibungen, die mit pauschalen Forderungen verbunden werden.

In der Diskussion wurde die Lobbyarbeit als ein zentraler Aspekt des Umgangs der Archive mit dem Archivträger anerkannt. Es bestand Einvernehmen, dass die seriöse und kompetente Verrichtung der eigentlichen archivarischen Kernaufgaben sowie gute persönliche Kontakte zu den Entscheidungsträgern der Verwaltung die unabdingbaren Voraussetzungen für ein erfolgreiches strategisches Verhalten im Verteilungskampf der Institutionen sind. Auch sichert eine effektive Presse- und Medienarbeit die notwendige öffentliche Aufmerksamkeit. Gleichwohl ist eine gute Archivarbeit nicht immer ein Garant für Anerkennung und Erfolg. Kritisch wurde angemerkt, dass die geforderte Beschäftigung der Archivare mit Selbstorganisation und -kontrolle, Lobby- und Medienarbeit sowie mit Forschung und Lehre eine signifikante Zunahme bürokratischer Tätigkeiten zur Folge hat und auf Kosten der eigentlichen Aufgaben geht. Vielleicht ist die tatsächliche Lage der Archive an wissenschaftlichen Institutionen aber auch besser als gefühlt, denn diese Archivsparte ist die einzige, die in den letzten Jahren noch personell expandieren konnte.

Anschließend teilte sich das Plenum auf drei Arbeitsgruppen auf. Unter der Diskussionsleitung von Anne Vechtel (Archiv Grünes Gedächtnis) beschäftigte sich die Arbeitsgruppe 1 mit der

„Kooperation von freien und institutionellen Archiven für die Wissenschaft“. Die Impulsreferate hielten Michael Koltan (Archiv Soziale Bewegungen Freiburg), Dr. Birgit Rehse (Universitätsarchiv der Freien Universität Berlin) und Dr. Anne Thurmann-Jajes (Studienzentrum für Künstlerpublikationen Bremen). Bei der anschließenden Vorstellung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen berichtete Anne Vechtel, dass es zwischen den freien und institutionellen Archiven bereits eine intensive Vernetzung und Zusammenarbeit gibt, da besonders die freien Einrichtungen von solchen Kooperationen abhängig sind. Voraussetzung sei aber, dass beide Partner ein gemeinsames Ziel hätten. In der Arbeitsgruppe 2 mit dem Thema „Organisatorische Einbindung von Archiven beim Archivträger. Welche Auswirkungen hat das auf die Archivarbeit?“ stammten die Impulsreferate von Dr. Katharina Schaal (Universitätsarchiv Marburg) und Martin Lönning (Universitätsarchiv Bielefeld; das Referat wurde in Abwesenheit verlesen). Stephan Luther (Universitätsarchiv Chemnitz) moderierte die Arbeitsgruppe und fasste als Ergebnis zusammen, dass die Hochschularchive völlig unterschiedlich in die Hochschulverwaltung eingebunden sind und sich die organisatorische Situation jederzeit ändern kann. Teils ressortieren sie als zentrale Einrichtung der Hochschulleitung, teils sind sie einem Dezernenten oder auch der Öffentlichkeitsarbeit bzw. dem Marketing untergeordnet, teils sind sie in die Hochschulbibliotheken eingegliedert. Alle organisatorischen Lösungen haben Vor- und Nachteile, die oft von persönlichen Kontakten abhängig sind. Die Teilnehmer der Gruppe waren mehrheitlich zufrieden mit ihrer Situation, auch wenn es einzelne negative Beurteilungen gab. Wichtig sei allein, dass das Archiv öffentlich als Institution wahrgenommen wird. Die Impulsreferate der Arbeitsgruppe 3 über die „Imagepflege gegenüber dem Archivträger“ hielten Dr. Wolfgang Müller (Universitätsarchiv Saarbrücken, Referat verlesen in Abwesenheit) und Maren Bock (Belladonna Bremen). Als Ergebnis der Diskussion hielt Moderator Dr. Thomas Becker (Universitätsarchiv Bonn) fest, dass sich die Archivare bei der Imagebildung ihrer Institution grundsätzlich an den Interessen des Archivträgers, zuweilen auch an den persönlichen Interessen der Entscheidungsträger, ausrichten sollten. Die Bildung von Netzwerken sowie Lobby- und Medienarbeit ist auch hier Voraussetzung. Es kommt darauf an, die Bedeutung der Archive nicht in der eigenen, kaum verständlichen Fachsprache zu vermitteln, sondern sich im Sprach-, Denk- und Erwartungshorizont des Archivträgers zu bewegen, ohne ausschließlich persönlichen Vorlieben oder Abneigungen entgegenzukommen.

Am zweiten Tag der Frühjahrstagung fand nach einer Führung durch das Universitätsarchiv Bremen zunächst die Besprechung der Angelegenheiten der Fachgruppe 8 statt. Die beiden Mitglieder des Fachgruppenvorstandes Dr. Sabine Happ und Dr. Jens Blecher informierten das Plenum u.a. darüber, dass im Jahr 2011 die Vorträge und Diskussionen der Frühjahrstagung erstmalig in einer eigens dafür geschaffenen Schriftenreihe veröffentlicht werden sollen. Die nächste Frühjahrstagung zum Thema „Persönlichkeitsschutz“ wird 2012 von den Universitätsarchiven Gießen und Marburg ausgerichtet.

Anschließend sprach Dr. Werner Moritz (Archivdirektor a.D. Universitätsarchiv Heidelberg) über die „Erwartungen der Archive an den Archivträger“. In einer ebenso diskursiven wie charmanten Art und Weise behandelte er das Sujet in Form des Märchens von den Bremer Stadtmusikanten. Die rasonieren-

den Kommentare von Esel, Hund, Katze und Hahn führten die erschöpfende Vielfalt sämtlicher Facetten des Verhältnisses von Archiv und Archivträger vor Augen und warfen eine Fülle von organisatorischen Grundsatzfragen auf, ohne diese abschließend beantworten zu können. In der Diskussion traten immer wieder große Unterschiede in der jeweiligen lokalen Archivsituation zutage. Die Führung eines Archivs ist und bleibt ein ständiges Bemühen um Anerkennung, Ressourcen und öffentliche Aufmerksamkeit in der Hochschule. Hier kommt es aber darauf an, den täglichen Daseinskampf des Archivars in bindende und verlässliche Strukturen überzuleiten und die Archivarbeit dauerhaft zu verstetigen, ohne ständig um Selbstverständlichkeiten ringen zu müssen. Das Thema aus umgekehrter Sicht behandelte Prof. Dr. Franz Bosbach (Prorektor für Forschung und Lehre der Universität Duisburg-Essen) in seinem Vortrag über die „Erwartungen der Hochschulverwaltung an die Archive“. Als am Archivwesen interessierter Historiker siedelte er die Hochschularchive im

Aufgabenkomplex von Information, Kommunikation und Medien an. Hierbei seien die Archive nicht nur einer isolierten fachlichen Verantwortung verpflichtet, sondern der Verantwortung für die Gesamtuniversität. Hochschularchive hätten als Serviceeinrichtung neben ihren bewahrenden, bewertenden und erschließenden Aufgaben auch die Funktion von aktiv handelnden Dienstleistern für Forschung und Lehre, für die Verwaltung und für das Universitätsmarketing. Auch wenn die Archive von den Archivträgern oftmals nur unzureichend wahrgenommen würden, so hätten sie doch die Verpflichtung, ihre Leistungen selbständig und im Interesse der Universität anzubieten. In der Diskussion wurde mit den allgemeinen Grundpositionen des Referenten grundsätzlich Konsens signalisiert. Eine vom Arbeitskreis Bremer Archive gestaltete Historische Weserfahrt auf der MS Friedrich rundete das Tagungsprogramm am Nachmittag ab.

Ulrich Hunger, Göttingen

21. LANDESARCHIVTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN 2011 IN NEUBRANDENBURG

Die Reflektion der Traditionen der eigenen Wissenschaftsdisziplin in der Zeit des Nationalsozialismus hat seit einer Anzahl von Jahren mit einiger Berechtigung erhebliche Konjunktur. Nicht ganz den Auftakt, aber einen gewichtigen Meilenstein für die entsprechende Geschichte des Archivwesens und seiner Vertreter verkörperte bekanntlich der 75. Deutsche Archivtag in Stuttgart. Seitdem hat sich auf diesem Gebiet eine ganze Menge getan, hingewiesen sei hier – ohne bewusste Ignoranz zahlreicher kleinerer Beiträge²⁰ – nur auf nicht unbeträchtliche Aktivitäten im kirchlichen Archivwesen²¹ und in Österreich²² sowie auf die Arbeiten von Stefan Lehr.²³

Als der VdA-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern das Rahmenthema „NS- und unmittelbare Nachkriegszeit“ für seinen 21. Landesarchivtag wählte, beabsichtigte er jedoch nicht unbedingt, auf einen „Konjunkturzug“ aufzuspringen. Eher galt es, eine notwendige Thematik zu besetzen,²⁴ und, nachdem der letztjährige Landesarchivtag auf die Ausprägungen des DDR-Archivwesens vornehmlich in den drei Nordbezirken fokussierte,²⁵ den Blick auch auf das regionale Archivwesen unter der anderen Diktatur des 20. Jahrhunderts zu richten. Auf eben diese Vielfältigkeit der archivischen Gedächtnis- und Erinnerungsfunktion für die Gesellschaft hob Jörn Mothes, stellvertretender Leiter der Abteilung Kultur im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, in seinem Grußwort ab. Sein – natürlich gern gehörtes – Lob für die fachliche Arbeit und die interdisziplinären Ansätze der Landesarchivtage, die so das „Sich-Erinnern“ und „Sich-Gedanken-machen“ auf besondere Weise befördern, verband er mit ebenso ernsthaften wie realitätsbezogenen Überlegungen. So stünden die stetig steigenden Anforderungen der Archivträger und ihr

gleichzeitiger Reduzierungstrend im Personalbereich zueinander im Widerspruch, der die kleineren Archive mit ihrer oft kaum ausgebauten Infrastruktur noch stärker belastet als die größeren. Er forderte die Archive auf, ihre Interessen bzw. Notwendigkeiten unter Beachtung ihrer Erinnerungs- und Gedächtnisfunktion stärker zu artikulieren und sagte dabei seine Unterstützung zu. Im unmittelbar anschließenden fachlichen Teil widmeten sich Dr. Dirk Schleinitz (Landeshauptarchiv Magdeburg) und der Verfasser den staatlichen Archiven im Nationalsozialismus, d.h. dem Geheimen und Hauptarchiv Schwerin²⁶ sowie dem für die histori-

²⁰ Siehe z. B. Robert Gahde, Im Dienst der nationalsozialistischen Rassenpolitik. Das Lippische Landesarchiv in Detmold 1933-1945, in: Lippische Mitteilungen 75 (2006), S. 37-71.

²¹ Manfred Gailus (Hg.), Kirchliche Amtshilfe. Die Kirche und die Judenverfolgung im „Dritten Reich“, Göttingen 2008.

²² Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 54 (2010), Wien u.a. 2010 (Österreichs Archive unter dem Hakenkreuz). Siehe auch Thomas Just, Ludwig Bittner (1877-1945). Ein politischer Archivar, in: Karel Hruza (Hg.), Österreichische Historiker 1900-1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts, Wien 2008, S. 283-305.

²³ Stefan Lehr, Ein fast vergessener „Osteinsatz“. Deutsche Archive im Generalgouvernement und im Reichskommissariat Ukraine, Düsseldorf 2007 (Schriften des Bundesarchivs, 68). – Ders., „Den deutschen Einfluss beträchtlich steigern“. Archive und Archive im Protektorat Böhmen und Mähren (1935-1945), in: Archivar 61 (2008), S. 370-376.

²⁴ Wilfried Reininghaus, Archivgeschichte. Umriss einer untergründigen Subdisziplin, in: Archivar 61 (2008), S. 352-360, bes. S. 356.

²⁵ Siehe dazu Dörte Kaufmann, 20. Landesarchivtag Mecklenburg-Vorpommern 2010 in Bad Doberan, in: Archivar 63 (2010), S. 475-476.

²⁶ Matthias Manke, Archivarbeit unter braunen Schatten. Das Geheime und Hauptarchiv Schwerin zwischen 1933 und 1945, in: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 15 (2011) 2 [im Druck].



sche Überlieferung Pommerns seinerzeit noch alleinständigen Staatsarchiv Stettin, Dr. Uwe Kiel (Stadtarchiv Greifswald) seinem Haus als einem Beispiel für ein kommunales Archiv und Dr. Angela Hartwig (Universitätsarchiv Rostock) ihrer Institution.²⁷ So wie beispielsweise letztere einen besonderen Akzent auf den Kontext von „nationalsozialistischer Bildungspolitik“ und Anerkennung akademischer Grade setzte, versuchten alle Referenten, die von Wilfried Reininghaus jüngst skizzierten Forschungsfelder des Faches Archivgeschichte zu bedienen. Die spartenübergreifende Reflektion mag den Anschein erwecken, als sei die Archivgeschichte einer im Zeitraum 1933-1945 relativ überschaubaren Archivlandschaft exemplarisch „aufgearbeitet“. Das allerdings wäre zu hoch gegriffen angesichts dessen, dass das Stadtarchiv Greifswald noch lange gleichsam im Status einer städtischen Altregistratur verharrte bzw. nur 1938/39 für wenige Monate hauptamtlich besetzt war, während die etablierten Kommunalarchive der Hansestädte Rostock, Stralsund und Wismar mit ihren wesentlich älteren Traditionen und fundierteren Strukturen nicht thematisiert wurden. Des Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass mit dem Wossidlo- und dem Thünen-Archiv bereits spezielle Sammlungsarchive existent waren, auf deren nationalsozialistische Instrumentalisierung einzugehen ebenfalls lohnenswert erscheint. Insofern besteht diesbezüglich trotz der keinesfalls klein zu redenden Bedeutung dieses Auftakts weiterhin nicht unerheblicher Forschungsbedarf.

Ebenso traditionell, wie der erste Tag des Landesarchivtags Mecklenburg-Vorpommern historische Themen aufgreift, nimmt der zweite Tag archivfachliche Fragen in den Blick. In diesem Jahr standen Quellen zum Nationalsozialismus und zur unmittelbaren Nachkriegszeit sowie Möglichkeiten ihrer Auswertung im Mittelpunkt. In Erweiterung des nachmittäglichen Programmpunktes vom Vortag – einem Besuch der Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des nationalsozialistischen Kriegsgefangenen- und NKWD-Internierungslagers in Neubrandenburg-Fünfeichen – machte Dr. Andreas Wagner (Politische Memorialie Mecklenburg-Vorpommern e.V.) Ausführungen zum Wandel der Gedenkstättenlandschaft des Bundeslandes seit 1989/90, den in erster Linie ein inhaltlicher Umbau bestehender Einrichtungen und eine Ausdehnung auf bis dato „vergessene“ Opfergruppen bzw. Themen und Orte kennzeichneten. In einem gewissen Kontext zum Neubrandenburger Stalag IIa standen auch spätere Ausführungen von Lars Thiele (Dokumentationsstelle Dresden der Stiftung Sächsische Gedenkstätten) zur zweitgrößten Opfergruppe des Nationalsozialismus, den sowjetischen Kriegsge-

fangenen, d.h. zur Quellenlage, zu Kooperationserfahrungen, zu Forschungsstand und -aufgaben.

Mit Dr. Michael Buddrus (Institut für Zeitgeschichte) stellte ein entsprechend ausgewiesener Forscher Quellen und Forschungsergebnisse zur mecklenburgischen Kommunalgeschichte im „Dritten Reich“ vor. Neben dem Nachweis gezielter Vernichtungen zunächst von Verschlusssachen und sodann weiteren Schriftgutes auf allen Verwaltungsebenen dürften die in besonderem Maße auf „versteckte“ Quellen und Quellen außerhalb mecklenburgischer Archive zielenden Ausführungen für die ca. 70 Archivtagsteilnehmer etwa hinsichtlich der Erfüllung ihrer archivarischen Beratungsaufgabe gewinnbringend gewesen sein. Eleonore Wolf (Stadtarchiv Neubrandenburg) präsentierte die Ergebnisse ihrer Auswertung der Personenstandsunterlagen (Sterbebücher) und weiterer Quellen, die endlich Licht in das teilweise mystifizierte Dunkel um die Suizidwelle unter den Einwohnern Neubrandenburgs beim Einmarsch der Roten Armee in den letzten Kriegstagen bringen sollte. Die überzeugende Herleitung einer eher 300 als – wie in der Literatur unbelegt behauptet – 3.000 Personen umfassenden Suizidopferzahl²⁸ unterstrich den Quellenwert der Personenstandsunterlagen und zieht hoffentlich ähnliche Analysen in anderen Kommunen nach sich. Disziplinengeschichte bildete den Auftakt des Landesarchivtages, Disziplinengeschichte setzte auch den Schlusspunkt. Allerdings ging es im Vortrag des Psychiaters und Psychotherapeuten Dr. Ekkehardt Kumbier (Universitätsklinikum Rostock, Zentrum für Nervenheilkunde) um Euthanasie und Eugenik. Deren systematische Aufarbeitung blieb in Mecklenburg bisher weitestgehend aus, ist aber durchaus möglich, wie die Ausführungen über die bereits intensiv recherchierte Quellenlage deutlich machten.

In der Mitgliederversammlung des Landesverbandes, mit der der zweite Tag seinen Auftakt genommen hatte, wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Mit Dr. Dirk Alvermann (Universitätsarchiv Greifswald), der dem Vorstand zwölf Jahre angehörte und denselben acht Jahre leitete bzw. entscheidend prägte, sowie Rita Roßmann (Kreisarchiv Bad Doberan), die sich in den sechs Jahren ihrer Vorstandszugehörigkeit sehr für die kommunalarchivischen Belange engagierte, kandidierten zwei sehr verdienstvolle Vorstandsmitglieder nicht mehr. Der neue, auf zwei Jahre gewählte Vorstand besteht aus Dr. Bernd Kasten (Stadtarchiv Schwerin) als Vorsitzendem, Kirsten Schöffner (Landesarchiv Greifswald), Dr. Karsten Schröder (Archiv der Hansestadt Rostock), Tobias Soffka (Kreisarchiv Bad Doberan), Eleonore Wolf (Stadtarchiv Neubrandenburg) und dem im Landeshauptarchiv Schwerin tätigen Verfasser.

Matthias Manke, Schwerin

²⁷ Siehe auch Angela Hartwig, Das Gedächtnis der Universität. Das Universitätsarchiv Rostock von 1870 bis 1990, Rostock 2010 (Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte, 13), S. 103-126.

²⁸ Siehe auch Eleonore Wolf, Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Neubrandenburg. Eine Untersuchung zu den Verstorbenen, in: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 14 (2010) 2, S. 32-33.

18. SÄCHSISCHER ARCHIVTAG VOM 24. BIS 26. JUNI 2011 IN GÖRLITZ

Vom 24. bis 26. Juni 2011 fand in Görlitz der 18. Sächsische Archivtag statt. Die östlichste Stadt des Freistaates bildete mit ihrer überwältigenden Altstadtkulisse nicht nur den passenden historischen Rahmen. Als Ausrichterstadt der 3. Sächsischen Landesausstellung 2011 mit ihrem, den europäischen Kontext berührenden Thema „Via Regia – 800 Jahre Bewegung und Begegnung“ und nicht zuletzt mit ihrer vielfältigen Brückenfunktion zum polnischen Nachbarn stellte Görlitz einen sinnfälligen Bezug zum Tagungsschwerpunkt her. Vor dem Hintergrund der Globalisierung und des Zusammenwachsens durch das Internet, nicht zuletzt des Booms von Social Networks und Web 2.0 bewegen sich die Dienstleistungsfunktionen und die Außenwirkung jedes einzelnen Archivs sowie die Ansprüche seiner Benutzer schon lange und in zunehmendem Maße außerhalb traditioneller Benutzungsformen. Räumliche Distanzen stellen keine Hinderungsgründe mehr dar, sondern eröffnen vielmehr Möglichkeiten für neue Forschungsansätze.

Der Frage, welche Auswirkungen diese neuen Entwicklungen für die eigentliche Zweckbestimmung aller Archive – der Benutzung ihrer Bestände – mit sich bringen, gingen auf Einladung des Landesverbandes Sachsen, des Sächsischen Staatsarchivs und der Stadt Görlitz unter dem Thema „Ist der Kunde König? Was Nutzer wollen und Archive leisten können“ ca. 100 teilnehmende sächsische, tschechische und polnische Archivarinnen und Archivare nach.

Dr. Andrea Wettmann, Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen im VdA, leitete ihr Eröffnungsreferat mit einem Hinweis auf den von deutschen Archivaren offensichtlich wenig rezipierten „Ask the Archivist Day“ ein, der am 9. Juni innerhalb des Blogging-Dienstes Twitter stattfand und die Möglichkeit eröffnete, an beteiligte Archive Fragen aus Nutzersicht zu stellen. Im Wesentlichen wurden dabei vor allem bekannte Wünsche nach längeren Öffnungszeiten, einschließlich der Wochenenden, kostenlosen Kopien, stärkerer Digitalisierung von Archivalien sowie deren umfassende Online-Stellung geäußert. Dr. Wettmann wertete diese Aktion einerseits als positives Zeugnis für den Wunsch der Nutzer, stärker mit den Archiven in Dialog zu treten, andererseits zeige der Inhalt der Fragen und Wünsche aber auch, dass es den Archiven noch nicht vollständig gelungen ist, die eigenen Anliegen, Möglichkeiten und Grenzen in ausreichendem Maße zu artikulieren. Sie forderte die Teilnehmer daher dazu auf, den Wünschen der Benutzer so weit als möglich nachzukommen und gleichzeitig die Ressourcen so einzusetzen, dass dabei die sonstigen archivfachlichen Aufgaben, letztlich aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht auf der Strecke bleiben.

Zu der sich anschließenden Podiumsdiskussion waren PD Dr. med. Hermann Metzke (Deutsche Arbeitsgemeinschaft genealogischer Verbände), Dr. Jens Näser (Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen), Dr. Mike Schmeitzner (Hannah-Arendt-Institut) und PD Dr. habil. Elke Schlenkrich (Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V.) als Vertreter der unterschiedlichsten Nutzerschichten geladen, um aus ihrer

Sicht Wünsche an die Archive bzw. Probleme zu äußern und zu diskutieren. Die Moderation wurde durch Grit Richter-Laugwitz (Archivverbund Bautzen) übernommen.

PD Dr. habil. Elke Schlenkrich sieht bei der Abwicklung von Benutzungen eine zunehmende Diskrepanz zwischen Norm und Realität. Archivare und Nutzer seien permanent gezwungen Regelverstöße zu begehen, um dem zeitlichen Druck vor allem bei Projektarbeiten standhalten zu können. Besonders bemängelte sie dabei die vorhandenen Stückzahlbegrenzungen bei der Archivalienvorlage oder die unzureichenden Öffnungszeiten. Archivare setzten sich im Einzelfall immer wieder über solche Festlegungen hinweg, um die Forschungsarbeiten nicht zu gefährden. Besonders deutlich wird diese Situation bei Kommunalarchiven.

Dr. Mike Schmeitzner richtete in seinem Beitrag den Fokus auf den Vergleich der Nutzungsmöglichkeiten und Nutzungsbedingungen zwischen deutschen und internationalen Archiven, aus eigener Erfahrung insbesondere Archiven in Russland, Schweden und den Niederlanden. Besonderen Wert legte Dr. Schmeitzner aus Sicht des Zeithistorikers auf aussagekräftige Internetpräsenzen der Archive, die eine gute Vorabinformation und -recherche ermöglichen. Hier konstatierte er zwischen großen Staats- und Stadtarchiven und kleineren Kommunalarchiven deutliche Unterschiede.

PD Dr. Hermann Metzke verzeichnete für die zurückliegenden Jahre bezüglich der Zugänglichkeit und Erschließung älterer Bestände für die genealogische Forschung eine sehr positive Entwicklung. Genealogen würden ernst genommen und als Partner akzeptiert, dennoch blieben natürlich Wünsche offen. Problematisch sei die immer noch getroffene Unterscheidung zwischen privatem und öffentlichem Forschungsinteresse, da auf dem Gebiet der Genealogie die Grenzen meist fließend sind. Dies träfe vor allem in den Fällen zu, wo im Rahmen der Genealogie eine differenzierte, sozial- und lokalgeschichtliche Forschung über die reine Abstammungssuche hinaus betrieben würde. Aus seiner Sicht sollten die Internetangebote hinsichtlich der Online-Stellung von Digitalisaten ausgebaut bzw. über Leihverfahren für Mikrofilme/Reproduktionen bei umfangreichen Forschungen nachgedacht werden.

Als letzter Teilnehmer der Podiumsdiskussion sprach Jens Näser aus der Sicht des amtlichen Benutzers zu den Spezifika vermessungstechnischer Überlieferung. Diese ist aufgrund der häufigen Nutzung in ihrer Erhaltung stark gefährdet und wird nun von der Vermessungsverwaltung digitalisiert. Dabei wird auch auf das bereits abgegebene Archivgut zurückgegriffen, was nicht zuletzt hinsichtlich der vorzulegenden Mengen besondere Anforderungen an die Archive stellt. Nach Abschluss der Arbeiten werden die archivwürdigen Originale dem zuständigen Archiv übergeben. Grit Richter-Laugwitz stellte in ihrem Resümee der Podiumsdiskussion vor allem die Notwendigkeit der Erfüllung von Mindestanforderungen an archivische Websites sowie die Weiterarbeit am sächsischen Archivportal heraus. Investitionen in dieses Feld archiverischer Tätigkeit zahlen sich schon kurzfristig aus, da gut



vorbereitete Nutzer den Personalaufwand bei der Erstberatung erheblich reduzieren und die gewonnene Zeit für tiefere und qualitativ bessere Betreuung verwendet werden kann. In der 1. Arbeitssitzung unter Moderation von Stephan Luther (Universitätsarchiv Chemnitz) wurde speziell auf benutzungsrelevante Rechtsfragen eingegangen. Dr. Kerstin Orantek (Technische Universität Chemnitz) stellte ihren Beitrag unter das Thema „Öffnung der Archive? Die Problematik neuer Nutzungsarten nach der Urheberrechtsreform“. Sie verwies in ihrem Referat auf eine ganze Reihe von Rechtsbereinigungen hin, die mit der Urheberrechtsreform verbunden seien. Mit der Neuordnung wird der rasanten technischen Entwicklung Rechnung getragen. Darüber hinaus wurden von Frau Dr. Orantek anhand des § 53 UrhG Aussagen zu neuen Bestimmungen zum Begriff der Privatkopie und deren Nutzungsumfang getroffen. Arnd Vollmer (Sächsisches Staatsarchiv) sprach zu aktuellen rechtlichen Fragen der Archivbenutzung. Anhand konkreter Beispiele aus der Archivpraxis erläuterte Herr Vollmer die Gemengelage zwischen archivgesetzlichen Regelungen und angrenzenden Rechtsgebieten. Im Weiteren ging Herr Vollmer auf die Benutzung der Archive durch Behörden, insbesondere im Rahmen der Regelung offener Vermögensfragen, ein. Die Grenzen der „Amtshilfe“, so Vollmer, seien eng gesteckt, so dass die meisten behördlichen Anfragen der Gebührenpflicht unterliegen. Abschließend ging Herr Vollmer auf die geplante Novellierung des Sächsischen Ar-

chivgesetzes, vor allem auf benutzungsrelevante Änderungen, ein. In der zweiten Arbeitssitzung unter Diskussionsleitung von Veronique Töpel (Sächsisches Wirtschaftsarchiv e. V.) referierte Dr. Jens Blecher vom Universitätsarchiv Leipzig über innovative Ansätze, um von der „Benutzerstatistik zur Benutzersteuerung“ zu kommen. Das Universitätsarchiv versucht auf vielfältige Weise eine bessere Bindung der Benutzer an das Archiv zu erreichen. Dies geschieht z. B. über exklusive Führungen, in denen speziell auf die einzelnen Benutzergruppen abgestimmte Informationen vermittelt werden oder über die Auslobung von Preisgeldern im Rahmen von Wettbewerben, mit denen versucht wird, qualitativ anspruchsvolle Forschungsarbeiten unter Benutzung der Archivbestände zu initiieren.

Dr. Jörg Ludwig stellte in seinem Referat den neuen Benutzerbereich des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden vor. Er erläuterte das architektonische Gesamtkonzept des neuen Nutzersaals, das durch Entkernung eines Teils des ehemaligen Magazins eine großzügige Raumstruktur entstehen ließ und somit den Eindruck von Weite und stilvoller Arbeitsatmosphäre vermittelte. Dr. Wetmann zog abschließend ein positives Resümee des Archivtages. Ein besonderer Dank galt den Organisatoren des Archivtages vor Ort, insbesondere dem Stadtarchivar Herrn Hoche und seinen Mitarbeitern für die reibungslose und umsichtige Abwicklung der Fachtagung sowie des Rahmenprogramms.

Kirstin Dressel, Werdau / Benny Dressel, Zwickau

25. ARCHIVPÄDAGOGENKONFERENZ

ARBEITSKREIS „ARCHIVPÄDAGOGIK UND HISTORISCHE BILDUNGSARBEIT“ IM VDA IN KOOPERATION MIT DEM STADTARCHIV MÜNSTER UND DEM LANDESARCHIV NRW, ABTEILUNG WESTFALEN (MÜNSTER)

Die Konferenz vom 3. bis 4. Juni 2011 stand in diesem Jahr unter dem Titel „Spurensucher unterwegs – Forschend-entdeckendes Lernen in der Praxis am Beispiel des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten“. Und als Spurensucher begaben sich bereits zum Vorprogramm einige Tagungsteilnehmer ins Technische Zentrum An den Speichern. Zufällig und doch ganz passend half eine Zweitklässlerin bei der Vorführung einer Art Rallye durch Werkstatt und Magazin. Vorgestellt wurde in knapper Weise das neue Angebot „Geschichte in der Werkstatt“.

Am Nachmittag startete die 25. Archivpädagogik-Konferenz im Stadtarchiv Münster mit der Begrüßung durch den Präsidenten des Landesarchivs NRW, Wilfried Reininghaus. Im Grußwort der Ministerin Ute Schäfer hieß es, die Landesregierung wisse um die Bedeutung der Archive. Andrea Hanke, Beigeordnete für Bildung, Familie, Jugend, Kultur und Sport der Stadt Münster, und Hannes Lambacher, Leiter des Stadtarchivs Münster, würdigten in ihrer Begrüßung die lange Tradition archivpädagogischer Arbeit im Stadtarchiv durch Roswitha Link, die bereits seit 1983 andauere

und ebenso viele wie vielfältige Früchte trage. Anschließend begrüßte Roswitha Link die Gäste aus verschiedenen Bundesländern und der Schweiz. Sie erinnerte anlässlich des silbernen Jubiläums der Archivpädagogik-Konferenz daran, dass die Historische Bildungsarbeit inzwischen Standard in deutschen Archiven sei. Schülerinnen und Schüler seien überall gern gesehen und bundesweit werden in den Archiven insgesamt knapp 100 Ansprechpartner genannt. Frau Link prognostizierte steigenden Bedarf an Archivpädagogik und auch, dass der Wunsch nach mehr Personal zunehmend auf offene Ohren treffe.

Im ersten Vortrag sprach Sven Tetzlaff von der Körber-Stiftung in Hamburg über die größte koordinierte Laienforschungsbewegung, den Schülerwettbewerb des Bundespräsidenten, den die Stiftung alle zwei Jahre ausrichtet. Er skizzierte die Gründungsgeschichte unter Kurt A. Körber und Gustav Heinemann. Diese wollten mit der Wettbewerbsausschreibung in den siebziger Jahren demokratische Traditionen verankern. In jeder Schülergeneration wurden dann neue und eigene Fragen gestellt. In den



25. Archivpädagogik-Konferenz in Münster, Begrüßung durch die Leiterin des VdA-Arbeitskreises „Archivpädagogik und Historische Bildungsarbeit“ Roswitha Link

achtziger Jahren erreichten die Themen aus der NS-Zeit tausende Teilnehmer. Heute zeigten 1.100 Beiträge beim aktuellen Wettbewerb zu Skandalen den anhaltenden Erfolg. Davon seien bis zu zehn Prozent Gruppenarbeiten, der Anteil der Einzelteilnehmer steige ebenso wie der Anteil der Gymnasien. Momentan lägen sie bei 80 Prozent, Tendenz steigend. Das forschend-entdeckende Lernen sei somit eine zusätzliche Möglichkeit für besonders interessierte und leistungswillige Schüler. Der Wettbewerb habe insgesamt die Öffnung von Schule und Lernen erfüllt, dabei führte das Hand-in-Hand-Arbeiten von Lehrern und Archiven zu nachhaltigen Kooperationen.

Als nächstes stand der Geschichtswettbewerb aus der Perspektive von Tutorinnen und Schülern auf dem Programm. Silvia Vogel-Schulte von der Martini-Grundschule in Münster berichtete mit vier Jungen und Mädchen ihrer 3. Klasse von ihrem Beitrag „Hände weg von unserem Schulhof“. Unterstützt von Eltern und vor allem von der Lehrerin gelang das durchaus kraftraubende Klassenprojekt, weil die verschiedenen Talente der Kinder eingebracht werden konnten, sie sehr selbständig wurden, sich die nötigen Tätigkeiten mit dem Lehrplan verbinden ließen und weil der außerschulische Lernort Stadtarchiv Kompetenzerweiterung für alle brachte und Spaß machte. Am schönsten war, „dass ich mit meinen Freunden zusammengearbeitet hab“, sagte ein Junge zum Abschluss.

Mechthild Theilmeier-Wahner, Kardinal-von-Galen-Gymnasium Münster stellte das Konzept ihrer Schule mit der Betreuung der Teilnehmer, den Workshops an der Schule und der Nachbereitung vor. Sie betonte die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den Archiven. David Kinzinger, ein vierfacher Teilnehmer, ergänzte seine Motive zur Teilnahme am Wettbewerb: Er wollte mehr als das Schulbuchwissen, neue Perspektiven gewinnen und natürlich

reizten ihn die Preise. Schwierig war jeweils die Themenfindung, da werde Unterstützung von Tutoren und Archiven gebraucht. Er sah die Teilnahme als Zusatzqualifikation in seinem Lebenslauf und freute sich, anders zu arbeiten als in der Schule.

Im Mittelpunkt der zweiten, nachmittäglichen Sitzung standen drei Berichte aus kommunalen Archiven über ihre Erfahrungen mit dem Geschichtswettbewerb. Zunächst ging Norbert Damberg (Stadtarchiv Coesfeld) auf die besonderen Rahmenbedingungen eines kleinen Archivs einer Kleinstadt ein. Für die Kooperation mit den örtlichen Schulen sei es unabdingbar, dass das Stadtarchiv die Schulen regelmäßig für seine Angebote interessiere. Es habe sich dabei bewährt, einmal im Jahr zusammen mit den Schulbehörden eine Lehrerfortbildung anzubieten, durch die es gelungen sei, das Stadtarchiv als außerschulischen Lernort bekannt zu machen und Unterrichtsmaterialien zu entwickeln. Erfolgreich sei es gewesen, einen festen Kreis interessierter Lehrer aufzubauen, der für die Geschichtswettbewerbe angesprochen werden könne und eine Multiplikator-Funktion habe. Für die Durchführung des Wettbewerbs habe sich mittlerweile folgender Ablauf herausgebildet: Nach Bekanntgabe eines Wettbewerbsthemas würde der Interessentenkreis angeschrieben und auf für Coesfeld interessante Themen des Wettbewerbs hingewiesen. Für das Archiv biete der Wettbewerb die Chance, erneut mit den Schulen in Kontakt zu treten und sich als außerschulischer Lernort weiter bekannt zu machen.

Im zweiten Vortrag ging Annetrin Schaller (Stadtarchiv Neuss) auf die Erfahrungen bei der Präsentation der Ergebnisse von Wettbewerbsarbeiten in einer Ausstellung ein. In Neuss würde zu Beginn jedes Wettbewerbs das Informationsmaterial mit konkreten Themenvorschläge verschickt. Außerdem fände eine Informationsveranstaltung für alle Interessierten statt. Aus dieser



Arbeit habe sich mit einem Gymnasium eine Kooperationsvereinbarung entwickelt, die jetzt zu einer festen Bildungspartnerschaft ausgebaut werden solle. Die an den Wettbewerb anschließende Ausstellung sei für dessen Wahrnehmung in der Stadt und bei den Beteiligten sehr bedeutsam. Dabei sei es wichtig, dass wirklich jeder Wettbewerbsbeitrag präsentiert werde – unabhängig von der inhaltlichen und formalen Qualität. Dadurch werde das Selbstbewusstsein der Teilnehmer gestärkt, die die Erfahrung machten, dass ihre Anstrengungen Anerkennung fänden. In diesem Kontext wies Schaller darauf hin, dass die Federführung für die Öffentlichkeitsarbeit für die Ausstellung beim Stadtarchiv verbleiben müsse und Schulen nicht vorpreschen dürften. Wichtig sei zudem, dass die Presse über den Wettbewerb von Anfang an berichte – von der Auftaktveranstaltung bis zur Ausstellungseröffnung und der Vorstellung einzelner Beiträge.

Im dritten Vortrag berichtete Roswitha Link (Stadtarchiv Münster) über die langjährigen Münsteraner Erfahrungen mit Auftaktveranstaltungen bzw. Lehrerworkshops für die Geschichtswettbewerbe. Ziel der Veranstaltung sei es, Lehrer für die Betreuung von Wettbewerbsbeiträgen zu motivieren und zu qualifizieren. In den Veranstaltungen werde zunächst der Wettbewerb selbst vorgestellt und dann auf das Thema des jeweiligen Wettbewerbs eingegangen. Dazu kämen konkrete Themenvorschläge für Münster, kurze Präsentation der Münsteraner Archive und ihrer relevanten Bestände, Berichte von erfahrenen Tutoren sowie von Jury-Mitgliedern.

Der zweite Tag fand im Landesarchiv NRW Abteilung Westfalen am Bohlweg in Münster statt und begann traditionell mit der Mitgliederversammlung des Arbeitskreises „Archivpädagogik und Historische Bildungsarbeit“. Roswitha Link verabschiedete den langjährigen Detmolder Archivpädagogen Dieter Klose, der zum 1. Februar 2011 in den Ruhestand getreten ist (siehe ABP Nr. 40, S. 10), und stellte als Sprecherin zunächst (TOP 1) in einem Rückblick ausgewählte Aktivitäten des Arbeitskreises vor. Dazu zählte insbesondere die Teilnahme am Deutschen Archivtag in Dresden vom 29. September bis 2. Oktober 2010, auf dem der Arbeitskreis mit der Veranstaltung „Mit Leben füllen – Erkundungstouren im Archiv“ vertreten war. Sie berichtete ferner über die Beteiligung an dem Projekt „Lernen vor Ort“ der Körber-Stiftung, das den Aufbau nachhaltiger Bildungspartnerschaften zum Ziel hat. Auf einer Fachtagung am 3. und 4. Februar 2011 hatte der Arbeitskreis einen Workshop zur Archivarbeit angeboten, der auf gute Resonanz stieß und innovative Impulse gerade auch für solche Regionen lieferte, die bisher wenig mit Archivpädagogik in Berührung gekommen waren. Dem Aufbau von Bildungspartnerschaften dient auch das von der NRW-Medienberatung koordinierte Projekt „Archiv und Schule“, das der Arbeitskreis beratend begleitet. Der Newsletter „ABP – Archiv, Bildung, Pädagogik“ erschien im vergangenen Jahr drei Mal (Nr. 38 im August 2010, Nr. 39 im Januar 2011 und Nr. 40 im April 2011).

In einem Ausblick (TOP 2) stellte Roswitha Link die geplanten Aktivitäten für das kommende Jahr vor. Dazu zählt als Nächstes die Teilnahme am Deutschen Archivtag in Bremen vom 21.-24. September 2011 mit einer eigenen Veranstaltung unter dem Titel „Vom Nutzungsrecht zur aktiven Nutzung – Geschichte gespielt. Spezielle Angebote der Historischen Bildungsarbeit“. Unter dem dritten Tagesordnungspunkt „Wahl des Sprechers/der Sprecherin“ berichtete Roswitha Link nach entsprechender Vorankündigung, dass sie für eine Wiederwahl nicht mehr zur

Verfügung stehen kann. Als Nachfolgerin wurde inzwischen auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 3. September Annekathrin Schaller gewählt.

Im Anschluss an die Sitzung des Arbeitskreises wurde der inhaltliche Teil der Archivpädagogenkonferenz fortgesetzt. Zunächst begrüßte Mechthild Black-Veldtrup als Leiterin des Landesarchivs NRW Abteilung Westfalen die Tagungsteilnehmer herzlich. Dabei betonte sie auch aus ihrer Sicht die Bedeutung der Archivpädagogik für die Archive allgemein wie für das Landesarchiv im Besonderen. Den thematischen Schwerpunkt dieses Tages bildete das forschend-entdeckende Lernen.

Den Einführungsvortrag hielt Holger Thünemann vom Institut für Didaktik der Geschichte an der Westfälischen Wilhelms Universität Münster unter dem Titel „Schüler als Forscher? Forschend-entdeckendes Lernen als geschichtsdidaktische Herausforderung“. Er differenzierte zunächst begrifflich die Besonderheiten des entdeckenden wie des forschenden Lernens und arbeitete als Kriterien heraus: eine vorherrschende Lernautonomie statt Lernsteuerung, historisches Fragen als Ausgangspunkt des Lernweges und die Entwicklung von komplexen Wissensstrukturen statt simpler Faktenkenntnis. Historisches Lernen, so Thünemann, sei immer forschend-entdeckendes Lernen. Dieser Ansatz hat gleichwohl in jüngster Zeit mit besonderen Herausforderungen zu kämpfen. Angesichts gekürzter Bildungsgänge erschwerten zum einen knappe Zeitressourcen die Umsetzung. Zum anderen finde sich dieser Ansatz in den neuen Lehrplänen (z. B. Kerncurriculum Geschichte in NRW) kaum wieder. Da die Bedeutung des forschend-entdeckenden Lernens für die Historische Bildungsarbeit unumstritten ist, konzentrierte sich die folgende Diskussion vor allem um die Frage, wie mit den vielfältigen Einschränkungen (Überfrachtung des Unterrichts mit Inhalten, fehlende Verankerung der Archivarbeit in Lehrplänen) in der Praxis der Archive umzugehen ist. Ausgehend von dieser fundierten Einführung folgten drei Praxisbeispiele von Projekten, die das forschend-entdeckende Lernen in besondere Weise umgesetzt haben. Bernd Wagner vom Stadtarchiv Bielefeld referierte sehr anschaulich darüber, wie Jugendliche dabei in die Rolle von Bestandsbildnern rücken können. Im Rahmen des Projektes „Jugendliche fotografieren für das Stadtarchiv“ haben Realschülerinnen und -schüler der neunten Jahrgangsstufe im Jahre 2008 bauliche Prozesse und Entwicklungen in der Stadt Bielefeld fotografisch dokumentiert. Ausgewählte Fotos sind dann in die Bestände des Archivs übernommen worden. Damit verfolgte das Projekt gleich mehrere Ziele. Die Jugendlichen lernten das Archiv als Einrichtung der historischen Überlieferung wie auch als Lernort kennen, sie wurden im Sinne der Identitätsstiftung auch an die bewusste Wahrnehmung der eigenen Stadt herangeführt und das Archiv konnte seinen Fotobestand um Aufnahmen aus jugendlicher Perspektive ergänzen.

Barbara Börste vom Gemeindearchiv Bönen berichtete von einem Projekt mit Realschülerinnen und -schülern aus einer zehnten Klasse. Über mehrere Monate hinweg haben sie die NS-Geschichte der Gemeinde Bönen erforscht – von der Situation an der Schule über die Rolle der Kirchen und die Wirkung der Propaganda bis hin zu dem jüdischen Leben und der Lage der Zwangsarbeiter. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung stand dabei das methodische Lernen im Vordergrund, insbesondere die Auswertung verschiedener Quellen- und Mediengattungen, die Ortserkundungen, die Befragung von Zeitzeugen und die Erstellung geeigneter Präsentationen.

In eine ähnliche Richtung ging das Projekt, das Lars Boesenberg und Wolfhart Beck vorstellten. In einem Kooperationsprojekt des Kepler- und des Goethe-Gymnasiums in Ibbenbüren mit dem Landesarchiv in Münster haben Schülerinnen und Schüler der Oberstufe ein Jahr lang die NS-Geschichte ihres Ortes anhand der Bestände des Archivs erforscht und in einer Ausstellung der lokalen Öffentlichkeit anlässlich des 70. Jahrestages der Pogromnacht 2008 präsentiert. Im letzten Jahr sind die Ergebnisse in einer überarbeiteten Version in Buchform publiziert worden. Die Nachfragen und Aussprachen loteten die Möglichkeiten der Variationen wie der Übertragung auf die jeweils eigene Stadt und das eigene Archiv aus. Bemerkenswert erschien bei allen drei Projekten die funktionierende Kooperation von Schule und Archiv, wobei die Initiativen zur Zusammenarbeit teils von den Archiven, teils von der Schule ausgingen. Dass dauerhafte Kooperationen, die über die punktuelle Zusammenarbeit im Rahmen von Einzelprojekten hinausgehen, für beide Seiten von Vorteil sein können, liegt auf der Hand. Genau dort setzt auch die gemeinsame Initiative von Land und Kommunen in Nordrhein-Westfalen unter dem Titel „Bildungspartner NRW“ an, die Carolin Thielking von der Medienberatung NRW abschließend vorstellte (siehe

www.bildungspartner.nrw.de). Die Initiative bietet beratende Unterstützung beim Abschluss von konkreten Kooperationsvereinbarungen sowie vielfältigen Austausch über Erfahrungen und Möglichkeiten von Bildungspartnerschaften und damit letztlich ein gemeinsames Dach für die Zusammenarbeit von Schule und Archiv. Dieser Ansatz wurde in der abschließenden Aussprache grundsätzlich sehr begrüßt. Es fehlten aber auch nicht kritische Stimmen, die die fehlende (finanzielle) Unterstützung der (kommunalen) Archive im Rahmen einer solchen landespolitischen Initiative bemängelten. Gleichwohl zeigt dieser Ansatz, dass die Schul- und Bildungspolitik trotz mancher widersprüchlichen Tendenzen die außerschulischen Lernorte – und hier insbesondere die Archive – stärker ins Auge fasst, die Archivpädagogik also auch von dieser Seite zur Zeit einen gewissen Aufwind erfährt. Ebenso wie das bundesweite Projekt „Lernen vor Ort“ zeigt sich mit der Bildungspartnerschaft NRW dabei der deutliche Trend zu nachhaltigen Kooperationen und der Wille zur Etablierung von Lern- und Bildungslandschaften, von der die Historische Bildungsarbeit nur profitieren kann.

Manuela Murmann, Frankfurt am Main /

Eckhard Möller, Harsewinkel / Wolfhart Beck, Münster

DER FÜNFTE WORKSHOP DER „ARCHIVE VON UNTEN“

Seit 2003 gibt es den im Zweijahresrhythmus tagenden Workshop der Archive von unten. Er dient der Vernetzung des bunten Spektrums der Archive der sozialen und politischen Bewegungen ebenso wie der Erörterung von Fachfragen. Das Konzept sieht daher viel Raum für Austausch und Fachdiskussionen vor. Am diesjährigen fünften Treffen in Berlin am 9. und 10. Juni nahmen 34 TeilnehmerInnen aus 21 Einrichtungen teil. Drei Themen standen im Mittelpunkt: Überlieferungsstrategien, Umgang mit elektronischen Dokumenten und die Stellung und Bedeutung von Archiven in einzelnen Projekten.

ÜBERLIEFERUNGSSTRATEGIEN

Das Thema Überlieferungsstrategien ist für Bewegungsarchive von besonderer Bedeutung, weil hier die Bestandsbildung nicht „von selbst“ geschieht, es gibt keine gesetzlich geregelten Abgabepflichten oder ähnliches. Die Unterlagen müssen gesucht und gefunden werden, AktivistInnen müssen davon überzeugt werden, ihre eigene Geschichte wertzuschätzen und sie den entsprechenden Archiven anzuvertrauen. Einmal mehr wurde deutlich, von welcher hohen Bedeutung hier auf langjähriger Zusammenarbeit beruhende Vertrauensverhältnisse sind. Es zeigte sich aber auch, dass wegen unzureichender finanzieller und personeller Ausstattung in vielen Archiven von einer ausgefeilten Überlieferungsstrategie leider kaum die Rede sein kann und die Sammlungen oft eher zufällig entstehen – was kommt, wird genommen. Dem nachzugehen, was nicht von selbst kommt, kann nur von Wenigen

geleistet werden. Die Diskussion bestätigte ein Ergebnis aus einer ersten Auswertung einer von uns durchgeführten Umfrage unter den Freien Archiven. Dort gaben von 60 Archiven nur die Hälfte an, eine mehr oder weniger aktive Einwerbung betreiben zu können. Hier drohen Überlieferungslücken, die auch durch „etablierte“ Archive nur sehr begrenzt aufgefangen werden können, da dort der Zugang zur Szene fehlt.

ELEKTRONISCHE DOKUMENTE

Ein Thema, das Archive aller Art betrifft, ist die Sicherung der elektronischen Kommunikation. Auch Freie Archive sind mit E-mailkorrespondenz, nurmehr elektronisch publizierten Newslettern und Zeitschriften und anderen digital born documents konfrontiert, für deren Archivierung sie sich eigentlich zuständig fühlen. Dazu kommen steigende Mengen in den einzelnen Archiven digitalisierter Texte, Bilder, Interviews ... Das alles muss erschlossen und systematisiert werden, ein Ansturm, dem kaum ein Freies Archiv gewachsen ist. Zwar sind einige an Projekten wie Europeana local beteiligt, das löst aber auch nur einen kleinen Teil der Probleme. Hier wird daher gezielt nach gemeinsamen Lösungen gesucht. Eine Mitarbeiterin des Berliner Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL) stellte die Open-Source-Software „Goobi“ vor, mit deren Hilfe man Digitalisierungsprojekte durchführen und im besten Fall eine Digitale Bibliothek der Freien Archive aufbauen könnte. Die Möglichkeiten scheinen verlockend: die immer noch sehr spartanische



Webseite der Bewegungsarchive könnte als Präsentationsplattform dienen, die Daten blieben auf den Servern der einzelnen Archive, und eine aktive Community würde die kontinuierliche Weiterentwicklung und den Support sichern. Für die weitere Prüfung und evtl. Realisierung dieser Idee, die zumindest einem Teil der mit der elektronischen Welt verbundenen Herausforderungen gerecht werden könnte, bildete sich eine Arbeitsgruppe, die zwischen den Workshops tagen wird.

ARCHIVE IN PROJEKTEN

Im dritten Themenblock schließlich ging es um Archive, die nicht als eigenständige Archive bestehen, sondern Teil von politischen oder Bildungsprojekten sind. Hier gab es Inputreferate aus dem Göttinger Hans-Litten-Archiv der Roten Hilfe und von der Archivarin des Kultur-, Kommunikations- und Bildungszentrums belladonna in Bremen. Da hier ein Einblick in die Arbeitsweise dieser Archive gegeben wurde, soll an dieser Stelle etwas ausführlicher darüber berichtet werden:

Das Archiv der Roten Hilfe wurde ursprünglich von einer in der Bundesgeschäftsstelle arbeitenden Person mitbetreut, Archivarbeit war Bestandteil der arbeitsvertraglich festgelegten Tätigkeiten. In der Praxis blieb jedoch kaum Zeit für Archivarbeit, und die Diskussionen darüber brachten die Vorbehalte zutage: die Einnahmen der Organisation seien für politische und nicht für historische Arbeit gedacht, man fürchte einen Rückgang der politischen Aktivitäten der Roten Hilfe durch historische Arbeit, man hatte „Sorge vor (ungewollter) Dienstleistung für den Repressionsapparat“ – oder man erklärte sich schlicht für inkompetent: „für die Geschichte sind andere zuständig“ (Zitate aus dem Inputreferat). Um aus dieser lähmenden Falle herauszukommen, wurde 2005 ein eigenständiger Archivverein unter dem Namen „Hans-Litten-Archiv“ gegründet. Dieser Verein wirbt eigene Fördermittel ein, kümmert sich um den Schutz wichtiger oder umstrittener Dokumente und wirbt in der Roten Hilfe um mehr Anerkennung, z.B. durch die Formulierung eines eigenen politischen Selbstverständnisses: das Sammeln und Dokumentieren ist für die Archivgruppe kein Selbstzweck, sondern sie will die Erfahrungen der Vergangenheit aufbereiten, um sie für die Kämpfe der Gegenwart zu nutzen. Schließlich müssen ja nicht alle Fehler aus der Geschichte wiederholt werden. Das Hans-Litten-Archiv versteht sich also als Dienstleister für die Rote Hilfe, sorgt dafür, dass die Rote Hilfe ihrer Archivierungspflicht als eingetragener Verein gerecht wird, sieht aber auch eine politisch-ethische Pflicht zur Bewahrung der Geschichte von unten. Doch auch diese Strategie hat bisher keinen wirklichen Durchbruch gebracht: mit einer Art Minijob wird an zwei Nachmittagen pro Woche der Archivbetrieb sehr notdürftig aufrechterhalten.

Etwas anders gelagert sind die Probleme bei belladonna. Hier war das Archiv von Anfang an Teil des Gesamtkonzeptes, zu dem z.B. Kulturveranstaltungen, Weiterbildung und Unterstützung von Existenzgründungen von Frauen gehören. Archiv, Bibliothek und Dokumentationszentrum haben keine direkte Zuarbeitungsfunktion für die Bildungsarbeit und sind zur Zeit mit etwas mehr als einer bezahlten Stelle besetzt. Ein beinahe idealer Zustand – wenn für das Archiv nicht doch, entgegen den Aufgabenverteilungen, immer wieder der Zwang entstände, in der laufenden Bildungsarbeit oder bei der Öffentlichkeitsarbeit aushelfen zu müssen. Wenn z.B. das Bildungswerk im Zusammenhang mit der Frauenfußball-WM aktiv wird, klinkt sich das Archiv in diese Aktivitäten ein

und nimmt in Kauf, dass die eigene Arbeit vorübergehend liegenbleibt. Dafür kann anschließend das Archiv notwendige, eigene Projekte realisieren. Zwar entsteht immer wieder, ähnlich wie bei der Roten Hilfe, die Notwendigkeit, sich in aktuelle Aktivitäten einzubringen, doch anders als bei der Roten Hilfe führt das nicht zu einer grundsätzlichen Infragestellung der Archivarbeit.

VON DEN ÜBERLIEFERUNGSSTRATEGIEN ZU DEN ÜBERLEBENSSTRATEGIEN

Das Abendplenum hat beim Workshop der „Archive von unten“ traditionell die Funktion des informellen Informationsaustauschs. Alle Archive berichten über wichtige Ereignisse der letzten Zeit und den aktuellen Stand der Dinge. In diesem Jahr wurde dabei ein besonderes Augenmerk auf die Überlebensstrategien der einzelnen Einrichtungen gelegt. Dabei zeichneten sich folgende Trends ab:

- Einige Einrichtungen, die sich auch der Bildungsarbeit oder der Forschung widmen und dafür staatliche Mittel bekommen, sind recht gut in der Lage, ihre Archive mit durchzuziehen;
- Die politisch-autonomen Archive, die zumeist Staatsknete für Archivarbeit ablehnen, sind dadurch zwar unabhängig, aber vor Krisen und Umbrüchen nicht gefeit. So diskutiert die Archivgruppe der Roten Flora in Hamburg seit einiger Zeit öffentlich darüber, wie es mit dem Archiv weitergehen soll; auch einige alte, linksalternative Archive machen sich Gedanken darüber, wie es mit ihren Läden weitergehen kann, wenn die Gründungsgeneration demnächst aufhört (Archiv soziale Bewegung in Baden, Archiv für alternatives Schrifttum in Duisburg, Papiertiger in Berlin);
- Einige Einrichtungen sind mit Umbauten und Umzügen ihrer Träger beschäftigt, was zum Teil zu Diskussionen über den Sinn und die Notwendigkeit dieser Archive führt (FDCL, Berlin und Rote Hilfe, Göttingen);
- Das Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum (FFBIZ) in Berlin als eines der ältesten Frauenarchive hat für sich beschlossen, den Verein demnächst aufzulösen und die Materialien dem Archiv Grünes Gedächtnis zu übergeben. Eine solche Lösung kommt für viele andere Freie Archive nicht in Frage, weil sie die enge Einbindung in ein Parteiarchiv explizit ablehnen.

Geht es uns also nur schlecht? Nein. Freie Archive haben zu kämpfen, keine Frage, und nicht selten wird es für Einzelne existenziell bedrohlich. Doch das Beharrungsvermögen auch unter prekären Bedingungen ist erheblich, man sieht es daran, dass 25- und 30-Jahresjubiläen in der Szene keine Seltenheit sind. Seit vier Jahren hat sich eine Annäherung an den VdA entwickelt, die – so die einhellige Meinung – auf jeden Fall fortgesetzt werden soll. So ist in fachpolitischen Zusammenhängen eine wachsende Anerkennung und Wertschätzung zu verzeichnen. Das stärkt durchaus den Rücken. Was nun aber wirklich langsam folgen muss, ist auch klar: die bessere materielle Ausstattung und die langfristige Absicherung Freier Archive durch öffentliche Geldgeber. Nur mit Luft und Liebe ist das schönste Archiv nicht zu halten und die wichtigste Überlieferung nicht zu sichern.

Der nächste Workshop tagt nach dem eindeutigen Wunsch der TeilnehmerInnen bereits im nächsten Jahr. Nicht nur daran wird deutlich, dass die Vernetzung dichter – und damit hoffentlich tragfähiger wird.

Cornelia Wenzel, Kassel/Jürgen Bacia, Duisburg

ARCHIV AKTIV E.V.

Das Archiv Aktiv ist das Archiv der Gewaltfreien Bewegung. Wir sammeln und archivieren vor allem Graue Literatur ab 1945 in der Bundesrepublik Deutschland von Kampagnen, Initiativen und aktiven Einzelpersonen aus den Bereichen Frieden, Ökologie und Gewaltfreiheit.

Zu den Kernstücken unserer Sammlungen gehört zum Beispiel das Gemeinsame Mutlangen-Archiv, das eine große und fast vollständige Sammlung des Widerstandes gegen die Stationierung der Pershing-II-Raketen und die Aufrüstung in den 1980er und Anfang der 1990er Jahre enthält. Teile dieser Sammlung sind in das Haus der Geschichte in Stuttgart ausgelagert. Ein weiteres Beispiel ist die Sammlung der FöGA (Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen), die in den 1980er und 1990er Jahren ein Zusammenschluss einiger Gruppen war, um sich bei Aktionen gegenseitig besser unterstützen zu können. Als interessanten Neuzugang können wir den Bestand der Grünen Liga Dresden, einer Anti-Atom-Kampagne, nennen, die sich vor kurzem aufgelöst hat und ihre Unterlagen nicht einfach wegwerfen, aber auch nicht in irgend einem Keller vergammeln lassen wollte. Durch unseren Kontakt auch in die aktive Bewegung konnten wir nahezu ideale Bedingungen für die Aufbewahrung der Unterlagen bieten. Gegründet wurde das Archiv Aktiv 1988, als die Redaktion der Zeitung „Graswurzel“ aus den damaligen Räumen in Hamburg umzog und ihr Zeitungsarchiv nicht mitnehmen konnte und wollte. Es fanden sich einige Menschen zusammen, die diese Gelegenheit nutzten, um auch anderen die Materialien zugänglich zu machen und die Chance zu geben, ihre eigenen wichtigen und wertvollen Unterlagen zu archivieren. Schnell entwickelte sich das Archiv zu einer Größe in der Gewaltfreien Bewegung, die nicht mehr wegzudenken ist. Nach zwanzig Jahren war das Archiv so gewachsen, dass die ursprünglichen Räume in der Sternschanze in Hamburg nicht mehr ausreichten, so dass wir umziehen mussten. Eine Erfahrung, die wir als rein ehrenamtlich arbeitendes Archiv so schnell nicht wieder machen möchten ... Zur Zeit arbeitet ein zweiköpfiger Vorstand täglich im Archiv, zwei Helfer kommen regelmäßig etwa einmal pro Woche, und zwei weitere Helfer kommen unregelmäßig mehrmals im Jahr, um uns bei unserer Arbeit zu unterstützen. Bei allem Fleiß der Freiwilligen ist das natürlich für ein Archiv unserer Größe zu wenig, daher sind wir immer dankbar, wenn, wie in diesem Jahr, viele PraktikantInnen bei uns arbeiten. Als gemeinnütziger Verein sind wir bei allen Instituten anerkannt, soweit die Ausrichtung des Praktikums der unseres Archivs entspricht.

Das Archiv Aktiv ist ein Verein mit etwa 50 Mitgliedern. Ein kleiner Teil unserer Finanzierung besteht also aus Mitgliedsbeiträgen, der größte Teil jedoch aus Spenden. Von diesen Spenden müssen die regelmäßigen Ausgaben wie Miete, Telefon oder Büromaterialien bestritten werden. Für Ausgaben, die darüber hinausgehen, wie zum Beispiel für ein dringend benötigtes größeres Bücherregal, muss ein separates Fundraising betrieben werden, was leider immer wieder mehr Kraft von der täglichen Archivarbeit abzieht als uns lieb sein kann.

Genutzt wird das Archiv Aktiv von sehr unterschiedlichen Gruppierungen. Die meisten NutzerInnen sind WissenschaftlerInnen, die in den genannten Bereichen forschen bzw. Studienarbeiten, Diplom- oder Doktorarbeiten bei uns vorbereiten.

Zum Teil nutzt aber auch die Bewegung selbst das Archiv, um heutige Aktionen zu planen. So wurden zum Beispiel vor der Menschenkette vom AKW Brunsbüttel nach Krümmel die Unterlagen über die Menschenkette 1983 von Stuttgart (EUCOM) nach Neu-Ulm (Raketenstandort) genau untersucht, ob es da Erkenntnisse gibt, die man nutzen kann.

Manchmal besuchen uns auch SchülerInnengruppen, die von ihren LehrerInnen geschickt werden, um bestimmte Aspekte aus dem Geschichtsunterricht näher zu beleuchten, die sonst wohl kaum irgendwo anders zu finden sind. Ein Highlight im letzten Jahr war der Besuch einer Gruppe aus Schwäbisch Gmünd, deren Schule in der ehemaligen Bismarck-Kaserne untergebracht ist und die nun zu ihrer eigenen Vergangenheit forscht.

In unregelmäßigen Abständen führt das Archiv Studententage in Kooperation mit anderen Institutionen wie dem Institut für Konstruktive Konfliktbearbeitung und Mediation Hamburg (IKM), dem Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK) oder dem Bund für Soziale Verteidigung (BSV) durch. Themen sind zum Beispiel die Geschichte der Anti-Atom-Bewegung der letzten 30 Jahre in Norddeutschland oder Internationale- und Friedensmärsche. Der nächste Studententag wird im Frühjahr zum Thema „Trainings in Gewaltfreier Aktion“ stattfinden.

Hingewiesen sei an dieser Stelle auf ein neues Projekt des Archiv Aktiv. Die Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion“, die sich mit der Theorie der Gewaltfreiheit auseinandersetzt, wird demnächst ihre letzte Printausgabe herausgeben. Ab dann wird es nur noch Onlineausgaben geben, die unter der Ägide des Archivs herausgebracht werden.

Andrea Walter, Hamburg

PERSONALNACHRICHTEN

Zusammengestellt vom
VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V.

STAATLICHE ARCHIVE

BUNDESARCHIV

Ernannt

Archivdirektorin **Bettina Martin-Weber** zur Leitenden Archivdirektorin (1.8.2011).

Versetzt/Abgeordnet

Archivinspektorin **Carolyn Kolbe** ist vom 15.8.2011 bis 14.2.2012 zum Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien abgeordnet - Regierungsoberinspektor **Jochen Marx** wurde zum Bundesamt für Justiz versetzt (1.8.2011).

In den Ruhestand getreten

Oberstleutnant **Karl-Heinz Begenat** (31.7.2011) - Sachbearbeiter **Franz Göttlicher** (30.6.2011) - Regiergungsdirektor **Wolfgang Hackspiel** (31.8.2011).

Sonstiges

Archivamtfräu **Edith Hufnagl** trägt den Familienamen **Wagner-Hufnagl** (22.6.2011).

DER BUNDESBEAUFTRAGTE FÜR DIE UNTERLAGEN DES STAATSSICHERHEITSDIENSTES DER EHEMALIGEN DDR

Eingestellt

Sven Brosda als Archivar am Dienstort Neubrandenburg (1.6.2011) - **Susanna Wurche** als Archivrätin am Dienstort Berlin (1.7.2011).

GEHEIMES STAATSARCHIV PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Abgeordnet

Amtsärztin **Dr. Pauline Puppel** vom Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (1.7.2011).

BADEN-WÜRTTEMBERG

Ernannt

Amtsärztin **Carmen Klein** beim Landesarchiv Baden-Württemberg, Abteilung Verwaltung, zur Oberamtsärztin (21.6.2011)

- Amtsärztin **Dorothea Bader** beim Landesarchiv Baden-Württemberg, Abteilung Staatsarchiv Ludwigsburg, zur Oberamtsärztin (27.6.2011) - Archivamtfräu **Ute Bitz** beim Landesarchiv Baden-Württemberg, Abteilung Staatsarchiv Ludwigsburg, zur Amtsärztin (27.6.2011) - Regiergungsamtman **Peter Böcherer** beim Landesarchiv Baden-Württemberg, Abteilung Verwaltung, zum Amtsrat (27.6.2011) - Oberarchivärztin **Dr. Elke Koch** beim Landesarchiv Baden-Württemberg, Abteilung Staatsarchiv Ludwigsburg, zur Archivdirektorin (27.6.2011) - Archivamtfräu **Gabriele Wüst** beim Landesarchiv Baden-Württemberg, Abteilung Generallandesarchiv Karlsruhe, zur Amtsärztin (29.6.2011) - Bibliotheksoberspektor **Hermann Schäffner** beim Landesarchiv Baden-Württemberg, Abteilung Hauptstaatsarchiv Stuttgart, zum Bibliotheksamtman (11.7.2011) - Oberarchivrat **Dr. Christian Keitel** beim Landesarchiv Baden-Württemberg, Abteilung Fachprogramme und Bildungsarbeit, zum Archivdirektor (20.7.2011) - Archivdirektor **Dr. Clemens Rehm** beim Landesarchiv Baden-Württemberg, Abteilung Fachprogramme und Bildungsarbeit, zum Leitenden Archivdirektor (20.7.2011).

Ausgeschieden

Archivreferendar **Mathias Kunz** beim Landesarchiv Baden-Württemberg, Abteilung Hauptstaatsarchiv Stuttgart, nach bestandener Laufbahnprüfung (31.5.2011) - Auszubildende zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv, **Kathrin Strittmatter** beim Landesarchiv Baden-Württemberg, Abteilung Hauptstaatsarchiv Stuttgart, nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung (30.6.2011).

BAYERN

Eingestellt

Archivbeschäftigte **Ingrid Sauer M.A.** beim Bayerischen Hauptstaatsarchiv (1.8.2011) - Archivbeschäftigter **Dr. Helmut Demattio M.A.** beim Bayerischen Hauptstaatsarchiv (1.8.2011).

Ernannt

Leitende Archivdirektorin **Dr. Margit Ksoll-Marcon M.A.** bei der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns zur Generaldirektorin der Staatlichen Archive (1.9.2011).

Verstorben

Archivoberspektor a. D. **Gerhard Scholz** im Alter von 65 Jahren (30.6.2011) - Archivdirektor a. D. **Dr. Siegfried Wenisch** im Alter von 79 Jahren (14.7.2011).

BERLIN

In den Ruhestand getreten

Archivamtsrätin **Sabine Preuß** beim Landesarchiv Berlin (31.5.2011).

Ausgeschieden

Auszubildende zur Fachangestellten für Medien und Informationsdienste **Melanie Thieme** beim Landesarchiv Berlin nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung (17.8.2011) - Auszubildende zur Fachangestellten für Medien und Informationsdienste **Julia Wannagat** beim Landesarchiv Berlin nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung (17.8.2011).

BRANDENBURG

In Ruhestand getreten

Manfred Müller M.A. beim Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam (31.12.2011).

Ausgeschieden

Referatsleiterin **Susanna Wurche** beim Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam (30.6.2011) – Wissenschaftliche Mitarbeiterin **Dr. Manuela Köppe** beim Theodor-Fontane-Archiv im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam (30.6.2011).

BREMEN

Ernannt

Marion Alpert beim Staatsarchiv Bremen zur Archivamtsfrau (1.1.2011).

HESSEN

Abgeordnet

Archivrätin **Dr. Pauline Puppel** vom Hessischen Hauptstaatsarchiv mit dem Ziel der Versetzung an das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (1.7.2011).

Archivschule Marburg

18 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 44. wissenschaftlichen Lehrgangs haben am 30.4.2011 erfolgreich ihre Ausbildung beendet

Dr. Daniel Baumann (Niedersachsen), **Dr. Andreas Becker** (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz), **Bastian Gillner M.A.** (Hessen), **Dr. Isabelle Guerreau** (Niedersachsen), **Dr. Michael Habersack** (Baden-Württemberg), **Dr. Barbara Hammes** (Hessen), **Dr. Claudius Kienzle** (Hessen), **Mathias Kunz** (Baden-Württemberg), **Andreas Neuburger M.A.** (Baden-Württemberg), **Dr. Thomas Notthoff** (Nordrhein-Westfalen), **Dr. Christian Reinhardt** (Hessen), **Christian Reuther M.A.** (Thüringen), **Dr. Karoline Riener** (Nordrhein-Westfalen), **Dr. Eva Rödel** (Baden-Württemberg), **Dr. Michael Ruprecht** (Nordrhein-Westfalen), **Dr. Anke Stößer** (Hessen), **Dr Thorsten Unger** (Nordrhein-Westfalen), **Jörg Voigt** (Niedersachsen).

MECKLENBURG-VOPROMMERN

Ernannt

Dr. Kathleen Jandausch beim Landeshauptarchiv Schwerin zur Archivrätin (5.7.2011).

NIEDERSACHSEN

Eingestellt

Christine Juliane Henzler beim Niedersächsischen Landesarchiv, Staatsarchiv Osnabrück, zur Archivreferendarin (1.5.2011) - **Natascha Noll** beim Niedersächsischen Landesarchiv, Staatsarchiv Osnabrück, zur Archivreferendarin (1.5.2011).

Ernannt

Jörg Voigt beim Niedersächsischen Landesarchiv, Staatsarchiv Stade, zum Archivrat (1.5.2011) - **Dr. Isabelle Guerreau** beim Niedersächsischen Landesarchiv, Staatsarchiv Wolfenbüttel, zur Archivrätin (1.5.2011).

Versetzt

Archivoberrätin **Dr. Claudia Kauertz** vom Niedersächsischen Landesarchiv, Hauptstaatsarchiv Hannover, zum Landschaftsverband Rheinland (1.7.2011).

Verstorben

Leitender Archivdirektor a.D. **Dr. Günter Scheel** im Alter von 87 Jahren (26.9.2011).

Sonstiges

Archivinspektorin **Malawine Przybylak** beim Niedersächsischen Landesarchiv, Staatsarchiv Osnabrück, trägt den Familiennamen **Kolary** (1.5.2011).

NORDRHEIN-WESTFALEN

Eingestellt

Marcel Dauwe beim Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Westfalen, als Auszubildender zum Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv (1.8.2011) - **Jacqueline Modzel** beim Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Westfalen, als Auszubildende zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv (1.8.2011) - **Gerd Winkler** beim Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Westfalen, als Auszubildender zum Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv (1.8.2011).

Ausgeschieden

Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv, **Juliane Schewe** beim Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Westfalen (31.7.2011).

Verstorben

Leitender Archivdirektor **Dr. Christian Reinicke** im Alter von 56 Jahren (2.11.2011).

RHEINLAND-PFALZ

Eingestellt

Dipl.-Archivarin (FH) **Susanne Rieß-Stumm** beim Landesarchiv Speyer (1.6.2011) - Dipl.-Archivarin (FH) **Oxana Weber** beim Landesarchiv Speyer (1.6.2011) - Dipl.-Archivarin (FH) **Brigitte Kramer** beim Landeshauptarchiv Koblenz (22.6.2011).

SACHSEN

Eingestellt

Dipl.-Restauratorin (FH) **Silvia Borowiec** beim Sächsischen Staatsarchiv, Archivzentrum Hubertusburg (22.7.2011).

In den Ruhestand getreten

Dipl.-Archivar (FH) **Werner Weisbach** beim Sächsischen Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden (30.6.2011).

Ausgeschieden

Archivoberinspektorin **Irmgard Fliedner-Grandke** beim Sächsischen Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz (30.6.2011).

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Ernannt

Archivrätin **Dr. Dagmar Bickelmann** beim Landesarchiv Schleswig-Holstein zur Oberarchivrätin (1.8.2011) - Archivrätin **Dr. Malte Bischoff** beim Landesarchiv Schleswig-Holstein zum Oberarchivrat (1.8.2011) - Archivrätin **Dr. Elke Strang** beim Landesarchiv Schleswig-Holstein zur Oberarchivrätin (1.8.2011).

KOMMUNALE ARCHIVE

Kreisarchiv Esslingen

Dipl.-Archivarin (FH) **Meike Zepf** wurde zur Kreisarchivinspektorin ernannt (1.10.2011).

Kreisarchiv Heilbronn

Kreisoberarchivrat a.D. **Dr. Wolfram Angerbauer** ist im Alter von 73 Jahren verstorben (10.9.2011)

Stadtarchiv Erlangen

Archivinspektorin **Martina Pohl** wurde zur Archivoberinspektorin ernannt (1.6.2011).

Historisches Archiv der Stadt Köln

Eingestellt

Stadtarchivrat **Dr. Andreas Berger** (18.5.2009) - Dipl.-Archivarin (FH) **Iris Kausemann** (1.10.2009) - Dipl.-Archivarin (FH) **Anke Wollenweber** (1.9.2010) - Dipl.-Archivar (FH) **Sebastian Post** (1.1.2011) - Dipl.-Archivarin (FH) **Barbara Reeb** (1.1.2011).

Ernannt

Stadtarchivinspektorin **Karoline Meyntz** zur Stadtarchivoberinspektorin (1.12.2010) - Stadtarchivinspektorin **Tanja Kayser** zur Stadtarchivoberinspektorin (1.12.2010) - Stadtarchivrat **Dr. Andreas Berger** zum Stadtarchivoberrat (1.12.2010) - Stadtarchivamtmann **Manfred Huppertz** zum Stadtarchivamtsrat (1.12.2010) - Stadtarchivrat **Dr. Max Plassmann** zum Stadtarchivoberrat (4.4.2011) - Stadtarchivoberrat **Dr. Ulrich Fischer** zum Stadtarchivdirektor (1.6.2011).

Versetzt

Stadtarchivinspektor **Marcel Oeben** vom Historischen Archiv der Stadt Köln an das Stadtarchiv Lemgo versetzt (1.9.2011).

Stadtarchiv Worms

Dipl.-Archivarin (FH) **Tanja Wolf** wurde als Archivinspektorin eingestellt (1.12.2010).

Stadtarchiv Wuppertal

Stadtarchivamtfrau **Susanne Fiedler** wurde zur Stadtbibliothek Wuppertal versetzt (6.6.2011).

KIRCHLICHE ARCHIVE

Landeskirchliches Archiv Berlin

Birgit Kretlow hat erfolgreich Ihre Ausbildung zur Fachangestellten für Medien und Informationsdienste beendet.

Landeskirchliches Archiv Bielefeld

Landeskirchendirektor i. R. **Prof. Dr. Bernd Hey** ist im Alter von 68 Jahren verstorben (27.1.2011).

Landeskirchliches Archiv Nürnberg

Ingmar Bucher wurde als Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv, eingestellt (1.2.2009) – **Florian Munzinger** wurde als Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv, eingestellt (1.10.2010) – Archivsekretär **Heiko Quast** wurde zum Archivobersekretär ernannt (1.10.2011) – Dipl.-Archivar (FH) **Walter Oelschläger** ist in den Ruhestand getreten (31.12.2008) – Archivbeschäftigter **Wilhelm Octavian Duta** ist ausgeschieden (30.9.2010).

Bischöfliches Zentralarchiv Regensburg

Archivamtfrau **Dr. Camilla Weber M.A.** wurde zur Archivrätin ernannt (1.5.2011) - Archivreferendar **Dr. Andreas Jobst M.A.** wurde eingestellt (1.5.2011) - Oberarchivrat **Dr. Johann Gruber** ist in Ruhestand getreten (30.4.2011) - Archivamtmann **Josef Mayerhofer** ist in Ruhestand getreten (1.12.2010).

ARCHIVE DER WIRTSCHAFT

Historisches Archiv Krupp, Essen

Privatdozent **Dr. Ralf Stremmel**, Leiter des Historischen Archivs Krupp, ist von der Ruhr-Universität Bochum die Bezeichnung außerplanmäßiger Professor verliehen worden.

ARCHIVE DER PARLAMENTE, POLITISCHEN PARTEIEN, STIFTUNGEN UND VERBÄNDE

Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags

Dipl.-Archivarin (FH) **Ireen Schulz** wurde eingestellt (1.7.2011) - Archivinspektorin **Romy Meyer M.A.** ist ausgeschieden (30.6.2011).

ARCHIVE DER HOCHSCHULEN SOWIE WISSENSCHAFTLICHER INSTITUTIONEN

Fachhochschule Köln

Dipl.-Dokumentarin **Katja Lievertz** hat die Leitung des Archivs der Fachhochschule Köln übernommen (14.2011).

GEBURTSTAGE

90 Jahre:

Werksarchivleiter i. R. **Dr. Carl Anton Reichling**, Ludwigshafen (18.3.2012) - Werksarchivarin i. R. **Paula Habig**, Herdecke (19.3.2012).

80 Jahre:

Hermann Weiß, Gröbenzell (29.2.2012) - Archivdirektor a. D. **Dr. Hans Schenk**, Lorsch (14.3.2012).

75 Jahre:

Dipl.-Journalistin **Sabine Salhoff**, Neuenhagen (1.2.2012) - Direktor des Staatsarchivs Hamburg a. D. **Prof. Dr. Hans-Dieter Loose**, Tostedt (18.3.2012)

70 Jahre:

Archivar i. R. **Hans-Dieter Masling**, Kerpen (1.1.2012) - Archivdirektor a. D. **Dr. Joachim Kermann**, Bad Pyrmont (18.1.2012) - Archivdirektor **Dr. Achim Fuchs**, Kümmersbruck (18.1.2012) - Kreisarchivar i. R. **Ernst-Eberhard Hempel**, Gifhorn (30.1.2012) - Archivdirektor a. D. **Dr. Gerhard Schwertl**, München (1.2.2012) - Archivdirektor a. D. **Dr. Peter Gabrielsson**, Hemdingen (11.3.2012) - Archivdirektor a. D. **Dr. Norbert Georg Hofmann**, Lauffen a. N. (13.3.2012).

65 Jahre:

Kreisoberarchivrat **Walter Ziegler**, Göppingen (2.1.2012) - Leiter der Stadtarchivdirektor **Prof. Dr. Clemens Graf von**

Looz-Corswarem, Düsseldorf (30.1.2012) - Archivleiter **Kurt Deggeller**, Basel (5.2.2012) - Direktor des Sächsischen Staatsarchivs **Dr. Jürgen Rainer Wolf**, Dresden (16.2.2012) - Archivdirektor a. D. **Prof. Dr. Werner Moritz**, Heidelberg (17.2.2012) - Oberarchivrat **Dr. Jürgen Siggemann M.A.**, Mainz (25.2.2012) - Stadtarchivdirektor **Dr. Günther Högl-von Achenbach**, Dortmund (26.2.2012).

60 Jahre:

Archivleiterin **Dr. Marion Stascheit**, Mittweida (4.1.2012) - Archivleiter **Reinhart Schwarz**, Hamburg (6.1.2012) - Staatsarchivamtfrau a. D. **Hildegard Westermann**, Münster (18.1.2012) - Archivamtmann **Gerd Anhäuser**, Neuwied (27.1.2012) - Stadtarchivamtsrätin **Reinhild Kappes**, Singen (29.1.2012) - Archivamtsrätin **Brigitte Nelles**, Berlin (29.1.2012) - Stadtarchivar **Bernhard Wöll**, Weilheim (12.2.2012) - Abteilungsleiter **Dr. Guntram Martin**, Dresden (13.2.2012) - Sachbearbeiterin **Walburga Besowski**, Rodgau (24.2.2012) - Archivamtsrätin **Dorothea Bader**, Ludwigsburg (29.2.2012) - Archivoberrätin a. D. **Dr. Ulrike Strauß**, Braunschweig (2.3.2012) - Archivangestellte **Eleonore Sent**, Münster (5.3.2012) - Archivamtmann **Wolfgang Schneider**, Ludwigsburg (11.3.2012) - Archivoberrat **Dr. Ulrich Hunger**, Göttingen (27.3.2012).

Die hier veröffentlichten Personalsnachrichten beruhen auf den Meldungen und Angaben der archivischen Ausbildungseinrichtungen, der Archiveinrichtungen bzw. der zuständigen Verwaltungen.

Die Meldungen sind direkt an die Geschäftsstelle des VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., Wörthstraße 3, 36037 Fulda, E-Mail: info@vda.archiv.net unter Angabe des Einsenders (Dienststelle, Archiv, Institution) und des Bearbeiters (Name, Vorname, Telefon, E-Mail) zu senden.

ARCHIVE IM INFORMATIONSZEITALTER – WISSEN ERHALTEN, SICHERN UND VERMITTELN FÜR DIE ZUKUNFT

Weiterbildungsangebot des Weiterbildungszentrums der FU Berlin und der FH Potsdam

Dieses Weiterbildungsangebot richtet sich an interessierte Mitarbeiter/innen aus Archiven sowie verwandten Einrichtungen. Es umfasst insgesamt 10 zweitägige Module, die am Weiterbildungszentrum der Freien Universität Berlin in Kooperation mit der Fachhochschule Potsdam durchgeführt werden. Das Weiterbildungsprogramm vermittelt praxisrelevante Kenntnisse und verbindet dabei die Bestandserhaltung, den Umgang mit der Digitalisierung und die Öffentlichkeitsarbeit miteinander. Denn einerseits sensibilisiert z. B. die Historische Bildung für Bestand erhaltende Maßnahmen des kulturellen Erbes. Andererseits profitiert die Erinnerungsarbeit speziell im Rahmen von Ausstellungen sowie lebensgeschichtlichen Video- und Audio-Interviews von restaurierten und vor allem digitalisierten Archivalien. Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel, Archive als Einrichtungen der Geschichts- und Erinnerungskultur im digitalen Zeitalter zu manifestieren und im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern. Denn die Wahrnehmung der Archive und ihrer Fachkompetenzen in der Öffentlichkeit wird in einer Zeit des Medienumbruchs und neuer Kommunikationsstrukturen über ihre Zukunft entscheiden!

Nicht zuletzt bietet das Programm für Teilnehmende ein Forum, ihre Erfahrungen und Ideen auszutauschen und Netzwerke zu bilden, die über die Dauer der Weiterbildung hinaus eine nachhaltige Möglichkeit gegenseitiger Beratung bieten können. Die Teilnehmenden haben die Möglichkeit, ein Zertifikat der FU Berlin und der FH Potsdam zu erwerben. Für die organisatorische Betreuung sind der Bereich Weiterbildung der FU Berlin und die Zentrale Einrichtung Weiterbildung der FH Potsdam zuständig. Wenngleich diese Fortbildung kein Ersatz für eine grundständige archivarisches Ausbildung sein kann, so setzt sie doch wichtige Akzente in den drei Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Digitalisierung und Bestandserhaltung in Theorie und Praxis.

Prof. Dr. phil. Susanne Freund (Wissenschaftliche Leitung)
Fachbereich Informationswissenschaften und Zentrale Einrichtung
Weiterbildung der Fachhochschule Potsdam
Christiane Preißler (Koordination)
Weiterbildungszentrum der Freien Universität Berlin

PROGRAMM

Bislang haben drei Module aus dem Bereich „Öffentlichkeitsarbeit“ bereits stattgefunden. Die weiteren Module, die im Folgenden aufgeführt sind, können noch einzeln belegt werden.

MODULE Öffentlichkeitsarbeit

Modul Ö3 Kommunikationsprozesse im modernen Archiv
Dozent/innen: Dr. Martina Wiech, Prof. Dr. Mario Glauert
2 Termine (8 Dstd.) Mo / Di, 5. / 6.12.2011
Mo, 10.00 – 17.30 Uhr / Di, 9.00 – 16.00 Uhr

Mo, 5.12.2011, 16.00 – 17.30 Uhr Exkursion und Expertengespräch: Besuch des Bildungszentrums des BStU (Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in Berlin), Besichtigung von Studienraum, Projektwerkstatt sowie der Dauerausstellung „Stasi. Die Ausstellung zur DDR-Staatssicherheit“ und Expertengespräch mit Dr. Axel Janowitz, Referent für historisch-politische Bildungsarbeit.

MODULE Digitale Langzeitarchivierung

Modul D1 Das digitale Archiv: vermittelnde Konzepte und Modelle

Dozent/innen: Prof. Dr. Rolf Däßler, Dr. Ulrike Gutzmann
2 Termine (8 Dstd.) Mo / Di, 9. / 10.1.2012
Mo, 10.00 – 17.00 Uhr / Di, 9.00 – 16.00 Uhr

Modul D2 Informationstechnologie für Archive

Dozent/innen: Prof. Dr. Rolf Däßler, Prof. Dr. Felix Sasaki, Prof. Dr. Angela Schreyer
2 Termine (8 Dstd.) Mo / Di, 6. / 7.2.2012
Mo, 10.00 – 17.00 Uhr / Di, 9.00 – 16.00 Uhr

Modul D3 Anwendungen und Praxis der digitalen Langzeitarchivierung

Dozent/innen: Prof. Dr. Rolf Däßler, Dr. Robert Fischer, Dr. Christian Keitel, Petra Rauschenbach, Angela Ullmann
3 Termine (12 Dstd.) Mo / Di / Mi, 5. / 6. / 7.3.2012
Mo, 10.00 – 17.00 Uhr, Di / Mi, 9.00 – 16.00 Uhr

MODULE Bestandserhaltung

Modul B1 Restauratorische und konservatorische Maßnahmen
Dozent/innen: Prof. Dr. Mario Glauert, Dipl.-Rest. Ingrid Kohl, Dipl.-Rest. Christina Meier-Wolff

2 Termine (8 Dstd.) Mo / Di, 26. / 27.3.2012
Mo, 10.00 – 17.30 Uhr / Di, 9.00 – 16.00 Uhr

Mo, 26.3.2012, 16.00 - 17.30 Uhr, Exkursion und Expertengespräch: Besuch der Restaurierungswerkstatt des Geheimen Staatsarchivs PK, Archivstraße 12-14, 14195 Berlin

Modul B2 Bestandserhaltung von Sammlungsgut

Dozent/innen: Carola Gerlach, Prof. Dr. Mario Glauert, Dipl.-Rest. Ingrid Kohl
2 Termine (8 Dstd.) Mo/Di, 23. / 24.4.2012
Mo, 10.00 – 17.00 Uhr / Di, 9.00 – 16.00 Uhr

Modul B3 Bewahrung erinnerter Geschichte

Dozentinnen: Verena-Lucia Nägel, Dr. Doris Tausendfreund
2 Termine (8 Dstd.) Mo / Di, 21. / 22.5.2012
Mo, 10.00 – 17.00 Uhr / Di, 9.00 – 16.00 Uhr

Di, 22.5.2012, 14.30 – 16.00 Uhr, Exkursion und Expertengespräch: Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Vorstellung des Videoarchivs „Sprechen trotz allem“

MODUL Urheberrecht und andere Rechtsfragen für Archive

Dozenten: Dr. Michael Scholz, Börries von Notz
2 Termine (8 Dstd.) Mo / Di, 18. / 19.6.2012
Mo, 10.00 – 17.00 Uhr / Di, 9.00 – 16.00 Uhr

Teilnahmegebühren

Pro Tag : 110,- €, das heißt:

Modul D3: 330,- €, alle anderen: je 220,- €

Arbeitslose erhalten einen Rabatt von 50 % auf die Teilnahmegebühr.

Ausführliche Informationen sind erhältlich bei:

Christiane Preißler

Weiterbildungszentrum der Freien Universität Berlin

Tel. 030 – 838 51458/51475

E-Mail: christiane.preissler@weiterbildung.fu-berlin.de

Angela von der Heyde

E-Mail: angela.vonderheyde@weiterbildung.fu-berlin.de

www.fu-berlin.de/weiterbildung

Christina Thomas

Leiterin der Zentralen Einrichtung Weiterbildung
der Fachhochschule Potsdam

Pappelallee 8-9 ,14469 Potsdam

Tel.: 0331– 580 2440, Fax.: 0331– 580 2439

E-Mail: c.thomas@fh-potsdam.de

www.fh-potsdam.de/weiterbildung.html

NEUE ANSCHRIFT DES SÄCHSISCHEN STAATSARCHIVS

Das Sächsische Staatsarchiv hat nach Bau- und Umzugsphase die neuen Räume bezogen. Es ist ab sofort über folgende Adresse zu erreichen: Sächsisches Staatsarchiv, Archivstraße 14, 01097 Dresden. Tel. 0351-79997-610 Fax 0351-79997-609. Ihre Ansprechpartner: Dr. Jürgen Rainer Wolf (Direktor) -600, Karin Schorsch (Vorzimmer) -610, Dr. Andrea Wettmann (AL 1) -700.

NEUE TELEFONNUMMERN DES STADTARCHIVS HILDESHEIM

Das Stadtarchiv Hildesheim, Am Steine 7, 31134 Hildesheim, ist künftig unter den folgenden Nummern zu erreichen: Tel. 05121-301-4100, Fax 05121-301-4198.

NEUER LESESAAL FÜR DAS POLITISCHE ARCHIV DES AUSWÄRTIGEN AMTS

Das Politische Archiv des Auswärtigen Amts hat ab dem 7. November 2011 den Lesesaalbetrieb in neue, speziell für diese Zwecke hergerichtete Räumlichkeiten verlegt. Er ist über die Pforte „K 5“, Kurstraße 36, 10117 Berlin des Auswärtigen Amts zu erreichen, telefonisch wie bisher unter der Nummer 030-1817-2179, Mail: 117-R@auswaertiges-amt.de bzw. 117-R@diplo.de. Eine vorherige Anmeldung – etwa zwei bis drei Wochen vor der beabsichtigten Benutzung – ist erforderlich. Die Postanschrift lautet: Auswärtiges Amt, Ref. 117 (oder: Politisches Archiv), 11013 Berlin. Zum Einlass in den Lesesaal ist ein Pass oder Personalausweis vorzulegen; ein Merkblatt für die Benutzung kann angefordert werden.

VORSCHAU

Im nächsten Heft finden Sie unter anderem:

- Überlieferungsbildung im Verbund – ein neues Positionspapier des *Arbeitskreises „Archivische Bewertung“ im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare*
- Überlegungen zur archivspartenübergreifenden Überlieferungsbildung aus nichtamtlichen Unterlagen
von *Stefan Sudmann*
- Rechtliche Aspekte einer Überlieferungsbildung im Verbund
von *Martin Schlemmer*
- Web-Archivierung in Baden-Württemberg, Deutschland und der Welt
von *Kai Naumann*

IMPRESSUM

Herausgeber:	Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Graf-Adolf-Str. 67, 40210 Düsseldorf, VdA -Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., Wörthstr. 3, 36037 Fulda
Redaktion:	Andreas Pilger in Verbindung mit Michael Diefenbacher, Clemens Rehm, Wilfried Reininghaus, Ulrich Soénius und Martina Wiech
Mitarbeiter:	Meinolf Woste, Petra Daub
ISSN 0003-9500	
Kontakt:	Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Graf-Adolf-Str. 67, 40210 Düsseldorf, Tel. 0211/159238-800 (Redaktion), -201 (Andreas Pilger), -802 (Meinolf Woste), -803 (Petra Daub), Fax 0211 /159238-888, E-Mail: archivar@lav.nrw.de
Druck und Vertrieb:	Franz Schmitt, Kaiserstraße 99-101, 53721 Siegburg, Tel. 02241/62925, Fax 02241/53891, E-Mail: verlagschmitt@aol.com , Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kto. 7058-500
Gestaltung:	ENGEL UND NORDEN, Wuppertal, Mitarbeit: Ruth Michels, www.engelundnorden.de
Bestellungen und Anzeigenverwaltung:	Verlag Franz Schmitt (Preisliste 21, gültig ab 1. Januar 2008)
Zuständig für Anzeigen:	Sabine Schmitt im Verlag Franz Schmitt

Die Verlagsrechte liegen beim Landesarchiv Nordrhein-Westfalen. Amtliche Bekanntmachungen, Mitteilungen und Manuskripte bitten wir, an die Redaktion zu senden, Personalmeldungen und Veranstaltungshinweise dagegen an die Geschäftsstelle des VdA. Für unverlangt eingesandte Beiträge übernehmen wir keine Haftung, unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare werden nicht zurückgesandt. Zum Abdruck angenommene Arbeiten gehen in das unbeschränkte Verfügungsrecht des Herausgebers über. Dies schließt auch die Veröffentlichung im Internet ein. Die Beiträge geben die Meinungen ihrer Verfasser, nicht die der Redaktion wieder.

Der „Archivar“ erscheint viermal jährlich. Der Bezugspreis beträgt für das Einzelheft einschl. Porto und Versand 8,- EUR im Inland, 9,-EUR im Ausland, für das Jahresabonnement im Inland einschl. Porto und Versand 32,- EUR, im Ausland 36,- EUR.

Hinweise für VdA-Mitglieder: Alle Personalmeldungen, geänderte Anschriften und Bankdaten sind ausschließlich an folgende Adresse zu melden: VdA-Geschäftsstelle, Wörthstr. 3, 36037 Fulda, Tel. 0661/2910972, Fax 0661/2910974, E-Mail: mitgliedsdatenaenderung@vda.archiv.net, Internet: www.vda.archiv.net
Bankverbindung: Konto für Mitgliedsbeiträge VdA: Sparkasse Fulda, BLZ 530 501 80, Kto 430 464 47;
Konto für Spenden an den VdA: Sparkasse Fulda, BLZ 530 501 80, Kto 430 500 00.